

Michael Corsten / Michael Gehler / Marianne Kneuer (Hrsg.)

# WELTHISTORISCHE ZÄSUREN

1989 - 2001 - 2011



Michael Corsten, Michael Gehler  
und Marianne Kneuer (Hrsg.)

Welthistorische Zäsuren  
1989 – 2001 – 2011

# **Hildesheimer Universitätsschriften**

herausgegeben von der  
Universitätsbibliothek Hildesheim

Band 31

Michael Corsten, Michael Gehler  
und Marianne Kneuer (Hrsg.)

Welthistorische Zäsuren  
1989 – 2001 – 2011

**U**

Universitätsverlag Hildesheim  
Hildesheim

**g**

Georg Olms Verlag  
Hildesheim · Zürich · New York

**2016**

Michael Corsten, Michael Gehler  
und Marianne Kneuer (Hrsg.)

# Welthistorische Zäsuren

1989 – 2001 – 2011



Universitätsverlag Hildesheim  
Hildesheim

Georg Olms Verlag  
Hildesheim · Zürich · New York

2016

Diese Publikation wird gefördert von der  
Universitätsgesellschaft Hildesheim e. V.

Sie entstand in Zusammenarbeit von Georg Olms Verlag  
und Universitätsverlag der Stiftung Universität Hildesheim.

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung  
außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes  
ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.  
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,  
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in  
elektronischen Systemen.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Dieser Band ist als Open Access-Angebot verfügbar  
[https://www.uni-hildesheim.de/bibliothek/publizieren/open-access-universitaets-  
verlag/verlagsprogramm/hildesheimer-universitaetsschriften/](https://www.uni-hildesheim.de/bibliothek/publizieren/open-access-universitaets-verlag/verlagsprogramm/hildesheimer-universitaetsschriften/)

ISO 9706

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
Redaktion und Satz: Mario Müller, Universitätsverlag Hildesheim

Umschlaggestaltung: Inga Günther, Hildesheim

Umschlagfotografie: Isa Lange, Stiftung Universität Hildesheim

Herstellung: Docupoint Magdeburg, 39179 Barleben

Printed in Germany

© Georg Olms Verlag AG, Hildesheim 2016  
[www.olms.de](http://www.olms.de)

© Universitätsverlag Hildesheim, Hildesheim 2016

Alle Rechte vorbehalten

ISSN (Print) 1433-5999

ISBN (Print) 978-3-487-15379-7

ISSN (Open Access) 2365-8916

ISBN (Open Access) 978-3-934105-77-5

## Vorwort der Herausgeberin und der Herausgeber

Interdisziplinarität ist ein schwieriges Unterfangen – das weiß jeder, der sich ihm bereits einmal gestellt hat. Zwar verkörpert sie eine Kernforderung für wissenschaftliche Arbeit, findet sich daher regelmäßig in Ausschreibungstexten, und der ungeschriebene Comment in der scientific community besteht auf einer positiven Haltung ihr gegenüber. Erst die Umsetzung jedoch wird zum Machbarkeitstest.

Diesen Test hat die Ringvorlesung «1989 – 2001 – 2011: Weltgeschichtliche Zäsuren in Gesellschaft und Politik», den die Fächer Geschichte, Politikwissenschaft und Soziologie der Universität Hildesheim im Sommersemester 2013 gemeinsam veranstalteten, in zweifacher Weise bestanden. Zum einen, weil die Ringvorlesung als äußerst gelungen bezeichnet werden kann. Gelungen ist nämlich, den Studierenden nicht nur Wissen über die Zeitpunkte 1989, 2001 und 2011 zu vermitteln, dies historisch einzuordnen und ihnen gesellschaftliche und politische Kontexte vor Augen zu führen. Vielmehr hielt die Ausgestaltung der Vorlesung, die darin bestand, dass jeweils der Vortrag aus einer Disziplin von den beiden anderen Disziplinen kommentiert und diskutiert wurde, eine weitere Einsicht bereit: Dass zu einem Gegenstand mehrere Zugänge führen, dass es nicht «die eine» Auslegung oder Wahrheit gibt und dass verschiedene Interpretationen erst gekannt sein müssen, bevor eine eigene Position eingenommen werden kann. Nicht zuletzt wurde so auch deutlich, wie sehr es auf konzeptionelle Klarheit und gute methodische Fundierung ankommt, damit ein Interpretations- oder Erklärungsansatz auch Vertreter anderer Disziplinen überzeugen kann.

Gelungen ist die Ringvorlesung auch deswegen, weil wir mit diesem Band nun ein weiteres Ergebnis vorlegen können. Tatsächlich hat deren Vorbereitung und Durchführung allen Beteiligten – und dies waren («statusgruppenübergreifend»!) die Kolleginnen und Kollegen der drei Fächer – Freude gemacht. Die Begeisterung hielt daher auch über das Sommersemester 2013 an, und wenn dieser Band nun zustande gekommen ist, dann deswegen, weil trotz weiter gehender Lehr- und Forschungsbelastung alle von einer Publikation unseres Projektes überzeugt waren. Diese Belastung war freilich auch der Grund dafür, dass die Drucklegung etwas länger gedauert hat. Umso mehr freuen wir uns, nun diesen Band vorlegen zu können – auch wenn die Zeitläufte unsere Leitfrage nach 1989, 2001 oder 2011 als weltgeschichtliche, weltgesellschaftliche und weltpolitische Zäsuren in einem anderen Licht erscheinen lassen. Unsere Frage bleibt gültig, zumal in einer *ex post*-Analyse; gleichwohl wird man heute – Stand Ende 2015 – und in einer späteren Analyse das Jahr 2014 der Untersuchung auf einen Zäsurcharakter hin

unterziehen mögen als das Jahr, in dem zum einen längst obsolet gewordene Handlungsmuster des Kalten Krieges wiederauftauchten (Krim-Annexion, Stellvertreterkrieg) und zum anderen mit dem Islamischen Staat sich eine neue Bedrohung Bahn gebrochen hat, deren Ausmaße bislang nicht absehbar sind. Leben wir also wieder in einer Zeitenwende? Erhöht sich die Taktzahl solcher Zäsuren? Jegliche Auslegung hat ihren Ausgangspunkt in der zentralen Frage unserer Ringvorlesung: Was ist eigentlich eine Zäsur?

Dieser Band wirft ein Licht darauf, wie unterschiedliche Disziplinen sich dieser Frage nähern und teilweise zu erstaunlich ähnlichen Einsichten kommen. Interdisziplinarität: ein lohnendes Unternehmen.

Zu danken ist an dieser Stelle der Universitätsgesellschaft Hildesheim e. V., die diese Publikation finanziell unterstützt, sowie Herrn PD Dr. Müller, der diese Publikation begleitet hat.

MICHAEL CORSTEN

MICHAEL GEHLER

MARIANNE KNEUER

Hildesheim, im März 2016

# **Inhaltsverzeichnis**

## **I. Historiographische, politikwissenschaftliche und soziologische Grundkonzepte**

Wozu welthistorische Zäsuren?

MICHAEL CORSTEN

13

Vom Glanz und Elend der Revolutionen.  
Die Umstürze in Mittel- und Osteuropa 1989  
mit Blick auf die Jahre 2001 und 2011

MICHAEL GEHLER

37

Zäsuren der Demokratieentwicklung?  
Von Aufwind, Abwind und einem lauen Lüftchen

MARIANNE KNEUER

67

Sichtbare Brüche und schleichende Revolutionen.  
Multidisziplinäre Perspektiven auf prägende Weltereignisse.  
Kommentar zu den Beiträgen von Michael Corsten,  
Michael Gehler und Marianne Kneuer

SASKIA RICHTER (†)

85

## **II. 1989: kollektive Resonanzen und Folgen**

89 und die 89er.  
Selbstthematisierung im innerdeutschen Transformationsprozess

HOLGER HERMA

101

89er-Generation – ein beladenes Etikett?  
Kommentar zum Beitrag von Holger Herma

VOLKER SOMMER

119



Zwischen Ermöglichungs­zäsur und Kontinuität.  
Deutsche Kriminal- und Polizeipolitik in Umbruchszeiten

ANDREAS PUDLAT

127

Der Transformationsprozess der Wendejahre.  
Kommentar zum Beitrag von Andreas Pudlat

IRENE LESER

155

### **III. 2001 und 2011: Zäsuren oder Transformationsdynamik?**

9/11 – ein Anschlag aus dem Mittelalter?  
Der Westen und die Kreuzfahrer, al-Qaida und die Assassinen,  
IS und das Kalifat

FELIX HINZ

163

Umbruch und Kontinuität in Nahost seit 2011.  
Die Perspektivenfrage einer historischen Zäsur

THOMAS DEMMELHUBER

185

Demografie und Revolution.  
Zur Rolle von youth bulges im Arabischen Frühling.  
Kommentar zum Beitrag von Thomas Demmelhuber

CHRISTIAN SEIPEL

201

Die arabische Nation und ihr «Frühling».  
Kommentar zum Beitrag von Thomas Demmelhuber

FELIX HINZ

207

#### **IV. Global-politische Verschiebungen**

9/11 und danach.

Auswirkungen auf die transatlantischen Beziehungen

GODELIEVE QUISTHOUDT-ROWOHL

215

Europa und die USA:

Eine Wertegemeinschaft mit Neuorientierung?

Kommentar zum Beitrag von Godelieve Quisthoudt-Rowohl

MICHAEL GEHLER

223

#### **V. Schlusskommentare**

1989 – 2001 – 2011.

Zäsuren der Weltgeschichte in demokratiepolitischer und  
weltgesellschaftlicher Perspektive.

Versuch eines Schlusskommentars

MICHAEL GEHLER

231

1989 – 2001 – 2011:

Folgerungen für den Begriff der weltgeschichtlichen Zäsur

MICHAEL CORSTEN

253

Von Strukturen und Prozessen, Revolutionen und Transformationen.

Ein fiktives sokratisches Gespräch

MARIANNE KNEUER

259



# **I.**

## **Historiographische, politikwissenschaftliche und soziologische Grundkonzepte**



# Wozu welthistorische Zäsuren?

MICHAEL CORSTEN

## I. Einleitung

Der folgende Beitrag beschäftigt sich in soziologisch-theoretischer und empirischer Hinsicht mit der Frage, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Weltereignissen, Weltmedienereignissen und weltgeschichtlichen Zäsuren bestehen.

Dazu greift er erstens die systemtheoretische These auf, dass Weltereignisse und Weltmedienereignisse aus kommunikationssoziologischer Perspektive in eins fallen. Zweitens wendet er sich der damit einhergehenden Problematik zu, dass der Begriff der weltgeschichtlichen Zäsur aus der systemtheoretischen Engführung herausfällt. Die Behauptung, etwas sei eine weltgeschichtliche Zäsur, folgt einer anderen Rekonstruktionslogik als die Annahme eines Weltereignisses und dementsprechend auch des Medienereignisses. Deshalb rekapituliert der zweite Abschnitt zunächst die systemtheoretische Klärung von Weltereignissen als Weltmedienereignissen. Der dritte Abschnitt untersucht dann die weltgeschichtlichen Zäsuren. Dabei werden theoretische, methodische und empirische Anhaltspunkte angegeben, die einer trennscharfen Abgrenzung von weltgeschichtlichen Zäsuren und Welt-Medien-Ereignissen dienen können. Die empirische Plausibilität einer Begrifflichkeit von welthistorischen Zäsuren wird dabei an den zentralen Bruchpunkten in der Geschichte des 20. Jahrhunderts nachgezeichnet. Darauf aufbauend erörtert der vierte Abschnitt Ereignisse der Jahre 1989–1991<sup>1</sup>, 2001<sup>2</sup> und 2011<sup>3</sup> auf ihren Charakter als Weltmedienereignisse und als welthistorische Zäsuren. Abschließend wird im fünften Abschnitt nach dem soziologischen Erkenntnisgewinn einer Beschäftigung mit welthistorischen Zäsuren gefragt. Entscheidend wird dabei die Reflexion einer zeittheoretischen Differenz von Zäsuren und Ereignissen sein.

---

1 Zerfall des Sozialismus.

2 Anschlag auf das World Trade Center und das Pentagon.

3 Fukushima, Tötung Osama bin Ladens, Auftakt des ›Arabischen Frühlings‹ in Tunesien, Ägypten, Libyen, Syrien.

## II. Soziologische Bestimmung von Weltereignissen (Weltbegebenheiten)

In der Soziologie wird der Sachverhalt des Weltereignisses vor allem von Vertretern der neueren Systemtheorie behandelt, und dort vor allem in Verbindung mit Niklas Luhmanns These der Weltgesellschaft als Form der (modernen) Gesellschaft. Diese These ist wiederum eng verknüpft mit Luhmanns soziologischem Konzept der Kommunikation, speziell der massenmedialen Verbreitung von Kommunikation. Pointiert findet es seinen Ausdruck in der Behauptung: «Weltgesellschaft wäre ohne Massenmedien nicht möglich»<sup>4</sup>.

Daher erweist es sich als sinnvoll, im ersten Schritt den Begriff des Weltereignisses konsequent aus der systemfunktionalistischen Konzeption herzuleiten. Dazu knüpfe ich an einen Systematisierungsvorschlag von Rudolf Stichweh (2008) an und beziehe mich auf drei konkrete Studien, die an seine Einteilung anschließen<sup>5</sup>.

Ein Weltereignis ist demnach immer auch ein kommunikatives Ereignis, und zwar ein solches, das nicht nur (durch Massenmedien) weltweit verbreitet, sondern vor allem auch durch ein weltweites Publikum rezipiert wurde. Luhmanns Definition von Kommunikation als dreifacher Selektion von Information, Mitteilung und Verstehen wird somit auf die Weltöffentlichkeit ausgedehnt. Ein Weltereignis ist eine Information, die weltweit mitgeteilt und verstanden wurde. Ein Weltereignis ist in diesem systemfunktionalistischen Verständnis nie nur ein Geschehnis, eine Begebenheit, sondern zugleich immer auch Kommunikation.

Stichweh geht in seiner Bestimmung von Weltereignissen noch etwas weiter, indem er einerseits vier Merkmale benennt, die sie von anderen Begebenheiten unterscheidbar machen, und sich andererseits mit drei gesellschaftsstrukturellen Konsequenzen von Weltereignissen beschäftigt. Daher gilt es hier zunächst auf die vier Unterscheidungskriterien genauer einzugehen, die Stichweh vorgeschlagen hat.

Konstitutive Merkmale von Weltereignissen seien demnach<sup>6</sup>:

- 1) Ereignischarakter (Neuheit, Innovation, Ergebnisoffenheit),
- 2) Inklusivität (hoher Beteiligungs- und/oder Bekanntheitsgrad),

4 Niklas Luhmann, Veränderungen im System gesellschaftlicher Kommunikation und die Massenmedien, in ders., Soziologische Aufklärung, Bd. 3, Wiesbaden 2005, S. 355–368.

5 Rudolf Stichweh, Zur Soziologie des Weltereignisses, in Weltereignisse, hrsg. von Stefan Nacke, René Unkelbach u. Tobias Werron, Wiesbaden 2008, S. 17–40.

6 Ebd., S. 36 ff.

- 3) Alleinstellungscharakter,
- 4) Weltbedeutsamkeit.

Um die Merkmale empirisch zu illustrieren, wird das Beispiel eines Musikvideos erörtert. Wenn das Video über Youtube weltweit verbreitet und abgerufen werden kann, würde es als Medienereignis durch die Kommunikation über ein Internetportal in die Weltöffentlichkeit gelangen. Demnach handelte es sich bereits um ein Weltereignis, da es als weltweite Kommunikation operiert. Um nach Stichweh ein Weltereignis zu sein, müsste es allerdings noch die vier oben aufgelisteten Kriterien erfüllen. Das erste hat es bereits dadurch getan, dass es auf einer Internetplattform hochgeladen wurde. Möglicherweise wird der Neuheitscharakter noch dadurch verstärkt, dass es sich um das neueste Stück einer berühmten Musikband (zum Beispiel die Rolling Stones) handelt. Es wäre also etwas Neues, wenn auch noch nicht unbedingt innovativ oder originell.

Was macht davon unabhängig nun genau die Inklusivität des Beispielereignisses aus? Als weltweit abrufbares Video könnten es viele Internetnutzer anklicken. Wäre die Inklusivität also dann erreicht, wenn viele Nutzer<sup>7</sup> das Video angeklickt hätten? Möglicherweise reicht dies nicht aus. Aber hier bieten sich für die Band und die Produzenten des Clips weitere Optionen. Vielleicht handelt es sich um die Aufzeichnung aus einem simultan erfolgenden Live-Konzert vor einem großen Publikum, das auch noch von einem Musik-TV-Sender und deren Internetforum weltweit übertragen wird. Der Live-Charakter würde das Moment der Inklusivität erhöhen. Die im Video gezeigten Reaktionen des Konzertpublikums dokumentierten für den Youtube-Rezipienten die Art und Weise, wie das Stück angenommen wurde. Allerdings fehlte daran noch das Alleinstellungsmerkmal. Denn als simultan verbreitete Live-Ereignisse können nicht nur Konzerte, sondern auch Papstbesuche, neugeborene Adelskinder, Scheidungsszenen aus dem Leben von Filmschauspielern oder Bundeswehreinsätze bei Flutkatastrophen übertragen werden. Ein Ereignis, das «neben vielen gleichartigen»

---

<sup>7</sup> Werron diskutiert am Beispiel der World Series im Baseball wie Zähllisten und darüber ermittelte Punktzahlen Bedeutsamkeit erzeugen. Vgl. Tobias Werron (2008), «World Series». Zur historischen Genese eines Weltereignisses, Weltereignisse, hrsg. von Stefan Nacke, René Unkelbach u. Tobias Werron, Wiesbaden 2008, S. 101–141. Dementsprechend würde die Anzahl der Aufrufe eines Videos im Internet dessen Bedeutung sichtbar machen (wie auf Youtube in der Regel auch der Fall ist). Allerdings kann das Zustandekommen solcher Zählungen in Frage gestellt werden (Manipulationsverdacht), so dass Inklusivität durch stärker Authentizität verbürgende Zeichen kommuniziert werden muss.



Ereignissen steht, wäre aber kein Weltereignis<sup>8</sup>. Dem Ereignis müsse etwas Einzigartiges anhaften. Dies wäre möglicherweise der Fall, wenn es sich beim Konzertvideo um das letzte Mal gehandelt hätte, dass Mick Jagger mit den Rolling Stones gesungen hatte.

Aber selbst wenn der Ereignischarakter durch Neuheit, Inklusivität und Alleinstellung bekräftigt ist, fehlt ihm noch das Kriterium der «Weltbedeutsamkeit». Aber wodurch gewinnen Weltereignisse Weltbedeutsamkeit, wenn nicht sich dieses letzte Merkmal trennscharf von den bereits genannten (Neuheit, Inklusivität, Alleinstellung) nochmals unterscheiden soll? «Weltbedeutsamkeit» sei ein «Attribut, das sich aus den Sinnperspektiven vieler Beteiligten selbstverständlich erschließen lassen muss. Die Weltbedeutsamkeit muss für diese Beteiligten eine relativ unstrittige Erfahrung sein».<sup>9</sup> Dabei sei Weltbedeutsamkeit aber keine institutionelle Qualität (etwa im Sinne eines Zertifikats), sondern die Auszeichnung von Relevanz, die ohne Widerspruch bleiben wird (oder nicht allzu leicht auf Widerspruch stoßen wird).

Daran schließen sich zwei Fragen an:

- a) Wie oder woran lässt sich die Bedeutsamkeit des Weltereignisses auszeichnen? Bisher ist sie durch den Hinweis auf ihre Unstrittigkeit nur negativ gefasst.
- b) Das Ausbleiben von Widerspruch wird zeitlich nicht genau begrenzt. Bis wann (so lässt sich fragen) kann/darf die Weltöffentlichkeit gegen die Auszeichnung globaler Bedeutsamkeit ihr Veto einlegen?

Nun wäre es denkbar, dass sich die Bedeutsamkeit eines Weltereignisses aus ihren gesellschaftsstrukturellen Folgen abgeleitet werden könnte. Aber damit würde die Bedeutsamkeit nicht schon in dem Augenblick der Kommunikation des Ereignisses (Gegenwart des Ereignisses) selbst gegeben sein<sup>10</sup>. Gesellschaftsstrukturell folgenreich seien Weltereignisse, da sie

- 5) Relevanz für einzelne gesellschaftliche Funktionsbereiche besitzen (können)
- 6) die Zentralität der Zeitdimension für Weltgesellschaft markieren
- 7) Weltgesellschaft über weltweite Verbreitung von Kommunikation in Form der Adressierung an ein Weltpublikum überhaupt erst erfahrbar machen.

---

<sup>8</sup> Stichweh, Soziologie des Weltereignisses (Anm. 5), S. 37.

<sup>9</sup> Ebd., S. 36.

<sup>10</sup> Hier zeigt sich eine Schwierigkeit der Systemtheorie mit dem Begriff des Prozesses.

Aber was wiederum heißt das genau? Globale Relevanz ließe sich zum Beispiel daran ablesen, dass ein Ereignis nicht nur Relevanz in dem Funktionsbereich besitzt, aus dem es hervorgeht (im Beispiel: Popmusik), sondern auch darüber hinaus in anderen Bereichen Beachtung findet (zum Beispiel in der Wirtschaft aufgrund des enormen Gewinns aus den Verkäufen des Clips, oder in der Politik aufgrund des Skandals, der durch den Text ausgelöst wird). Das würde die Bedeutung eines Ereignisses plausibel machen, aber eben erst nachträglich durch einen reflexiven Prozess von später eintretenden Ereignissen, die sich auf das ursprüngliche Ereignis (in irgendeiner Weise) bestätigend beziehen. Auch mag es richtig sein, dass Weltereignisse die Zentralität der Zeitdimension für die Weltgesellschaft verdeutlichen, aber diese Folgewirkung erklärt nicht die originäre Bedeutsamkeit des in Frage stehenden Ereignisses selbst. Und ebenso trifft es für die These zu, dass sich auf der Basis von Weltereignissen die Erfahrung der Weltgesellschaft überhaupt erst einstellt. Aber auch in dieser Erfahrung werden bereits die Kriterien der Alleinstellung, Inklusivität und Weltbedeutsamkeit vorausgesetzt.

Das Kriterium der Weltbedeutsamkeit macht auf eine Schwierigkeit aufmerksam. Wenn es erst nachträglich durch reflexive Bezugnahmen auf das Ereignis oder durch Folgewirkungen, die es auslöst, und nicht bereits in der Gegenwart des Ereignisses bzw. seiner globalen kommunikativen Verbreitung markiert werden kann, dann würde das Moment der Weltrelevanz nicht in der Gegenwart des Ereignisses selbst bereits erfahrbar sein. Im Rahmen einer Theorie die Weltereignisse und Weltmedienereignisse gleich behandelt, wäre das Moment der Weltrelevanz des Ereignisses nicht mehr ausweisbar.

Bevor wir zu den typologischen Unterscheidungen von Stichweh übergehen, soll daher hier zunächst auf die Möglichkeit einer Theorieverzweigung hingewiesen werden:

- 1) Die konsequente Verfolgung eines Begriffs des Weltereignisses unter Verzicht des Kriteriums der Weltbedeutsamkeit, mit der Folge, dass Weltrelevanz mit Weltmedienrelevanz zusammenfielen. Weltereignisse zeigten dann die (reine) Selbstbezüglichkeit der Weltmedienkommunikation.
- 2) Reservierung des Merkmals der Weltbedeutsamkeit für den Begriff der weltgeschichtlichen Zäsur (siehe hier Kapitel 3). Ein welthistorisches Ereignis wäre dann weniger ein Geschehnis oder eine Begebenheit, sondern mehr die Markierung einer Unterbrechung.

Neben den genannten Merkmalen legt Stichweh eine Typologie von vier Arten der Weltereignisse vor – allerdings ohne dabei systematisch auf die genannten Kriterien und Folgewirkungen einzugehen, die er theoretisch für Weltereignisse herausgearbeitet hat<sup>11</sup>. Mit den (a) natürlichen Weltereignissen (wie Katastrophen), den (b) geplanten Weltereignissen (wie Olympischen Spielen), den (c) Weltmedienereignissen (die zum Beispiel eine Programmunterbrechung hervorrufen) und den (d) welthistorischen Ereignissen (Auflösung der UdSSR) unterscheidet Stichweh vier Typen.

### 1. Natürliche Weltereignisse/Katastrophen

Stichweh spezifiziert diesen Typus selbst nicht positiv, sondern ist lediglich daran interessiert für ihn festzuhalten, dass auch «(n)atürliche Weltereignisse [...] nie ohne Kommunikation und nie ohne Medien der Kommunikation zu denken» seien<sup>12</sup>. Das gilt schon für die Katastrophen und zeigt sich etwa an der Differenz zwischen den Schnelligkeiten der Verbreitung der Nachrichten über das Erdbeben von Lissabon (1755)<sup>13</sup> und über das Erdbeben von San Francisco (1906), dessen Meldung sich über telegrafische Kommunikation innerhalb weniger Stunden über den Erdball ausbreitete und nicht nur in den Zeitungsmedien, sondern vor allem im Versicherungswesens Europas unmittelbar für aufgeregte Reaktionen sorgte<sup>14</sup>. Beantwortet werden müsste allerdings auch, wie (auf welche Weise) und/oder wodurch (unter welchen Bedingungen) natürliche Ereignisse (die ja eigentlich ständig stattfinden) Weltbedeutung erlangen? (Oder wenigstens: Neuheit, Alleinstellung, Inklusivität).

Dies ist umso verwunderlicher, als sich doch gerade am Fall der natürlichen Ereignisse die Kriterien der Alleinstellung, Neuheit, Inklusivität und auch der Weltbedeutsamkeit eindrücklich nachzeichnen lassen. Alleinstellungscharakter gewinnen natürliche Ereignisse (zum Beispiel Sonnenfinsternis) durch ihre relative Seltenheit. Zudem können sie sich für viele Menschen ganz offensichtlich (als etwas für sie Überraschendes = Neu-

11 Daran zeigt sich, dass die systemtheoretische Erarbeitung eines Begriffs des Weltereignisses bei Stichweh noch relativ unentwickelt geblieben ist.

12 Stichweh, *Soziologie des Weltereignisses* (Anm. 5), S. 34.

13 Wann bzw. in welchem zeitlichen Abstand hat zum Beispiel der Hildesheimer *Relations-Courier* (Vorläufer der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung seit 1705) über das Erdbeben von Lissabon berichtet?

14 Tilman J. Röder, *Katastrophe als Katalysator: Der Untergang von San Francisco als Impuls für die Entwicklung einer Weltgesellschaft*, in: Nacke, Stefan/Unkelbach, René/Werron, Tobias (Hg.) *Weltereignisse*, Wiesbaden 2008, S. 203–226.

heit und Überwältigendes = Bedeutsamkeit) zeigen. Das natürliche Wetterereignis «heiter bis wolkig» wird somit in der Regel kein Ereignis von Weltrang sein – «tennisballgroße Hagelkörner» kommen dem schon eher nahe. Ein Tsunami gekoppelt an die Zerstörung eines Kernreaktors erfüllt als globale Katastrophe in seiner Außerordentlichkeit wohl das Kriterium der «Weltbedeutsamkeit». Es fragt sich jedoch, ob die Weltbedeutsamkeit der Katastrophe (oder anderer außerordentlicher Naturereignisse) vollständig in ihrem außeralltäglichen Charakter aufgeht. Oder ob nicht doch eine weitere Art von Bedeutsamkeitszurechnungen mit im Spiel ist: nämlich ihr Strukturpotenzial, das sich in der Möglichkeit der Wiederholung zeigt und den Betroffenen signalisiert, präventiv/protektiv etwas gegen eine mögliche Wiederholung zu unternehmen.

## 2. Geplante Weltereignisse

Ganz und gar anders verhält es sich bei den uns heute ebenfalls sehr geläufigen «geplanten Weltereignissen». Sie kommen auf entschieden andere Weise zustande, und zwar über die Organisation von Veranstaltungen durch Verbände, die sich selbst und ihren «Events» Weltbedeutung zuschreiben und die Teilnehmer und Besucher aus aller Welt als Gäste einladen. Weltereignisse dieser Art sind Olympiaden, Fußballweltmeisterschaften, aber auch Vatikanische Konzile oder Weltjugendtage. Entscheidend ist, dass sie sich als Veranstaltung zeitlich begrenzen, und damit von Zeit zu Zeit (zum Beispiel alle vier Jahre) wiederholbar machen. Bemerkenswert ist dabei auch der Einfluss, den Verbreitungsmedien, aber auch statistische Aufbereitungssysteme (Tabellen, Charts) bei der Konstitution von geplanten Medienereignissen besitzen. Am Beispiel der Entstehung der World Series im Baseball um 1903/1905 verdeutlicht Tobias Werron genau dieses Zusammenspiel der Konstruktion nationaler Ligen mit einheitlichen Regeln, der aktiven Publikation aller Wettkämpfe und der Einführung eines statistisch einfach kommunizierbaren Scoreboards, das die Ranglisten der beteiligten Mannschaften kurz anzuzeigen vermag und sich daher für medial verbreitete Kurzkommunikationen (Meldungen) hervorragend eignet<sup>15</sup>. Diese Idee der Charts als Weltereignissen hat sich heute in weiten Teilen des Sports und der Populärkultur durchgesetzt. Aber auch in anderen Bereichen: Man denke an Universitäts-Rankings oder die PISA-Vergleiche der OECD. Ganz wichtig zu merken ist hier (im Unterschied zu den welthistorischen Ereignissen): Die geplanten Weltereignisse zeigen selbst schon im Moment des Ereignisses ihre Weltrelevanz an. Sie muss nicht nachträglich von Forschern zugeschrieben werden!

---

<sup>15</sup> Tobias Werron, «World Series» (Anm. 7).

Geplante Weltmedienereignisse erwecken eine spezifische Rationalität des Überbietens. Da sie auf organisierte Weise auf Weltbedeutsamkeit aus sind, müssen sie absichtsvoll das Kriterium der Alleinstellung anvisieren und damit immer von vorneherein der Erwartung gerecht werden, das «Noch-Nie-Dagewesene» zu erreichen (zum Beispiel in Form von Rekorden, die sich als Weltrekorde bei Weltmeisterschaften als geplanten Ereignissen immer gut machen, und seien es «nur» oder «gerade» Zuschauerrekorde).

### 3. Weltmedienereignisse

Die letzte Gruppe der Medienereignisse zeichnet sich nun nicht nur dadurch aus, dass sie Weltereignisse verbreiten, sondern dass mit der Entstehung von Medien weltweiter Kommunikation sich auch das Weltereignis in seiner Konstitutionslogik verändert. Dieser Gedanke geht weniger auf Stichweh selbst zurück, der eigentlich nur den generellen Punkt betont, dass Ereignisse nur dann Weltereignisse seien, «wenn die Massenmedien sie als Ereignisse auffassen»<sup>16</sup>. Zwar sieht er noch die «enge Liaison» zwischen geplanten Ereignissen und Massenmedien, lässt jedoch einen wichtigen Aspekt unberührt, auf den insbesondere Christian Morgner in seinen Arbeiten zur unmittelbaren Medienberichterstattung über die Ermordung Kennedys, dem Tod Lady Di und dem Untergang der Titanic als Weltmedienereignissen hingewiesen hat<sup>17</sup>.

Morgner leitet aus der Differenz der Möglichkeiten des Fernsehens (verglichen mit Zeitung, Radio oder Kino) die Veränderung der Ereignissemantik im Laufe des 20. Jahrhunderts ab. Das Besondere am Medium Fernsehen sei nicht nur seine «Informativität», sondern sein reflexiver Charakter als «Informativität der Informativität»<sup>18</sup>. Morgner rekonstruiert den reflexiven Charakter der «Informativität» aus der Möglichkeit der «doppelten Unterbrechung», die (wahrscheinlich) nur dem Fernsehen zur Verfügung steht.

«Man berichtet nicht nur, wie die Zeitung, über das Ereignis als Unterbrechung, als etwas, das das Leben zum Stehen bringt, sondern unterbricht das eigene Programm und verkündet, dass man das eigene Programm unterbrochen hat. Im Falle der Ermordung John F. Kennedys geschieht dies fast im

16 Stichweh, *Soziologie des Weltereignisses* (Anm. 5), S. 35.

17 Christian Morgner, *Weltereignisse der Massenmedien – Am Beispiel der Ermordung von John F. Kennedys*, in: Nacke, Stefan/Unkelbach, René/Werron, Tobias (Hg.) *Weltereignisse*. Wiesbaden 2008, S. 177–202; Christian Morgner, *Weltereignisse und Massenmedien*, Bielefeld, 2009.

18 Morgner, *Weltereignisse* (Anm. 17), S. 196.

Stundentakt über vier Tage hinweg. Das Ereignis wird damit mehrfach gespiegelt, es gewinnt an Größe und Umfang.»<sup>19</sup>

Diese doppelte Unterbrechung besteht damit nicht nur in der Außergewöhnlichkeit und der Alleinstellung des Ereignisses selbst, sondern vor allem darin, dass die Medien ihr Programm (aus Anlass des außergewöhnlichen Ereignisses) unterbrechen können und damit die Bedeutung des Ereignisses nochmals duplizieren. Und darin liegt ein wichtiger Unterschied zwischen der medialen Verbreitung geplanter Weltereignisse (wie dem Endspiel einer Fußball-WM) und der medialen Reaktion auf unerwartete Begebenheiten mit Weltrelevanz. In zweiten Fall können die Medien durch die Unterbrechung des Programms anzeigen, dass sie auf etwas reagieren, was uns alle unvorbereitet getroffen hat.

Damit kann die mediale Kommunikation die «Weltbedeutsamkeit» des Ereignisses simultan innerhalb der Live-Kommunikation des Ereignisses als mitlaufende Botschaft der Relevanz anzeigen. Sie erzeugt das «Herausgestellt-Sein» (Morgner im Anschluss an Alfred Schütz) des Weltereignisses als Weltmedienereignis.

Zugleich konstituiert sich das Publikum der Welt(-medien-)gesellschaft über die Anteilnahme an Weltmedienereignissen als Welterfahrungsgemeinschaft. Alle nehmen in Echtzeit Anteil an dem Geschehen, das uns alle, überrascht, unvorbereitet trifft, aus den Bahnen der Routinen wirft, was uns somit bewegt und betroffen macht. Vielleicht können wir sogar soweit gehen und darin das Mobilisierungspotenzial eines Weltbürgertums entdecken. Denn auch das wissen wir mittlerweile: Die globale Bereitschaft nach dem Erleben eines Weltmedienereignisses etwas zu tun, ist hoch.

#### 4. Welthistorische (politisch-moralische) Ereignisse

Wieder anders verhält es sich bei welthistorischen Ereignissen, von denen Stichweh meint, dass sie «sich immer erst spät» durchschauten. Ihr Zusammenhang sei «retrospektiv» und sie könnten «zu jedem Zeitpunkt erneut bestritten werden. Sie strapazieren die Grenzen des Ereignisbegriffes» (ebd.)<sup>20</sup>. Trotzdem erscheint es Stichweh «plausibel», Ereignisse wie die Erfindung des Buchdrucks oder die Französische Revolution als solche welthistorisch relevanten Begebenheiten anzusehen. Die Bestimmung eines Ereignisses als (politisch-moralisches) welthistorisches Ereignis ergibt sich erst im Rahmen einer (weltweiten, weltwissenschaftlichen) geschichts-, po-

<sup>19</sup> Morgner, Weltereignisse (Anm. 17), S. 198.

<sup>20</sup> Stichweh, Soziologie des Weltereignisses (Anm. 5), S. 34.

litik- und sozialwissenschaftlichen Folgediskussion. Die welthistorischen Ereignisse weisen eine Ähnlichkeit zu dem auf, was wir in diesem Band als welthistorische Zäsuren bezeichnen. Dies wird bereits daran deutlich, dass das welthistorische Ereignis (und mit ihm die Zäsur) eine andere Zeitqualität aufweist. Das Merkmal Weltereignis zu sein, ergibt sich nicht unmittelbar, in der Gegenwart des Ereignisses dar, sondern wird erst nachträglich (retrospektiv) erkannt und ist möglicherweise auch wieder revidierbar. Dieser Typus ist spätestens dokumentiert mit dem seit 1758 vom Historiker Edmund Burke herausgegebenen «Annual Register», das seitdem ununterbrochen als jährliches «Record of World Events» in Erscheinung tritt.

Bevor ich im dritten Abschnitt genauer auf die Konzeption und auf Beispiele weltgeschichtlicher Zäsuren zu sprechen komme, sollen hier die wesentlichen Ergebnisse der Beschäftigung mit dem systemtheoretischen Verständnis von Weltereignissen nochmals zusammenfassend festgehalten werden. Ausgehend von der Bestimmung der Gesellschaft, genauer: der sozialen Systeme über die Kommunikation als geschlossen reproduzierbare operative Ereignisse, werden auch Weltereignisse konstitutiv als massenmediale kommunikative Ereignisse gefasst, die über weltweit reichende Verbreitungstechniken an eine Weltöffentlichkeit adressiert werden mit der Hoffnung, im Erfolgsfall auf weltweite Rezeption zu stoßen. Die kriterial spezifischere Definition von Weltereignissen durch Stichweh über die Merkmale Neuheit, Inklusivität, Alleinstellung und Weltbedeutsamkeit ergab jedoch insbesondere für die zuletzt genannte Eigenschaft eine Schwierigkeit. Die Weltrelevanz eines Ereignisses lässt sich anscheinend nicht unmittelbar am Ereignis selbst ausweisen. Die Weltbedeutsamkeit wird über eine nachträglich (kommentierende) Referenz auf die als Ereignis bereits vergangene Begebenheit erst hergestellt.

Anhand der Rekonstruktion der vier Typen des Weltereignisses konnte gezeigt werden, dass vor allem das Weltmedienereignis und die weltgeschichtlichen (politisch-moralischen) Ereignisse auf je verschiedene Weise Weltbedeutsamkeit repräsentieren können. Beide tun dies über die Zuschreibung von Unterbrechung. Das Weltmedienereignis, indem es auf die Unterbrechung des Laufs der Dinge und des Laufs der Medien verweist; das weltgeschichtliche Ereignis, indem die wissenschaftliche Beobachtung über den Begriff der Zäsur einer kurzen Zeitspanne die Unterbrechung des Laufs der Geschichte zuschreibt.

### III. Welthistorische Zäsuren im 20. Jahrhundert

Blickt man – auch jenseits von Eric Hobsbawms Periodisierung des «kurzen 20. Jahrhunderts» als «Zeitalter der Extreme» von 1914–1991<sup>21</sup>, in geschichtswissenschaftliche Darstellungen des 20. Jahrhundert, dann trifft man in der Regel auf folgende drei Jahreszahlen, zumindest ungefähr: 1914 – 1945 – 1991.

Die Ereignisse markieren unmittelbar: den ersten Weltkrieg, 1914–1918, und damit das Ende der imperialen Blütezeit Europas, das Ende des zweiten Weltkriegs, 1939–1945, und damit die Erfahrung der Entgegensetzung zweier Weltblöcke, das Ende des mittel- und osteuropäischen Sozialismus, 1989–1991, und damit das Ende des «Eisernen Vorhangs».

Insbesondere durch eine Renaissance von Forschungen zum Zeitraum vor 1914, die sich zum einen mit den besonderen kulturellen Veränderungen der Jahre 1860 bis 1913 beschäftigen<sup>22</sup> und hier von der «Geburt der Moderne» sprechen, und die zum anderen aufgrund der Vorboten des Bruches, der durch den Ersten Weltkrieg ausgelöst wurde, das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts «taumelnden Kontinent» bezeichnen<sup>23</sup>, aber auch wirtschaftshistorische Studien zur Etablierung des industriellen Sektors<sup>24</sup> gelangen zu einer Periodisierung, die eine Blütephase von etwa dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bis in das frühe 20. Jahrhundert hinein konstatiert, die dann durch den Ersten Weltkrieg unterbrochen bzw. beendet wird. Der Erste Weltkrieg besiegelt nicht nur das Ende einzelner Großmächte, sondern eine kulturelle, technische, soziale und ökonomische Hegemonie Europas. Und auch traditionell einschlägige welthistorische Überblicke referieren auf die Daten des Ersten Weltkriegs als «Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts» oder auf das «Epochenjahr 1917»<sup>25</sup>. Weitere einschlägige Einführungen und

21 Eric Hobsbawm, *Age of Extremes. The Short Twentieth Century 1914–1991*, London 1994.

22 Frank-Lothar Kroll, *Die Geburt der Moderne*, Berlin 2013.

23 Philipp Blom, *Der taumelnde Kontinent*, München 2008.

24 Andrea Komlosy, *Globalgeschichte. Methoden und Theorien*, Wien 2011; Cornelius Torp, *Weltwirtschaft vor dem Weltkrieg. Die erste Welle ökonomischer Globalisierung vor 1914*, in: *Historische Zeitschrift* 279 (2004), S. 561–609; Rolf Walter, *Geschichte der Weltwirtschaft*, Köln 2006; William Wodruff, *Die Entstehung einer internationalen Wirtschaft 1700–1914*, in: Borchardt, Knut/Cipolla, Carlo M. (Hg.) *Europäische Wirtschaftsgeschichte. Die Entwicklung der industriellen Gesellschaften*, Stuttgart 1977, S. 435–483.

25 Immanuel Geiss, *Geschichte im Überblick. Daten und Zusammenhänge der Weltgeschichte*, Hamburg 2002, S. 391 ff.; Heinrich August Winkler, *Geschichte*



Übersichten schließen sich dem weitgehend an<sup>26</sup>, auch wenn gelegentlich methodisch auf die Bedeutung einer Differenzierung geschichtlicher Entwicklungen innerhalb einer Mehrebenenbetrachtung<sup>27</sup> hingewiesen wird. Dass die beiden Weltkriege und der Zerfall des Sozialismus in geschichtswissenschaftlichen Periodisierungen nahezu unstrittig als Zäsuren ausgewiesen werden, bedeutet jedoch noch nicht, dass damit bereits theoretisch geklärt wäre, was unter einer welthistorischen Zäsur zu verstehen ist.

Unstrittig dürfte hier wiederum sein, dass die mit den Zäsuren markierten Veränderungen für die gesamte Weltregion (Weltgesellschaft) Relevanz besitzen müssen. Hier wäre der Einwand vordergründig plausibel, dass die drei genannten Ereignisse sich (weitgehend) räumlich in Europa vollzogen haben. Dieser Einwand ist jedoch nicht besonders stark, da die Nationalgesellschaften, die an den beiden Weltkriegen und an der langen Phase des Kalten Kriegs beteiligt waren, schon allein deshalb weltweite Dominanz besaßen, weil sie (mindestens bis in 1950er Jahre) die führenden Kolonialmächte darstellten und es sich bei ihnen auch um die wesentlichen Träger der sich nach dem Zweiten Weltkrieg gegenüberstehenden Ost-West-Blöcke handelte<sup>28</sup>.

Genau deshalb auch ist die Renaissance von Studien über den Zeitraum 1860/70 bis 1913 von Bedeutung, denn sie zeigen gerade die Etablierung einer europäischen (okzidental) hegemonialen Konstellation, die jeweils

---

des Westens, München 2011, S. 39 ff. Winkler befindet sich mit seiner Hervorhebung der «Russischen Revolution und (dem) Kriegseintritt der USA» in guter Gesellschaft mit dem «Annual Register. World Events of 1917», die die «USA enters War» und «Bolshevik Revolution» als die entscheidenden globalen Ereignisse des Jahres hervorheben. Beide Ereignisse markieren die Ablösung der europäischen «Imperien» in ihrer globalen Hegemonie. Best und andere sprechen von der «Great Power Rivalry» für die Jahre 1900–1917. Antony Best, Jussi M. Hanhimäki, Joseph A. Maiolo, Kirsten E. Schulze, Kirsten E., *International History of the Twentieth Century and Beyond*, London – New York 2011.

26 Immanuel Wallerstein, 2000, 2013, Harold James, *Geschichte Europas im 20. Jahrhundert*, München 2010, Brockhaus, *Weltgeschichte der Neuzeit*. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Leipzig 2006.

27 Norbert Furrer, *Geschichtsmethoden*, Zürich 2011.

28 Die Region, in der die Ereignisse hauptsächlich stattgefunden haben, ist somit sekundär bzw. in analytischer Hinsicht belanglos. Die Schwierigkeiten des Versuchs die sich gleichzeitig überlagernden, weltgeschichtlichen Entwicklungsprozesse des 20. Jahrhunderts über eine mehrdimensionale Periodisierung abzubilden zeigt der von Best und anderen herausgegebene Band. Best, *International History* (Anm. 25).

durch die beiden Weltkriege gleichsam zurecht gerückt wurde, insbesondere durch den Eintritt der USA, der Sowjetunion und nach 1949 auch von China und Japan als weitere relevante global player. Wenn hier allerdings von hegemonialer Konstellation (also von einem Kräfteverhältnis auf globaler Ebene) und von global player die Rede ist, dann darf diese Konstellation eben nicht verkürzt auf die Felder der Weltpolitik (etwa der Außen- und Sicherheitspolitik oder gar der Kriegsführung) interpretiert werden. Sie findet darin allenfalls ihren offensichtlichsten Ausdruck.

So zeigen die erwähnten Studien zum Zeitraum 1860 bis 1913 eben gerade auch kulturelle (wissenschaftliche) Entwicklungen, die mit technischem Fortschritt einhergingen, der wiederum eine bahnbrechende ökonomische Rationalisierung in Gang setzte. Zugleich wurde die ökonomische Rationalisierung gestützt durch sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen, die zum einen die ökonomische Entwicklung gegen das Risiko der Pauperisierung der Massen (die noch in den ersten zwei Dritteln des 19. Jahrhunderts deutlich sichtbar war) absicherte und zum anderen durch kollektive Investitionen in Infrastruktur (zum Beispiel Eisenbahnbau, Dampfschiffbau) einer ungeahnten wirtschaftlichen Produktivität und einem gewaltig aufkommenden Außenhandel zur Durchsetzung verhalf<sup>29</sup>.

Ähnlich wie der Erste Weltkrieg eine erste Blütephase des Industrialismus unterbricht, beendet der Zweite Weltkrieg die unruhige, politisch, kulturell wie ökonomisch hoch instabile und krisengeschüttelte Zwischenkriegszeit von 1919 bis 1939. Und in scheinbar ganz eigentümlicher Koinzidenz zerfällt der Sozialismus Ende der 1980er Jahre zeitlich parallel zum sektoralen Wandel der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft. Bezogen auf die drei genannten Daten bedeutet dies: als welthistorische Zäsuren besitzen sie deshalb «Alleinstellungsmerkmale» für die Entwicklung der «Weltgesellschaft» im 20. Jahrhundert, weil durch sie jeweils neue globale Konstellationen entstanden sind.

Aber auch die hier eingeführten Begriffe globale Konstellation bzw. weltgesellschaftliches Kräfteverhältnis sind in soziologisch-theoretischer Hinsicht noch viel zu ungenau. Gerade aufgrund der gesellschaftlichen Ausdifferenzierung verselbständigter Funktionsbereiche, die für die gesellschaftlichen, kulturellen, ökonomischen, wissenschaftlichen, politischen, technischen Entwicklungen der Jahre 1860 bis 1913 gezeigt werden können, erscheint es schwierig, die komplexen Zusammenhänge sich mehrfach überlagernder Prozesse über Begriffe wie Konstellation oder Kräfteverhältnisse abzubilden. Genau dies begründet ja die weitgehende Zurückhaltung

29 Torp, Weltwirtschaft (Anm. 24); Walter, Geschichte (Anm. 24), S. 191 ff.

der soziologischen Systemtheorie der Weltgesellschaft (Luhmann) gegenüber dem Weltsystemansatz Immanuel Wallersteins. Gerade in dem Maß, in dem gesellschaftliche Funktionssysteme sich verselbständigen haben, steigt auch die Fülle der möglichen Kombinationen von zueinander passenden bzw. nicht passenden Kopplungen zwischen den gesellschaftlichen Teilbereichen.

Die soziologische Systemtheorie benutzt hier den Begriff der «Interpenetration», und zwar «(f)ür den Fall, dass sich solche Verhältnisse wechselseitig koevolutiv entwickeln und keines der in dieser Weise strukturell gekoppelten Systeme ohne sie existieren könnte»<sup>30</sup>. Hinsichtlich der strukturellen Kopplung von Funktionssystemen spricht Luhmann (1997, 777 ff.) von einer wechselseitigen Abhängigkeit von Systemen innerhalb der Gesellschaft<sup>31</sup>. Daraus lässt sich eine gegenläufige Tendenz abzeichnen: Mit der Autonomisierung einer Vielzahl von Funktionssystemen in der modernen Gesellschaft entsteht gleichzeitig eine sich verstärkende Abhängigkeit zwischen diesen Funktionssystemen in Form von strukturellen Kopplungen.

Kritisierbar bleibt an dieser neueren soziologisch-theoretischen Lösung jedoch, dass sie zwei Aspekte relativ offen lässt. Erstens bestimmt sie nicht genauer, ob und wie strukturelle Kopplung zwischen einem ganzen Komplex von Teilsystemen zu denken ist, so wie es oben am Beispiel der Etablierungsphase der industriellen Gesellschaft im Okzident angedeutet wurde. Zweitens lässt sich die neuere Systemtheorie in der Regel nicht auf konkrete historische Periodisierungen ein, sondern spricht recht allgemein von Prozessen der Modernisierung, die sich seit der frühen Neuzeit in der Gesellschaft ablesen lassen<sup>32</sup>. Damit einher geht dann aber ein Verlust von (insbesondere kausaler) Erklärungskraft, den die neuere soziologische Systemtheorie jedoch sogar absichtsvoll postuliert:

«Eine Theorie der gesellschaftlichen Evolution verzichtet auf kausale Erklärungen (oder beschränkt sie auf Kleinstausschnitte gesamtgesellschaftlicher Evolution).»<sup>33</sup>

Wenn hier im Folgenden ein Begriff der welthistorischen Zäsur geltend gemacht wird, dann gerade deshalb um eine Präzisierung der soziologischen Beobachtung gesellschaftlicher Entwicklungen einzuführen, die gegenüber

30 Niklas Luhmann, *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, Frankfurt/M. 1997, S. 108.

31 Luhmann, *Gesellschaft* (Anm. 30), S. 777 f.

32 Diesen Mangel arbeitet Torp klar heraus. Cornelius Torp, *Weltgesellschaft und Weltereignis*, in: Nacke, Stefan/Unkelbach, René/Werron, Tobias (Hg.) *Weltereignisse*, Wiesbaden 2008, S. 41–60, insb. S. 51 f.

33 Luhmann, *Gesellschaft* (Anm. 30), S. 572.

der systemtheoretischen Beschreibung einen Zugewinn an Erklärungskraft (zunächst bezogen auf kleinere Ausschnitte gesellschaftlicher Entwicklung) ermöglichen soll. Ein solcher Begriff der weltgeschichtlichen Zäsur setzt dann voraus, dass sich erstens Konstellationen im Sinne von Formationen struktureller Kopplung zwischen mehreren Teilsystemen der Gesellschaft beobachten und zweitens zeitlich trennscharf terminieren lassen. Diese Annahme behält sogar zentrale systemtheoretische Voraussetzungen bei, etwa die These einer gesteigerten Autonomie (Autopoiesis) der gesellschaftlichen Teilsysteme, nimmt aber deren wechselseitige Abhängigkeit in Form von strukturellen Kopplungen ernster.

Halten wir zunächst fest: Zäsuren verweisen auf Neujustierungen von Kräfteverhältnissen in der Weltgesellschaft, und zwar einerseits innerhalb der Systeme Weltwirtschaft, der Weltpolitik, des Weltrechts und der Weltkultur sowie andererseits einer spezifischen Formation von strukturellen Kopplungen zwischen diesen Weltsystemen. Zäsuren sind dann im starken Sinn Grenzmarkierungen weltgeschichtlicher Periodisierung. Sie verweisen auf Diskontinuitäten zwischen Formationen funktionaler Differenzierung. Funktionale Differenzierung ist dabei kein eigene Systemoperation, sondern ein Prozessesstrukturierung der gesellschaftlichen Entwicklung (Strukturbildung auf der Ebene sozialer Evolution). Formationen stellen insofern Strukturbildungen im Sinne von Einschränkungen von Relationen der strukturellen Kopplung zwischen funktional ausdifferenzierten Systemen dar. Sie setzen vier Prozessesstrukturierungen voraus: (1) Die Ausdifferenzierung sozialer Funktionssysteme durch Verselbständigung und globaler Ausdehnung von einzelsystemischen Operationen (wie Zahlungen mit Geld, Abstimmungen über politische Repräsentation, gerichtliche Verfahren anhand positiv gesetzten Rechts, Beweisprozeduren zur Entscheidung über die Wahrheit einer Aussage); (2) die wechselseitige Abhängigkeit der verselbständigten Systemoperationen voneinander in Form „struktureller Kopplung“ (etwa in der Bedeutung des Vertragsrecht für Zahlungsgeschäfte), (3) die Formation struktureller Kopplungen in dem Sinn, dass in einer bestimmten historischen Phase die Menge der zugelassenen strukturellen Kopplungen spezifisch eingeschränkt ist und sich (4) diese Einschränkungen in Form von Programmen (der Steuerung) semantisch reflektieren lassen.

Unter der Voraussetzung dieser vier Prozesslogiken, ist die Moderne ist reflexiv modern<sup>34</sup>, weil sie zulässt, dass die zentralen Funktionssysteme der Gesellschaft (wie Wirtschaft, Politik, Recht, Kultur, Wissenschaft, Familie) einerseits unabhängig voneinander operieren und zugleich andererseits

34 Ulrich Beck, Anthony Giddens, Scott Lash, *Reflexive Modernity*, Cambridge 1990.

sich korrigierend aufeinander und damit auf die Risiken der Verselbständigung der Funktionssysteme beziehen können – dies vor allem durch die Semantiken der Bürgerrechte und der daraus resultierenden Strukturen einer zivilen Kultur einerseits und eines sozialen Wohlfahrtsstaates andererseits.

Vor diesem Hintergrund stellen Zäsuren Diskontinuitäten bzw. Unterbrechungen in den formierenden Prozesslogiken auf den vier genannten Ebenen der funktionalen Ausdifferenzierung und strukturellen Kopplung einzelsystemsicher Operationen dar.

- 1914/18: Weltkrieg unterbricht die Prozesslogik einer langen Phase der Hegemoniebildung
- 1939/45: Weltkrieg beendet eine asynchrone und instabile Prozesslogik
- 1989/91: Zerfall des Sozialismus beschließt die Prozesslogik des Wettlaufs der Systeme

«Geschichte entsteht» – so können wir es auch mit Niklas Luhmann formulieren – «wenn gesellschaftswichtige Ereignisse im Hinblick auf die Differenz von vorher und nachher (also als Ereignisse, und schärfer: als Zäsuren) beobachtet werden.»<sup>35</sup> (kursiv durch MC).

Zäsuren markieren somit eine Vorher-Nachher-Differenz von weltgesellschaftlichen Konstellationen. Sie machen im Fall des Ersten Weltkriegs zum Beispiel deutlich, dass die Phase der europäischen Hegemoniebildung, die gestützt auf die strukturelle Kopplung von Industrialisierung, paternalistisch-autoritären Ständerepublikanismus, finalisierter Wissenschaft, beginnender Sozialgesetzgebung und geschütztem Aufbau (Protektionismus) von ökonomischer Infrastruktur eine erste Formation des weltgesellschaftlichen Austauschs (nicht nur wirtschaftlicher Art) atlantisch-okzidentaler Prägung eröffnete, eine einheitliche Kontur gewonnen hatte, deren Bestandsbedingungen jedoch genau mit diesem Weltkrieg ihre (historische) Grenze fanden. Das Steuerungsmodell der imperialen Übersteuerung, dessen Logik zum Ausbruch und Ausgang des Ersten Weltkriegs führte, erwies sich so nur als begrenzt tauglich zur Formierung komplexer (multi-lateraler) struktureller Kopplungen zwischen gesellschaftlichen Funktionssystemen.

Der Erste Weltkrieg endete dann ab 1917 mit der Entstehung einer neuen, weit geöffneten Konstellation, die sehr unterschiedliche Formierungen struktureller Kopplung hervorbrachte. Daher mündeten die 1920er und 1930er Jahre in ungebändigte Kräfteverhältnisse. Dies wird sichtbar sowohl

---

<sup>35</sup> Luhmann, Gesellschaft (Anm. 30), S. 573.

in Krisen und Instabilitäten einzelner Funktionssysteme (vor allem wirtschaftliche und politische Entwicklung), aber auch in den Schwierigkeiten der globalen Koordination von Prozessen, die sich letztlich im Versagen oder Unterbleiben einer tragfähigen internationalen Ordnung zeigen. So setzte die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg enorme Prozesse der subsystemischen Entfaltung frei, vor allem in Bereichen von Wissenschaft, Technik, Wirtschaft und der Kultur, die sowohl in neuen Strömungen der Avantgardekultur als auch der in den 1920er und 1930er Jahren entstehenden Populärkultur ausdrückten. Hierbei ließen sich durchaus vereinzelte strukturelle Kopplungen beobachten, etwa zwischen neuen wissenschaftlichen Strömungen (Spezielle und vor allem Allgemeine Relativitätstheorie<sup>36</sup>, Psychoanalyse) und Kunst (Malerei, Literatur), die sich in den frühen 1920er Jahren aufgrund einer weitgehenden Liberalisierung durchsetzen konnten. Kunst, Politik, und auch Wissenschaft tendierten dabei in gewisser Weise zu einer Radikalisierung in Form einer Entgrenzung und Ablösung von universellen Prinzipien. Die bereits am Anfang des Jahrhunderts aufgestellte Relativitätstheorie durchdrang die Öffentlichkeit in Form einer fundamentalen Denkkrise, politische Ideologien standen sich gegenüber und Experimente in Avantgardekunst und Populärkultur (vor allem Film) sorgten für Vielfalt, aber auch für ein Gefühl des Verlusts an Bodenhaftung.

Ebenfalls für die Wirtschaft standen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wenig Steuerungsinstrumente zur Verfügung, um die Gesellschaft vor den Auswirkungen heftiger Krisen am Anfang und am Ende der 1920er Jahren zu schützen, von denen sie sich bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht vollständig erholten. Die politischen Auseinandersetzungen gingen nach dem faschistischen Herrschaftsgewinn in Mittel- und Teilen Südeuropas in militärische Konflikte über bis hinein in den Zweiten Weltkrieg.

Die 1920er und 1930er Jahre stellen insofern eine Phase der weitgehenden strukturellen Entkopplung gesellschaftlicher Funktionssysteme dar, da es in den einzelnen Funktionssystemen nicht gelang, stabile Interdependenzen zu wichtigen anderen Funktionsbereichen aufzubauen (etwa zwischen Wirtschaft und Politik). Die selbstreferentielle Produktivität einzelner Bereiche (etwa die politische Debattenkultur, Massendemonstrationen, Streiks etwa im politischen System) nahm somit zwar zu, jedoch in ungezügelter Form.

---

36 Die Problematik der Allgemeinen Relativitätstheorie und die mit ihr verbundene Überwindung des alltagsweltlich nachvollziehbaren Modells des Euklidischen Raums einher mit einer fundamentalen gesellschaftlichen und erkenntnisphilosophischen «Denkkrisen» der 1920er Jahre.

Insofern gelang es erst nach dem Zweiten Weltkrieg tatsächlich, eine Art Gegenmodell der strukturellen Kopplung zu etablieren, das in einer Bändigung und Inklusion der Massen durch deren zunehmende Individualisierung und Verhäuslichung bestand. Sozial-, vor allem verteilungspolitisch gelang es, die Massen an der prosperierenden Wirtschaft zu beteiligen und über globalen Austausch (stetig wachsenden Außenhandel) eine lange Phase der Prosperität abzusichern, die je nach Maßzahlen zwischen 1950 und 1973 oder zwischen 1950 und 1989 angelegt werden kann (tatsächlich wachsen die Außenhandelsquoten der OECD-Länder bis 1989 stetig an<sup>37</sup>). Nach dem Zweiten Weltkrieg formiert sich im Rahmen der Systemkonkurrenz zumindest im westlichen Bündnis eine strukturelle Kopplung zwischen Wirtschaft, Wohlfahrtsstaat, Technikentwicklung und Massenkonsum, die zu einer Grundtechnisierung privater Haushalte führt. Diese aus Haushaltsgeräten (Kühlschrank, E-Herd), Freizeitausstattung (Fernsehen, Hifi-Anlage) und eigenem Automobil bestehende Grundausrüstung der individualisierten Kernfamilie verschafft der auf Marktvergesellschaftung aufbauenden funktionalen Differenzierung einen allgemeinen Legitimationsvorsprung, während der Vergleich zum massenhaft gegebenen individuellen Wohlstand im Westen die sozialistischen Gesellschaften unter erheblichen Rechtfertigungs- und Reformdruck setzt, der am Ende (trotz Lockerungsbestrebungen in der Ära Gorbatschow) nicht mehr eingeholt werden kann<sup>38</sup>.

---

37 Torp, *Weltwirtschaft* (Anm. 24); Walter, *Geschichte* (Anm. 24); B. R. Mitchell, B. R. (1980) *Statistischer Anhang 1920–1970*, in: Borchardt, Knut/Cipolla, Carlo M. (Hg.) *Europäische Wirtschaftsgeschichte*, Bd. 5, Stuttgart 1980, S. 413–492; John Pinder, *Europa in der Weltwirtschaft 1920–1970*, in: Carlo M. Cipolla (Hg.) *Europäische Wirtschaftsgeschichte*, Bd. 5, Stuttgart u. a. 1980, S. 377–411, Angus Maddison, *Dynamic Forces in Capitalist Development*, Oxford 1991.

38 Ambrosius/Hubbard veranschaulichen dies sehr prägnant an zwei Entwicklungen: erstens am Rückgang des relativen Anteils der Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel an den privaten Ausgaben der Haushalte insgesamt in westlich-europäischen Gesellschaften, und zweitens anhand eines Vergleichs der Ausstattung privater Haushalte mit den technischen Apparaten Kühlschrank, Fernseher, Waschmaschine und Automobil in Frankreich und der DDR. Während 70–90% aller privaten Haushalte sowohl in Frankreich als auch in der DDR um 1980 über Kühlschrank, Waschmaschine und Fernseher verfügen, ist es vor allem das Automobil, das in der DDR nur zu knapp 30% (im Unterschied zu 65% in Frankreich) vorhanden ist. Vgl. Gerold Ambrosius, William H. Hubbard, *Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Europas*, München 1986, S. 226 f. Zur Vermittlung eines authentischen Gefühls von individueller Freiheit und Unabhängigkeit in der

Der rapide Zerfall sozialistischer Gesellschaften zwischen 1989 und 1991 in Osteuropa bedeutet dann das Ende der Konstellation der Systemkonkurrenz und die Öffnung des Eisernen Vorhangs. In gewisser Weise handelt es sich dabei aber nur um eine ›halbe‹ Zäsur. Denn für die westliche Welt ergibt sich aus dem Zusammenbruch des Sozialismus keinerlei Hinweis auf Korrekturbedarf. Die Transformationsnotwendigkeiten scheinen erst einmal nur für die postsozialistischen Gesellschaften zu bestehen. Damit bleibt aber der ›Eiserne Vorhang‹ latent weiter bestehen, indem sich die westlichen Gesellschaften unausgesprochen aus dem weltgesellschaftlichen Transformationsgeschehen scheinbar ausklammern können.

#### IV. 1989 – 2001 – 2011

##### **Welthistorische Zäsuren oder Weltmedienereignisse?**

Was bedeutet nun die Differenzierung zwischen welthistorischen Zäsuren und Weltmedienereignissen für die drei Ereignisse, die wir ins Zentrum der Untersuchungen in diesem Band gerückt haben? Handelt es sich um «welthistorische Zäsuren» oder um «Weltmedienereignisse» oder gar um beides?

Vom Datum 1989 wurde bereits gesagt, dass es sich um eine welthistorische Zäsur handele. Die Veränderungen, die mit dem Ende des Sozialismus in Osteuropa einhergingen, hatten nicht nur strukturtransformierende Auswirkungen in der Binnenregion der postsozialistischen Staaten, auf deren politische Verfassung, wirtschaftliche Stabilität sowie auf die soziale und kulturelle Entwicklung in diesen Ländern, sondern auch auf die Wechselbeziehungen innerhalb des Gefüges der Weltwirtschaft, insbesondere der Neustrukturierung des Welthandels und des Weltmarktes, auf die internationalen Beziehungen sowie auf die Wanderungsbewegungen innerhalb Europas und Nordamerikas. Vor allem hatte es auch Auswirkungen indirekter Art auf die militärischen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Konstellationen in den nicht-europäischen Kontinenten, insbesondere in Afrika und bestimmten Regionen Asiens.

Die Anwendung des Begriffs Zäsur auf 1989 kann als unstrittig angesehen werden. Interessanterweise trifft auf 1989 aber auch der Begriff des Weltmedienereignisses sensu Morgner zu. Erstens handelt es sich bei 1989 (teils auch für 1991) um den Sachverhalt der doppelten Unterbrechung. 1989 unterbricht nicht nur im Sinne einer Zäsur den Lauf der Weltgeschichte, sondern wurde auch in den Medien als Unterbrechung des Laufs

---

»automobilen Gesellschaft« siehe auch Günter Burkart, Individuelle Mobilität und soziale Integration, in: Soziale Welt (1994), Heft 2, S. 191–208.



der Medienkommunikation kommuniziert. Die Medien unterbrechen das Programm nicht nur, um direkt das Geschehen an den innerdeutschen Grenzen ›live‹ zu zeigen, sondern begleitend dazu wurden die Reaktionen (Befindlichkeiten) aus bedeutenden Hauptstädten der Welt (London, Paris, Moskau, New York) zugeschaltet und kommentiert.

Das Datum 1989 ließe sich somit auch als enge Verknüpfung von welthistorischer Zäsur und Weltmedienergebnis interpretieren. Allerdings darf hierbei folgende Differenz nicht übersehen werden. Im Fall der Berichterstattung über die Ereignisse des Jahres 1989 – etwa über den Fall der Berliner Mauer – kann die Relevanz des Ereignisses als Weltereignis nur dadurch im Rahmen der Kommunikation zugeschrieben werden, indem die Medienkommunikation selbst sequentiell voranschreitet. Dies zeigt sich insbesondere in der Dramaturgie des nacheinander erfolgten Zuschaltens von Berichterstattern und Kommentaren aus den Hauptstädten der führenden Nationen. Insofern operiert die Kommunikation eines Weltmedienergebnisses nicht vollständig simultan. Dementsprechend ist der Kommentar, den Hans Joachim Friedrichs als damaliger Chefmoderator des ARD zu den Ereignissen des Tages sprach, aufschlussreich:

«Im Umgang mit Superlativen ist Vorsicht geboten, sie nutzen sich leicht ab. Aber heute Abend darf man einen riskieren: Dieser 9. November ist ein historischer Tag. Die DDR hat mitgeteilt, dass ihre Grenzen ab sofort für jedermann geöffnet sind. Die Tore in der Mauer stehen weit offen.» (Tagesthemen, 9.11.1989, 22.40).

Interessant an diesem Kommentar ist der geringe zeitliche Abstand, in dem ein Ereignis als historisch deklariert wird, nämlich noch am Tag des Ereignisses selbst<sup>39</sup>. Das Besondere an weltgeschichtlichen Ereignissen als

---

39 Dem schließen sich aber auch zwei Jahre später Serge Cordellier und Catherine Lapautre im «A-Propos» des «L'état du monde 1991» an: «Cette dixième édition de L'état du monde coïncide avec un tournant de l'Histoire. La succession des événements s'est accélérée dans plusieurs régions de la planète: répression de l'élan démocratique en Chine; effondrement du communisme en Europe centrale; puissante expression des aspirations nationales dans les républiques soviétiques, [...], réunification de l'Allemagne» (Cordellier/Lapautre 1991, S. 3). Oder Valladao (1991, S. 20): «La chute du Mur de Berlin, le 7 novembre 1989, a clos définitivement la Seconde Guerre mondiale et son corollaire, la «guerre froide». Das «Annual Register» von 1989 nimmt die Ereignisse sogar zum Anlass, die Aufstände in China, die Umbrüche in Ostmittel- und Südosteuropa und den Fall der Mauer mit dem 200 Jahre zurückliegenden Sturm auf die Bastille in Zusammenhang zu bringen: «From Bastille to the Berlin Wall» (Day 1989, S. 1–5).

Zäsuren bestand in einer Vorher-Nachher-Differenz (Luhmann 1997, op. cit.), der sich unstrittig die Relevanz zuschreiben lässt, dass sie eine Unterbrechung im Lauf der Weltgeschichte bedeutet, in dem eine alte weltgesellschaftliche Konstellation von einer neuartigen abgelöst wird, sodass sich von der Vorher-Nachher-Differenz sagen lässt, von nun ab ist alles anders, wird nichts mehr so sein wie zuvor.

Daher fragt sich, ob und inwiefern wir eine derartige Vorher-Nachher-Differenz auch vom Datum 2001 nicht in der gleichen Weise feststellen können. Was für den 11. September 2001 sicherlich zutrifft, ist sein Charakter als Weltmedienergebnis – womöglich sogar das Weltmedienergebnis in der bisherigen Geschichte überhaupt. Kaum ein anderes Ereignis zuvor hat wie dieses die Routinen der gesellschaftlichen Normalitätsfiktion und den Lauf der Medien auf so eindruckliche Weise unterbrochen. So schreibt »The Annual Register. Vol. 243« im »Overview of the Year«:

«The first year of the twenty-first century was defined by the events of a single day: 11 September. The 11 September attack was astonishing because of its scale, its audacity, its appalling success, and its visual impact.»<sup>40</sup>

Umstritten ist dagegen, ob vom Alleinstellungsmerkmal als Weltmedienergebnis tatsächlich auch welthistorische Bedeutung ausgegangen ist. Sicherlich hat die Außen- und Sicherheitspolitik der USA sowie einzelner anderer westlicher Mächte nach 2001 Veränderungen erfahren<sup>41</sup>. Aber lässt sich deshalb auch von einer strukturellen Änderung in den tragenden Konstellationen der Weltgesellschaft sprechen? Haben sich die Gewichte in der Weltpolitik, in der Weltwirtschaft, in Weltkultur nach dem 11. September 2001 entscheidend verändert? Dafür bestehen wenig Anzeichen. Von einer Zäsur sollte hier eher nicht gesprochen werden. Mit dem 11. September 2001 deutet sich etwas anderes an. Er zeigt zum einen die Verletzbarkeit der westlichen Großmacht schlechthin. Zum anderen verweist der 11. September 2001 aber auch darauf, dass die mit der Zäsur von 1989 geöffnete

<sup>40</sup> Annual Register for the year 2001, S. 1.

<sup>41</sup> Das sind auch die Fragen, die Cordellier und Didiot im »A-propos« vom »L'état du monde 2003« stellen: »Il est légitime de s'interroger sur les répercussions de ces attentats et des ripostes américaines sur l'ordre géopolitique mondial.« (L'état du monde 2003. Annuaire économique géopolitique mondial, Paris Cordellier/Didiot 2002, S. 9). Beiträge im gleichen Jahrbuch beobachten dabei eine Spannung zwischen US-Unilateralismus und UNO-Multilateralismus, der aus ihrer Sicht jedoch nicht neu, sondern Folge der hegemonial offen gebliebenen globalen Konstellation nach 1989 sei.

Welt noch nicht zu einer prägnanten Kristallisation einer neuen weltgesellschaftlichen Konstellation geführt hat. Der 11. September 2001 machte als Weltmedienereignis aber deutlich, was Samuel Huntington zuvor in seiner Analyse «clash of civilizations» als Diagnose einer neuen Konstellation vorgelegt hatte. Durch den Zerfall des osteuropäischen Sozialismus ist es nicht automatisch zu einer weltweiten Vorherrschaft der westlichen Moderne (der funktionalen Ausdifferenzierung) gekommen. Eher sind Vorboten eines Hegemonieverlustes zu erkennen.

Und dies bestätigt sich auch im Jahr 2011, in dem mindestens drei Weltmedienereignisse miteinander konkurrieren: Fukushima (11.3.2011), die Tötung bin Ladens (2.5.2011) und der Sturz Hosni Mubaraks (13.2.2011). Auch hier sollte – wie in Bezug auf 2001 – nicht von einer welthistorischen Zäsur gesprochen werden; allein schon deshalb weil die von den Ereignissen ausgehenden Veränderungen noch keine klaren Richtungen aufweisen. Die Auswirkungen von Fukushima im Hinblick auf Weltenergie- bzw. Weltklimapolitik sind allenfalls in einigen Ländern – und dort auch nur ansatzweise – zu beobachten. Und welche Einflüsse die Tötung bin Ladens bzw. die Kette von Rebellionen und Revolutionen im Zusammenhang des «arabischen Frühlings» auf die Strukturen der muslimischen Gesellschaften (Kulturen) und deren Stellung(en) innerhalb der Weltgesellschaft haben wird oder haben könnte, ist wenigstens umstritten.

Aber zumindest ein Zusammenhang in Gestalt von indirekten Kettenwirkungen kann zwischen den Ereignissen 2001 und 2011 vermutet werden. Sicher zu sein scheint, dass in verschiedenen Regionen der muslimisch-arabischen Welt Veränderungsprozesse gären, dass dort große Teile der Bevölkerung (vor allem sogenannte «Jugendberge») für soziale Veränderungen mobilisiert werden können, allerdings gilt als ungewiss, in welche Richtung dieses Mobilisierungspotenzial tendieren wird. Der «Annual Register» von 2001 zumindest deutet die Ereignisse vom 11. September auch als Inanspruchnahme eines kulturellen Gegenentwurfs durch einzelne Gruppen innerhalb der muslimischen Welt:

«This sense of massive injustice over the US role in the Middle East was not confined to the Muslim world, but for many Muslims it also constituted a form of cultural humiliation.»<sup>42</sup>

Die Jahreszahlen 2001 und 2011 weisen somit eher auf einen zunächst latenten, mit den genannten Weltmedienereignissen des 11. Septembers und der Arabellionen offensichtlicher werdenden Hegemonieverlust der

---

42 Annual Report. A Record of World Events 2001, S. 6.

westlichen Moderne in der weltgesellschaftlichen Konstellation nach dem Zerfall des Sozialismus nach 1989 hin. Diese paradoxe Wirkung des vermeintlichen historischen Sieges der funktional differenzierten, politisch demokratischen und wirtschaftlich liberalen Marktgesellschaften hängt mit der oben bereits angedeuteten Unterlassung zusammen, den Zerfall des Sozialismus vornehmlich als ein Problem der postsozialistischen Transformationsgesellschaften und weniger als ein Problem einer neuen weltgesellschaftlichen Konstellation zu begreifen. Das heißt trotz fortwährender Globalisierungsdiskurse sind (nicht zuletzt auch aus soziologisch-theoretischer Perspektive) wenig gedankliche Anstrengungen unternommen worden, nachzuvollziehen, worin weltgesellschaftliche Ausdifferenzierung selbständiger Funktionssysteme genauer besteht, wenn in nicht unbeträchtlichen Umfang der Weltregionen ein Gesellschaftssystem als Hegemonialmacht entfällt, das bis vor Kurzem noch für eine systematische Einschränkung funktionaler Differenzierung in diesen Regionen gesorgt hat.

Es kann dann in den Regionen der postsozialistischen Gesellschaften (China ist dafür das Paradebeispiel) eine Autonomisierung einzelner Funktionssysteme (hier vor allem der Ökonomie und des Außenhandels) im weltgesellschaftlichen Kontext beobachtet werden, während andere Teilsysteme zentraler (meist politisch autokratisch-organisierter) Steuerung unterliegen. Das heißt die funktionalen Teilsysteme der ehemals sozialistischen «Organisationsgesellschaften»<sup>43</sup> autonomisieren sich in der weltgesellschaftlichen Konstellation nach 1989 nur partiell. Zugleich zeigen sich im islamischen Raum Widerstände gegen eine globale Autonomisierung von Funktionssystemen, die vor allem als Gegensatz zu religiösen Einbettung gesellschaftlicher Entwicklung und Lebensführung begriffen werden.

## **V. Wozu benötigt die Soziologie Hypothesen über welthistorische Zäsuren?**

Der Beitrag hat zwei Formen der Analyse von Weltereignissen behandelt: die rekonstruktive Bestimmung von Ereignissen als «welthistorische Zäsur» und die kommunikationssoziologische Analyse von Weltereignissen als Weltmedienereignisse. Warum soll sich eine gesellschaftstheoretisch inspirierte Soziologie nun nicht mit dem ihr eigenen Geschäft, der Analyse von Weltereignissen als Produkt der Weltmedienkommunikation, begnü-

---

43 Detlef Pollack, Das Ende einer Organisationsgesellschaft – Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR, in: Zeitschrift für Soziologie 19 (1990), 292–307.

gen? Wozu benötigt die Soziologie als überwiegend gegenwartsorientierte Sozialwissenschaft Hypothesen über welthistorische Zäsuren?

Die Antwort lautet kurz: Wenn die Soziologie bei der Analyse von Mechanismen einer globalisierten Medienkommunikationsgesellschaft stehen bleibt, behandelt sie die gesellschaftliche Entwicklung tendenziell statisch. Zumindest fällt es ihr in einer solchen Perspektive schwerer, Prozesse und Konstellationen wahrzunehmen, die über die Kernstrukturen der globalisierten Kommunikationsgesellschaft hinausweisen. Der für uns wesentliche Befund, dass in den Daten sich ein je unterschiedliches Zusammenspiel von Zäsuren und Medienereignis zeigen, eröffnet uns neue weiterführende Fragen, die für eine Theorie der Gesellschaftsentwicklung von Belang sind:

Die Beschäftigung mit Zäsuren regt die gesellschaftstheoretische Reflexion zu Hypothesen über den Pfad oder die Pfade der Modernisierung innerhalb der Weltgesellschaft an. Sie erlaubt Fragen nach dem Beginn der modernen Weltgesellschaft, nach Bewegungen, die ihre inneren Kräfteverhältnisse veränderten und neue Konstellationen geschaffen haben. Und selbst die schwierigen, noch uneindeutigen Prozesse, die die Ereignisse 2001 und 2011 ausgelöst haben, lohnen der Betrachtung, gerade im Hinblick auf die Möglichkeit von Kräfteverschiebungen bis hin zu einem möglichen Ende der modernen, weltgesellschaftlichen Konstellation.

# Vom Glanz und Elend der Revolutionen

Die Umstürze in Mittel- und Osteuropa 1989  
mit Blick auf die Jahre 2001 und 2011

MICHAEL GEHLER

Dieser Beitrag befasst sich zunächst mit der Begriffsgeschichte und Definitionsversuchen von «Revolution». Er präsentiert eine Reihe von Analysekriterien. Sodann geht es um 1989 mit Blick auf Ursachen, Verlauf und Folgen der revolutionären Ereignisse sowie um ein Fazit, in wie weit dieses Jahr eine Zäsur darstellte. 9/11 ist auch ein Thema. Zu guter letzt werden Kategorien und Kriterien, die für eine Revolution sprechen mit Blick auf die Ereignisse des Jahres 2001 und 2011 angeführt und im Vergleich zu 1989 gegenübergestellt.

## I. Begriffsgeschichte und Definitionsversuche

Der Begriff «Revolution» transportierte in der Geschichte verschiedene Bedeutungen. Fünf können benannt werden: Die Astronomie meinte die Umlaufbahn der Planeten um die Sonne. Nicolaus Copernicus betitelte sein Werk «De revolutionibus orbium cœlestium» (1543). Bezeichnet wurde damit «Umdrehung». Handfeuerwaffen mit Trommellager heißen «Revolver». In der Frühen Neuzeit bedeutete «revolutio» *zweitens* Umkehrung bezogen auf bisherige Entwicklungen. Mit der Rückbesinnung auf Beständigkeit und Rechtmäßigkeit sollte sich – wie durch ein Naturgesetz – *drittens* die Rückkehr zum Althergebrachten ergeben und somit der Kreis schließen. So geriet «Revolution» zum ersten Mal in die Sphäre von Politik. Historiker assoziierten später dagegen mit Revolution *viertens* grundlegende Umgestaltungen von Herrschaftsstrukturen und *fünftens* tiefgreifende Veränderungen von Wertesystemen. Überkommenes sollte durch Neues ersetzt werden. Soziologen begriffen darunter auch gewalttätige und radikale Umstürze bestehender Verhältnisse in kurzer Zeit.

Grundsätzlich fragt sich wie weit Revolutionen ein Charakteristikum der europäischen Geschichte sind.<sup>1</sup> Gesichert erschien für den österreichi-

---

1 Eric Hobsbawm, Europäische Revolutionen 1789 bis 1848, Zürich 1962, Nachdruck Köln 2004; Charles Tilly, Die europäischen Revolutionen, München 1993, Neudruck 1999; Dieter Langewiesche, Europa zwischen Restauration und Revolution 1815–1849, München 1998, 2004 (Oldenbourg Grundriss Geschichte, 13).

schen Querdenker und europäischen Kulturhistoriker Friedrich Heer, dass sie einen spezifischen Ausgangsort hatten: Er nannte Europa die «Mutter der Revolutionen».<sup>2</sup>

### 1. Die Dauer oder zeitliche Dimension

Die «Juli-» (1830), «März-» (1848), «Februar-» (1917) und «Novemberrevolution» (1918) besagen schon den Vollzug derartiger Geschehnisse in nur wenigen Wochen, maximal in einem Monat. Diese müssen sich aber nicht immer schnell abspielen wie Frederic Chopins Revolutionsetüde, sondern können sich über längere Zeiträume hinziehen: Die Aufklärung war eine geistige Revolution des 17./18. Jhs. mit massiven ideologischen Folgen. Die «industrielle Revolution» im 18./19. Jh., befördert durch Erfindungen und Innovationen, führte zu weitreichenden maschinellen, technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen. Die Kommunikationsrevolution des 20./21. Jh. eröffnete völlig neue Formen der Dokumentation, Ermittlung, Enthüllung und Verbreitung von Informationen (Internet, E-Mail, Wikileaks).

### 2. Typologien und Unterscheidungsmerkmale

Zu differenzieren sind mindestens drei verschiedene Typen, ausgehend *erstens* von ihren Trägern (bäuerliche, bürgerliche, ständische oder proletarische Revolutionen), bezüglich *zweitens* ihrer Schwerpunkte (ideologische, kulturelle, politische, technologische, wirtschaftliche oder soziale Revolutionen) und *drittens* der räumlichen Rahmenbedingungen (regionale, nationale, europäische oder globale Revolutionen). Der Begriff schwankte zwischen überraschend einsetzenden Ereignisabfolgen und langanhaltenden Umgestaltungen. Moderne Revolutionen stehen für Diskontinuität, Reformen (auch «Revolutionen von oben» bezeichnet) dagegen für Kontinuität. Revolutionen sind von Aufständen, Rebellionen oder Revolten, dem Staatsstreich oder einem Putsch zu unterscheiden. Diese können zu einem Regimewechsel führen, was aber noch keine Revolution darstellen muss, zumal diese erst gegeben ist, wenn *weitgehende Machtverschiebungen* erfolgt sind.

### 3. Kriterien der Vergleichbarkeit, aber keine Gesetzmäßigkeit

Es gibt keine Gesetzmäßigkeit für Revolutionen, aber zumindest fünf gültige Kriterien, nach denen sie qualifizierbar sind. Durch Ermittlung der

---

2 Friedrich Heer, Europa. Mutter der Revolutionen, hrsg. von Alfred Pfabigan, Wien – Köln – Weimar 2004 (Friedrich Heer, Ausgewählte Werke in Einzelbänden, hrsg. von Konrad Paul Liessmann, 4).

Ursachen und Anlässe, die Rekonstruktion ihrer Verläufe, Folgen und Rezeptionen werden sie vergleichbar. «Ursachen» stehen *erstens* für geistige, gesellschaftliche, soziale, kulturelle, politische und wirtschaftliche Hintergründe (wie die lange währende Repression und Unterdrückung in Ägypten vor 2011), *zweitens* «Anlässe» für unmittelbare Auslöser, unvorhergesehene Ereignisse und pure Zufälle. Initiiert und angetrieben werden Revolutionen durch eine Kombination verschiedener Umstände: Politische oder ökonomische Missstände provozieren Ärger und Unmut größerer Bevölkerungsteile (wie durch Inflation bedingte Preiserhöhungen in Ägypten 2011). Demonstrationen setzen ein und weiten sich zu Massenprotesten aus. Sie finden an zentralen Orten statt (wie am Tahrir-Platz in Kairo oder im Gezi-Park in Istanbul als es zu Protesten gegen die Regierung Erdoğan kam). Sie führen zur Solidarisierung und steigern die Erwartung, dass nur ein Bruch mit den Verhältnissen eine Besserung der Lage bringt. *Drittens* ist der «Verlauf» von Revolutionen zu nennen, der nicht linear erfolgt. Er vollzieht sich mitunter in Schüben, Übergängen und Wellen. *Viertens*: Die «Folgen» werden mit «Transformation» umschrieben, was länger anhaltende, lange noch nachwirkende und bis in die Gegenwart reichende Veränderungen einschließen kann. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hielten etwa Bürger Mittel- und Osteuropas die seit 1989 einsetzende Transformation für noch nicht abgeschlossen. *Fünftens* sind die Rezeptionen von Revolutionen wichtiger Ausdruck ihrer historisch-politischen Bewertung in der Retrospektive: Erfolgreiche, gescheiterte, samtene, stille, glorreiche, «große» und unvollendete Revolutionen lassen diese auch in der historischen Betrachtung die Sphäre von Mythen aufsteigen.

#### 4. Erfolgsabhängigkeit: Führungskräfte und Persönlichkeiten

Eine Revolution bedarf fähiger bzw. charismatischer Persönlichkeiten, deren Entscheidungen vom Vertrauen der revolutionären Massen getragen werden. Dem 17. Juni 1953 in der DDR fehlte die Führung. Das verhasste und Umsturz reife SED-Regime unter Walter Ulbricht ging aus dem gescheiterten Volksaufstand gestärkt hervor. Die verbotene polnische Gewerkschaftsbewegung «Solidarność» besaß hingegen mit Lech Wałęsa in den 1980er Jahren eine Identifikationsfigur für eine Umwälzung. Zum Elend der Revolution gehört auch der Umstand, dass sie «ihre Kinder frisst»: Robespierre endete auf dem Schafott.



## 5. Glanz und Mythos

### Vorrevolutionäre Erfahrungen, Nachwirkungen und Rezeptionen

In diesem Zusammenhang geht es darum, inwieweit vorrevolutionäre Erfahrungen bei einem Umsturz nachwirken bzw. ob Revolutionen im kollektiven Gedächtnis präsent sind. Für die überwiegend gewaltlosen Freiheitsbewegungen von 1989 war die Erinnerung an die niedergeschlagenen Aufstände in Ostdeutschland 1953, Ungarn 1956 und die Reformbestrebungen der ČSSR 1968 eine handlungsleitende Erfahrung. Bisweilen kann sich eine neue Führung auch gegen die Revolution wenden, was als «Gegenrevolution» bezeichnet und von den kommunistischen Regimen als «Konterrevolution» gebrandmarkt wurde. «Revolution» haftet dagegen Positives an, kann Glanz verbreiten und zum Mythos werden. Die Vertreibung König Jakobs II. gilt in England als «Glorious Revolution» (1688/89), während die Ereignisse in Frankreich als «Grande Revolution» (1789/91) und mit dem 14. Juli als Nationalfeiertag gefeiert werden. Durch ihre radikale Abkehr von allem Bestehenden und volle Identifikation mit der neuen Ordnung erhielt der Revolutionsbegriff neue Dimensionen: Aktion, Dynamik, Gewalt und Totalität.

## 6. Der Faktor Gewalt

Lange galt als unbestritten, dass Revolutionen konstitutiv mit Gewalt verbunden sind. Die zur fabrikmäßigen massenhaften Tötung von Gegnern eingesetzte Guillotine in Frankreich, benannt nach einem Arzt, der für eine schnelle und «humane» Tötung der «Revolutionsgegner» eintrat, wurde zum Begriff. Mit der «levée en masse» setzte die Bewaffnung breiter Volksschichten ein. Seit den friedfertigen Demonstrationen und überwiegend gewaltlosen Ereignissen von 1989 bestehen jedoch wissenschaftliche Zweifel, ob Gewalt integraler Bestandteil einer Revolution sein muss. Die Bürgerrechtsbewegung erzwang das Ende der sozialistischen Herrschaften, ohne dass ein Schuss abgegeben wurde. Es gab überhaupt keine Todesopfer in so hoher Zahl wie 1789. Die revolutionären Geschehnisse in Ägypten, Libyen und Tunesien im Jahre 2011 produzierten hingegen wieder Gewalt und forderten zahlreiche Tote.

## 7. Voraussetzungen für eine Revolution

Über die Gründe der Französischen Revolution räsionierte Alexis de Tocqueville und führte die Zentralisierung des Staates, den Verlust der Vermittlerrolle des Adels zwischen Krone und Volk, den Wohlstand im Bür-

gertum und die Verbreitung aufrührerischer Ideen an. Hinzu kam eine Verschärfung der sozioökonomischen Verhältnisse. Dem amerikanischen Historiker Charles Tilly zufolge bedarf es einer «revolutionären Situation» und eines «revolutionären Ergebnisses» für eine gelungene Revolution. Erstere entsteht, wenn die amtierende Herrschaft die von einem Teil der Bevölkerung unterstützten Forderungen einer Koalition zur Ausübung der Macht nicht mehr unterdrücken kann. *Die Verfügbarkeit des staatlichen Gewalt- und Informationsmonopols* ist mitentscheidend, wie hinzuzufügen ist. Eine revolutionäre Situation ist zu bewältigen, wenn die alten Machthaber ihre Herausforderer für sich gewinnen. Können sich weder die Herrschaftsträger behaupten, noch ihre Gegner durchsetzen, drohen die Spaltung des Gemeinwesens und Bürgerkrieg. Revolutionäre Ergebnisse sind laut Tilly gegeben, wenn sich die *Angehörigen des Gemeinwesens von den bisherigen Machthabern lossagen*, die revolutionäre Koalition die Armee auf ihre Seite zieht, die Neutralisierung oder gar ein Abfall der Streitkräfte vom herrschenden Regime einsetzt und die *Revolutionäre den Staatsapparat übernehmen*.<sup>3</sup> Das ist ein Ergebnis, aber noch keine Revolution.

#### 8. Glanz und Elend der Französischen Revolution

Tocqueville hielt fest: «Das Übel, das man als unvermeidlich in Geduld ertrag, erscheint unerträglich, sobald man auf den Gedanken kommt, sich ihm zu entziehen.»<sup>4</sup> Die Legitimationskrise der französischen Monarchie, die Einberufung der Generalstände als verfassungsgebende Nationalversammlung, die Lossagung von der bisherigen Macht, die Kontrolle über die Streitkräfte, die Enthauptung des Königs sowie die Übernahme der Staatsgewalt durch den Nationalkonvent waren die revolutionären Situationen in Frankreich (1789–1792). Tocqueville weiter: «Man gelangt nicht immer dann zur Revolution, wenn eine schlimme Lage zur schlimmsten wird.»<sup>5</sup> Es folgte die Schreckensherrschaft Robespierres (1793/94), die Direktorium-Verfassung (1795) und der Staatsstreich Napoléons (1799), der zu einer Militärdiktatur und zur Kaiserkrönung führte, womit die Ideale der Revolution («Freiheit,

3 Tilly, *Die europäischen Revolutionen* (Anm. 1), S. 19–46, hier 31–38 (revolutionäre Situationen), 38–41 (revolutionäre Ergebnisse) sowie die Übersicht, S. 40.

4 Alexis de Tocqueville, *L'ancien régime et la révolution*, Paris 1856, deutsch: *Der alte Staat und die Revolution* und deutsch zitiert nach Gerlinde Sinn/Hans-Werner Sinn, *Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung*, München 1993, S. 18.

5 Zitiert nach Peter Wende (Hrsg.), *Große Revolutionen der Geschichte*, München 2000, S. 15–16.

Gleichheit und Brüderlichkeit») ins Gegenteil verkehrt, ja pervertiert wurden. Die Folge war die Wiedereinführung der Monarchie und eine europäische Antwort die «Restauration» durch den Wiener Kongress (1815). Glanz und Elend der Revolution lagen nicht so weit auseinander.

#### 9. Verklärung in der Romantik – Systematisierung durch Marx und Engels

Die Romantik verklärte die Revolution aufgrund der Emanzipation des Individuums und seines Drangs zur Freiheit. Georg Friedrich-Wilhelm Hegel deutete die Revolution philosophisch. Für ihn war mit der Französischen Revolution ein neues Stadium im Fortschreiten der Menschheit zum Bewusstsein der Freiheit und zur Entfaltung ihres Geistes erreicht. Es folgten Karl Marx und Friedrich Engels, die den Revolutionskomplex systematisierten. Sie übernahmen von Hegel zwar das Prinzip der Dialektik (These-Antithese-Synthese), setzten aber anstelle der Entwicklung des Geistes die Ökonomie als Basis und nutzten die Geschichte als Argument. Revolutionen waren demnach wiederkehrende Vorgänge im Sinne einer Abfolge des Aufbegehrens gegen Ausbeuter-Systeme, welthistorische Prozesse des Fortschritts von der Abschüttelung der antiken Sklavenhalter-, über die mittelalterliche Feudal- bis zur spätkapitalistischen Unternehmergeinschaft. Ihre definitive Überwindung würde, so die Theorie, zum «klassenlosen Endkommunismus» führen. Das Elend der Praxis und die Realität dieser Revolutionsideologie ist bekannt.

#### 10. Politisierung und Radikalisierung

Ausgehend von der Lehre des Marxismus forderte der russische Anarchist und Revolutionär Wladimir I. Lenin die Aufstellung von Kaderparteien, welche die Mission einer proletarischen und übernationalen Revolution erfüllen sollten. Der Marxismus-Leninismus beeinflusste nicht nur die Revolutionsideologie von in der Kommunistischen Internationale (Komintern) weltweit organisierten Parteien, sondern auch die Revolutionsforschung. Trotz der Niederlage des «real existierenden Sozialismus» (1989/91) in Europa, der «Mutter aller Revolutionen» (Heer), bleibt sein Deutungsangebot für gesellschaftliche Entwicklungen relevant.

Glanz und Elend der Revolution lagen auch in Russland eng beinander: Der erfolgreichen Februarrevolution 1917 der Massen gegen das Zarenregime folgte der Oktoberputsch einer Minderheit, der Bolschewiki, mit einem das Land verheerenden Bürgerkrieg (1918–1921) und einer militärischen Intervention der Ententemächte. Auf die radikale Machtverschiebung folgte eine der brutalsten und grausamsten Diktaturen der Weltgeschichte, der

Stalinismus mit millionenfachem «Klassen»-Mord. Der Cheforganisator der Roten Armee, Leo D. Trotzki, propagierte die «permanente Revolution», einen räumlich unbegrenzten, dauerhaften und weltweiten Prozess. Damit erfuhr der Revolutionsbegriff nach 1789 nicht nur eine weitere politische Radikalisierung, sondern auch eine Sprengung der Raumvorstellungen und des Zeithorizonts. Die «nationale Revolution» Hitlers von 1933 endete ausgehend von ihren ideologischen Wurzeln als «völkische Revolution»<sup>6</sup> nach zwölf Jahren mit einem monströsen Rassenmord seines kurzlebigen Kriegsimperiums, enormen Bevölkerungsverschiebungen, Millionen von Toten und immensen materiellen Zerstörungen.

Seit der Machtübernahme der Kommunisten in China (1949) nutzte Mao Zedong den Marxismus-Leninismus als Legitimation für den «großen Sprung» einer Gesellschaft umwälzenden «Kulturrevolution», verbunden mit millionenfachem Hungertod. Die Revolutionsterminologie erfuhr in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas durch die christliche Befreiungstheologie eine neue Dimension.

### 11. Revolution als Restauration – Gedächtnisorte und Symbolik

Als 1979 der von den USA gestützten korrupten Schah-Diktatur in Persien eine Theokratie der Ayatollahs folgte, wurde diese als Revolution gedeutet, obgleich es sich um die Mobilisierung eines islamischen Fundamentalismus handelte. «Revolution» ging hier gleichsam mit «Restauration» Hand in Hand, dem Wunsch nach Wiederherstellung unbedingter Glaubens- und traditioneller Rechtsgrundsätze. Im Iran diente die Revolution nicht der Erringung von Demokratie, sondern zur Schaffung eines Gottesstaates. Die charismatische Figur war Khomeini.

Historische Revolutionen brauchen nicht nur Führer, sondern auch Gedächtnisorte und Symbole: 1789 folgte der «Sturm auf die Bastille» und 1989 der «Fall der Mauer». Im Zuge des letztgenannten Ereignisses kam es zu Brüchen mit den poststalinistischen Einparteien- und zum rasanten Wandel zu pluralistischen Mehrparteiensystemen sowie zu deutlichen Verschiebungen der geopolitischen Machtstruktur und europäischen Sicherheitsarchitektur (Selbstauflösung des Warschauer Pakts, Zusammenbruch der UdSSR und NATO-«Osterweiterung»)<sup>7</sup>. Die revolutionären Ereignisse

6 George L. Mosse, Die völkische Revolution. Über die geistigen Wurzeln des Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 1991.

7 Siehe Wolfgang Mueller/Michael Gehler/Arnold Suppan (Eds.) The Revolutions of 1989. A Handbook, Wien 2015 (Österreichische Akademie der Wissenschaften, Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung, Internationale Geschichte/International History, 2).

liefen (ähnlich wie zuletzt im Nahen Osten, Maghreb- und Maschrik-Raum 2011) durch wechselseitige mediale Beeinflussungen und politische Stimulationen wie in einer Art Kettenreaktion von Polen, über Ungarn, die DDR, die ČSSR und weiter nach Rumänien und Bulgarien ab. Der Glanz dieser Revolutionen verblasste allerdings rasch im grauen Alltag der schleppend verlaufenden Transformation zur Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Revolutionen bleiben unvorhersehbare Ereignisse mit offenem Ausgang.

## II. Das Jahr 1989: Ursachen – Verlauf – Folgen

1989 und die folgenden Jahre standen im mittleren und südlichen Osten Europas im Zeichen dramatischer politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Umwälzungen. Das hat eine ganze Generation geprägt.<sup>8</sup> Die kommunistischen Herrschaftssysteme gaben alle ihre Macht ab und lösten sich in atemberaubender Rasanz nach einander auf. Der in historischen Dimensionen denkende und mit entsprechenden Kategorien arbeitende französische Politikwissenschaftler Pierre Grosser sieht nicht zuletzt deshalb das Jahr 1989 in seiner weltgeschichtlichen Bedeutung.<sup>9</sup>

Die Ereignisse in Deutschland standen von der zeitlichen Abfolge gesehen in der Mitte: Die Deutschen machten bei den Umsturz-Bewegungen nicht den Anfang, sondern folgten erst Polen und Ungarn,<sup>10</sup> was für die Akzeptanz des späteren deutschen Einigungsprozesses nicht völlig unerheblich war. Das war der viel zitierte «Fall der Mauer» am 9. November<sup>11</sup> – präziser die

---

8 Siehe die lebensgeschichtlichen Interviews mit Historikern, Politikern und Diplomaten, in: Michael Gehler/Imke Scharlemann (Hrsg.) *Zwischen Diktatur und Demokratie. Erfahrungen in Mittelost- und Südosteuropa*. Hildesheimer Europagespräche II, Hildesheim – Zürich – New York 2013 (Historische Europastudien, 10).

9 Steven Saxonberg, *The Fall. A Comparative Study of the End of Communism in Czechoslovakia, East Germany, Hungary and Poland*, Amsterdam 2001; Michael Gehler, *Die Umstürzbewegungen 1989 in Mittel- und Osteuropa*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 41–42/2004 (4. Oktober 2004), S. 36–46 sowie Pierre Grosser, 1989. *L'année où le monde a basculé*, Paris 2009.

10 Mieczysław F. Rakowski, *Es begann in Polen. Der Anfang vom Ende des Ostblocks*, Hamburg 1995; György Dalos, *Archipel Gulasch. Die Entstehung der demokratischen Opposition in Ungarn*, Bremen 1986; Andreas Oplatka, *Der Eiserne Vorhang reißt. Ungarn als Wegbereiter*, Zürich 1990; László J. Kiss, *Warum scheiterte der «Gulaschkommunismus»? Eine Anatomie des Kádárismus*, in: Jürgen Elvert/Michael Salewski (Hrsg.) *Der Umbruch in Osteuropa*, Stuttgart 1993, S. 121–133, hier 121–122.

11 Hans-Hermann Hertle, *Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse*

Öffnung des Grenzübergangs Bornholmerstraße in Berlin, denn die Mauer stand noch länger und war nur von der westlichen Seite zu besteigen und zu erstürmen. Dieser Vorgang entwickelte entscheidende Schubkraft für die Umwälzungen in der Tschechoslowakei und Rumänien im Dezember 1989.

### 1. Langfristige Ursachen

Sieben Faktoren können für den Zerfallsprozess des real existierenden Sozialismus in der Mitte und im Osten Europas benannt werden: Zu diesem Fiasko hatten *erstens* die Dauerkrise und Erosion des bürokratischen Staatssozialismus<sup>12</sup> sowie *zweitens* die Entspannungspolitik des KSZE-Nachfolgeprozesses beigetragen.<sup>13</sup> Auslöser waren *drittens* die Reformbestrebungen unter Michail S. Gorbatschow, die seit Mitte der 1980er Jahre den Andersdenkenden in den sozialistischen «Bruderstaaten» politische Motivation und moralische Legitimation für ihr offener zur Schau gestelltes Oppositionsverhalten gegeben hatten und auch in der deutschen Frage neue Bewegung brachten.<sup>14</sup>

Das «Umbruchjahr» 1989 war Ergebnis der «erfolgreich gescheiterten» Revolution der kommunistischen Selbstüberwindung, der die «Revolte gegen die Ersatzreligion des Kommunismus» (Ludger Kühnhardt) folgte.<sup>15</sup>

*Viertens* war der Heilige Stuhl selbst auch ein Akteur im Kalten Krieg: Im Herkunftsland des Papstes sollte die größte Gewerkschaftsbewegung und erste organisierte Massenopposition ihren reformpolitischen Anfang

---

um den 9. November 1989, Berlin <sup>11</sup>2009; Ders./Kathrin Elsner (Hrsg.) Der Tag, an dem die Mauer fiel. Die wichtigsten Zeitzeugen berichten vom 9. November 1989, Berlin <sup>2</sup>2009.

12 August Pradetto, Techno-bürokratischer Sozialismus. Polen in der Ära Gierek (1970–1980), Frankfurt/Main – Bern – New York – Paris 1991; Ders., Bürokratische Anarchie. Der Niedergang des polnischen «Realsozialismus», Wien – Köln – Graz 1992; Ivan T. Berend, Central and Eastern Europe, 1944–1993. Detour from the periphery to the periphery, Cambridge 1996, S. 222–253.

13 Wilfried Loth, Helsinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung, München 1998 (20 Tage im 20. Jahrhundert); Matthias Peter/Hermann Wentker (Hrsg.) Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990, München 2012 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Sondernummer).

14 Aleksandr Galkin/Anatolij Tschernjajew (Hrsg.) Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986–1991. Deutsche Ausgabe, hrsg. von Helmut Altrichter/Horst Möller/Jürgen Zarusky, kommentiert von Andreas Hilger, München 2011 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, 83).

15 Ludger Kühnhardt, Revolutionszeiten. Das Umbruchjahr 1989 im geschichtlichen Zusammenhang, München 1994, S. 233–256, hier 243, 250.

nehmen.<sup>16</sup> Carol Woytila bot die ideelle, geistige und moralische Stütze der Opposition in Polen.<sup>17</sup>

Hinzu kam *fünftens* die Überhebung der kommunistischen Herrschaft mit der Überdehnung des sowjetischen Machtbereichs durch die Expansionsambitionen in Afghanistan.

*Sechstens* waren es das Unvermögen und die Unmöglichkeit des Sozialismus, auf den kommunikationstechnologischen Wandel adäquat zu reagieren. Es zeigte sich dabei auch *siebtens* die Wettbewerbsunfähigkeit im weltwirtschaftlichen Kontext der Globalisierung.

Die Hintergründe und Folgen der Umsturz-Bewegungen waren also komplex. Gemeinsamkeiten in Wurzeln und Ursachen mischten sich mit Unterschieden der Merkmale, des Verlaufs und der Ergebnisse.

## 2. Anlässe und unmittelbare Ursachen

Die sich abzeichnende Niederlage der UdSSR in Afghanistan; die Entlassung der alten Garde um Breschnew; der eskalierende ideologische Erosionsprozess; das Entstehen «zweiter» oder so genannter Schatten-Wirtschaften; die verstärkte Integration Mittel- und Osteuropas in das westlich-kapitalistische Wirtschaftssystem mit Zunahme des Handels und der Auslandsschulden; die Unmöglichkeit, die von der «dritten industriellen Revolution» ausgehenden Innovationen der Mikroelektronik nachzuvollziehen sowie das Anwachsen einer *Civilsociety* als «zweite Gesellschaft» führten zu einem Problemstau, der sich in den politischen Umstürzen 1989 entlud.<sup>18</sup>

Die blutige Unterdrückung der Demokratiebewegung in Peking am 4. Juni 1989 hatte gezeigt, wie eine kommunistische Führung auf Opposition reagierte. In Mitteleuropa blieb eine «chinesische Lösung» aus, weil die Sowjettruppen in den Kasernen blieben, aber auch weil sich Opposition und Machthaber in diesen Ländern über die Notwendigkeit eines friedlichen Übergangs im Wesentlichen verständigten und letztlich einig waren – anders verliefen die Umstürze in Rumänien, Bulgarien und Albanien (von Jugoslawien ganz zu schweigen!). Diese Vorgänge markierten auch regionale Unterschiede der politischen Kulturen und ihres Konfliktaustrags zwischen Mittel- und Osteuropa sowie Südosteuropa (Balkanraum).<sup>19</sup>

16 Berend, Central and Eastern Europe (Anm. 12), S. 254–266.

17 Leonid Luks, Katholizismus und politische Macht im kommunistischen Polen 1945–1989. Die Anatomie einer Befreiung, Köln – Weimar – Wien 1993; Jan Siedlarz, Kirche und Staat im kommunistischen Polen 1945–1989, Paderborn 1996.

18 Ben Fowkes, Aufstieg und Niedergang des Kommunismus in Osteuropa, Mainz 1994, S. 183–190.

19 Ebd., S. 183–184.

Eine Reihe von Gemeinsamkeiten und Unterschiede fallen auf: Ohne Gorbatschows Politik, die mit der Breschnew-Doktrin der eingeschränkten Souveränität gebrochen hatte, wären die Umsturz-Bewegungen nicht möglich gewesen. Er war Initiator und Motor des Wandels, wenngleich er diesen weder steuern noch vorhersehen konnte, geschweige denn dessen Resultate überhaupt wollte. Die deutsche Einigung, voll eingebettet im atlantischen Bündnis, das Ende der Sowjetunion und die NATO-Mitgliedschaft aller ehemaligen sowjetischen Verbündeten in Mittel- und Osteuropa sind Beispiele unbeabsichtigter Wirkungen seiner Politik. Angesichts notwendiger durchgreifender Reformen stellte sich für die UdSSR und ihre Satelliten die Frage ihrer Existenzfähigkeit und Überlebensmöglichkeit. Die Jahre vor und nach 1989 zeigten die Wettbewerbs-Chancenlosigkeit der gestürzten Regime und den Überlebenswillen der beherrschten Völker.<sup>20</sup>

«1989» ist auch im historischen Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953 in der DDR, dem Ungarn-Aufstand 1956, dem Prager Frühling 1968 und der erstarkten polnischen Gewerkschaftsbewegung bereits vor der Verhängung des Kriegsrechts 1981 zu sehen.<sup>21</sup>

Die unterschiedliche vorrevolutionäre Erfahrung und das gemeinsame kollektive Erlebnis der Niederwerfung der Volksbewegungen durch den sowjetischen Totalitarismus prägten in den geschilderten Umbruchszeiten sowohl das Handeln der Opposition als auch das Reagieren der Regime. In Rumänien vollzog sich hingegen die Preisgabe der kommunistischen Staatsmacht nicht gewaltfrei.<sup>22</sup>

Die übrigen Umwälzungen verliefen relativ friedlich. Eine echte Chance auf Regeneration der sozialistischen Einparteiensysteme und Kommandowirtschaften gab es nicht. Dem westlichen Modernisierungsdruck war der Staatssozialismus nicht mehr gewachsen. Die kommunistischen Diktaturen waren von «Selbsterneuerungsunfähigkeit» (Ludger Kühnhardt) gekennzeichnet: mit permanenten Systemdefiziten waren mittelfristig Systemkrisen und langfristig Systemzerfall verbunden.<sup>23</sup> In das Machtvakuum drangen andere Gewalten und Kräfte ein: Ausländerfeindlichkeit, Bürgerkriege,

---

20 György Szabad, Zukunft aus der Geschichte, in: Uwe Thaysen/Hans Michael Kloth (Hrsg.) Wandel durch Repräsentation – Repräsentation durch Wandel. Entstehung und Ausformung der parlamentarischen Demokratie in Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und der ehemaligen DDR, Baden-Baden 1992, S. 29–32, hier 29–30.

21 Kühnhardt, Revolutionszeiten (Anm. 15), S. 213.

22 Fowkes, Aufstieg und Niedergang (Anm. 18), S. 183–184.

23 Kühnhardt, Revolutionszeiten (Anm. 15), S. 213, 219.



Extremismus, Radikalisierung und Sezession (alles andere als Demokratie!). Dass die Umstürze jedoch weitgehend friedlich verliefen, war besonderen Konstellationen geschuldet.

### 3. Verlauf

Timothy Garton Ash hat auf Polen und Ungarn bezogen von «Refolutionen» gesprochen, einem Mischungsverhältnis von «Revolutionen» als Druck der Straße («von unten») und «Reformen» der Systems («von oben»). Pointierter nannte er den Zusammenbruch der DDR eine Kombination «aus gesundem Menschenverstand und Schlamperei der neuen Parteiführung».<sup>24</sup> Das alles habe den gewaltfreien und folgerichtigen Paradigmen-Wandel erst ermöglicht. Daneben agierte das Fernsehen als Produzent und Multiplikator der Informationen. Die TV-Medien hatten einen «Demonstrationseffekt», der die Bewegungen in Gang brachte.<sup>25</sup>

Ben Fowkes hat die «so genannten Revolutionen» 1989/90 nicht als eine gleichzeitige Katastrophe, sondern als eine «Kettenreaktion» bezeichnet.<sup>26</sup> Die Gewerkschaftsbewegung in Polen und die sozioökonomische Liberalisierung in Ungarn bildeten Vorläufer und Pioniere der Umsturz-Bewegungen. Die Opposition in der DDR und der ČSSR profitierte von ihren Freiheitsbestrebungen. Rumänien eilte der Entwicklung nur noch gewaltsam nach. Die DDR und die ČSSR erlebten demokratische Revolutionen mit einer starken nationalen Dimension: In der DDR hatte sie die Einigung mit Westdeutschland und in der ČSSR eine Sezession zur Folge. Im ersten Fall gab es rasche und substantielle Hilfe von der Bundesrepublik, in den anderen Fällen fehlte ein großer helfender Bruder. Also musste man sich schnell auf eigene Beine stellen.

Die Forderung nach Freiheit und Volkssouveränität war eines der zentralen Anliegen der Protestbewegungen. Sie manifestierte sich durch «runde Tische», kommunistische pseudo- oder semi-demokratisch legitimierte Parlamente. Über die transitorischen Artikulationsforen führte der Prozess unaufhaltsam zu pluralistischen Erscheinungen westlich-demokratischer Ausprägung. Freiheitserringung bedeutete allerdings nicht automatisch Demokratisierung und Rechtsstaatsgarantie. So ergaben sich neue Spannungsfelder: einerseits die Diskrepanz zwischen politischer Veränderung und wirtschaftlicher Neugestaltung, andererseits das Dilemma zwi-

24 Timothy Garton Ash, *Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent*, München – Wien 1993, S. 505.

25 Fowkes, *Aufstieg und Niedergang* (Anm. 18), S. 204.

26 Ebd.

schen rascher institutioneller Reform im staatlichen Bereich und zäher Demokratisierung des politischen Lebens.

Die Ancien Régime gaben – außer das rumänische – ohne größeren Widerstand auf und teilten die Macht mit der Opposition. Im Wandel von postkommunistischen zu neu-demokratischen Herrschaftsverhältnissen mischte sich Altes mit Neuem. Fast überall zeigten sich alsbald Spannungen und Rivalitäten innerhalb der Opposition. Ihre starke Pluralisierung war nicht immer förderlich für die Demokratisierung der politischen Systeme. Wie Polen befreite sich Ungarn selbst, ohne dass durch die Machtverschiebungen schon demokratiepolitische Stabilität erzielt worden wäre.<sup>27</sup>

Im Vergleich zu Polen (Lech Wałęsa) und der ČSSR (Václav Havel) gab es in der DDR keine herausragenden intellektuellen und gleichzeitig auch charismatischen Führungspersonlichkeiten des Widerstands.<sup>28</sup> Personen, die sich dafür geeignet hätten, verweilten entweder in innerer Emigration oder setzten sich in die Bundesrepublik ab. In der DDR gab es weder eine gewachsene organisierte Massenopposition wie die polnische Gewerkschaftsbewegung noch eine «offizielle» Plattform der Intellektuellen wie die tschechische Charta '77. Es waren vereinzelte Frauen-, Friedens-, Umwelt- und Dritte Welt-Gruppen unter dem Dach der Evangelischen Kirche.<sup>29</sup>

Im Unterschied zu Ungarn hatten die KPČ-Führung und Staatspräsident Gustav Husák weder einen Kurs der nationalen Versöhnung eingeschlagen, noch sich von der Politik der Rache gegenüber den Exponenten des «Prager Frühlings» lösen können. Ohne Integration führte dies zu ihrer internen wie internationalen Isolation. Die Neubewertung der sowjetischen Intervention im Jahre 1968 markierte dann den Klimasturz. Der Versuch einer Achsenbildung Berlin/Ost – Prag – Bukarest (Honecker – Husák – Ceaușescu) konnte nicht mehr gelingen. Im Unterschied zu anderen Ländern war die kommunistische Partei der ČSSR gleich am Anfang des Transformationsprozesses als politischer Faktor ausgeschaltet und kam als Verhandlungspartner mit der Opposition gar nicht mehr in Frage.<sup>30</sup>

27 Kühnhardt, *Revolutionszeiten* (Anm. 15), S. 227–229.

28 Ebd., S. 263.

29 Richard Schröder, *Repräsentationsauffassungen und Parlamentarisierung in der DDR: Quellen, Formen und Folgen*, in: Thaysen/Kloth, *Wandel durch Repräsentation* (Anm. 20), S. 145–161, hier 146; Christiane Lemke, *Die Ursachen des Umbruchs 1989. Politische Sozialisation in der ehemaligen DDR*, Darmstadt 1991, S. 276–278, Hans Joas/Martin Kohli, *Der Zusammenbruch der DDR: Fragen und Thesen*, in: ders. (Hrsg.) *Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen*, Frankfurt/M. 1993 (edition suhrkamp es 1777, Neue Folge, 777), S. 7–28.

30 Milan Otáhal, *Die «samtene» Revolution – ohne Alternative?*, in: Thaysen/Kloth, *Wandel durch Repräsentation* (Anm. 20), S. 125–130, hier 125–127.

Wenngleich als Revolutionen umstritten, ein Prinzip traf zu: Die «Revolution» (Garton Ash) fraß in Polen, der ČSSR und der DDR ihre Kinder: *Solidarność* zerbrach in Einzelparteien, das «Bürgerforum» zerfiel noch vor der Sezession der Slowaken von den Tschechen und das «Neue Forum» war im Frühjahr 1990 nur mehr eine Marginalie. Laut Kühnhardt hat die Macht der Aufbegehrenden 1989 in der Beseitigung alter, nicht aber in der Herstellung neuer Machtverhältnisse bestanden: In der erreichten Delegitimierung des alten Regimes bestand ihre Stärke, in der ausgebliebenen Konstituierung neuer Ordnungen ihre Schwäche.<sup>31</sup> Polarisierungen um Personen verhinderten die Profilierung und Schärfung von Programmen.

#### 4. Folgen

Aus der «Augenblicks-» und «Freiheitsrevolution» (Kühnhardt),<sup>32</sup> einer Ereignisverdichtung mit «Folgen einer unerhörten Begebenheit» (Lepenies)<sup>33</sup> wurde ein Transitorium mit unkalkulierbaren Folgen. Verbindlich war nur das Ende der russischen Hegemonie über Mittel- und Osteuropa. Insofern wurde ein Jahrhundert abgewählt.<sup>34</sup> Der Kalte Krieg ging zu Ende, der Friede brach aber nicht aus: An die Stelle des alten Kommunismus trat neuer Nationalismus, der scheinbar vom sozialistischen Sowjet-Universalismus befriedet worden war.<sup>35</sup>

Nach dem Ausbleiben rascher Freiheitserfolge mündete vieles in die ebenfalls nicht schnell einlösbare Gleichheitsforderung. Diese doppelte Enttäuschung führte viele Menschen in den postkommunistischen Gesellschaften zu neuer politischer Gleichgültigkeit und Agonie sowie zur Wiederentdeckung der Nische des Privaten oder sozialistischer Nostalgie.

Das Jahr 1989 bedeutete eine scheinbare Wiederkehr der Ereignisgeschichte. Tatsächlich fanden in den Folgen der Geschehnisse unterschiedliche Strukturen ihren Ausdruck. Die Demokratisierung der postkommunistischen Gesellschaften reichte nicht aus, um die im real existierenden Sozialismus entstandenen Gewohnheiten und Mentalitäten zu überwinden, die Legitimation neuer Institutionen zu gewährleisten und die konstitutionelle Balance zu halten. Daraus resultierten Stabilisierungs-, Konsolidie-

31 Kühnhardt, *Revolutionszeiten* (Anm. 15), S. 236.

32 Ebd., S. 212, 262, 300.

33 Wolf Lepenies, *Folgen einer unerhörten Begebenheit. Die Deutschen nach der Vereinigung*, Berlin 1992.

34 Timothy Garton Ash, *Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980–1990*, München – Wien 1990.

35 Kühnhardt, *Revolutionszeiten* (Anm. 15), S. 212.

rungs- und Identitätskrisen. Vor einer Mythologisierung der «Revolutionen» von 1989 ist daher zu warnen: Es waren weder gewaltsame Umwälzungen, noch gab es substantiellen Widerstand der kommunistischen Regime. Dem Systemwechsel folgte nicht zwingend ein Eliten-Wechsel. Es gab aber auch keinen «weißen Terror»: Eine Rückkehr des Ancien Régime fand nicht statt. Es waren Umsturz-Bewegungen, die Übergänge ermöglichten, die über Jahre andauern sollten. In sehr kurzer Zeit waren die neuen Staatsformen gezwungen, die über Jahrzehnte zurückreichenden Entwicklungen der westlichen Demokratien nachzuvollziehen. Die Umorganisation des ökonomischen Systems von einer Kommandowirtschaft zum Kapitalismus legte ideologische und mentalitätsspezifische Probleme auf beiden Seiten, in Ost wie West, offen. Eng damit zusammenhing das Fehlen einer fest gefügten Ordnung.<sup>36</sup>

Die ČSFR erlebte eine Sezession in Tschechien und Slowakei. In Jugoslawien brach der Bürgerkrieg aus, der zu «ethnischen Säuberungen»<sup>37</sup> ungeahnten genozidartigen Ausmaßes führte.<sup>38</sup> Die Sowjetunion hatte bereits 1991 ihr Leben ausgehaucht, womit auch die «Geschichte eines radikalen Zeitalters» (Bernd Stöver) endete.<sup>39</sup> Es folgte die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).

1999 sind Ungarn, Polen und Tschechien NATO-Mitglieder geworden. Nachdem bereits 1991 Assoziiierungen («Europaabkommen») mit der EG abgeschlossen worden waren, ließ ihr EU-Beitritt noch auf sich warten. Wurde zwar 1989/90 Wandel durch Repräsentation bewirkt, so war «Repräsentation» als unbestrittenes Prinzip noch nicht gesichert, wie auch der demokratiepolitische Problemfall Slowakei und Rechtspopulismus in Polen, Tschechien und Ungarn zeigten. Das einmalige Experiment eines Transformationsprozesses der europäischen Geschichte verlief weitgehend friedvoll, schien aber lange noch nicht abgeschlossen.<sup>40</sup>

36 Gerd Meyer (Hrsg.) Die politischen Kulturen Ostmitteleuropas im Umbruch, Tübingen – Basel 1993 (Tübinger Mittel- und Osteuropastudien – Politik, Gesellschaft, Kultur, 5); Clemens Friedrich/Birgit Menzel (Hrsg.) Osteuropa im Umbruch. Alte und neue Mythen, Frankfurt/M. – Berlin – Bern – New York – Paris – Wien 1994.

37 Mark Mazower, Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert, Berlin 2000; Norman M. Naimark, Fires of Hatred. Ethnic Cleansing in Twentieth Century Europe, Cambridge/Mass. 2001; Eric D. Weitz, A Century of Genocide. Utopias of Race and Nation, Princeton – Oxford 2003.

38 Berend, Central and Eastern Europe (Anm. 12), S. 292–299.

39 Bernd Stöver, Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947–1991, München 2007, S. 437–462.

40 Thaysen/Kloth, Wandel durch Repräsentation (Anm. 20).

«1989» war gleichzeitig Wiederentdeckung Mitteleuropas, «Rückkehr nach Europa» (Hans Lemberg) und «Beginn einer gesamteuropäischen Neufindung» (Kühnhardt).<sup>41</sup> Westeuropa reagierte neben dem Integrationsprogramm: Vertiefung (Binnenmarkt und Wirtschafts- und Währungsunion) vor Erweiterung desorientiert, distanziert und hilflos. Der zweifache Ratschlag zur Einführung der Demokratie und zum Aufbau der Marktwirtschaft sollte sich als vordergründig und problematisch erweisen. Der Transformationsprozess war von einem schwerwiegenden ökonomischen Niedergang begleitet. Dem «annus mirabilis» 1989 folgten «anni miserales» (Ivan Berend).<sup>42</sup> Demokratie und Marktwirtschaft liefen auf einmal selbst Gefahr, zur realitätsfernen Empfehlung zu gerinnen, das Ende der Machbarkeitsideologie zu signalisieren und aufgrund nur langsamer oder fehlender Umsetzungsmöglichkeiten fragwürdig zu werden. Daher wird im Jahr 1989 auch die Entzauberung der demokratischen Fortschrittsidee gesehen. Die Grenzen des Parteien- und Sozialstaates sind deutlicher denn je geworden.<sup>43</sup> Eine systematisch angelegte bilanzierende Untersuchung der Gewinner und Verlierer der Umstürzbewegungen und die Beantwortung damit zusammenhängender Fragen des Schutzes und der Entschädigung der Verlierer steht immer noch aus.

Bereits die Europäischen Gemeinschaften starteten Unterstützungsmaßnahmen für die potentiellen Beitrittskandidatenländer. Das erste Hilfsprogramm für die Länder Mittel- und Osteuropas lautete «Poland and Hungary: Aid for Restructuring of the Economies» (PHARE), betraf zunächst nur Polen und Ungarn, wurde dann aber auf die Tschechoslowakei und weitere Staaten ausgedehnt. PHARE wurde schon 1989 aufgelegt. Hierbei spielte auch die dafür geschaffene European Bank for Reconstruction and Development (EBRD) in London eine Rolle. Die Weltbank, der IWF und ausländische Konzerne kamen noch hinzu und nahmen ebenfalls einen sehr wichtigen Part beim «Aufbau Ost» ein. Die EU-Maßnahmen stellten laut Philipp Ther weniger eine «Friedens-», sondern vielmehr eine «Wohlstands-Mission» dar. Alles zusammen genommen waren diese Prozesse, die einer «nachholenden Modernisierung» gleichkamen,<sup>44</sup> einmalige noch nie da gewesene historische

41 Kühnhardt, *Revolutionszeiten* (Anm. 15), Zitat S. 214, 221; Hans Lemberg, *Osteuropa, Mitteleuropa, Europa. Formen und Probleme der «Rückkehr nach Europa»*, in: Elvert/Salewski (Hrsg.) *Der Umbruch in Osteuropa* (Anm. 10), S. 15–28.

42 Berend, *Central and Eastern Europe* (Anm. 12), S. 341 ff.

43 Kühnhardt, *Revolutionszeiten* (Anm. 15), S. 237–238.

44 Philipp Ther, *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*, Berlin 2014, S. 28, 156–173, 169, 173.

Vorgänge. Die seit der EU-«Osterweiterung» (2004/07) geleisteten Transfers übertrafen bei weitem das amerikanische Wiederaufbauprogramm European Recovery Program (ERP) nach dem Zweiten Weltkrieg (1948–1952/53) in absoluten Zahlen und im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt der Empfängerländer. Diese neue Art von europäischer Ostintegration war «ein ungeheurer Erfolg»,<sup>45</sup> so dass von einem zweiten und verstärkten Marshall-Plan seitens der EU gesprochen werden kann.

Dagegen wird im größeren historischen Zusammenhang die EU-«Osterweiterung» auch als ein «Ausgriff westeuropäischen Kapitals in Richtung Osten» gesehen, der mit dem «lange geträumten deutschen ›Drang nach Osten‹» von der Embargo-Politik der OEEC-Staaten bis zur Auflösung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) 1991 zu deuten wäre. Dieser historische Vorgang wird auch mit Blick auf eine groß angelegte geoökonomische und geostrategische Konzeption des Westens interpretiert, die mit Deregulierung, Neoliberalismus und der der EU vorausseilenden NATO-«Osterweiterung» zusammenhing.<sup>46</sup>

### **III. Fazit: 1989 – ein Zäsur-Jahr der europäischen Geschichte mit weltpolitischen Folgen**

Das Jahr 1989 verdient eine globale Betrachtung und erfordert Reflexion. Das «Ende der Geschichte» (Francis Fukuyama) zu verkünden, war vordergründig. Nach einer euphorischen Aufbruchsstimmung, über die sich angeblich auflösenden Konfrontationsmuster und Strukturen des Kalten Krieges, zeigten sich differierende Auswirkungen und Entwicklungen der Ereignisse dieses Jahres, die die Welt veränderten. Während sich der Osten Europas öffnete und die Demokratie mit allen Stärken und Schwächen Einzug hielt, erlebte China nur einen Monat den Traum des Wortes «Freiheit». Der Herbst der Völker hat eine Realität aufgerollt, die fundamentale tektonische Veränderungen nach sich gezogen hat. Das Jahr 1989 findet keinen Vergleich mit Ereignissen der Geschichte des 20. Jahrhunderts, wenn man 1919, 1929 oder 1945 heranzieht. Das Jahr 1989 setzte einerseits die Globalisierung der Freiheit, andererseits das Bewusstsein für die Notwendigkeit der Humanisierung der Welt und der Demokratisierung Afrikas sowie das Bewusstsein für die Klimaerwärmung der Erde in Gang. Das Jahr 1989 förderte gleichzeitig eine Emanzipation älterer Nationalismen und eine Spirale der politisch-militärischen Gewalt mit dem blutigen Zerfall des ehemaligen Jugoslawiens und den Kriegen in Liberia und Somalia sowie den Dschihad

45 Ebd., S. 32, 159.

46 Hannes Hofbauer, EU-Osterweiterung. Historische Basis – ökonomische Triebkräfte – soziale Folgen, Wien 2007, S. 254–289.

unter Führung Bin Ladens, der nach seinem Kampf gegen die Sowjetunion eine neue anti-amerikanische Strategie zu entwickeln begann.

Das Jahr 1989 bedeutete nicht nur das scheinbare Ende des Kalten Krieges, der ein Dritter Weltkrieg der Zeitgeschichte war, sondern auch das tatsächliche Ende der so genannten bipolaren Welt. Die Hyperdominanz der USA wurde nach einem Jahrzehnt des Übergangs von einer Welt der Multi-Polarität mit neuen globalen Mächten abgelöst. Die USA ignorierten nach ihrem Siegestriumph des gewonnenen Kalten Krieges die Sicherheitsinteressen Russlands im Osten Europas, was einen neuen Kalten Krieg nach sich zog. Abkommen zwischen Moskau und Washington in den 1990er-Jahren wurden mit einem neuen Jalta verglichen. Die unmittelbare Vorgeschichte von 1989 reicht zurück bis Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre, als sich Höhepunkte der Macht sowie Stärken und Schwächen der Supermächte im Kalten Krieg auftraten.<sup>47</sup> Mit dem Jahr 1989 sind nicht nur demokratiepolitische Aufbrüche und Emanzipation möglich geworden, sondern auch neue nationale Bedrohungen und internationale Risiken entstanden.

Kurzum: Es steht zweifelsfrei fest, dass das Jahr 1989 eine Zäsur darstellt, wenn man einmal von den nahe liegenden unmittelbaren revolutionären Ereignissen des Zusammenbruchs des real existierenden Sozialismus in Mittel-, Ost- und Südosteuropa absieht. Auch die geopolitischen Folgen waren revolutionär: Die deutsche Einigung (1990), die Auflösung des Warschauer Pakts und die Implosion der Sowjetunion (1991), der Zerfallsprozess Jugoslawiens mit Krieg und Gewalt (ab 1991), die Gründung der EU durch den Maastrichter Unionsvertrag (1993) sowie die NATO- (ab 1999) und die EU-«Osterweiterung» (ab 2004/07) sind sichtbarste Ergebnisse und Folgen der tektonischen Verschiebungen und geopolitischen Umwälzungen auf dem Kontinent. Das Jahr 1989 ist in jedem Fall ein europäisches Epochen- und Zäsur-Jahr, welches weltpolitische Konsequenzen nach sich zog, weil es das Ende der Supermächte-Konstellation (USA versus UdSSR) und damit den Ausgangspunkt für eine multipolare Welt signalisiert.<sup>48</sup>

47 Grosser, 1989 (Anm. 9), S. 9–14, 512–563, 565–573.

48 Michael Gehler, Bündnispolitik und Kalter Krieg 1949/55–1991, in: Franz Kern/Gunther Hauser, Handbuch zur europäischen Sicherheit, Frankfurt/M. – Berlin – Bern – Bruxelles – New York – Oxford – Wien 2005, S. 57–69; Ders., Wandel durch Annäherung: Entstehung, Entwicklung, Überwindung und Folgen des Kalten Krieges für Europa, in: Olga Graumann/Mikhail Pevzner/Margitta Rudolph/Irena Diel (Hrsg.) Hochschule und Schule in der internationalen Diskussion: Chancen und Risiken neuer Entwicklungen, Baltmannsweiler 2010,

#### **IV. 1989 – 2001 – 2011: Gegenüberstellung und Vergleich im Lichte von Revolutions-Kriterien**

In diesem Kapitel sollen nun die Ereignisse der Jahre 1989, 2001 und 2011 hinsichtlich der Frage der Revolutionen vergleichend gegenübergestellt und analysiert werden. Mit «9/11» bietet sich vorderhand kein direkter Vergleich wie bei den Jahren 1989 und 2011 an, handelt es sich ja bei den Geschehnissen des Jahres 2001 in New York und Washington auf den ersten Blick nicht um eine Revolution. Versuchen wir daher zunächst eine Gegenüberstellung der Ereignisse der Jahre 1989 und 2011 im Sinne von Analogie und Differenz.

##### **1. Eine erste Gegenüberstellung von 1989 und 2011**

a) Analogie in der Frage der Voraussetzungen der politischen Verhältnisse  
Den arabischen Umsturz-Bewegungen lagen unerträglich gewordene autoritäre und diktatorische Regime zugrunde, die keine gesellschaftliche Attraktivität und wirtschaftliche Perspektive mehr im Sinne von Lebenschancen für die jüngere Generation boten. Das ist eine Analogie zu den Vorgängen 1989.

##### **b) Analogie in der Verbreitung der Informationen**

Wie 1989 spielte auch 2011 die rasante Verbreitung der Informationen von den revolutionären Ereignissen und Situationen eine vergleichbar relevante Rolle – im ersten Fall war es noch vor dem modernen kommunikationstechnologischen Zeitalter die Fernsehberichterstattung, im zweiten die neuen elektronischen Kommunikationsformen (E-Mail, Internet und Youtube).

##### **c) Differenz in der Frage von Stabilität und Instabilität**

Während nach 1989/90 politisch relativ stabile Verhältnisse in Mittel- und Osteuropa (jedenfalls bis zur Kosovo- 1999, Georgien- 2008 und Ukraine-krise 2014/15) geschaffen werden konnten, war dies im Norden Afrikas gar nicht der Fall.

##### **d) Differenz im Sinne regionaler Integrationskonzepte**

Während die NATO- und EU-«Osterweiterung» Sicherheitszuwachs und Wohlstandssteigerung für die neuen Beitrittsländer in Mittel- und Osteuropa boten, gab es für den Maghreb-Raum seitens der EU oder der USA keine vergleichbaren Integrationsangebote, -konzepte oder -programme zur Re-

---

S. 16–47; Ders., Das Europa der Gemeinschaften und der Union im Kontext der Globalisierung, in: Ingrid Böhler/Eva Pfanzelter/Rolf Steininger (Hrsg.) Stationen im 20. Jahrhundert, Innsbruck – Wien – Bozen 2011 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, 27), S. 56–80.



konstruktion der Ökonomien und Stabilisierung der politischen Systeme im Rahmen eines integrativ angelegten Regionalkonzepts.

e) Differenz in der Frage der systempolitischen Folgen

Bürgerkriege, Gewaltausbrüche und neue autoritäre Militärregime entwickelten sich im Zuge der «Arabellion», während sich in Mittel- und Osteuropa relativ friedliche Verhältnisse und mehr oder weniger gefestigte Mehrparteien-Systeme etablieren konnten, die allerdings nicht immer rechtsstaatlichen Standards und EU-Werten entsprachen.

Die Unterschiede überwiegen und im Sinne des bildhaften Vergleichs der Jahreszeiten lässt sich als Zwischenfazit wagen: Dem Herbst des Jahres 1989 folgte kein Winter, dem arabischen Frühling kein Sommer.

Wie steht es nun aber mit dem bisher von unseren Betrachtungen ausgeklammerten Ereignissen des 11. September 2001?

## 2. Der 11. September 2001 – ein Datum mit welthistorischen Folgen Der Triumph Bin Ladens und die Steigerung des postmodernen Massenterrorismus

Der Postmodernismus ist nicht nur ein abstrakt-virtuelles Phänomen, das sich der klassisch-konventionellen Historiographie zu bemächtigen und sie zu einer Art Neuschreibung<sup>49</sup> zu veranlassen versucht, es handelt sich auch um konkrete und reale Erscheinungsformen. Der postmoderne Zug des Massenterrorismus ist ein zeitgeschichtliches Phänomen,<sup>50</sup> das erst seit den letzten eineinhalb Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts als solches erkennbar und zudem politisch sehr wirksam gewesen ist, d.h. sehr folgenreich und auch erfolgreicher als frühere moderne Attentate und Anschlagsbewegungen. «Je weiter die Ziele der Attentäter reichen, desto beliebiger werden seine Opfer», hatte Alexander Demandt bereits festgehalten.<sup>51</sup> Tatsächlich waren die Folgen mannigfaltiger, komplexer und globaler Natur als bisher alle terroristischen Akte, so dass allein schon deshalb von einer Revolutionierung des Terrorismus gesprochen werden kann.

«9/11» ist nach Pearl Harbor (1941) und dem Kennedy-Attentat (1963) eines der einschneidendsten Daten der US-amerikanischen Zeitgeschichte. Viele Bürgerinnen und Bürger der USA assoziierten und verbinden mit

---

49 Das läuft unter dem Motto «rewriting history»: Christopher Butler, Postmodernism. A very short introduction, Oxford University Press 2002, S. 32–36.

50 Siehe hierzu Michael Gehler/René Ortner (Hrsg.) Von Sarajewo zum 11. September. Einzelattentate und Massenterrorismus, Innsbruck – Bozen – Wien 2007.

51 Alexander Demandt, Das Attentat in der Geschichte, Köln 1999, S. 453.

dem 7. Dezember 1941, dem 22. November 1963 wie mit dem 11. September 2001 ähnliche Gefühle: ein gewaltiges Schockerlebnis, massive seelische Erschütterung und ein schwerwiegendes politisches Trauma. Diese Ereignisse trafen die an großen kollektiven Erschütterungen arme und selten kollektiv leidgeprüfte Nation tief ins Mark. Der mit den Attentaten verbundene Schrecken zeigte eine weit verbreitete Betroffenheit, die in jingoistischen Aufwallungen, patriotischen Kundgebungen und trotztigen Parolen wie «United we stand» ihren Ausdruck fand.

Spätestens nach Verhaftung des Mohammed Atta-Vertrauten Ramzi Bin alshibb in Pakistan im Jahre 2002, war belegt, dass Atta nicht nur Anführer, sondern Bin Laden auch Finanzier der Anschläge von New York und Washington war.<sup>52</sup>

«Hat Mohamed Atta gesiegt?» Diese Frage für die an internationalen Ereignissen orientierte Terrorismusforschung stellte der Journalist und Attentatsexperte Sven Felix Kellerhoff, um sogleich eine Antwort zu geben:

«Jedenfalls ist sein Plan besser gelungen, als er und seine Komplizen es sich selbst wohl hätten träumen lassen. Binnen hundert Minuten nach dem Einschlag zweier gekapeter Boeing-Passagierflugzeuge in die beiden Türme des World Trade Centers in New York stürzen diese Symbole des westlichen Wirtschaftslebens, des ‚American Way of Life‘ in sich zusammen. Rund 2800 Menschen sterben dabei – kein terroristischer Anschlag hat je mehr Opfer gefordert.»<sup>53</sup>

Kellerhoff hat seine Recherchen 2003 mit dem symbolisch-treffenden Untertitel «Mit einer Kugel die Welt verändern» publiziert. Das dürfte sowohl für Gavrilo Princip als auch für die Massenmörder um Atta feststehen.

Der weitere Verlauf der Entwicklung spricht für den Triumph der 9/11-Terroristen, wie auch für die gesteigerten Erfolgsaussichten des postmodernen Massenterrorismus.<sup>54</sup> So kann man durchaus im Sinne der Interpretation des Gelingens ihrer Anschläge von einer Revolutionierung des Terrorismus sprechen und argumentieren: Atta und seinen Leuten ist die «Provokation der Macht» (so der Augsburger Soziologe und Terroris-

---

52 Sven Felix Kellerhoff, Attentäter. Mit einer Kugel die Welt verändern, Köln – Weimar – Wien 2003, S. 162.

53 Ebd., 159.

54 Für dies und das Folgende siehe Michael Gehler, Vom modernen Einzelattentat der neueren Geschichte zum postmodernen Massenterrorismus des 21. Jahrhunderts. Historischer Überblick und aktuelle Entwicklungen, in: Ders./Ortner, Von Sarajewo zum 11. September (Anm. 50), S. 361–487, hier 430–441, 447–449.

mus-Experte Peter Waldmann)<sup>55</sup> nicht nur in einer höchst spektakulären Weise geglückt, sondern auch in einem Ausmaß gelungen, wie dies Attentäter und Terroristen in der Weltgeschichte bisher noch nicht erzielt und bewirkt haben, wobei ihnen die Reaktionen der US-Führung beträchtlich zu Hilfe kamen. Ihr Terrorismus als «der unerklärte Krieg» (Bruce Hoffman)<sup>56</sup> provozierte die Kriege der Vereinigten Staaten gegen Afghanistan (2001/02) und den Irak (2003). So sehr «enduring freedom» gegen das Taliban-Regime, das Bin Ladens Truppen zunächst beherbergt hatte, berechtigt und legitimierbar erschien, so fragwürdig wurde angesichts der Desinformations-, Manipulations- und Täuschungsversuche der Weltöffentlichkeit durch die Bush-Administration der von ihr sehr früh schon angestrebte Krieg gegen den iranischen Terrorstaat von Saddam Hussein. Der geplante Blitzkrieg zur Enthauptung des Diktators fand keine Unterstützung durch die UNO und wurde von Generalsekretär Kofi Annan später als «illegal» bezeichnet. Fortgesetzte Berichte über Misshandlungen, Menschenrechtsverletzungen und Folterungen im Zweistromland sowie über das US-Internierungslager in Guantánamo auf Kuba ließen mehr und mehr Zweifel und Kritik am Sinn des «Kampfes gegen den Terror» seitens der Vereinigten Staaten, ja selbst an ihrer eigenen demokratiepolitischen Glaubwürdigkeit aufkommen. In Afghanistan blühte die Produktion und der Export von Drogen durch von ISAF-Einheiten der NATO quasi «geschützte» «drug lords». Der Irak entwickelte sich nicht zu einem «demokratischen Lichtblick für die ganze Region»,<sup>57</sup> sondern zu einem Anziehungspunkt und Experimentierfeld des internationalen islamistischen Terrorismus. Die USA avancierten zu einem der unbeliebtesten Länder der Welt sowie zum Feindbild Nummer 1 in der arabischen Welt, auch weil Kriegsverbrechen, Menschenrechtsbrüche und Schändungen des Korans dieses Zerrbild bestätigten. Atta und seine Komplizen provozierten Reaktionen, die ihre Zielsetzungen vermutlich weit übertroffen haben dürften.

Sowohl die innere als auch die äußere Dimension der US-Schwäche wurde an den Folgen des 11. September wie durch einen Indikator ablesbar und deutlich: Die 9/11-Attentäter demütigten nicht nur die Weltmacht Nummer eins, trafen ihre symbolischen Zentren für Handel, Wirtschaft und Militär, deckten die Schwächen und Unzulänglichkeiten des US-Sys-

---

55 Peter Waldmann, *Terrorismus. Provokation der Macht*, München 1998.

56 Bruce Hoffman, *Terrorismus. Der unerklärte Krieg. Neue Gefahren politischer Gewalt*, Frankfurt/Main 2001.

57 Georg Mascolo/Bernhard Zand, *Die Saat des Bösen*, in: *Der Spiegel* (2005), Nr. 30, S. 88–92.

tems auf und demonstrierten damit seine Verwundbarkeit, sondern provozierten auch den Koloss zu Überreaktionen, Unrechtshandlungen und Unverhältnismäßigkeiten im Inneren wie im Äußeren, die einerseits die weltweite Unfähigkeit zum Aufbau dauerhafter Koalitionen und andererseits ein globales kulturelles Integrations-Unvermögen offen legten.

So wird man von einem Erfolg der Attentäter des 11. September sprechen können, auch wenn ihre abscheulichen und unfassbaren Untaten – wie immer bei Attentaten und Terrorismus – nicht selbststeuerungsfähig, sondern überwiegend staatsreaktionsabhängig waren.<sup>58</sup>

«9/11» hat Udenkbares und Unvorstellbares möglich gemacht, was allerdings intern für nicht unmöglich erachtet worden war: Es galt in geheim- und nachrichtendienstlichen Stellen wie Sicherheitsbehörden schon zuvor als nicht mehr unwahrscheinlich, dass entführte Flugzeuge in Hochhäuser fliegen und diese zum Einsturz bringen könnten. Möglichkeiten der Steigerung waren daher nicht ausgeschlossen, will doch der postmoderne Massenterrorismus ein Maximum an Opfern und Aufmerksamkeit erzeugen, um auch ein Maximum an Horror und Erschütterung zu erreichen. Steht der 11. September 2001 an der Wende des Terrorismus von einer bis dato überwiegend kontraproduktiven zu einer produktiven politischen Waffe? Diese Frage lässt sich nicht mehr so einfach verneinen wie dies noch vor diesem historischen Datum war.

Al-Qaida bestand schon vor «9/11». Dieses Datum sollte sich aber durch seinen enormen Symbolwert – im Unterschied zu all den anderen genannten Daten – fest in die Geschichte des noch sehr jungen 21. Jahrhunderts einschreiben und in den Ablauf des postmodernen Massenterrorismus einprägen wie auch mit einer bis dato noch nie da gewesenen multimedialen Breitenwirkung gleichzeitig zum größten Propagandaerfolg Bin Ladens werden.

Der Geschichtsschreiber, vor allem der Zeithistoriker, sollte mit Superlativen sorgsam und sparsam umgehen, aber in diesem Fall scheint ein solcher angebracht: Selten hatten Attentate eine so weit reichende, ja weltweite Aufmerksamkeit erregt als die des «11. September», vor allem durch den

---

58 Siehe hierzu auch Richard A. Clarke, *Against all Enemies. Inside America's War on Terror*, New York – London – Toronto – Sydney 2004. Clark fungierte als Coordinator for Security, Infrastructure Protection and Counterterrorism (1998–2003) unter den Präsidenten Bill Clinton und George W. Bush. Als solcher war er während des 11. September Krisenmanager. Er warf später Bush vor, die von Al-Qaida ausgehenden Gefahren ignoriert – der Präsident hatte kein Interesse und ließ Clark nicht vorsprechen – und desaströse Entscheidungen getroffen zu haben, als er dem Problem endlich seine Aufmerksamkeit schenkte.

unendlich oft zitierten und in zahllosen TV-Berichten gezeigten Bin Laden, der sicherlich als der bis dato am effizientesten arbeitende und erfolgreichste Terroristenchef der Weltgeschichte zu bezeichnen ist – gemessen an erzeugter Angst und verbreitetem Schrecken, gemessen an Demütigung und Schädigung des US-amerikanischen Systems, gemessen an der gelungenen Provokation der Weltmacht Nummer 1 und Dekuvrierung ihrer Defizite und Schwächen sowie gemessen an versteckter, verhohlener und offen zu Schau getragener Schadenfreude und Sympathiebezeugung in der arabischen Welt. Bin Laden hat die Multi-Funktionalität terroristischer Gewaltanwendung auf die Spitze getrieben. Mehr an «Didaktik der Gewalt» und politischer Kommunikation eines terroristischen Anschlags ist bisher nicht erreicht worden. Man denke vor allem an die hohe Symbolik der Attentate des «11. September». Bereits Tag und Monat genügen, um verstanden zu werden – das Jahr spielt gar nicht mehr diese prägende Rolle. Es ist «nine eleven».

Die Anschläge auf das WTC in New York und das Pentagon in Washington lösten zunächst weltweite Betroffenheit aus und bewirkten angeblich «uneingeschränkte Solidarität». Sie führten dann in Bezug auf die Hintergründe und Ursachen aber zu abweichenden Einschätzungen in Europa und den USA. Die Gefahr des Terrorismus wurde unterschiedlich beurteilt. Die Debatte um die Frage, wie dagegen vorzugehen sei, wirkte wie ein Katalysator für die bestehenden Divergenzen.<sup>59</sup>

Im Inneren der USA setzte eine Verschärfung der Sicherheitsmaßnahmen ein. Der PATRIOT-Act (Providing Appropriate Tools Required to Intercept and Obstruct Terrorism) vom 26. Oktober 2001, verbunden mit einer erheblichen Einschränkung der Bürger- und Freiheitsrechte, war ein erstes Warnsignal in Richtung der Entwicklung hin zu einer autoritären Regierungsform in den USA. Justizminister John Ashcroft verlangte, dass der PATRIOT-Act binnen dreier Tage Gesetz werden müsste. Als diese Zeit verstrichen war, machte er die Kongressmitglieder öffentlich für alle terroristischen Angriffe verantwortlich, die während der Behandlung des Gesetzes stattfinden würden.<sup>60</sup>

59 Stephan Bierling, Die Europäische Union und die USA, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.) Europa-Handbuch, Bd. 1: Die Europäische Union – Politisches System und Politikbereiche, Gütersloh <sup>3</sup>2004, S. 443–467, hier 444.

60 Siehe hierzu Mario A. Cattaneo, Strafrechtstotalitarismus. Terrorismus und Willkür, Baden-Baden 2001; Nancy Chang, Silencing Political Dissent, New York 2002, S. 25; David Cole, James X. Dempsey, Terrorism and the Constitution. Sacrificing Civil Liberties in the Name of National Security, New York – London (fully revised and updated) 2006, S. 195–218.

Das 2002 errichtete exterritorial angelegte Lager Guantánamo wurde mit seinen, weit von ihrer Heimat festgehaltenen Gefangenen, ohne Rechtsbeistand, ohne ordentliches Verfahren, ohne Prozess, ohne Urteil und ohne Aussicht auf ein Ende ihrer Haft, aber mit Demütigungen, Erniedrigungen sowie zunächst dementierten, dann aber bestätigten Koranschändungen zum Symbol undemokratischer Politik, ja zu einer Anti-Freiheitsstatue der weltweit als Unrechtsstaat wahrgenommenen USA der Administration Bush II. Indem sie die mutmaßlichen Terroristen als «illegale Kombattanten» bezeichneten, denen die Rechte von Kriegsgefangenen nach der Dritten Genfer Konvention nicht zustünden und die sie bis zur Beseitigung des Terrorismus festhalten dürften sowie den Begriff «Folter» als «strengeres Verhör» umdefinierten und in das US-Rechtssystem einfließen ließen, hatten sich die USA selbst als Führungsmacht der Demokratie diskreditiert und wurden unglaubwürdig.<sup>61</sup>

Die weltpolitischen Folgen der US-Reaktionen auf «9/11» sind nicht zu übersehen: Die Bush-Administration verstärkte ihre Politik des Unilateralismus. Es folgten die Afghanistan-Intervention, die Irak-Krise, die Spaltung der EU und der NATO sowie die Explosion des US-Budgetdefizits. Die Lage im Nahen Osten verschärfte sich weiter und spitzte sich zu. Die Folgen der US-amerikanischen Reaktion auf 9/11 waren evident: der Zerfall der «Anti-Terror-Allianz», der Krieg gegen Saddam Hussein, die Radikalisierung im Irak, der Wandel Al-Qaidas zur Bewegung und die Zunahme des weltweiten Terrorismus mit der zuletzt erfolgten Eskalation durch den «Islamischen Staat» («IS»).

In relativ kurzer Zeit führte die Politik von Bush zum Zerfall der mit dem 11. September gegebenen weltweiten «Anti-Terror-Allianz» (China, Russland, Großbritannien, Frankreich, Bundesrepublik etc.). Mit dem Veto Chinas und Frankreichs gegen eine Irak-Militärintervention im UN-Sicherheitsrat (Staaten, die sich der Annahme widersetzen, dass eine Verbindung zwischen Saddam Hussein und Osama Bin Laden bestehen würde und die Existenz von Massenvernichtungswaffen nicht für erwiesen hielten) zerfiel auch die von der Bush-Administration angestrebte «Koalition der Willigen».

Al-Qaida hatte seit den Anschlägen in New York und Washington weit mehr Attentate mit größeren Opferzahlen ausgeübt als in ihrer gesamten Geschichte zuvor. Seit dem 11. September bis 2005 gab es bei Dutzenden Anschlägen fast 3.000 Tote.<sup>62</sup>

61 Hans Rauscher, Guantánamisierung der US-Demokratie, in: Der Standard, 28./29.5.2005.

62 Mathias Matussek, Ralf Beste, Georg Mascolo, Rekruten des Irrsinns, in: Der

### 3. Der Vergleich 1989 – 2001 – 2011 in revolutionshistorischer Perspektive

Ausgehend vom ersten Kapitel können drei der Kategorien von Charles Tilly sowie unter Hinzunahme zweier weiterer Dimensionen, also insgesamt fünf Kriterien zur Erfassung von Revolutionen herangezogen werden:

- a) Verfügbarkeit des staatlichen Gewalt- und Informationsmonopols;
- b) Lossagung der Angehörigen des Gemeinwesens von den Machthabern;
- c) Verschiebung der Machtverhältnisse und gravierende Umgestaltung der Herrschaftsstrukturen;
- d) Veränderung des Wertesystems;
- e) Erbe, Vermächtnis und Urteil der Nachwelt.

Anhand dieser Kriterien und in Form der Kombination lassen sich die Ereignisse und Entwicklungen der Jahre 1989, 2001 und 2011 vergleichend in Betracht ziehen:

#### *1989*

- a) Die revolutionären Ereignisse in Mittel-Osteuropa machten sehr deutlich, dass die kommunistischen Herrschaftsträger auf den Einsatz des staatlichen Gewaltmonopols weitgehend verzichteten, jedenfalls in Polen, Ungarn, der DDR und der ČSSR. Das Informationsmonopol konnte von den Diktaturen nicht mehr beibehalten werden. Westliche Berichterstattung und Fernseh-Reportagen trugen zur Intensivierung der umbruchartigen Entwicklung mit bei.
- b) Die Bevölkerung der sozialistischen Staaten hatten sich in beträchtlichem Maße von den Machthabern losgesagt, vor allem die mittlere Generation und die Jugend.
- c) Die Machtverhältnisse verschoben sich klar weg von den kommunistischen Einparteien-Regimen zu pluralistischen Mehrparteiensystemen.
- d) Das Wertesystem erfuhr einen Wandel von der kommunistischen Ideologie und der sozialistischen Kommando- und Planwirtschaft zur kapitalistischen Ideologie und zur Konzeption der liberalen Marktwirtschaft.
- e) Im Rückblick erscheinen die revolutionären Ereignisse als «Freiheitsrevolution», gleichwohl sich eine «89er»-Generation noch nicht so deutlich artikuliert und manifestiert hat.

In Summe lässt sich relativ zweifelsfrei feststellen, dass hinsichtlich Kategorien-Bildung und Kriterien-Findung im Sinne einer Revolution «1989» als ein europäisches Zäsur-Jahr mit weltpolitischen Folgen begriffen werden kann.

---

Spiegel (2005), Nr. 28, S. 20–27, hier 26–27.

2001

- a) Die Verfügbarkeit des staatlichen Gewaltmonopols blieb am 11. September trotz des durch die Anschläge erzeugten Chaos alsbald wieder fest in Händen der Exekutivkräfte und Sicherheitsbehörden der USA. Das Informationsmonopol konnte ebenfalls auf Seiten der Bush-Administration gewahrt werden, gleichwohl die fortwährend gezeigten bewegten Bilder in den verschiedenen Fernsehkanälen von den einstürzenden Zwillingtürmen in New York auch als Propaganda für die Terroristen genutzt wurden. Das Ereignis erhielt durch die CNN-Live-Übertragung vom zweiten Einflug der Passagiermaschine in den zweiten Turm des World Trade Centers eine neue Dimension der weltweiten Aufmerksamkeit. Die Tausenden von Todesopfern bedeuteten ebenfalls eine neue Qualität eines völlig entfesselten postmodernen Massenterrorismus.
- b) Eine Lossagung der Bevölkerung von den US-Machthabern war nicht zu konstatieren – ganz im Gegenteil: es vereinte sich alsbald eine erdrückende Mehrheit der US-Bürgerinnen und -Bürger hinter den Stars and Stripes, auch wenn nach Abklingen der Schockzustände und Trauerempfindungen auch Verschwörungstheorien aufkamen. Die Zustimmungswerte für George W. Bush und seine Regierung kletterten rasant nach oben. Mit «United we stand!» entstand eine Welle der weltweiten Solidarität mit den Opfern und den USA. Mit dem «Kampf gegen den Terror» konnte Bush auch seine Wiederwahl sichern. So gesehen bewirkten die Anschläge vom 11. September keine machtpolitische Änderung zulasten der herrschenden Eliten in den USA.
- c) Eine Verschiebung der Machtverhältnisse war insofern gegeben, als die staatlichen Exekutiv- und Überwachungsorgane in den USA deutlich gestärkt wurden. Eine Umgestaltung der politischen Herrschaftsstrukturen war jedoch, wie gesagt, nicht gegeben. Der 11. September 2001 war – so gesehen – auch keine Revolution, gleichwohl der Terrorismus eine Radikalisierung, ja eine Revolutionierung erfahren hatte. Mittelfristig begann durch die fraglichen und wenig erfolgreichen Militär-Interventionen und -präsenzen der USA in Afghanistan («enduring freedom») und im Irak («preventive strike») ihr Ansehen in der Welt zu leiden. Die Vorstellung einer durch die Vereinigten Staaten dominierten unipolaren Weltordnung sollte schwinden.
- d) Eine Veränderung des Wertesystems hat insofern stattgefunden als das amerikanische Bewusstsein für die Möglichkeiten innerer Bedrohungsszenarien und potentieller Gefährdungen zugenommen hat. Das Denken in staatlichen Sicherheitskategorien erlangte klar Vorrang vor indi-



viduellen Freiheitsrechten. Ein US-amerikanischer Patriotismus schlug mitunter in Nationalismus («Jingoismus») um, so dass eher von einer national-patriotischen Revolution gesprochen werden könnte.

- e) Das Vermächtnis des 11. September bestand in der neuen Erkenntnis von der inneren Verwundbarkeit der USA. Der Nachwelt wird dieses Datum in und außerhalb der Vereinigten Staaten im Gedächtnis bleiben. In Summe lässt sich daher sagen, dass dieser Tag in die Weltgeschichte als eine Zäsur des internationalen Terrorismus eingehen wird.

### 2011

- a) Die revolutionären Ereignisse in Ägypten, Tunesien und Libyen machten – im Unterschied zu 1989 deutlich – dass die Herrschaftsträger auf den Einsatz des staatlichen Gewaltmonopols nicht verzichten wollten, dieses aber abtreten mussten. Das Informationsmonopol der Diktaturen und Militärregime konnte nicht mehr zur Gänze aufrechterhalten, ja sogar zu einem nicht geringen Teil durchbrochen werden. Neben der klassischen Berichterstattung und den Fernseh-Reportagen trugen vor allem die neuen Kommunikationsmittel und sozialen Medien wie das Internet, SMS und Youtube zu einer erheblichen Beschleunigung der umsturzartigen Entwicklungen mit bei.
- b) Die Bevölkerungen dieser Staaten hatten sich in einem nicht unbeträchtlichen Ausmaß von den Machthabern losgesagt, vor allem die mittlere Generation und die Jugend.
- c) Die Machtverhältnisse verschoben sich klar weg von den bisherigen Herrschaftsträgern wie Ali, Mubarak oder Gaddafi zu neuen Systemen der Aufrührer, Putschisten und Revolutionsführer.
- d) Das Wertesystem erfuhr nur bedingt einen Wandel. Demokratische Vorstellungen konnten zwar Eingang in die Debatten und Forderungen finden, sich aber nur partiell behaupten und etablieren. Tendenzen zur Militarisierung und Re-Islamisierung sollten in Form halb-autoritärer Regime oder gar Militärdiktaturen folgen.
- e) Im Rückblick erscheinen die revolutionären Ereignisse des «arabischen Frühlings» als Aufstände, Massenversammlungen, Rebellionen und Unruhen. Das Bewusstsein, einer «2011er»-Generation anzugehören, scheint aufgrund der gescheiterten und versandeten Revolutionen noch nicht ausgeprägt worden zu sein.

## **V. Resümee**

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass hinsichtlich Kategorienbildung und Kriterienfindung im Sinne von «Revolutionen» 1989 als das markanteste Zäsurjahr der Weltgeschichte anzusehen ist. Im Zuge des 11. September 2001 war nur bedingt – im innerstaatlichen Sinne der USA – eine umbruchartige Entwicklung gegeben. Im Jahre 2011 gab es nur revolutionäre Situationen, arabische Rebellionen mit einem Elitenabtausch, aber keine erfolgreiche Revolution im Sinne der Etablierung neuer demokratisch-freiheitlicher Gesellschaften.



# **Zäsuren der Demokratieentwicklung?**

Von Aufwind, Abwind und einem lauen Lüftchen

MARIANNE KNEUER

## **I. Was ist eine Zäsur für Demokratieentwicklung? Einflussfaktoren für Konjunkturveränderungen**

**Z**äsur heißt Einschnitt. Damit weist der Bedeutungskern auf eine abrupte Wende und nicht auf länger anhaltende Wandlungsprozesse hin, auf einen tiefgehenden Umschwung mit nachhaltigen Folgen und nicht auf lediglich oberflächliche Kosmetik und Retusche existierender Strukturen und Prozesse. Wie lassen sich solche Zäsuren aus politikwissenschaftlicher Sicht fassen? Oder anders: Was macht eine Zäsur in der Politik aus? Aus einer strukturorientierten Perspektive müsste eine Zäsur einen Umbruch der bisherigen Strukturen bedingen, der zugleich zu einer Neuordnung führt. Akteurs- oder Handlungsorientiert betrachtet verbände sich mit einer Zäsur ein Wechsel von Handlungsmustern oder grundlegenden Handlungsstrategien. Auf der Mikroebene müsste sich in Bezug auf die politische Kultur ein feststellbarer Bruch politischer Einstellungen, Meinungen und Verhaltens ergeben. Bei weltgeschichtlichen Zäsuren, die dieser bedeutungsschweren Konnotation gerecht werden sollen, ist anzunehmen, dass die Implikationen solcher Einschnitte in strukturellen Konstellationen und Handlungsparameter weit über nationale und regionale Grenzen hinausgehen. Notwendigerweise ist nicht jedes Land gleichermaßen betroffen, zumindest aber die indirekte Wirkung solcher Zäsuren hätte globale Ausmaße.

Im Hinblick auf die Weltpolitik vollzogen sich seit 1989 Veränderungen in mehrerlei Hinsicht: in Bezug auf die Machtstrukturen – von der Bipolarität zur Multipolarität –, in Bezug auf die Prozesse – zuvorderst Globalisierung und Fragmentierung – und schließlich in Bezug auf die globalen Leitideen.<sup>1</sup> Der Wandel innerhalb dieser globalen Leitideen betraf vor allem drei Konzepte: Souveränität, Sicherheit und Demokratie. Dieser Beitrag beschäftigt sich mit der Frage, was die Trias der Daten – 1989, 2001 und 2011 – für die Demokratie bzw. Demokratisierung bedeuteten. Stellen sie Zäsuren für die globale Entwicklung von Demokratie dar? Im Folgenden

---

<sup>1</sup> Vgl. Volker Rittberger/Andreas Kruck/Anne Romund, Grundzüge der Weltpolitik: Theorie und Empirie des Weltregierens, Wiesbaden 2010.

werden diese Jahreszahlen auf dem Hintergrund ihrer Relevanz für Demokratisierung betrachtet, wobei zwei Maßstäbe angelegt werden: zum einen die normative Strahlkraft von Demokratie, ablesbar an der Normbildung in internationalen Foren; zum anderen die außenpolitische Strategieentwicklung maßgeblicher Akteure, ablesbar an Stellenwert und Praxis der Demokratieförderung.

Im Titel des Beitrages steckt bereits die These: 1989 entfachte einen Aufwind für die Demokratieentwicklung, der in der Folge der Ereignisse von 2001 zu einem Abwind umschlug. Der Arabische Frühling von 2011 jedoch entwickelte nicht mehr als ein laues Lüftchen inmitten eines demokratieungünstigen Klimas. Diese Konjunkturen der Demokratieentwicklung werden in den nächsten Abschnitten skizziert.

## **II. 1989: Aufwind für Demokratie und Demokratieförderung**

Mit dem Ende des Kalten Krieges erlebten Demokratie als Idee und Herrschaftsform einen globalen Aufwind. Die Ablösung der sozialistischen Systeme ab 1988/89 hatte eine geradezu euphorische Stimmung hervorgebracht, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zusätzlich befeuert wurde von der Hoffnung einer nun potenziell weltweiten Verbreitung von Demokratie. Diese Idee besaß eine Chance auf Verwirklichung, die sich zu keinem Zeitpunkt im 20. Jahrhundert so realistisch dargestellt hatte. Der Systemwettbewerb schien beendet, und für viele Länder war der Weg zur Installierung von demokratischen Systemen freigeworden. Von 1989 bis 2006 erweiterte sich der Kreis der demokratischen Staaten um zehn Prozent; seit 2006 allerdings stagniert diese Zahl (siehe Abb.1). Demokratie erfuhr in den 1990er Jahren einen enormen Bedeutungszuwachs, und zwar sowohl als Idee oder normatives Programm als auch als konkrete Herrschaftsform. Demokratie wurde zu einem «global cultural script».<sup>2</sup>

---

2 Thomas Risse, Conclusions: Towards Transatlantic Democracy Promotion?, in: Promoting Democracy and the Rule of Law. American and European Strategies, hrsg. von Amichai Magen, Thomas Risse, Michael A. MacFaul, Houndsmills 2009, S. 244–273.

## ZÄSUREN DER DEMOKRATIEENTWICKLUNG?

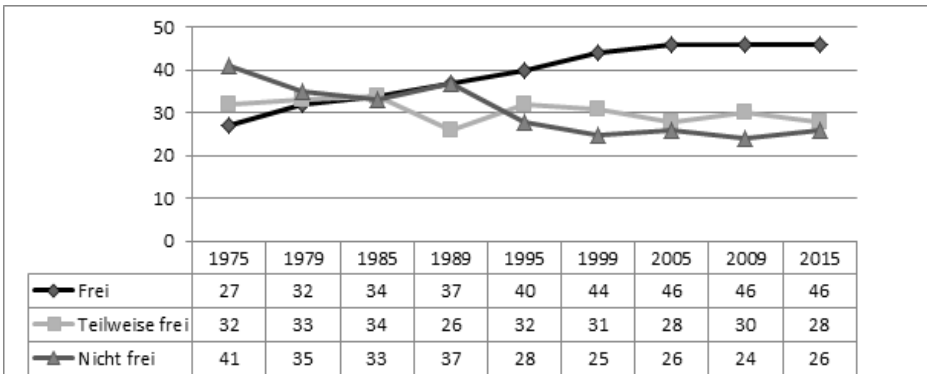


Abbildung: Entwicklung der Demokratien 1975–2015

Daten nach Freedom House. Anteile (in Prozent) aller Länder

Dieser Aufwind lässt sich an drei Entwicklungen ablesen<sup>3</sup>: Erstens, setzte ein Prozess der internationalen Normbildung ein, die die globale Bedeutung von Demokratie und Demokratieförderung spiegelte. Zweitens, vollzogen maßgebliche westliche Akteure in ihrer Außenpolitik eine strategischen Neuorientierung, im Zuge derer Demokratieförderung einen höheren Stellenwert zugewiesen bekam. Das galt zuvorderst für die verbliebene Weltmacht USA, in ähnlichem Maße aber auch für die EU und für Großbritannien, das zusammen mit den USA der Hauptträger militärischer Missionen nach 1989 wurde. Die Demokratisierungen der post-kommunistischen Staaten wurden, drittens, begleitet von vielfältigen unterstützenden Aktivitäten staatlicher und freilich auch nicht-staatlicher Akteure.

Zum internationalen Normbildungsprozess: Nicht nur die weltweite Verbreitung von Demokratie, sondern auch Demokratieförderung erfuhr wachsende Akzeptanz in der internationalen Gemeinschaft. Weder das internationale Recht noch internationale Organisationen wollten indifferent bleiben gegenüber den internen Verhältnissen in einem Land.<sup>4</sup> Während

<sup>3</sup> Die folgende Argumentation beruht auf Marianne Kneuer, Demokratieförderung als globale Norm, in: Globale Normen zwischen Anspruch und Wirklichkeit, hrsg. von Andrea Schapper/Andrea Fleschenberg dos Ramos Pinéu/Marianne Kneuer, Baden-Baden 2013, S. 35–71.

<sup>4</sup> Thomas Frank, The Emerging Right to Democratic Governance, in: The American Journal of International Law 86 (1992), 1: 46–91; Roland Rich, Bringing Democracy into International Law, in: Journal of Democracy 12 (2001) 3, S. 20–32; Gregory Fox und Brad Roth (Hrsg.), Democratic Governance and International Law, Cambridge 2000, S. 2.

des Blockgegensatzes war Demokratie kein Thema der Vereinten Nationen (VN) gewesen. Das Wort Demokratie tauchte in der Charta nicht auf. Nach 1989 setzte der Diskurs zur Umsetzung von Demokratie zuerst in multilateralen Foren ein – etwa in der International Conference of Newly Restored Democracies, der World Conference of Human Rights, ebenso in der KSZE, die die Charta von Paris formulierte. Die VN zeigten zunächst ein eher reaktives Verhalten. Erst Mitte der 1990er Jahre wurde Demokratie in ihren Dokumenten thematisiert und Demokratieförderung als neues Politikfeld in das Tätigkeitsportfolio aufgenommen. Die Diskurse in den multilateralen Foren waren von der Überzeugung geprägt, die Ausweitung von Demokratie sei verknüpft mit einem Zuwachs an Frieden und infolgedessen auch an Entwicklung und Sicherheit. So fand diese Trias von Demokratie, Frieden und Entwicklung ihren Niederschlag auch in den VN. Dies manifestierte sich in den drei grundlegenden Strategie-Dokumenten der VN: *Agenda for Peace* (1992), *Agenda for Development* (1994) und *Agenda for Democratization* (1996). Der damalige Generalsekretär der VN, Boutros Boutros-Ghali, betonte in seiner *Agenda for Democratization*:

«Today, the promotion of democracy is once again seen as a legitimate matter of concern to the international community, as one of the keys to a peaceful and stable world. The promotion of democracy is both an end in itself and part of the responsibility of the United Nations to maintain international peace and security. It should be pursued for its own sake, and also because democracy is one of the pillars on which a more peaceful, more equitable, and more secure world can be built.»<sup>5</sup>

Die Resolution der Menschenrechtskommission der VN «Promotion of the right to democracy» von 1999 formulierte erstmals ein «Recht auf Demokratie» und stellte einen Merkmalskatalog auf.<sup>6</sup> Zugleich wird dort die internationale Staatengemeinschaft «gedrängt», «Demokratie zu fördern und zu konsolidieren» und entsprechende Aktivitäten fortzusetzen und auszuweiten.

Einflussreich war sowohl für die außenpolitische Strategieentwicklung als auch für die internationale Normbildung die *democratic peace*-Theorie, die nach dem Kalten Krieg intensiv rezipiert wurde. Diese auf Kants

5 Boutros Boutros-Ghali, *An Agenda for Democratization*, New York 1996, [http://www.un.org/en/events/democracyday/pdf/An\\_agenda\\_for\\_democratization\[1\].pdf](http://www.un.org/en/events/democracyday/pdf/An_agenda_for_democratization[1].pdf) [13.3.2015], S. 3.

6 UNHCR, *Promotion of the right to democracy*. Commission on Human Rights Resolution 1999/57, 1999. <http://www.unhchr.ch/huridocda/huridoca.nsf/%28Symbol%29/E.CN.4.RES.1999.57.En?Opendocument>.

Schrift «Zum ewigen Frieden» zurückgehende Theorie argumentiert, dass demokratische Staaten gegenüber Demokratien friedliebender seien, da die hohen Kriegskosten schwieriger vor der Bevölkerung zu rechtfertigen seien, diese Rechtfertigung aber wesentlich sei für eine Wiederwahl.<sup>7</sup> Diese These fand allgemein Eingang in die Wissenschaftsgemeinschaft unter dem Diktum «democracies don't fight each other». Eine Verbreitung der demokratischen Herrschaftsform konnte so als Fundament einer neuen, friedlichen Weltordnung interpretiert werden. Auf eine kurze Formel gebracht: Die Förderung von Demokratie erhöhe die Aussichten auf internationalen Frieden erheblich.<sup>8</sup>

Aus einer zunächst rein akademischen Debatte wurde diese These zur Grundlage der Clinton'schen Außenpolitik. Tatsächlich läutete Präsident Clinton mit seiner *Enlargement*-Doktrin einen Paradigmenwechsel ein, indem er der US-amerikanischen Außenpolitik eine neue Mission gab. In dieser Doktrin wurde die Förderung der weltweiten Demokratie zusammen mit der Erhöhung der eigenen nationalen Sicherheit, der Stärkung des eigenen wirtschaftlichen Wohlstands als miteinander verknüpfte Ziele konstatiert.

«Secure nations are more likely to support free trade and maintain democratic structures. Free market nations with growing economies and strong and open trade ties are more likely to feel secure and to work toward freedom. And democratic states are less likely to threaten our interests and more likely to cooperate with the United States to meet security threats and promote free trade and sustainable development.»<sup>9</sup>

Das bislang eher als moralisch etikettierte Politikfeld der Demokratieförderung wurde als außenpolitisches Element in strategischem Sinne aufgewertet. Clinton nahm der Demokratieförderung ihren idealistischen Unterbau und bettete sie pragmatisch in die Formulierung nationaler Interessen ein:

7 Zuerst thematisiert wurde dies von Michael Doyle 1983 in seinem Artikel «Kant, Liberal Legacies, and Foreign Affairs». Während dieser Beitrag jedoch zunächst keine große akademische Debatte auslöste, wurde er nach dem Ende des Kalten Krieges wieder aufgenommen (Michael Cox/John Ikenberry/Takashi Inoguchi, Introduction, in: dies.: American democracy promotion: impulses, strategies and impacts, Oxford – New York 2000, S. 4).

8 Diese Begründung wird von Seiten der VN weiterhin explizit vertreten und auf Kant bezogen. So etwa von dem Leiter des UN Democracy Fund, Roland Rich, The United Nations and democracy promotion, in: The World of Parliaments 31 (2008), S. 12–13, [http://www.un.org/democracyfund/Docs/WOP31\\_Rich\\_engl.pdf](http://www.un.org/democracyfund/Docs/WOP31_Rich_engl.pdf) [13.3.2015].

9 Bill Clinton, A National Security Strategy of Engagement and Enlargement, The White House 1996, <http://nssarchive.us/NSSR/1996.pdf> [13.3.2015].



Dies bewirkte, dass «promotion of democracy» seit Mitte der 1990er Jahre in der US-amerikanischen Politik zu einer Wachstumsbranche und in der dortigen politikwissenschaftlichen Forschung zu einem Wachstumsthema wurde.<sup>10</sup>

Demokratisierung und Demokratieförderung sind zwar keine neuen Ziele außenpolitischen Handelns; durch das Ende des Kaltes Krieges jedoch änderten sich die weltpolitischen Rahmenbedingungen grundlegend, und insbesondere erweiterten sich die Handlungsmöglichkeiten externer Akteure. Demokratieförderung rückte innerhalb der außenpolitischen Agenda auf einen deutlich höheren Rang. Daraus folgte ein erhöhtes Engagement bei der externen Stützung von Demokratie. Zugleich stieg die Akzeptanz für Interventionen aus humanitären Gründen oder auch zur Verteidigung von Demokratie, meist vom UN-Sicherheitsrat mandatiert und als multilaterale Missionen mit völkerrechtlicher Legitimation angelegt.<sup>11</sup> Diese Aufwertung von Demokratie und Demokratieförderung ging einher mit einer Verschiebung zuungunsten des jahrzehntelang vorherrschenden Souveränitätsprinzips, wenngleich die Normenkollision zwischen Nichteinmischung und Demokratie bestehen blieb. Innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft wurde seit den 1990er Jahren die Einmischung in innere Angelegenheiten zum Schutz von Menschenrechten zunehmend akzeptiert. Die Idee verfestigte sich, dass Interventionen in souveränen Staaten aus humanitären Gründen oder auch zur Verteidigung von Demokratie nicht nur möglich, sondern gar obligatorisch seien.<sup>12</sup> Der gestiegene Anspruch auf Demokratie schlug sich nicht nur auf der Ebene der Normbildung nieder, insofern in etlichen Dokumenten internationaler und regionaler Akteure das rechtliche Regelwerk weiterentwickelt wurde. Es konturierte sich ein

10 Thomas Carothers, *In the name of democracy: U. S. policy toward Latin America in the Reagan years*, Berkeley 1991; Thomas Carothers, *Aiding democracy abroad: the learning curve*, Washington D. C. 1999; Thomas Carothers, *Critical Mission: Essays on Democracy and Fighting Terror*, in: *Foreign Affairs* 85 (2004) 1, S. 84–97; Cox/ Ikenberry/ Inoguchi, *Introduction* (Anm. 7), S. 4; Tony Smith, *America's mission: the United States and the worldwide struggle for democracy in the twentieth century*, Princeton 1994; Ders., *National Security Liberalism and American Foreign Policy*, in: *American democracy promotion* (Anm. 7), hrsg. von Cox/ Ikenberry/ Inoguchi, S. 85–102.

11 Interventionen, denen diese völkerrechtliche Legitimation fehlten, waren die Intervention im Kosovo 1999 und der Irak-Krieg 2003.

12 Philippe Schmitter/ Imco Brouwer, *Conceptualizing, researching and evaluating democracy promotion and protection*, San Domenico (FI): European University Institute, Department of Political and Social Sciences, 1999.

Handlungsfeld humanitärer oder demokratischer Interventionen, die zu-  
meist vom VN-Sicherheitsrat mandatiert waren und insofern multilaterale  
Missionen mit völkerrechtlicher Legitimation darstellten, wenngleich die  
USA bei der tatsächlichen Umsetzung ebenso wie Art und Umfang der  
Maßnahmen eine zentrale Rolle spielten.<sup>13</sup> Beispiele sind die Einsätze in  
Somalia, Haiti und Bosnien-Herzegowina. Mit dem Kosovo-Krieg begann  
eine kritischere Auseinandersetzung, da die fehlende Absicherung durch  
die VN den Angriff – trotz der angeführten humanitären Motive – zu einer  
völkerrechtlich nicht legitimierten Intervention machte.

Konkrete Maßnahmen von Demokratieförderung setzten bald nach der  
Ablösung sozialistischer Regime in Ostmitteleuropa ein. Dabei hatte sich die  
Palette der Akteure erheblich vergrößert, vor allem NGOs mit spezifischen  
Adressatengruppen oder Ausrichtungen waren neben die breit aufgestellten  
staatlichen Programme getreten. Hier kann nicht im Detail auf das Wachs-  
tum an Akteuren und Programmen eingegangen werden. Hervorzuheben  
ist neben dem Engagement der USA vor allem die Rolle der Europäischen  
Gemeinschaften (EG) bzw. der Europäischen Union (EU) im Rahmen der  
Erweiterungspolitik. Die EU unterstützt demokratische Reformen, expor-  
tiert demokratische Werte und Normen und bietet den Beitrittskandidaten  
zugleich einen nachhaltigen Konsolidierungsrahmen. In ihrem regionalen  
Einflussbereich hat die EU ein Muster herausgebildet, das man Integrations-  
paradigma<sup>14</sup> nennen kann, insofern Demokratisierung und zugleich regio-  
nale Stabilisierung im Zuge der Integration geschehen. Dabei setzt die EU  
auf der Grundlage ihrer Konditionalitätspolitik Bedingungen – wirtschaftli-  
cher wie politischer Art –, bei der Fortschritte belohnt, Stillstand und Rück-  
schritt hingegen bestraft wurden.<sup>15</sup> So entstand ein starker Hebel gegenüber  
den beitrtrittswilligen Kandidatenländern, der der EU ein erhebliches Ein-  
fluss- und Steuerungspotenzial einräumte.

Kurzum: 1989 markiert eine Wende für den Stellenwert von Demokratie,  
und zwar sowohl als Idee als auch als konkrete Herrschaftsform, sowie eine  
Wende hinsichtlich des Bedeutungszuwachses von Demokratieförderung.  
Die normbildende Entwicklung auf der internationalen Ebene in dem ersten  
Jahrzehnt nach dem Ende des Kalten Krieges verdeutlicht, dass allein schon

---

13 Volker Ritterberger/ Martin Mogler/ Bernhard Zangl, Vereinte Nationen und  
Weltordnung: Zivilisierung der internationalen Politik?, Opladen 1997.

14 Marianne Kneuer, Demokratisierung durch die EU: Süd- und Ostmitteleuropa  
im Vergleich, Wiesbaden 2007, S. 24.

15 Etwa mit dem Ausschluss aus dem Hilfsprogramm, Einfrieren von Mitteln, Ein-  
frieren oder Ausschluss von Verhandlungen etc.

die Artikulation einer demokratischen Norm eine fast revolutionäre Neuerung war; mit der Feststellung eines Rechts auf Demokratie haben die VN dann einen weiteren großen Sprung gemacht. Die zunehmende Akzeptanz des Rechtes auf Demokratie wurde – wie selbstverständlich – begleitet von einer gleichermaßen affirmativen Forderung nach externer Demokratieförderung. Demokratie galt als «newly recognized imperative»<sup>16</sup> und Demokratieförderung wurde zu einer von der Gemeinschaft der demokratischen Staaten als legitim betrachteten Praxis, zu einer internationalen Norm.<sup>17</sup>

### III. 2001: Abwind für Demokratie und Demokratieförderung

Nach diesem mehr als Dekade umfassenden Zeitraum gerieten die Entwicklung und die Förderung von Demokratie in einen Abwind. Verursacht wurde dieser durch das für die internationale Politik und das Politikfeld Demokratieförderung einschneidende Ereignis des 11. September 2001, in dessen Folge der «Kampf gegen den Terrorismus» von den USA ausgerufen wurde. Damit erfuhr die strategische Ausrichtung der amerikanischen Außenpolitik eine erneute fundamentale Wendung. Ton und Geist des interessegeleiteten Pragmatismus der Ära Clinton verschwanden. Die manichäische Falle des amerikanischen Sendungsbewusstseins war wieder besetzt, mit dem islamistischen Terror gab es einen neuen Feind, und die Rhetorik George W. Bushs stand für eine neue moralische Aufladung.<sup>18</sup> Sein Ziel war: «to help to make the world not just safer but better».<sup>19</sup>

Das problematische Element Bushs außenpolitischen Strategie war die Verquickung von Demokratieförderung und dem Kampf gegen den Terrorismus, insbesondere bei der Begründung für die Intervention im Irak. Diese Verkleidung des Irak-Krieges mit Motiven der Demokratieförderung führte dazu, dass nicht nur der Status der USA als Verteidiger von Demokratie und Menschenrechten unterminiert wurde, sondern zudem die Legitimität für Demokratieförderung als solche empfindlich geschwächt wurde.<sup>20</sup> Diese neue-alte Form des Demokratieexports, wie ihn George W.

16 Boutros-Ghali, Agenda for Democratization (Anm. 5), S. 4.

17 Michael McFaul, «Democracy Promotion as a World Value», in: The Washington Quarterly 28 (2004/05) 1, S. 147–163.

18 Detlef Junker, Power und Mission: was Amerika antreibt, Freiburg/Breisgau 2004, S. 152.

19 George W. Bush, The National Security Strategy of the United States of America, Washington 2002, <http://www.state.gov/documents/organization/63562.pdf> [13.3.2014].

20 Thomas Carothers, Promoting Democracy and Fighting Terror, in: Foreign Af-

Bush revitalisiert hatte, löste vielerorts nicht nur Skepsis und Ablehnung gegenüber dem Ziel der weltweiten Verbreitung von Demokratie aus, sondern lieferte zudem solchen Ländern wie Russland eine gute Argumentationsgrundlage dafür, demokratiefördernde Maßnahmen im eigenen Land aktiv zu verhindern.<sup>21</sup>

Es mag daher nicht verwundern, dass die Stimmung in der Demokratieförderbranche, insbesondere in den USA, in den letzten Jahren weniger zuversichtlich geworden ist, war es doch diese, eben beschriebene Außenpolitik Bushs, die zu einer wieder sinkenden Akzeptanz und wachsenden Abwehr gegenüber Demokratieförderung in etlichen Ländern geführt hat. Des Weiteren trug zu der deutlich verhalteneren Einstellung – und zwar auf der Seite der Demokratieförderer wie der Adressatenstaaten – bei, dass die sehr ambitionierten Ziele interventionistischer Missionen wie in Afghanistan und Irak als ambivalent einzustufen sind. Die Bereitschaft der Staatengemeinschaft für militärische Interventionen hatte sich ab Mitte/Ende der 2000er Jahre erkennbar reduziert. Die Befürchtungen, wieder langfristig in einem militärischen bzw. *peace building*-Einsatz gebunden zu werden, spielte dabei eine gewichtige Rolle.

Nicht nur unter den Praktikern, auch in der wissenschaftlichen Debatte macht sich in jüngster Zeit eine deutliche Unsicherheit – teils auch Skepsis – über die Perspektiven von Demokratieförderung breit; und zwar hinsichtlich ihrer Wirksamkeit bei der Sicherung von Demokratisierungsprozessen. Die Tatsache, dass eine letztlich doch erhebliche Zahl an Demokratisierungsprozessen – selbst mit Unterstützung von außen – nicht zur Konsolidierung führte, verursachte Zweifel an der Effektivität. Hier und da hat dies auch zur Infragestellung von Demokratieförderung insgesamt geführt oder zur Skepsis bezüglich der gewählten Mittel. Teilweise waren die

---

fairs 82 (2003) 1, S. 84–97; Thomas Carothers, The Backlash Against Democracy Promotion, in: Foreign Affairs 85 (2006) 2, S. 55–68; Thomas Carothers, Stepping back from democracy pessimism, Carnegie Papers No. 99, Washington D. C. 2009.

21 Carl Gershman/Michael Allen, The Assault on Democracy Assistance, in: Journal of Democracy 17 (2006) 2, S. 36–51; Carothers, Democracy Promotion (Anm. 20), S. 55–68; Michael McFaul, Advancing democracy abroad: why we should and how we can, Lanham 2010; Peter Burnell, Autocratic Opening to Democracy: Why Legitimacy Matters, in: Promoting Democracy Abroad: Policy and Performance, hrsg. von Peter Burnell, London 2006, S. 97–122; Ders., New challenges to democratization, in: New Challenges to Democratization, hrsg. von Peter Burnell/Richard Youngs, London 2010, S. 1–23.

Erwartungen von Demokratieförderern sicher auch zu idealistisch, indem sie sich mehr als «Agenten» und weniger als «Förderer» des Wandels fühlten.<sup>22</sup> Hinzu kommt, dass die Politik der USA, teils aber auch die der EU und ihrer Mitglieder inkonsistent blieb, denn bei aller zweifelsohne ernst gemeinten Demokratisierungspolitik unterhielten sie aus strategischen Gründen weiterhin gute Beziehungen zu nicht-demokratischen Regierungen. Belege dafür sind Russland und Pakistan sowie das saudi-arabische Herrscherhaus.

Bedeutsam aber für den Stimmungswechsel war gleichermaßen der wachsende, praktische Widerstand gegen Demokratieförderung. Die autoritären Regime sind seit den 2000er Jahren selbstbewusster geworden und betreiben eine ebensolch forsch-aggressive Außenpolitik, die in ihr regionales Umfeld hineinwirkt.<sup>23</sup> Dieses neue Selbstbewusstsein fußte zum einen auf dem Erfolg des aufkommenden Modells der kapitalistischen Autokratie (siehe Russland, China, Singapur, Vietnam etc.). Zudem aber begannen sich große Mächte wie Russland und China zunehmend gegen demokratiefördernde Maßnahmen von außen zu wehren. Inzwischen haben die Aktivitäten bestimmter Autokratien eine weitere Stufe erreicht: Neben der Abwehr von Demokratieförderung unternehmen Autokratien längst auch aktive Autokratieförderung.<sup>24</sup>

Die Euphorie der ersten Dekade nach dem Ende des Kalten Krieges über eine weltweite Verbreitung von Demokratie war somit einer deutlich realistischeren Einschätzung gewichen, die zur Kenntnis nehmen musste, dass nicht alle demokratischen Transitionen automatisch und linear zu konsolidierten Demokratien führten. Vielmehr zeigte sich seit Ende der 1990er Jahre, dass Demokratisierungsprozesse auch stocken konnten und dann in Zwischenformen<sup>25</sup> steckenblieben oder sich gar regressiv entwickelten, wie

22 Thomas Carothers, Does Democracy Promotion Have a Future?, in: Democracy and Development, hrsg. von Bernhard Berendsen, Amsterdam 2008, S. 128.

23 McFaul, Advancing democracy abroad (Anm. 21); Marianne Kneuer/Thomas Demmelhuber, Gravity Centers of Authoritarian Rule: a conceptual approach, In: Democratization (im Erscheinen) 2016.

24 Burnell, New challenges to democratization (Anm. 21), S. 1–23; Nicole Jackson, The role of external factors in advancing non-liberal democratic forms of political rule: a case study of Russia's influence on Central Asian regimes, in: Contemporary Politics 15 (2010) 1, S. 101–118; Michael McFaul/Regine Spector, External Sources and Consequences of Russia's Sovereign Democracy, in: New Challenges to Democratization (Anm. 21), S. 116–133.

25 Für diese Zwischenformen wurden ganz unterschiedliche Begrifflichkeiten und Zugänge gefunden.

etwa Russland. Die Tatsache, dass Ende der 1990er Jahre die Dritte Demokratisierungswelle einen vorläufigen Höhepunkt erreicht hatte und seither abflachte, verleitet manchen Autor zu der Annahme einer *reverse wave*<sup>26</sup>, die sich jedoch nicht bestätigen lässt. Vielmehr muss man von einem eingefrorenen Systemwettbewerb sprechen.<sup>27</sup>

In Bezug auf die internationale Normbildung blieb der Impetus des Millennium-Gipfels zunächst erhalten. Der *World Nations Summit* von 2005 traf in dieser Hinsicht verschiedene wichtige Entscheidungen (Human Rights Council, Peace Building Commission, Schutzverantwortung), wie die Schaffung des *Democracy Fund* (UNDEF). Insbesondere bestätigte der Gipfel die Bedeutung von Demokratie als universellen Wert und die Verpflichtung für die Förderung von Demokratie.<sup>28</sup>

Mit der Schutzverantwortung («Responsibility to protect», R2P) wurde die Praxis festgeschrieben, die in den 1990er Jahren bereits Anwendung gefunden hatte, der aber eine entsprechende Kodifizierung bis dahin gefehlt hatte: Der internationalen Gemeinschaft war die Möglichkeit eröffnet, zum Schutz von Bevölkerungen vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit tätig zu werden. Diese neue Norm der Schutzverantwortung birgt in sich Potenzial zur Kollision mit einer anderen zentralen und über die Jahrzehnte dominierenden Norm, nämlich der Souveränität der Staaten. Dabei wird Souveränität uminterpretiert, indem sie als Verantwortung (für die Bürger im Lande) gesetzt wird. Und wenn ein Staat dieser Verantwortung nicht gerecht wird, dann schützt diese Souveränität nicht länger vor «foreign interference»; «the international community has a responsibility to use appropriate diplomatic, humanitarian and other means to protect populations from these crimes».<sup>29</sup> Gerade aber an den Debatten zur Schutzverantwortung in den 2000er Jahren kann man ablesen, dass der Konsens in der Staatengemeinschaft Risse bekommen hatte. Allein die Schaffung einer Position des *Speci-*

26 Larry Diamond, Is the third wave over?, in: *Journal of Democracy* 7 (1996) 3, S. 20–37; Arch Puddington, The 2006 Freedom House Survey: The Pushback Against Democracy, in: *Journal of Democracy* 18 (2007) 4, S. 125–137; Arch Puddington, Is the Tide Turning?, in: *Journal of Democracy* 19 (2008) 2, S. 61–74.

27 Wolfgang Merkel, Das Ende der Euphorie, in: *Internationale Politik* 3 (2010) Mai/Juni, S. 23.

28 UN, General Assembly, World Summit Outcome Document, 2005, Resolution A/RES/60/1:30; [http://www.ilo.org/integration/themes/pci/international/WCMS\\_079439/lang-en/index.htm](http://www.ilo.org/integration/themes/pci/international/WCMS_079439/lang-en/index.htm) [13.3.2015], Punkt 135–136.

29 UN, General Assembly (Anm. 28), Punkt 138–140.

*al Advisor on the Responsibility to Protect* löste Kontroversen aus, sodass der Titel nun abgeschwächt *Special Advisor with a focus on the Responsibility to Protect* lautet. Manche Staaten zogen ihre Unterstützung für diese Norm zurück oder behaupteten gar, sie hätten sie nie gegeben. Der internationale Konsens, der noch in den 1990er Jahren die Interventionen getragen hatte, ist erkennbar schmaler geworden.

In einer relativ kurzen Zeitspanne von gut zwanzig Jahren änderten sich also die internationalen Rahmenbedingungen für Demokratisierung, was sich entscheidend auf die praktische Wirklichkeit, in geringerem Maße auf die Normbildung auswirkte. Die beiden Daten 1989 und 2001 stehen als Ereignisse der internationalen Politik für außenpolitische Strategiewechsel maßgeblicher Akteure: 1989 für eine Phase breiter Unterstützung für die Idee der Demokratie und aktiver Förderung demokratischer Regierungen; 2001 für eine problematische Verknüpfung von erzwungenem Regimewechsel und Kampf gegen den Terrorismus sowie in der Folge für eine zunehmend defensive Haltung hinsichtlich Demokratieförderung; beides gab Raum frei für ein Erstarken nicht-demokratischer Praktiken.

#### **IV. 2011: Neu entfachte Demokratisierung oder nur ein laues Lüftchen?**

Welche Wirkung hatten die demokratischen Aufstände in Nordafrika und dem Nahen Osten 2010/2011 inmitten dieser eher demokratiepessimistischen Konjunktur? Konnte – um im Bild zu bleiben – die Flaute von einem neuen Rückenwind abgelöst werden? Einerseits bekräftigten die Bürgerrevolten im arabischen Raum die Strahlkraft der demokratischen Idee. Andererseits führten sie noch nicht einmal zu einem leichten Auftauen des eingefrorenen Systemwettbewerbs, geschweige denn zu einer neuen Demokratisierungswelle. Bislang lässt sich nur eine demokratische Transition beobachten, nämlich in Tunesien. Innerhalb der Ländergruppe, in denen 2011 Umsturbewegungen entstanden waren, hat lediglich Tunesien sich auf den Weg der Demokratisierung begeben, auch wenn es sich um einen noch fragilen Prozess handelt. Mit der Verabschiedung der Verfassung 2014 wurde gleichwohl ein wichtiger Schritt für den Aufbau demokratischer Strukturen und die Verankerung politischer Freiheitsrechte getan.<sup>30</sup> In Ägypten dagegen wurden die Aussichten der Bürger auf Demokratisierung kurz- und

---

30 Demokratisierung wird verstanden als der ergebnisoffene Prozess der Herausbildung eines demokratischen Systems, der drei Phasen umfasst: das Ende des vorhergehenden autokratischen Regimes, die Transition (Wahlen, Aufbau demokratischer Institutionen) sowie die Konsolidierung (Verankerung demokratischer Prozesse, Verhaltens und Normen).

mittelfristig zerschlagen, seit das Militär faktisch das Land kontrolliert. Des Weiteren vollzog sich nicht der erhoffte, weiter ausgreifende Dominoeffekt von Demokratisierung. Vielmehr ist es zu gewalttätiger Polarisierung gekommen, wie etwa in Syrien und Jemen, wo Bürgerkrieg herrscht, während Libyen sich im Staatszerfall befindet – eine sehr ernüchternde Bilanz.<sup>31</sup>

Jahr	Anzahl Länder	Anzahl freier Länder	Anteil in %
2011	194	87	45
2012	195	87	45
2013	195	90	46
2014	195	88	45
2015	195	89	46

Tabelle: Entwicklung der Demokratien seit 2011

Zahlen nach Freedom House

Die Bürgerrevolten im arabischen Raum stellten einen Prüfstein für die internationalen Akteure und ihre Haltung dar. Bemerkenswert war, dass anders als 1989 deren Euphorie nicht lange anhielt und deren Unterstützung für demokratische Umbrüche deutlich weniger entschieden, konsistent und auf Nachhaltigkeit ausgelegt waren. Auch der Machtwechsel in der US-amerikanischen Regierung von Bush zu Obama konnte den Abwind der Demokratieförderung nicht entkräften, einen positiven Trend oder gar eine neue Welle der Demokratisierung auslösen. Von den USA kamen keine wichtigen Impulse, um Standards der Demokratieförderung zu verstärken. Nicht unerwartet stufte Barack Obama das Thema nach Amtsantritt zurück. Er zeigte sich pragmatisch – manche sprachen sogar von Realismus – indem er erklärtermaßen den Dialog mit nicht-demokratischen Regimen (Russland, Iran) suchte.

Auf die Umbrüche im arabischen Raum reagierte Obama eher halbherzig. Die Hilfe gegenüber den Ländern des arabischen Frühlings war gering, wenn man sie mit der in Osteuropa nach 1989 vergleicht.<sup>32</sup> Insgesamt wird

<sup>31</sup> Siehe dazu den Beitrag von Thomas Demmelhuber in diesem Band.

<sup>32</sup> Thomas Carothers, *Democracy Policy under Obama: Revitalization or Retreat?*, Washington D. C. 2012: Carnegie Endowment for International Peace, <http://carnegieendowment.org/2012/01/11/democracy-policy-under-obama-revitaliz->



die Demokratiepoltik Obamas kritisch bewertet. Thomas Carothers bilanziert, dass Demokratieförderung in keinem der Bereiche, denen Obama Aufmerksamkeit widmete, eine zentrale Rolle spielte.<sup>33</sup> Kritisiert wird vor allem, dass Obama keine langfristige Strategie der Demokratiepoltik entwarf; seine Politik präsentierte sich nicht als ein Paket, sondern als «lose Sammlung von Initiativen».<sup>34</sup> So war die erste Amtsperiode Obamas nicht dazu angetan, die Demokratisierungskonjunktur anzukurbeln: Sein Dialog mit nicht-demokratischen Staaten trug keine Früchte, und seine Reaktion auf den arabischen Frühling belegte, dass Sicherheit und wirtschaftliche Faktoren ganz offensichtlich die dominante Rolle spielten (siehe etwa gegenüber Saudi-Arabien, Jordanien und Marokko).<sup>35</sup> Insgesamt gesehen trug die vielerseits konstatierte Kluft zwischen der deklaratorischen und der faktischen Ebene nicht dazu bei, die Demokratiepoltik der USA aus ihrem Glaubwürdigkeitstief zu hieven. Es gibt inzwischen eine große Enttäuschung, ja sogar eine alarmierte Stimmung innerhalb der amerikanischen Experten, da unter Obama die Mittel für Demokratieförderung um fast ein Drittel gekürzt wurden und ein Ansatz, der sich auf die Stabilität autoritärer «Freunde» in der Region verlässt, als trügerisch beurteilt wird.<sup>36</sup>

Auch die Reaktion der EU war auffällig verhalten und zögerlich, wie so oft auch nicht einheitlich. So gab es etliche Mitglieder, die den tunesischen Diktator Ben Ali zunächst noch unterstützten. Neben Italien und Spanien vor allem Frankreich. Die Regierung Sarkozy vollzog von der Selbstverbrennung Mohammed Bouazizis innerhalb eines Monats eine 180 Grad-Kehrtwende; in der französischen Presse sprach man von Außenpolitik mit variabler Geometrie («Une politique étrangère française à géométrie variable [...]»). Während es in Tunesien bei der Niederschlagung der Proteste bereits täglich Tote gab, meinte der französische Kulturminister, Frédéric Mitterrand, es sei doch übertrieben, Tunesien als Diktatur zu bezeichnen. Und zwei Tage später bot Außenministerin Michèle Alliot-Marie der tunesischen Regierung Unterstützung zur Wiederherstellung der öffentlichen

---

ation-or-retreat/8z6x, S. 12 f. und 33.

33 Ebd., S. 43.

34 Ebd., S. 23.

35 Ebd., S. 33.

36 Siehe dazu auch Carothers, Thomas, Why is the Unites States shortchanging its commitment to democracy?, in: Washington Post, 22.12.2014, [http://www.washingtonpost.com/opinions/falling-usaid-spending-shows-a-lack-of-commitment-to-fostering-democracy/2014/12/22/86b72d58-89f4-11e4-a085-34e9b9f09a58\\_story.html](http://www.washingtonpost.com/opinions/falling-usaid-spending-shows-a-lack-of-commitment-to-fostering-democracy/2014/12/22/86b72d58-89f4-11e4-a085-34e9b9f09a58_story.html).

Ordnung an. Erst nachdem Ben-Ali sein Land fluchtartig verlassen hatte, besann sich die Regierung. Präsident Sarkozy gab zu, dass er die Situation falsch eingeschätzt habe.<sup>37</sup> Auch der zuständige EU-Kommissar Stefan Füle übte sich in Selbstkritik: Europa habe Menschenrechte und Demokratie nicht ausreichend verteidigt. Stattdessen habe man geglaubt, autoritäre Regime seien eine Garantie für Stabilität in der Region.<sup>38</sup> Nach dem ersten Überraschungsmoment legte die Kommission im Mai 2011 dann das Dokument «Eine neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel» vor, in dem eine sogenannte «tiefgehende Demokratie» angezielt wird.<sup>39</sup> Aber sowohl Strategie als auch Methode und Instrumentarium bieten substantiell nichts Neues. Und dies gilt auch für die konkreten Maßnahmen.

Insgesamt ist es vor allem bemerkenswert, dass die verdüsterte Stimmung zuungunsten der Demokratie nur kurzzeitig von den Umbrüchen in der arabischen Welt aufgeheilt wurde; hier folgte nach der aufflackernden Euphorie über den «Frühling» in Tunesien, Ägypten, Libyen und Jemen rasche Ernüchterung über den weiteren Verlauf und die Fortschritte der Demokratisierung, vor allem in den letzteren beiden Fällen. Auf Seiten der Politik machte sich bald die Sorge über Destabilisierung in der Region breit. Aber auch die Demokratieförderer begegneten den Ereignissen in der arabischen Welt mit deutlich mehr Vorsicht und Zurückhaltung als noch vor zwei Jahrzehnten in Osteuropa. Dies spiegelte etwa die Haltung des Leiters des *National Endowment of Democracy* wider:

«It's too early to know if the struggles that are taking place in the Middle East will gather enough momentum to constitute a new wave of democratization. And even if such a wave does occur, we know from experience that this will only be the beginning of many difficult transitions.»<sup>40</sup>

In der Transformationsforschung herrschte ebenfalls eher vorsichtiges Abwarten und eine gewisse Skepsis über schnelle und erfolgreiche Demokratisierungen im arabischen Raum, da eher ein «protracted struggle to define the future political shape of the Arab world» ausgemacht wurden.<sup>41</sup>

37 <http://www.lefigaro.fr/international/2011/01/24/01003-20110124ARTFIG00513-tunisie-sarkozy-defend-la-position-de-la-france.php>.

38 Leigh Phillips, «Europe «should have backed democrats, not dictators» commissioner says», 1.3.2011, <https://euobserver.com/news/31894>.

39 [http://eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/com\\_11\\_303\\_en.pdf](http://eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/com_11_303_en.pdf).

40 Carl Gershman, The Arab Revolts: A Fourth Wave of an Ebbing Tide?, The John B. Hurford Memorial Lecture, New York University Law School, 9.5.2012, <http://www.ned.org/node/2300> (13.3.2015).

41 Larry Diamond, A Fourth Wave or False Start? Democracy after the Arab Spring, in: Foreign Affairs May 22, 2011.

Die Fälle Libyen und Syrien, aber auch der Fall der Ukraine halten drei Lektionen bereit, die die Demokratieförderer zur Kenntnis nehmen müssen: Zum einen belegen sie eindeutig, dass Demokratie unvermindert eine immense Strahlkraft für Bürger besitzt und für deren Durchsetzung bereit sind zu kämpfen. Zweitens zeigt sich aber zugleich, wie sehr sich autokratische Regime zunehmend bedroht fühlen von demokratischen Bewegungen im eigenen Land oder in ihrer regionalen Umgebung. Und drittens schließlich sehen sich Demokratiebewegungen ebenso wie externe Akteure damit konfrontiert, dass das Aufbegehren für demokratische Verhältnisse nicht in demokratische Übergänge, sondern zu interner Instabilität und fortdauernden Konflikten oder im schlimmsten Falle zu Bürgerkrieg führen kann.

## V. Conclusio

1989, 2001 oder 2011 – wo sind Zäsuren der Demokratieentwicklung zu identifizieren? Das Ergebnis dieser Analyse ist eindeutig: 1989 und 2001 haben jeweils neue Konjunkturen ausgelöst, insbesondere was die Handlungslogiken der Demokratieförderer angeht, aber auch in Bezug auf die normative Kraftentfaltung von Demokratie. Seit 2001 wurde das Thema Demokratieförderung neu «gerahmt», insbesondere bei dem Protagonisten USA, aber auch bei anderen westlichen Staaten: Die Trias von Verbreitung von Demokratie, Friedens- und Sicherheitserwägungen und Entwicklung, die nach 1989 dominierte, ist einer neuen-alten Hierarchisierung von Sicherheit gewichen. Die US-amerikanische Verquickung von Demokratieförderung mit dem «Krieg gegen Terrorismus» hat diese in Misskredit und die westliche Welt insgesamt in die Defensive gebracht.

2011 hat bemerkenswerte Ereignisse hervorgebracht, aber keinen radikalen Einschnitt in Bezug auf die Demokratieentwicklung ausgelöst; vielmehr wirken weiterhin die 2001 freigesetzten Denkmuster und Handlungslogiken fort. Der Widerstand der Autokratien gegen Demokratie und Demokratieförderung hat sich durch die Umbrüche eher verstärkt. Insofern bestätigt sich, dass 2011 keine Zäsur für die globale Demokratieentwicklung darstellt.

Die Idee der Demokratieverbreitung wird nicht mehr in gleichem Maße von einem breiten Konsens getragen, insofern sich autoritäre Regierungen mit gehörigem Selbstbewusstsein nicht nur gegen Demokratieförderung wehren, sondern aktiv eigene Positionen zu verbreiten. Es lassen sich daher Anzeichen einer Entkoppelung zwischen dem normbildenden Diskurs (wenngleich hier der Schwung ebenfalls abgeschwächt ist) und der politischen Handlungsebene erkennen. Ob die Bereitschaft, nicht nur Demokratie als Norm, sondern die demokratischen Regierungsformen als die

anstrebenswerten anzuerkennen, wieder steigt, hängt auch von den realen Ergebnissen im Nahen Osten ab. Drei Möglichkeiten liegen nahe: Erstens, es ergeben sich Impulse durch neue Demokratisierungen. Zweitens – und hiermit wird zugleich eine Handlungsempfehlung formuliert – die maßgeblichen Demokratieförderer bewegen sich aus der Defensivzone heraus und durchbrechen die vorherrschende Logik, die weniger Bereitschaft zur Demokratieförderung zeigt, je demokratiefeindlicher die Umgebung ist. Oder drittens: Ein externes Ereignis erzeugt eine erneute Zäsur.

Dieser Text und daher auch der letzte Satz wurden 2013 verfasst. Inzwischen ist ein solches Ereignis eingetreten, das als Zäsur charakterisiert werden kann, nämlich die Annexion der Krim durch Russland. «The crisis that Russia provoked in 2014 may have more serious consequences than did the collapse of the Soviet Union in 1991», so Lilia Shevtsova.<sup>42</sup> Der Wendepunkt für Putins bis dahin kooperative Politik gegenüber dem Westen sei 2004 die Orangene Revolution in der Ukraine gewesen, nämlich die Furcht davor, dass die Bürgeraufständen auf Russland überschwappen könnten. Als 2013 auf dem Majdan wieder eine Bürgerbewegung entstand, wurde die neue Putin-Doktrin geboren mit dem Ziel, im eigenen Land eine härtere Gangart und nach Außen eine aggressive Politik zu legitimieren.<sup>43</sup> Hier soll und kann keine vollständige Analyse der Geschehnisse geliefert werden. Im Lichte weltgeschichtlicher Zäsuren kann festgestellt werden: Möglicherweise wird man 2014 einmal als stärkere Zäsur denn 2011 einschätzen. Was bedeutet dieses Jahr 2014 für das hier untersuchte Thema von Demokratie und Demokratieförderung? Die ausgreifende Außenpolitik Vladimir Putins hat unzweifelhaft bewirkt, dass für die USA und die westlichen Partner *soft power* im Sinne von Demokratisierungspolitik auf der Agenda nach unten und *hard power* im Sinne von Sicherheits- und Stabilitätspolitik nach oben gerückt sind. Welche Rückwirkungen diese Veränderung etwa auf andere Brennpunkte der internationalen Politik, wie etwa den Islamischen Staat oder auf die Bürgerkriege (siehe Syrien) und die Instabilität im Nahen Osten hat, zeichnet sich bereits ab. Nicht nur die Konfrontation zwischen Russland und dem Westen, auch Stellvertreterkriege sind längst überwunden geglaubte Merkmale des Kalten Krieges.

---

42 Lilia Shevtsova, Russia's Political System: Imperialism and Decay, in: Journal of Democracy 26 (2015) 1, S. 174.

43 Shevtsova, Russia's Political System (Anm. 42), S. 177.



# **Sichtbare Brüche und schleichende Revolutionen**

## Multidisziplinäre Perspektiven auf prägende Weltereignisse

### Kommentar zu den Beiträgen von Michael Corsten, Michael Gehler und Marianne Kneuer

SASKIA RICHTER (†)<sup>1</sup>

#### **I. Weltmedienereignisse?**

Was prägt die Welt mehr: sichtbare Brüche oder schleichende Revolutionen? Diese Frage steht zum Beginn der Beschäftigung mit welthistorischen Zäsuren in Politik und Gesellschaft. Die Jahre 1989, 2001 und 2011 werden exemplarisch interdisziplinär aus den Perspektiven der Soziologie, der Geschichts- und Politikwissenschaft betrachtet. Inhaltlich vereint die Analysen der weltgeschichtlichen Zäsuren – der Zusammenbruch des Sozialismus und Ende des Kalten Krieges, die Terroranschläge vom 11. September und der arabische Frühling – ihr Bezug zum öffentlichen Raum sowie ihre Bedeutung für die Demokratie auf jeweils nationaler Ebene – diese Perspektive wird stärker akzentuiert als es die Titel vermuten lassen – und weltweit. Analytisch stehen die Fragen der disziplinären Perspektiven auf die Zäsuren im Vordergrund; es werden Zugänge, Theorien sowie empirische Ergebnisse vorgestellt und miteinander verglichen. Die Autoren entwickeln verschiedene Ausgangsthesen, die bei der Gegenüberstellung von Ereignisdaten und deren Deutungen differenzierte Schlüsse zulassen.

Für die Soziologie eröffnet Michael Corsten die Überlegungen zu den welthistorischen Zäsuren mit einer Unterscheidung zwischen Weltereignissen und Weltmedienereignissen. Er geht davon aus, dass Weltereignisse nur zu solchen werden, wenn sie medial vermittelt werden. Weltereignisse seien Weltmedienereignisse. Transnationale Kommunikation ist für Corsten hier selbstverständlich. So sei die Geburt des britischen Thronfolgers ebenso ein Welt(medien)ereignis wie eine Fußball-Weltmeisterschaft. Welt-Massen-Medien trügen dazu bei, global zu kommunizieren. Corsten geht zunächst nicht explizit darauf ein, dass nicht nur die Massenmedien

---

<sup>1</sup> Saskia Richter ist während der Edition dieses Bandes verstorben. Dieser Text wurde von ihr vor ihrem Tod verfasst; sie konnte ihn jedoch nicht mehr abschließen. Einzelne Stellen wurden im Nachhinein von den Herausgebern (Marianne Kneuer) bearbeitet.

des 20. Jahrhunderts, sondern insbesondere das Internet seit den 1990er Jahren eine weltweite, zeitgleiche Kommunikation überhaupt erst ermöglicht.<sup>2</sup> Der Begriff des Weltbürgers, den er später aufgreift, könnte ebenso weiterführend betrachtet werden, wie die These des «Digital Citoyens» der Kommunikationswissenschaft.<sup>3</sup>

Für die theoretische Herleitung bedient sich Corsten bei Niklas Luhmann und dessen Zuspitzung Weltgesellschaft sei ohne Massenmedien nicht möglich.<sup>4</sup> Mit dem Systematisierungsvorschlag von Rudolf Stichweh beschreibt er konstitutive Merkmale von Weltereignissen:<sup>5</sup> 1) Weltbedeutsamkeit, 2) Inklusivität (viele Beteiligte), 3) Alleinstellungscharakter, 4) Ereignischarakter (Neuheit, Innovation, Ergebnisoffenheit). Gesellschaftsstrukturell (nicht politisch!) folgenreich seien Weltereignisse wenn sie 5) Relevanz für einzelne gesellschaftliche Funktionsbereiche besitzen (können), 6) die Zentralität der Zeitdimension für Weltgesellschaft markieren, und 7) Weltgesellschaft über weltweite Verbreitung von Kommunikation in Form der Adressierung an ein Weltpublikum erfahrbar machen.

Die genannten Kriterien gilt es auf die Ereignisse des Ausgangsthemas 1989, 2001 und 2011 anzuwenden. Denn sicherlich haben der Zusammenbruch des Sozialismus mit dem Übergang von den 1980er in die 1990er Jahre für einzelne Nationen und die Weltgemeinschaft eine andere Bedeutung als ein Weltsportereignis oder eine Welttechnikkatastrophe wie der Untergang der Titanic oder – für die Weltgemeinschaft um ein vielfaches folgenreicher – die Reaktorunfälle von Tschernobyl und Fukushima. Für diese Differenzierung zieht Corsten vier Kategorien von Weltereignissen ebenfalls nach Stichweh heran:<sup>6</sup> 1) Natürliche Weltereignisse und Katastrophen wie Vulkanausbrüche oder Erdbeben, 2) Welthistorische Ereignisse

2 Vgl. Marianne Kneuer (Hg.) Internet. Bereicherung oder Stressfaktor für die Demokratie? Baden-Baden 2013; Massing Peter (Hg.) Politikvermittlung in der Demokratie, Schwalbach 2011, darin insbesondere Christoph Bieber: Aktuelle Formen der Politik(v)ermittlung im Internet, S. 50–67.

3 Vgl. zu den Begriffen Anthony Appiah, Der Kosmopolit. Philosophie des Weltbürgertums, Bonn 2007; Caja Thimm/Tobias Bürger, Digitale Citoyens. Politische Partizipation in Zeiten von Social Media. Fallanalysen zur politischen Beteiligung in Deutschland, Ägypten und China, Bonn 2012.

4 Niklas Luhmann, Veränderungen im System gesellschaftlicher Kommunikation und die Massenmedien, in: ders.: Soziologische Aufklärung, Bd. 3, Opladen – Wiesbaden 1983/2005, S. 355–368, hier S. 360.

5 Vgl. Rudolf Stichweh, Zur Soziologie des Weltereignisses, in: Stefan Nacke/René Unkelbach/Tobias Werron (Hg.) Weltereignisse, Wiesbaden 2008, S. 17–40, hier 36 ff.

6 Vgl. Stichweh, Weltereignisse (Anm. 5), S. 34.

wie die Erfindung des Buchdrucks oder die Französische Revolution, die sich durch die Deutung von wissenschaftlichen Beobachtern in der Regel erst retrospektiv ermitteln lassen, 3) geplante Weltereignisse wie Olympiaden oder Konzerte, sowie 4) (Welt-)Medienereignisse, die durch die Medien selbst zu solchen werden.

Zu welchen Ergebnissen kommt Corsten, wenn er Weltereignisse und welthistorische Zäsuren miteinander vergleicht? Für das 20. Jahrhundert beschreibt er drei Zäsuren: das Ende des Ersten Weltkriegs 1918, das Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 und den Fall der Mauer 1989. Grundlegend für die Zäsur seien hier, dass sich gesellschaftlich, politisch, kulturell *strukturtransformierende* Veränderungen ergeben. Ohne es zu thematisieren zentriert Corsten die ausgewählten Beispiele auf die deutsche Perspektive. Sicherlich waren die Bürger Australiens von der friedlichen Revolution 1989 weniger betroffen als die Bürger der DDR, gleichzeitig hatte der Umbruch Auswirkungen in Lateinamerika und afrikanischen Staaten wie Mosambik, das unter dem Einfluss der UdSSR stand. Auf diese internationalen Verflechtungen ist auch Marianne Kneuer ausführlich eingegangen. Corsten nennt andere historische Brüche wie zum Beispiel das Ende des chinesischen Bürgerkriegs 1949, die iranische Revolution von 1979, um diese sinnvollerweise auszugrenzen. Aus der Perspektive der Geschichtswissenschaft hätte man an dieser Stelle die Auswahl der Beispiele noch deutlicher mit der Wahl der nationalen Perspektive und deren gleichzeitiger Bedeutung für die Welt begründen können.<sup>7</sup>

In seinen Ausführungen sieht Corsten nach Christian Morgner Weltmedienereignisse stark an die Verbreitung des Fernsehens seit den 1960er Jahren gekoppelt.<sup>8</sup> Die Beispiele beziehen sich auf die USA (Ermordung Kennedys), die damalige Tschechoslowakei (Prager Frühling) sowie den Iran (1979). Nicht beachtet bleibt, dass das jeweilige Mediensystem an die politischen Grundbedingungen der Länder geknüpft ist und sich zwischen westlichen Demokratien und Diktaturen grundlegend unterscheidet und somit auch ein Medienereignis unter Umständen zu einem politisch gesteuerten Phänomen machen kann.<sup>9</sup> Zu unterscheiden wäre hier ebenfalls zwischen den Ländern, in denen die Ereignisse stattfinden und den Ländern, in denen sie rezipiert werden und in denen eine doppelte Unterbrechung des Alltags stattfindet.

7 Siehe weiterführend das Beispiel «1968» und hier exemplarisch Wolfgang Kraushaar, 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur, Hamburg 2000.

8 Vgl. Christian Morgner, Weltereignisse der Massenmedien. Am Beispiel der Ermordung von John F. Kennedys, in: Nacke/Unkelbach/Werron (Hg.), Weltereignisse (Anm. 5), S. 177–202.

9 Vgl. exemplarisch Frank Bösch, Mediengeschichte. Vom asiatischen Buchdruck zum Fernsehen, Frankfurt – New York 2011.



1989 haben nach Corsten eine Zäsur und ein Weltmedienereignis gleichermaßen stattgefunden. Zu überlegen bleibt, ob eine offensichtliche gesellschafts-politische Zäsur wie dem Zusammenbruch von UdSSR und DDR und des Staatssozialismus, mit der es zu einer weltweiten Macht- und Werteverchiebung gekommen ist, nicht immer auch ein Weltmedienereignis sein muss (mehr dazu später). Möglicherweise war 1989 die Medienberichterstattung jedoch auch Teil der Zäsur und dem Umbruch zugehörig. Die Medien (Rundfunk und Print) haben nicht die Zäsur gesteuert, sondern waren Teil und Instrument der Ereignisse; nur so lässt sich die Aussage des Politbüro-Pressesprechers Günter Schabowski auf der Pressekonferenz, mit der er unbeabsichtigt und mit sofortiger Wirkung die Grenzübergänge freigab<sup>10</sup>, interpretieren. So könnte Corsten, der 1989 als «enge Verknüpfung von welthistorischer Zäsur und Weltmedienereignis»<sup>11</sup> darstellt, den Medien eine zu starke Rolle zuschreiben. Hier wäre der Vorschlag, für 1989 eher von einer welthistorischen Zäsur zu sprechen, an denen die Medien beteiligt waren, weil sie eine entscheidende Nachricht multiplizierten.

Für 2001 räumt Corsten einen Bruch der gesellschaftlichen Routinen vor allem in den USA aber auch darüber hinaus ein; die weltpolitische Bedeutung stellt er jedoch in Frage (siehe dazu auch den Abschnitt zu Michael Gehler). Zwar habe sich die Außenpolitik der USA verändert, aber die Weltordnung habe sich nicht verschoben. In dieser Betrachtung fehlt sicherlich der explizite Verweis darauf, dass der militärische Einsatz in Afghanistan mit den Terroranschlägen vom 11. September begründet wurde. Zudem wäre es interessant gewesen zu diskutieren, welche Spätfolgen das Gefangenenlager in Guantanamo auf Demokratie und Rechtsstaat der USA hat. Auch die eine Dekade später folgenden Internetspähprogramme der USA, die eine weltweite Diskussion über Datensicherheit ausgelöst haben, finden in den Anschlägen vom 11. September einen Ausgangspunkt ihrer Begründung.

Für 2011 nennt Corsten mehrere Ereignisse. Den Arabischen Frühling deutet er als Weltmedienereignis, das soziale (und politische) Veränderungen nach sich ziehe, dessen Ausgang jedoch – so sieht es auch Marianne Kneuer – noch ungewiss sei. Hier wäre es interessant gewesen, mehr über die Rolle und das Verhältnis von westlichen Massenmedien und Internet-

---

10 Vgl. ohne VerfasserIn, Zeitsprung: 9. November 1989. Sofort bedeutet sofort, in: Spiegel-Online, 9.11.2004, <http://www.spiegel.de/panorama/zeitgeschichte/zeitsprung-9-november-1989-sofort-bedeutet-sofort-a-326124.html> (Zugriff 16.8. 2013).

11 Vgl. Michael Corsten in diesem Band.

kommunikation zu erfahren. Denn in der sogenannten «Facebook-Revolution» wurden den sozialen Medien erstmals politisches Gestaltungspotential attestiert, auch wenn die Bedeutung von Social Media in der Verschlagwortung zu stark akzentuiert ist und der Protest sozialstrukturelle Ursachen hatte und verbreitet konventionell organisiert wurde.<sup>12</sup> Dennoch fand in den arabischen Ländern ein Ereignis statt, dass die Transformation von politischen Systemen einleitete und für Bedeutung und Potential von Social Media auch in den westlichen Demokratien sensibilisierte.<sup>13</sup>

## II. Revolutionen?

Für die Geschichtswissenschaft konzentriert sich Michael Gehler auf die Zäsur von 1989: «Die Umbrüche in Mitteleuropa um 1989 – revolutionsspezifische Vergleiche» ist der Titel seines Beitrages. Er beginnt mit einer Begriffsgeschichte und Definitionen von Revolutionen. Historiker assoziierten mit dem Begriff, grundlegende Umgestaltungen von Herrschaftsstrukturen und tiefgreifende Veränderungen von Wertesystemen, so Gehler. Nach einer Revolution solle Überkommenes durch Neues ersetzt werden. Vier Merkmale seien kennzeichnend: 1.) Rückkehr, 2.) Umgestaltung, 3.) Veränderung von Wertesystemen und 4.) Gewalt. Gehler betrachtet verschiedene Revolutionen in der Geschichte nach ihrem Ereignisdatum sowie nach ihrem Gegenstand. So differenziert er die Novemberrevolution von 1918, die den Übergang vom Deutschen Reich in die Weimarer Republik markiert, von der industriellen Revolution aus dem 18. Jahrhundert und 19. Jahrhundert, die mit zahlreichen technischen Neuerungen wie der Dampfmaschine und Herstellungsverfahren von Stahl einherging. Revolutionen, die sich auf das politische System beziehen, unterscheiden sich somit grundlegend von Revolutionen, die durch eine technische Innovation die Gestaltung oder Funktionsweise einer Gesellschaft verändern.

Was verstehen Politikwissenschaftler unter Revolutionen? Klaus Schubert, Professor an der Universität Münster, schreibt:

«Revolution bezeichnet eine schnelle, radikale (in der Regel gewaltsame) Veränderung der gegebenen (politischen, sozialen, ökonomischen) Bedingungen. Politische Revolutionen zielen in der Regel auf die Beseitigung der bisherigen politischen Führer und die Schaffung grundsätzlich neuer Institu-

12 Vgl. Asiye Öztürk, Arabische Zeitenwende. Aufstand und Revolution in der arabischen Welt, Bonn 2012 und Peter Pawelka: Umbruch und Wandel in der arabischen Welt, in: Der Bürger im Staat 1–2 (2012), S. 4–15.

13 Vgl. Thimm/Bürger, Digitale Citoyens (Anm. 3).

tionen, verbunden mit einem Führungs- und Machtwechsel. Ziel der bewusst herbeigeführten, tief greifenden Veränderung sei es, mit einem politischen Neuanfang die bisherigen Probleme und Machtstrukturen zu beseitigen und radikal Neues an ihre Stelle zu setzen (zum Beispiel neue Machtstrukturen, neue Eliten, neue Eigentumsverhältnisse, eine neue [Verfassungs-] Ordnung etc.),»<sup>14</sup>

Revolution bedeutet Veränderung und Übergang. So benennt auch Gehler die technischen Veränderungen durch PC, mobile Telefonie und Internet als die Kommunikationsrevolution des 20./21. Jahrhunderts. Doch es hat noch mehr gesellschaftliche Übergänge im 20. Jahrhundert gegeben, die nicht mit einer Revolution gleichgesetzt werden können oder die durch Sprachunterschiede eine andere Bedeutung bekommen. Beispielhaft sei hier der seit den 1970er Jahren von dem US-Amerikaner Ronald Inglehart erforschte Übergang vom Materialismus zum Postmaterialismus genannt, der in Deutschland nicht als Revolution bezeichnet wird, sondern als Wandel, als Wertewandel in der westlichen Welt. Inglehart selbst nannte sein Buch, das 1977 in Princeton erschien: «The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics».<sup>15</sup> Es ist eine zentrale Studie zur Erklärung politisch-gesellschaftlicher Entwicklungen, wie dem Entstehen der sozialen Bewegungen in den 1970er Jahren. Ideen gesellschaftlicher Liberalisierung, die Umwelt- und Frauenbewegung, später auch die Friedensbewegung bekamen in dieser Zeit Zuspruch. Während dieser Zeit wie heute veränderten sich die politischen Kulturen westlicher Demokratien grundlegend, wenngleich zahlreiche politische Systeme stabil blieben.<sup>16</sup> Der Mainzer Historiker Andreas Rödder lobt Ingleharts Studie dahingehend, dass sie eine Schneise in das Dickicht der Theorien und Erklärungsversuche gesellschaftlichen Wandels seit den späten 1960er Jahren schlug und eine neue Forschungsrichtung der historisch-diachronen Analyse begründete.<sup>17</sup> In der Retrospektive können zudem Kontinuitäten

14 Revolution in: Schubert, Klaus/Klein, Martina, Das Politiklexikon, Bonn 2011, zitiert nach Bundeszentrale für politische Bildung, <http://www.bpb.de/wissen/2BO1DD> (Zugriff: 20.7.2013).

15 Vgl. Inglehart, Ronald, The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics, Princeton 1977.

16 Vgl. Saskia Richter, Politische Partizipation und soziale Bewegungen in sich wandelnden Gesellschaften. Von Bürgerinitiativen zu Online-Netzwerken, in: Kneuer (Hg.), Internet (Anm. 2), S. 145–172.

17 Vgl. Andreas Rödder, Vom Materialismus zum Postmaterialismus? Ronald Ingleharts Diagnosen des Wertewandels, ihre Grenzen und Perspektiven, in: Zeithisto-

zwischen den Brüchen der 1970er Jahre und dem Bruch, der Zäsur, von 1989/90 gefunden werden, wenn man zum Beispiel die Entstehung und Fortbestand der Bürgerbewegung in der DDR zwischen den frühen 1980er Jahren und 1989 betrachtet.<sup>18</sup>

In seinem Text unterscheidet Gehler zwischen verschiedenen Revolutions-Trägern: Bauern, Bürgern, Arbeitern. Er beschreibt Schwerpunkte der Revolutionen: Ideologien, Kultur, Politik, Technologie, Wirtschaft und Soziales; sowie die Rahmenbedingungen: Region, Nation, Internationalität. Die einzelnen Kategorien können sich überschneiden, sie sind nicht klar voneinander getrennt und auch nicht streng aufeinander bezogen. Es scheint, als könne jede Revolution ihre eigene Kategorie eröffnen. Der Betrachter muss sie nur als echten Umbruch und als echte Revolution erkennen. Denn ob etwas revolutionär ist oder nur neu, ist immer auch eine Entscheidung des Betrachters, der für die Bewertung eines Umbruchs von zentraler Bedeutung zu sein scheint. So meint auch Gehler, dass es keine Gesetzmäßigkeiten für Revolutionen gebe, jedoch Kriterien benannt werden können, nach denen Revolutionen qualifizierbar seien. Als Ursachen nennt er geistige, gesellschaftliche, soziale, kulturelle, politische und wirtschaftliche Hintergründe. Als Anlässe nennt er unvorhergesehene oder initiierte Ereignisse. Demonstrationen – wie die Montagsdemonstrationen 1989 in der DDR – können zu einer Revolution führen, wenn andere Umstände – im Fall der Umbrüche von 1989/90 die Entspannungspolitik der Sowjetunion, die wirtschaftliche Schwäche der DDR, der Wille zum Umbruch im SED-Regime bzw. die Krise des Staatssozialismus – diese Richtung begünstigen oder zumindest nicht verhindern. Der friedliche Umbruch von 1989/90 zeigt, dass Gewalt kein integraler Bestandteil von Revolutionen sein muss. So müssen Revolutionen und ihre Bewertung auch in der Politikwissenschaft immer im historischen Kontext stattfinden.

Benötigt eine Revolution Führungskräfte und charismatische Persönlichkeiten? Aus Sicht der politikwissenschaftlichen Forschung über soziale Bewegungen ist jeder Aktivist Teil einer sozialen Bewegung. Er kann als zugehörig oder nicht-zugehörig kategorisiert werden. Die Bewegungsforschung entwickelte dafür den Begriff der Kollektiven Identität, so etwas wie ein Wir-Gefühl, das von den Anhängern einer sozialen Bewegung geteilt

---

rische Forschungen/Studies in Contemporary History – Online Ausgabe, 3/2006, Absatz 1, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Roedder-3-2006> (Zugriff: 20.7.2013).

18 Vgl. Detlef Pollack, Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR, Opladen 2000.

wird und über das sie sich definieren.<sup>19</sup> Wissenschaftler streiten nach wie vor darüber, ob eine charismatische Persönlichkeit – und nach Max Weber wird Charisma von einer Person in einer Ausnahmesituation durch die Zuschreibung seiner Anhänger entwickelt – für eine soziale Bewegung in einer Demokratie wichtig ist. Strategisch-praktisch ist es sicherlich nützlich, wenn soziale Bewegungen durch Persönlichkeiten angeführt werden und wenn diese eine Art Führungsqualität bzw. «Leadership» entwickeln. So gilt dieser Grundsatz bis in die Parteien hinein, dass sich politische Ziele besser kommunizieren lassen, wenn sie personalisiert und durch eine Biografie gestützt vorgetragen werden. Die Organisation des politischen Systems und die Funktionsweisen der Institutionen werden dadurch freilich nicht berührt; und an dieser Stelle löst sich das alltägliche Charisma vom Weber'schen Charisma in Ausnahmesituationen. Und an dieser Stelle geht es auch nicht um Kontinuitäten in stabilen Systemen, sondern um Revolutionen, um Umwälzungen und Brüche. Für die Revolution von 1989/90 waren Bürgerrechtler wie Bärbel Bohley wichtig, die bereits in den 1980er Jahren Kontakte zur Friedensbewegung in Westdeutschland aufgebaut hatten und danach hielten, ob diese einzelnen Personen oder auch Helmut Kohl in dieser Phase des Umbruchs über charismatische Qualitäten verfügten, sei zunächst dahingestellt.

Es deutete sich schon an, dass die Bewertung einer Revolution von der Betrachtungsweise abhängt. Für den Revolutionär wird sein Handeln aufgewertet, bezeichnet er es als Revolution. Der auf Machterhalt erpichte Machthaber wird revolutionäre Prozesse kleinreden, wenn sie ihm seine Position streitig machen. – So wollte auch Gorbatschow die Revolution nicht. – Der «demokratische Westen» wird sich über Tendenzen der Transformation und der *friedlichen* Umbrüche in den arabischen Autokratien freuen. Aus westlich-demokratischer Sicht, deuten wir die Revolution positiv, verspricht der gesellschaftliche Umbruch doch Freiheit und Emanzipation. Drohen nach der Revolution Gewalt und Unterdrückung (wie in Ägypten seit August 2013), soll – aus westlich-demokratischer Sicht – die Revolution vermieden werden. Droht für ein Unternehmen nach einer Revolution die ökonomische Instabilität oder für den Tourismus einer Region die Gefahr des Stillstandes, werden Investitionen in aller Regel zurückgezogen. Wie bewerten wir daher Revolutionen aus Demokratie und Marktwirtschaft heraus auch für andere politische Systeme in komplexen transnationalen und

---

19 Vgl. Dieter Rucht, Kollektive Identität. Konzeptionelle Überlegungen zu einem Desiderat der Bewegungsforschung, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 1 (1995), S. 9–23.

globalen Zusammenhängen? Kann in der Demokratie selbst eine Revolution gegen das politische System stattfinden? Oder sind es immer nur die Systeme der Diktaturen, die von ihren Machthabern befreit werden?

Wir sprechen von Revolution, wenn wir den Umbruch von 1989/90 meinen und den Umbruch in den Staaten des Ostblocks sowie die Wiedervereinigung Deutschlands. Wir sprechen von einer Revolution, wenn wir die Umbrüche ab 2011 in Ägypten und Tunesien meinen. Die Anschläge vom 11. September 2001 waren aus Sicht der westlichen Demokratien eine Zäsur, doch weder waren die terroristischen Anschläge revolutionär noch lösten sie eine Revolution aus; eher herrschte Fassungslosigkeit, Wut und Trauer; in den USA und in Europa es gab keinen Systemwechsel, keine neuen Machtstrukturen, keine neue Rechtsordnung, keine neuen Wertesysteme; vielleicht verfestigten sich bestehende Strukturen sogar. Allerdings trieben die USA seit 9/11 mit dem Argument der Terror-Bekämpfung die Organisation rechtsfreier Zonen voran. Das Gefangenenerlager in Guantanamo ist ein Beispiel. Die Spionageaktivitäten des amerikanischen Geheimdienstes in Europa sind ein weiteres Beispiel, die zumindest in Deutschland – wenn sie massenhaft stattgefunden haben – im Widerspruch zu den durch das Grundgesetz garantierte Grundrechte stehen. Vielleicht findet hier sogar eine schleichende Revolution statt, die durch den Rechtsstaat im Namen der Sicherheit und Freiheit vorangetrieben wird.<sup>20</sup>

### III. Globale Verbreitung von Demokratie?

Marianne Kneuer übernimmt die politikwissenschaftliche Betrachtung und konzentriert sich bei den drei Zäsuren auf den Zusammenhang mit der globalen Verbreitung von Demokratie. Sie stellt in der Ausgangsthese fest, dass die Zäsur von 1989 der politischen Idee von Demokratie einen Aufschwung gab, während die Terroranschläge von 2001 die Verbreitung von Demokratie bremste. Für 2011 könne aufgrund des geringen zeitlichen Abstandes der Ereignisse noch keine Aussage über die Auswirkungen gemacht werden (Laues Lüftchen oder Flaute?). Folgende Perspektiven seien für die Verbreitung von Demokratie relevant: 1) Verbreitung von Demokratie als Herrschaftsform, 2) Förderung von Demokratie durch externe Akteure wie die Vereinten Nationen, sowie 3) die Herausbildung einer globalen Akzeptanz von Demokratie als Idee bzw. Norm.<sup>21</sup>

20 Vgl. Heribert Prantl, Unterirdisch. Die US-Spionage in Deutschland untergräbt das Fundament, auf dem die Bundesrepublik steht, in: Süddeutsche Zeitung, 20.7.2013.

21 Zur Demokratieförderung vgl. Marianne Kneuer, Demokratieförderung als globa-

Während die Idee der Demokratie 1989 mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten der UdSSR einen Schub bekam – die Bürgerbewegung der DDR begriff sich als Motor der friedlichen Revolution – bekam die Demokratie mit den Terroranschlägen vom 11. September einen neuen Feind, so Kneuer.<sup>22</sup> Mit der friedlichen Revolution von 1989 waren die westliche Staatengemeinschaft und systemkritische Bürger der Ostblockstaaten euphorisch über den «Sieg der Demokratie». Und weil mit der Sowjetunion nicht nur ein Land, sondern eine Weltmacht zusammengebrochen war, deren Machtstrukturen bis nach Lateinamerika und Afrika reichten, gab es Anfang der 1990er Jahre eine Hoffnung auf die weltweite Verbreitung von Demokratie. 1989 ging der weltweite Aufwind so weit, dass ehemals sozialistische Staaten demokratisiert wurden. Die sogenannten Transformationsländer – die baltischen Staaten, Polen, die Tschechische Republik, die sich von einer zentralen Verwaltung hin zu marktwirtschaftlich organisierten Staaten wandelten, gaben der Idee der Demokratie als Norm des Zusammenlebens einen zusätzlichen Schub. Auch in Asien, Lateinamerika (Chile) und Afrika (Südafrika) entstanden in den 1990er Jahren zahlreiche Demokratien. Insgesamt seien nach der NGO Freedom House 28 Länder zwischen 1989 und 1998 demokratisch geworden, so Kneuer.<sup>23</sup> Die westliche Wertegemeinschaft war sich einig, dass Marktwirtschaft und Demokratie zu konsolidieren seien und somit die Weltordnung stabilisieren würden. Die Überzeugung sei so groß gewesen, dass seit den 1990er Jahren auch verstärkt humanitäre Interventionen durch die Vereinten Nationen durchsetzbar gewesen seien.<sup>24</sup> Dies trifft jedoch nicht auf die UN-Einsätze in Somalia und Ruanda zu Beginn der 1990er Jahre zu. In Somalia bezog sich der Einsatz auf humanitäre Hilfe bei auf den Systembruch folgenden Bürgerkrieg im Land; in Ruanda übersahen die Vereinten Nationen den Ernst der Lage und zogen die Truppen trotz Warnungen vor einem drohenden Völkermord an Tutsi und moderaten Hutu durch Hutu-Extremisten ab.<sup>25</sup> Beide politischen Situationen waren so fragil, dass an eine Demokratisierung der Länder nicht zu denken war.

---

le Norm, in: dies., Andrea Schapper/Andrea Fleschenberg dos Ramos Pinéu (Hg.) *Globale Normen – Zwischen Anspruch und Wirklichkeit*, Baden-Baden 2013.

22 Vgl. hier auch Paul Nolte, *Was ist Demokratie. Geschichte und Gegenwart*, München 2012.

23 Vgl. Kneuer, *Demokratieförderung* (Anm. 21).

24 Ebd.

25 Vgl. Michael Bitala, *Ruanda 1994. Alle sahen nur zu*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 7.12.2008, <http://www.sueddeutsche.de/politik/ruanda-alle-sahen-nur-zu-1.869294> (Zugriff 18.8.2013) und Andrea Böhm: *UN-Bericht über Ruanda. Wenn Opfer töten*, in: *Zeit-online*, 4.9.2010, <http://www.zeit.de/2010/36/Ruanda-Voelkermord> (Zugriff 18.8.2013).

2001 bekam die Demokratie, so Kneuer, Gegenwind. Das Musterland der Demokratie – die USA – war auf eigenem Territorium angegriffen und mit dem World Trade Center in Manhattan in sein Herz, menschlich und symbolisch an einer zentralen Stelle des Kapitalismus, getroffen worden. 3.000 Menschen starben. Mit den Anschlägen vom 11. September hatten die USA und die westlichen Demokratien einen neuen Feind – al-Qaida-Terroristen und den islamischen Extremismus. So sei der Antagonismus von Gut und Böse in die internationalen Beziehungen zurückgekommen, so Kneuer. Doch anders als im Kalten Krieg verliefen die territorialen Grenzen nun anders. Die USA begannen sich gegen den Feind im eigenen Land zu wehren und fanden das Zentrum des Terrorismus in Afghanistan, das sie wiederum im sogenannten «Kampf gegen den Terror» (Georg W. Bush) territorial zu zähmen versuchten. Kneuer bringt die Veränderung so auf den Punkt, dass das Soft-Power-Programm der Demokratisierung nun vom Hart-Power-Sicherheitsdenken abgelöst worden sei. Insbesondere die Vermischung von Demokratieförderung und dem Kampf gegen den Terrorismus stelle eine Veränderung des Umgangs mit Demokratie dar. Gleichzeitig entwickelten, so Kneuer, kapitalistische Autokratien neues Selbstbewusstsein und wurden zu einer neuen Konkurrenz der Demokratie. So habe sich nach Angaben von Freedom House seit 1998 die Anzahl der Demokratien um lediglich vier zugenommen; die Anzahl der Autokratien blieb seit dem Jahr 2000 stabil.<sup>26</sup> Doch während sich die Außenpolitik der USA nach 9/11 verschärfte, kommen gesamtgesellschaftliche Betrachtungen zum 11. September eher zu dem Schluss, dass der Tag die Welt nicht verändert habe.<sup>27</sup>

2011 gingen die Bilder des arabischen Frühlings mit den Symbolen und Rufen nach Demokratie um die Welt. Dennoch sei, so Kneuer, nur eine kurzzeitige aufflackernde Euphorie erkennbar gewesen. Im arabischen Raum habe es keinen Demokratisierungsschub gegeben. Auch die Reaktion der Demokratieförderer sei verhalten gewesen. Dies könne daher kommen, dass ein Zusammenhang zwischen Demokratiefreundlichkeit und Demokratieförderung bestehe:

26 Vgl. Marianne Kneuer, Demokratisierung und internationale Politik, in: Carlo Masala/Frank Sauer (Hg.) Handbuch für Internationale Politik, Wiesbaden (im Erscheinen).

27 Vgl. Michael Butter/Birte Christ/Patrick Keller (Hg.) 9/11. Kein Tag, der die Welt veränderte, Paderborn 2011; vgl. mit einer anderen Perspektive Sandra Poppe/Thorsten Schüler/Sascha Seiler (Hg.) 9/11 als kulturelle Zäsur. Repräsentationen des 11. September 2001 in kulturellen Diskursen, Literatur und visuellen Medien, Bielefeld 2009.



«Je demokratiefreundlicher das Umfeld, desto stärkere Bereitschaft konkreter Unterstützung von Demokratisierungen. Je demokratiefeindlicher die Umgebung, desto weniger Bereitschaft zur Demokratieförderung.»<sup>28</sup>

Bei der internationalen Gemeinschaft sei, so Kneuer, zudem die Bereitschaft zu Friedenseinsätzen deutlich reduziert. Der globale Konsens über die Verbreitung der demokratischen Normen sei brüchig. Zu welchem Fazit kommt Kneuer nach der Betrachtung der Demokratisierung in Bezug auf die drei Ereignisdaten 1989, 2001 und 2011? 1989 und 2001 seien als Zäsuren zu bewerten, 2011 dagegen nicht. Der arabische Frühling 2011 habe bemerkenswerte Ereignisse hervorgebracht, aber keinen radikalen Einschnitt in Bezug auf die weltweite Entwicklung von Demokratie ausgelöst; vielmehr wirken, so Kneuer, weiterhin die Denkmuster und Handlungslogiken, die 2001 freigesetzt worden seien. Allerdings sei eine Gegenbewegung festzustellen: Der Widerstand der Autokratien gegen Demokratie und Demokratieförderung habe sich durch die Umbrüche eher verstärkt.

So kommen Soziologie, Geschichts- und Politikwissenschaft mit unterschiedlichen Ansätzen in Bezug auf die welthistorischen Zäsuren 1989 – 2001 – 2011 zu ähnlichen Ergebnissen. In seiner Gegenüberstellung von Weltereignissen und Weltmedienereignissen stellt Michael Corsten fest, dass für Zäsuren grundlegend sei, dass sich gesellschaftlich, politisch, kulturell *strukturtransformierende* Veränderungen ergeben. Die Umgestaltung von Strukturen ist demnach entscheidend für Zäsuren. So sind sich auch alle Autoren darüber einig, dass es sich bei den Umbrüchen von 1989 um eine Zäsur handelt. In diesem Zusammenhang benutzt Michael Gehler den Begriff der Revolution und führt aus, dass nach einer Revolution Überkommenes durch Neues ersetzt werden solle. Zumindest drei von den vier kennzeichnenden Merkmalen 1) Rückkehr, 2) Umgestaltung, 3) Veränderung von Wertesystemen treffen auch auf die Umbrüche von 1989 zu; die Gewalt (4) muss für 1989 ausgeklammert werden. Auch für Marianne Kneuer ist 1989 eine Zäsur, die der politischen Idee von Demokratie einen Aufschwung gab. Während Corsten den Anschlägen vom 9. September 2001 wenig Gestaltungskraft für die Weltgesellschaft attestiert, kommt Kneuer in Bezug auf die Interpretation des Einflusses der Ereignisse auf politische Systeme zu einem anderen Ergebnis: denn die Terroranschläge von 2001 haben die Verbreitung von Demokratie, die in den 1990er Jahren stattgefunden habe, gebremst. Corsten und Kneuer sehen die Auswirkungen der Ereignisse von 2011 uneindeutig; während für Corsten bereits die

---

<sup>28</sup> Vgl. Kneuer, Demokratisierung (Anm. 26).

Ereignisdaten (Fukushima, Tötung bin Ladens und der Sturz Hosni Mubarak) vielfältig sind, ist sich Kneuer sicher, dass für 2011 aufgrund des geringen zeitlichen Abstandes der Ereignisse des arabischen Frühlinks noch keine Aussage über die Auswirkungen für die Entwicklung von Demokratie (Verbreitung, Förderung, Akzeptanz) gemacht werden (Laues Lüftchen oder Flaute?) könne.

Für die Betrachtung der Zäsuren bzw. Revolutionen in Politik und Gesellschaft bleibt zusammenfassend folgende Vorgehensweise mit den entsprechenden Fragen festzuhalten:

- 1) Zunächst sollte klar definiert sein, was der jeweilige Betrachter unter einer Zäsur versteht (zum Beispiel eine strukturtransformierenden Veränderung) und welches Bezugssystem (Politik, Wirtschaft, Kultur) in die Betrachtung einfließen soll.
- 2) Es sollte analysiert werden, worin der Umbruch oder die Zäsur besteht. Was war vorher? Welches Ziel wird angestrebt? Welche Werte werden propagiert? Welche Zustände sollen verändert werden? Wer profitiert von diesen Veränderungen? Wer oder was sind Treiber der Veränderung?
- 3) Für alle Disziplinen wird es zudem relevant sein, Machtverschiebungen zu betrachten. Wer gewinnt Macht durch Revolutionen oder Zäsuren? Wer gibt Macht ab? Wie verläuft der Übergang? Und wer legt die neuen Kategorien und Werte fest? Wie ist die internationale Staatengemeinschaft positioniert?
- 4) Von der Auseinandersetzung mit Revolutionen kann gelernt werden, dass das Vor- und Nachher eines Ereignisses oder eines Jahres sowie die Kontextualisierung und Historisierung zentral für die wissenschaftliche Bewertung und Kategorisierung sein wird. So gilt es jede Zäsur in den nationalen und weltgesellschaftlichen Kontext einzuordnen und Bezugssysteme (Politik, Wirtschaft, Kultur, Gesellschaft, Religion, etc.) zu klären. Nur so können Zäsuren und Brüche (sichtbare und schleichende) erkannt und im Zeitverlauf mit den Instrumenten verschiedener Disziplinen miteinander verglichen werden.



## **II.**

**1989: kollektive Resonanzen und Folgen**



# **89 und die 89er**

## **Selbstthematisierung im innerdeutschen Transformationsprozess**

HOLGER HERMA

### **I. Einleitung**

Eine der Debatten zu den Dynamiken der deutschen Nachkriegsgeschichte wird von der Frage geleitet, welche historischen Generationszusammenhänge aus dieser Geschichte hervorgegangen sind. Seit genau 20 Jahren hat sich innerhalb dieser Diskussion ein populär gewordenes Generations-Etikett etabliert: Gesprochen wird von der sog. «89er-Generation». Das wirft Fragen auf. Etwa, in welcher Weise das historische Datum 1989 mit dem Zusammenhang einer Generation korrespondiert. Allein schon durch die Anwesenheit jedweder Zeitzeugen bei Mauerfall und politischem Zusammenschluss beider deutscher Staaten? Für die Kategorie Generation kann dies kein Maßstab sein. Denn: Alle wären davon betroffen, die zu diesem Zeitpunkt gelebt haben. Erfordert ist also eine konzeptionelle Engführung.

Reizvoll ist die zugrundeliegende Fragehaltung aber schon deshalb, weil die Verflechtungen von Weltgeschichte, Welt(medien)ereignis und Zäsur auch die Frage nach Entstehung historischer Generation nochmals in anderem Licht betrachten lässt. Bereits die diesem Band zugrundeliegende Vorlesung brachte hervor, dass und weshalb mit dem Datum 1989 eine enge Verknüpfung von welthistorischer Zäsur und Weltmedienergebnis vorliegt. Weltmedial durch die reflexiven Kopplungen von Beobachtung, Information und Medieneinfluss auf das Ereignis selbst, und Zäsur, da hiermit Veränderungen weltgesellschaftlicher Konstellationen markiert sind. Wie aber konstituiert sich die Generation? Und welche Rolle darin spielt 1989?

Der Beitrag widmet sich vor allem zwei Punkten innerhalb der Debatte um die sog. «89er-Generation». Zum einen wird die Entstehung dieses Labels zu Beginn der 1990er Jahre nachgezeichnet. Zum anderen werden aus soziologischer Perspektive die konzeptionellen Bedingungen aufgezeigt, die die Behauptung einer (historischen) Generation erst plausibel machen. An die Benennung zentraler Kernpunkte ost- und westdeutscher Kohortenerfahrung der Jahrgänge um 1970 werden ausgewählte Beispiele der Selbstbiografisierung dieser Jahrgänge aus popliterarischen Erzeugnissen anschließen. Sie veranschaulichen die sozialen Bezugspunkte deren Deu-

tungspraxis. Welche Bedeutung dem Datum 1989 im Sinne einer historischen Zäsur zufällt - und dies lautet hier: im Sinne einer generationsspezifischen Zäsur - bildet den Leitfaden meiner Darstellungen. In einem Fazit wird das Erreichte gebündelt und diskutiert.

## II. Die Entstehung des Labels «89er-Generation»

Das Begriffslabel «89er-Generation» ist – wie häufig - eine Fremdzuschreibung. Es entstammt nicht ursprünglich seitens der damit angesprochenen Jahrgänge. Vielmehr zeichnen hierfür die Angehörigen der Geburtsjahrgänge Mitte bis Ende der 1940er Jahre, auch «68er-Jahrgänge» genannt. Dies allein ist ein interessanter Befund. Denn der historische Ort der Trägergruppen von Debatten und Wortformeln kann als sozialwissenschaftliches Datum genutzt werden. Daher ein kurzer Rekurs zur historischen Rolle, die den 68ern im «Familienroman der Bundesrepublik».<sup>1</sup> zugeschrieben wird: Es sind nicht allein Studentenbewegung, außerparlamentarische Opposition oder gegen hegemoniale Positionen in Politik und Gesellschaft rebellierende Gruppen, die damit angesprochen sind. Vielmehr verbindet diese Jahrgänge ein allgemeiner historischer Erfahrungskomplex. Konkret die Erfahrung, wie der mitunter rigide, retraditionalistische Geist der unmittelbaren Nachkriegszeit rasch brüchig wurde, und wie die Stimme junger Erwachsener in diesem Prozess Geltung und Nachhaltigkeit erlangte. Somit das Erleben einer besonderen historischen Gelegenheitsstruktur: Deutungen und Diskurse zur politischen und gesellschaftlichen Situation besetzen und neu justieren zu können. Junge Erwachsene um «68» verbindet gerade auch diese – selbst wenn passive – Zeitzeugenschaft an Aufbruchsoptimismus und Selbstermächtigung, die für viele zum Referenzpunkt in der historisch-biografischen Selbstverortung wurde. Protagonisten eben dieser Jahrgänge prägen nun in den 90er Jahren das Label «89er-Generation». Zur Bezeichnung von Jahrgängen, die wiederum um 89er Jugendliche oder junge Erwachsene waren.

Angeblich fiel die Formel 89er bereits in studentischen Kreisen bei den ausgedehnten Universitäts-Streiks 1988/89. Zuerst ins größere mediale Licht gesetzt hat es aber der 1945 geborene Journalist und Literaturkritiker Ulrich Greiner 1994 in der Wochenzeitschrift «Die ZEIT».<sup>2</sup> Ein Jahr später folgte vom 1950 geborenen Politikwissenschaftler Claus Leggewie das Buch

1 Heinz Bude, Das Altern einer Generation. Die Jahrgänge 1938–1948, Frankfurt/M. 1995, S. 21.

2 Ulrich Greiner, Die Neunundachtziger, in: DIE ZEIT, Nr. 38, 1994, S. 21.

«Die 89er – Portrait einer Generation».<sup>3</sup> Auffordernd hieß es, sie sollen sich zeigen. In der Folge entfachte eine lebhaft geführte feuilletonistische Auseinandersetzung, die den «89ern» einerseits vorwarf, unpolitisch zu sein, vor allem aber die Rolle der Hoffnungsträger zuwies. In der politischen Umbruchszeit dieser Jahre sollten sie Chancen erkennen und das vitale Potential neu entstehender Jugendgenerationen aufnehmen. Zunächst aber: sich zeigen.

Und was geschah? Sie taten es nicht, jedenfalls nicht in der erwarteten Weise. Über Jahre artikuliert sich kein Wir-Gefühl mit starken Konturen – zumindest keines, das eine öffentlich wahrnehmbare gemeinsame Klammer geliefert hätte. Die 90er Jahre verliefen und Jugendkulturen zersplitterten in ein immer komplexeres Geflecht von Erlebnismilieus, Moden und Szenen. Die ostdeutschen Bürgerbewegten von 1989 blieben hingegen eine Bewegung. Die friedlichen Revolutionäre dieser Zeit waren eher bereits etwas zu alt, um als junge Menschen zu gelten<sup>4</sup>. Öffentlich registriert wurden in den 90er Jahren eher Techno-Raver, gegen Kriegseinsätze demonstrierende Studierende, junge Vertreter der New Economy sowie rechtsextreme Gruppierungen. Vorrangig also Submilieus mit eigenen ästhetischen Zeichensystemen und ebensolcher Distinktion, scheinbar kaum Übergreifendes, hingegen viele Abgrenzungen, teilweise Kämpfe und Feindschaft. Die zeichen- und medienstärkste ihrer Populärkulturen, die Technoszene, machte aufmerksam durch ihre ausgesprochene Anti-Ideologie. Sie fiel auf durch ein positives Verhältnis zu den vorgefundenen gesellschaftlichen Verhältnissen, mit einem deutlichen Einverständnis zur Konsumgüterwelt sowie großer Neigung zur Gestaltbarkeit moderner Technologien<sup>5</sup>. Ältere verblüffte die deutlich bejahende Grundeinstellung, die nicht mehr viel zu tun haben schien mit der rebellischen Haltung der Eltern, ebenso nicht mehr mit der stets selbstbeobachtenden Innerlichkeit ihrer Nachfolgejahrgänge.<sup>6</sup> Kurz:

3 Claus Leggewie, *Die 89er. Porträt einer Generation*, Hamburg 1995.

4 Vgl. Bernd Lindner, Kriterien für ein Modell der Jugendgenerationen der DDR, in: *Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert*, hrsg. von Jürgen Reulecke, München 2003, S. 187–215, hier 210 f.

5 Vgl. Holger Herma, Generationelle Erfahrung und kollektive Mentalität. Techno als historischer Kommentar, in: *Techno-Soziologie. Erkundungen einer Jugendkultur*, hrsg. von Ronald Hitzler/Michaela Pfadenhauer, Opladen 2001, S. 137–160; vgl. Michael Corsten, Was hält Szene-Events in Schwung?, in: *Techno-Soziologie*, hrsg. von Ronald Hitzler/Michaela Pfadenhauer, Opladen 2001, S. 97–118.

6 Die risikosensible «Angstgeneration» der sog. «78er»: Reinhard Mohr, *Zaungäste. Die Generation, die nach der Revolte kam*, Frankfurt/M. 1992.



Die große emphatische Selbstbeschreibung schien nicht mehr Sache dieser Jugend, gleichwohl sie in den 90er Jahren unter der Hand bereits das praktizierten, was von Ihnen gewünscht wurde: Auf Love-Parades und ähnlichen Events zeigten sie sich unentwegt und millionenfach. Sie demonstrierten sich, ohne dafür das Verbale ins Zentrum zu stellen<sup>7</sup>. Daher versandete die Debatte um eine 89er-Generation einige Jahre wieder. Zurück blieb der Eindruck einer unpolitischen Jugend, dem bunten Hedonismus der 90er Jahre erlegen, eher stumm, eher apathisch als rebellisch. Ebenso die öffentliche Verwunderung darüber, dass die Verstetigung der ökonomischen Krise, die lautlose Schließung beruflicher Perspektiven und die sichtbar werdende Bildungs- und Armutsklüfte von der Jugend vergleichsweise protestarm hingenommen werde.

Drei Aspekte lassen sich somit vorerst bündeln:

- a) Der Eindruck, der Begriff der Zäsur ist für die historische Generation zu stark angelegt, sofern Zäsur radikalen Schnitt meint. Damit einhergehend, dass die Jahresziffer 1989 für das Etikett «89er-Generation» mehr als ein Orientierungsindex fungiert, als bereits die zündende Analyse mit zu formulieren.<sup>8</sup>
- b) Der Verdacht, die sog. 89er könnten eine «Wunschphantasie» älterer, heroisch eingestellter Jahrgänge geblieben sein; somit ein Mythos, eine Erfindung.<sup>9</sup> Letzteres würde jedoch Wichtiges vergeben. Sicherlich ließe sich einwenden: Journalisten sind schon berufsbedingt mit historisierenden Etiketten schneller bei der Hand, denn hier ist die griffige, debattenprovozierende Bezeichnung erfordert, die nicht immer erst die profunde sozialwissenschaftliche Analyse abwarten will. Aber auch Leggewie als Politikwissenschaftler, der mit der Angabe der zwischen 1965 und 1982 Geborenen den möglichen Lagerungstiegel dieser Jahrgänge noch sehr weit greift, wollte mit seiner portraithaften Aufbereitung der Thematik zunächst zur Diskussion anregen, Potentiale aufzeigen, überdies früh ein Etikett besetzen.

---

7 Ulf Poschardt, *Dj-Culture*, Hamburg 1995.

8 Die bislang aktuellste und meines Erachtens profundeste Dokumentation der bisherigen Diskussion zur 89er-Generation stammt von Martin Gloger, *Generation 1989? Zur Kritik einer Zeitgeistdiagnose*, Bielefeld 2012.

9 Vgl. hierzu Tanja Bürgel, *die 89er-Generation – gibt es sie wirklich? Zur Historisierung eines neuen Generationslabels*, in: *Journal für Generationengerechtigkeit* 7 (2007) 2, S. 4–7.

- c) Um der Frage nach den sog. «89ern» eine empirische Grundlage zu verleihen, ist eine systematisches Konzept dafür notwendig, wovon bei der historischen Generation gesprochen wird. Wie entsteht sie, wie wird sie erkennbar?

### III. Soziologische Bestimmung der historischen Generation

Karl Mannheim<sup>10</sup> legte bereits in den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts ein bis heute einschlägiges Konzept zur Bestimmung der historischen Generation vor. Die Generation wird dabei als Kategorie der Beschreibung und Erklärung sozialen Wandels gedacht. Die Chance zur Bildung einer solchen besteht für Mannheim darin, wenn die für neue Weltauslegungen empfängliche Lebensphase der Adoleszenz (anders als in höherem Alter, wo bereits eine Orientierungssättigung besteht), zusammenfällt mit einem kollektiv wahrgenommenen Bedarf der Neu-Deutung der gesellschaftlichen Situation. Im Zentrum steht für ihn immer die Verbindung von sozialer Zeittypik und kollektivbiografischer Erfahrung. Dazu unterscheidet er drei Begriffe<sup>11</sup>: Die *Generationslagerung* bezeichnet den historischen Ort der Generationsangehörigen. Adressiert sind damit miteinander verwandter Geburtsjahrgänge. Sie werden Teil eines *Generationszusammenhangs* jedoch erst dann, wenn sie ein ähnliches Deutungswissen ausbilden. Aber eben nicht irgendeines: Es muss sich als Ausdruck eines «kollektiv verfügbaren historisch-aktuellen Problembestimmung im Sinne eines geteilten und reflexiv gewordenen Problemhorizontes»<sup>12</sup> ausbilden. Ein solcher Horizont kann beispielsweise als kollektiv-biografisches Zurechnungsschema hervortreten und sich in Formeln wie «meine Zeit», «unsere Zeit» oder als «Wir-Gefühl» zeigen.

Gleiche Zeiterfahrung kann aber auch zu gegensätzlichen Problemdefinitionen führen. Mannheim fängt dies mit dem Begriff der *Generationseinheit(en)* ein: Trotz unterschiedlicher Interpretationen – etwa in Gruppen, Szenen oder Milieus – zeigt sich die Kontur einer Generation in der gemeinsamen Bezugsproblematik. Dabei entscheidend: Der *innere* Zusammenhang ist es, der der historischen Generation über eine bestimmte Form kollektiven Selbstverständnisses Kohärenz verleiht:

10 Karl Mannheim, Das Problem der Generationen. in: Kölner Vierteljahresschrift für Soziologie Heft 2 (1928), S. 157–185 und Heft 3 (1928), S. 309–330, hier 311.

11 Mannheim, Das Problem der Generationen (Anm. 10), S. 311.

12 Michael Corsten, Biographie, Lebenslauf und das «Problem der Generation». in: BIOS 14 (2001) 2, S. 32–59, hier 35.

«Eine Generation entsteht aus sich selbst heraus (endogen), durch die Ausarbeitung ihrer eigenen Geschichte/Erzählung, die durch ein spezifisches zeitliches und zugleich dramatisches Schema getragen ist»<sup>13</sup>.

So etwa dann, wenn die von der Jugend kollektiv wahrgenommene Deutungsherausforderung und das überlieferte Deutungsangebot älterer Kulturträger auseinanderklaffen. Es sind diese neu entstehenden kollektiven Zugänge – vor allem während politischer und kultureller Erosionsphasen – die Mannheim besonders im Blick hat. Für die Frage der 89er-Generation sind solche historisch situieren Deutungsrahmen (wie auch Rahmenwechsel) im Auge zu behalten.

#### IV. Kernpunkte ost- und westdeutscher Kohortenerfahrung Jahrgänge um 1970

Folgt man Mannheims Ansatz, ist zunächst die Generationslagerung der behaupteten 89er-Generation zu bestimmen. Es gibt gute Gründe, dazu eingehender die Geburtsjahrgänge um 1970 in Ost und West zu betrachten. Plausible Argumente kommen aus der Lebensverlaufsforschung. Vor allem in der umfassend angelegten «Deutschen Lebensverlaufsstudie» wird dazu der Geburtsjahrgang 1971 in das Zentrum gestellt. In einer neueren Publikation dieser Forschungen haben Karl-Ulrich Mayer und Eva Schulze dafür den Begriff der «Wendegeneration» geprägt: Denn deren Besonderheit ergebe sich daraus, dass die Angehörigen dieses Jahrgangs «ihre Kindheit und Jugend etwa bis zum Ende der Berufsausbildung im geteilten Deutschland in zwei sehr unterschiedlichen Gesellschaftssystemen verbracht, die Phase der beruflichen Entwicklung und der Familienbildung aber im vereinigten Deutschland»<sup>14</sup> haben. Ich komme später darauf zurück.

Wie erwähnt, entsteht die historische Generation aber gerade aus sich heraus, sie besitzt also endogenen Charakter. Deshalb helfen Lebensverlaufsvergleiche nur bedingt zum Verständnis des inneren Zusammenhangs der Generation. Dies muss aber der Fokus bleiben: Der Einfluss von 89ern ist als Datum für die Existenz einer *historischen* Generation zu hinterfragen. Die breit beforschte Frage, ob und wie die Zusammenführung der Institutionen Beruf, Bildung und Wohlfahrtsstaat nach 1990 heute zur Angleichung

13 Ders., «Generationszusammenhänge» der Bundesrepublik Deutschland, in: Gute Gesellschaft. Zur Konstruktion sozialer Ordnungen. Kongressband I des 30. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, hrsg. von Jutta Allmendinger, Opladen 2001, S. 477–518, hier 479.

14 Karl-Ulrich Mayer/Eva Schulze, Die Wendegeneration. Lebensverläufe des Jahrgangs 1971, Frankfurt/M. – New York 2009, S. 11.

der Lebensverhältnisse der Jahrgänge um 1970 in Ost und West führte und wo nicht, kann dabei nicht leitend sein. Gleichwohl besitzen Lebensverlaufsdaten einen wichtigen, jedoch klar zu bemessenden Stellenwert. Schon deshalb, da das Label 89er-Generation immerhin beansprucht, für Ost- und Westbiografien sprechen zu können. Denn die besondere Situation besteht darin, auf unterschiedliche kulturelle Lagen dieser Biografien zu treffen.

Etwa ist der deutlich paternalistische Charakter der DDR-Institutionen nicht zu übersehen, der Lebensläufe nicht nur stark politisch regulierte, sondern diese im Vergleich zur Bundesrepublik auch einheitlicher und stabiler ausformte. Auch Rahmenbedingungen privaten Lebens waren davon beeinflusst: So herrschte in der DDR ein stärkerer Druck in Richtung Eheschließung und Familienbildung, da frühe Familiengründung der Beginn eines auch institutionell stärker gestützten Lebens schlechthin darstellte. Frühe Ehe und Familiengründung wurden demgegenüber in der Bundesrepublik zunehmend als Gefahr der Schließung von anderen denkbaren Lebensperspektiven empfunden. Auch waren geschlechtsspezifische Rollennattributionen von Beginn an in der DDR nicht so stark wie in der Bundesrepublik ausgebildet. Beispielsweise wird für die neuen Bundesländer noch immer anderes weibliches Berufsverständnis festgestellt, weibliche Erwerbstätigkeit rangiert noch immer höher, auch Heirat und Familiengründungen erfolgen früher. Für die Geburtsjahrgänge 1971 bis 1973 (im Weiteren auch für Jahrgänge 1981 bis 1983) zeigt dies jüngst die Panelstudie «DemoDiff»<sup>15</sup> differenziert auf<sup>16</sup>. Ost-West-Unterschiede werden vor allem darin markiert, dass in Ostdeutschland auch bei jungen Menschen im Erwerbsarrangement noch deutlich stärker das «doppelte Vollzeitmodell» statt dem «teilmodernisierten Ernährermodell» vorherrsche. Ebenso betreffe dies das Heiratsverhalten und die Familienstrukturen, hier besonders die ostdeutsche Nichtehelichenquote, die Bedeutung und Akzeptanz nichtehelicher Lebensgemeinschaften und die generell größere Pluralität von Familienformen in Ostdeutschland.

Für das *Selbstverhältnis einer Generation* können Typiken der demografischen Forschung jedoch nur als Baustein herangezogen werden. Erforderlich bleiben die inneren Zurechnungen der Akteure: Gemeinsame Prob-

15 Johannes Huinink/Michaela Kreyenfeld/Heike Trappe, Familie und Partnerschaft in Ost- und Westdeutschland. Ähnlich und doch immer anders, Opladen 2012 (Sonderheft Zeitschrift für Familienforschung, 9).

16 Vgl. auch Sonja Bastin/Michaela Kreyenfeld/Christine Schnor, Diversität der Familienformen in Ost- und Westdeutschland, in: Familie(n) heute – Entwicklungen, Kontroversen, Prognosen, hrsg. von Dorothea Krüger/Holger Herma/Anja Schierbaum Wiesbaden 2013, S. 126–145.

lemhorizonte, verwandte Deutungsmuster, ähnliche Weltauslegungen. Der soziologische Generationsbegriff lässt sich nicht über objektive Daten der Lebensführung auflösen, er ist nicht quantifizierbar, sondern muss interpretativ angelegt werden.

Diesem Argument folgend, sind die historischen Erfahrungsfenster der Jahrgänge um 1970 eingehender zu betrachten: Ihre Jugend und frühe Adoleszenz fallen also vorwiegend in die 1980er Jahre. Dem westdeutschen Teil dieser Jahrgänge sind die Unsicherheiten der Arbeitsmarktsituation, die mit den 1970er Jahren einkehren, bereits vertraut. Die Krise wohlfahrtsstaatlicher Sicherung ist für sie zwar nicht normal, aber gewohnt. Auch die Vorgängergeneration (die sog. «78er»)<sup>17</sup> mit den Jahrgängen etwa um 1960 erleben das Abschmelzen des sozialen Sicherheitsnetzes und das Ende der Vorstellung «immerwährender Prosperität» (Burkart Lutz), aber sie erleben in frühen Jahren noch dessen Suggestionskraft. Die 89er scheinen demgegenüber stärker die faktischen Verlierer des Verlusts der ehemals wohlfahrtsstaatlichen Bindekraft zu sein.

In Ostdeutschland sind diese Jahrgänge Kinder einer zu größten Teilen in der Phase der DDR geborenen Elterngeneration. Generell war das Jugendmuratorium in der DDR verkürzt und die Kontingenz biografischer Perspektiven geringer.<sup>18</sup> Es konnten sich daher nicht in dem Maße alternative biografische Deutungshorizonte herausbilden und Legitimation finden, wie seit den 60er Jahren umgekehrt in der Bundesrepublik. Die Individualitätssemantik war also in der DDR schwächer ausgeprägt, die strukturellen Grundlagen für die mit der Bundesrepublik vergleichbaren, starken kulturellen Generationseffekte in Biografien fehlten. Gleichwohl trifft dies für den ostdeutschen Teil der hier betrachteten Jahrgänge nicht mehr in dieser zentralen Weise zu wie noch für Jahrgänge etwa zehn Jahre zuvor. Institutionell formatierte Statusübergänge fallen in nicht unerheblichem Anteil in oder nach der Zeit von Mauerfall und des Zusammenschlusses beider deutscher Staaten, also ungefähr mit dem Übergang in die Volljährigkeit zusammen. Gleichwohl bleibt für die ostdeutschen Jahrgänge die Auflösung der sozialistischen Gesellschaft als starker Erfahrungsbruch verbindend. Das

---

17 Mohr, Zaungäste (Anm. 6), vgl. Michael Behr, Innenansicht auf die pragmatische Generation – Zwischen alternativem Lebensentwurf und kritischer Anpassung, in: BUNDESREPUBLIK ade! Vierzig Jahre in Rückansichten von Sozial- und Kulturwissenschaftlern, hrsg. von Otthein Rammstedt/Gerd Schmidt, Frankfurt/M. 1992, S. 287–318.

18 Stefan Böckler, Die deutsche Jugend. Voraussetzungen und Perspektiven der Generationenbildung im vereinten Deutschland, in: Zeitschrift für Soziologie 21 (1993) 5, S. 313–329.

neue Gefüge bietet zwar große Chancen, verlangt aber zunächst vor allem adaptive Orientierungen ab.

Für die westdeutsche Jahrgangslagerung ist es stärker ein Abschmelzen der 68er-Hegemonie, als Ende einer immer auch linkskritischen Präsenz in den öffentlichen Diskursen. Bereits die 1980er Jahre galten als Phase der Wiederkehr materialistischer Werte nach vormals lange etablierten post-materialistischen Diskursen<sup>19</sup>. Ab den 1990er Jahren wird der Elitebegriff wieder diskursfähig, in den Sozialwissenschaften klingt die Klassenanalyse ab<sup>20</sup>. *Beide* regionalen Teile dieser Jahrgangslagerung verbindet nicht nur auf je spezifische Weise das Erleben des Endes des kalten Krieges in jungen Jahren, nicht nur Mauerfall und Vereinigung beider deutscher Staaten, und nicht nur die erste Kriegsteilnahme der Bundesrepublik; vielmehr erscheint zentral: Beide Teile wachsen nach 1989 zugleich in eine Art neues gesellschaftliches Selbstverständnis hinein. Für die Frage nach einem verbindenden Generationszusammenhang erscheint eben dieser Aspekt erheblich. Denn: Während die Eltern auch in der ökonomischen Krise der Bonner Republik noch für die eigene Lebenssicherung abschöpfen konnten, erleben die Kinder das Ende davon. Gleichwohl vertraut mit dem Rückgang von Normalarbeitserwartungen und seinen Folgen der Destabilisierung und Verkleinerung der Mittelschichten, bei gleichzeitiger Aufspaltung von gut situierten, sich abschottenden auf der einen Seite und Abgehängten, Exkludierten in postfordistischen Arbeitsformen auf der anderen Seite<sup>21</sup>. Kurz: ein Verlust des Sicherheitsbewusstseins noch der Elterngeneration und die Normalisierung eines dünner und kühler werdenden sozialen Netzes. Die ostdeutsche Kohorte erlebt zudem einen kompletten Institutionentransfer in sehr kurzer Zeit.

---

19 Die Berechnungen von Markus Klein zur Existenz der 89er-Generation sind dem Paradigma der Wertewandelforschung verhaftet, stellen eine Abwendung vom postmaterialistischen Habitus der Vorgängergenerationen fest, können aber das Generationelle nicht greifen: Markus Klein, Gibt es die Generation Golf? Eine empirische Inspektion, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 55 (2003) 1, S. 99–115.

20 Gloger, Generation 1989? (Anm. 8); vgl. David Bebnowski, Generation und Geltung: von den «45ern» zur «Generation Praktikum» – etablierte und übersehene Generationen im Vergleich, Bielefeld 2012.

21 Vgl. Gloger, Generation 1989? (Anm. 8); vgl. Bebnowski, Generation und Geltung (Anm. 20).

## V. Selbstthematisierung der 89er

Für die Suchspur «Generation» ist nun folgendes aufschlussreich: Ab Ende der 1990er Jahre beginnen die angesprochenen Jahrgänge über sich selbst zu schreiben. Rasch entsteht eine Fülle historischer Selbstbeschreibungen im Zurechnungsmodus «Generation»; sehr häufig aus dem belletristisch-literarischen Sektor. Überhaupt erlebt die generationelle Selbstbeschreibung und deren Erforschung seit den 1990er Jahren Konjunktur. Die Kategorie «Generation» wird wiederentdeckt und erfüllt neue Funktionen bei der sozialen Selbstsuche (vgl. auch unten)<sup>22</sup>. Dabei greifen die hier betrachteten Jahrgänge das Label «89er-Generation» häufig auf. Von dieser Warte gesehen, formieren sich die 89er also ungefähr zehn Jahre *nach* 1989 – im Entwerfen ihrer selbst als zeithistorisches Kollektiv. Der Grund für diese Verzögerung liegt auf der Hand: Im Lebensalter von etwa dreißig beginnen sie selbst, Positionen in den gesellschaftlichen Institutionen zu besetzen und reflektieren erste Bilanzen des eigenen Lebens. Dabei entdecken sie die Generationskategorie als Ressource der historischen Selbstverortung. Zunächst mit ironischem Unterton, später kämpferischer, teils auch feindselig. Häufig gerichtet gegen die 68er, denen eine goldene berufliche Situation und ein daraus resultierendes leichtes Reden vorgeworfen wird.

Zur Illustration der Selbstthematisierung dieser Jahrgänge im Folgenden zwei sehr prominent gewordene Beispiele. Angesprochen sind die beiden der Popliteratur zugerechneten Bestseller-Bücher «Generation Golf» und «Zonenkinder». Beide sind nicht nur mittlerweile etablierte Referenzen im Diskurs des Feuilletons, sondern auch Basiswissen der seit Jahren lebhaft geführten sozialwissenschaftlichen Diskussion zu diesen Jahrgängen. Der bekannteste Beitrag ist der Bestseller «Generation Golf» von Florian Illies von 2000 (auf das drei Jahre später «Generation Golf zwei» folgt). Illies geht von den Geburtsjahrgängen 1965–75 aus. Die Bezeichnung «Golf» ist hier auf die vom Hersteller 1997 selbst kolportierte, milieuübergreifende Strahlkraft der PKW-Produktreihe bezogen. Illies, 1971 in Hessen geboren, legt diesen Jahrgängen einen «gemeinsam geteilte[n] Produkthorizont»<sup>23</sup> zu-

22 Vgl. Kaspar Maase, *Farbige Bescheidenheit*, in: *Generationen*, hrsg. von Ulrike Jureit/Michael Wildt, Hamburg 2003, S. 220–242. Vgl. Heinz Bude, *Die biographische Relevanz der Generation*, in: *Generationen in Familie und Gesellschaft*, hrsg. von Martin Kohli/Marc Szydlík, Opladen 2000, S. 19–35.

23 Tobias Kemnitzer, *Von Zonenkindern und der Generation Golf – ein literarischer Streifzug zu den 89ern*, in: *Journal für Generationengerechtigkeit* 7 (2007) 2, S. 9–13, hier 10.

grunde und verortet gemeinsame Erinnerungen in der Welt des reichhaltigen Konsums und der daraus hervorgehenden Distinktionspraxis seiner Jahrgänge und speziell seines Milieus. Besonders dringlich ist ihm jedoch: Für die Zeit nach 1989 würden die Deutungsangebote und Handlungsfolien der Jahrgänge zuvor nicht mehr überzeugen:

«Es wirkte befreiend, dass man endlich den gesamten Bestand an Werten und Worten der 68er-Generation, den man schon immer als albern empfand, auch öffentlich albern nennen konnte.<sup>24</sup> [...] Denn die Abgrenzung gegenüber der Vorgängergeneration mit ihrer Moralthoheit war für uns früh eine entscheidende Lebensmaxime.<sup>25</sup> [...] Denn wir stehen Schröder so emotionslos gegenüber wie der gesamten nationalen und internationalen Politik. Wir haben zur Frage, ob man Socken zu Sandalen tragen darf und welche Internetaktie man kaufen sollte, eine dezidierte Meinung als zum Nato-Einsatz im Kosovo.»<sup>26</sup>

Zweifellos ist die Verbindung von Sockenfrage und Kosovo-Einsatz gezielt auf Groteske angelegt. Entrüstung ist vorkalkuliert, wenn ästhetische Geschmacksfrage und ethische Grundsatzfrage zueinander gestellt werden. Das zeigt jedoch gewissermaßen Geschick für maximal erreichbare Empörung – was ein genaues Gespür voraussetzt. Eben das Gespür, wer welche Position besetzt. Quasi die Kenntnis darüber, wer getroffen werden soll – oder pointierter: Wer sich betroffen machen lässt. Der Sprecher erweist sich hier somit als Kenner seiner Generation und als Kenner der Anderen; der hegemonialen Diskursträger im Modus der Generation.

Zwei Jahre später erscheint das Buch «Zonenkinder» der in Leipzig aufgewachsenen Jana Hensel<sup>27</sup>, dem wiederum zwei Jahre später eine Replik erfolgt, in der selbst Angela Merkel kommentiert<sup>28</sup>. Hensel hat die ostdeutsche Alterskohorte der um 1975 Geborenen im Blick. Sie nennt sie die «ersten Wessis aus Ostdeutschland»<sup>29</sup> und spricht bevorzugt im Kollektivpronomen «Wir»:

«Wir sind weder in der DDR noch in der Bundesrepublik erwachsen geworden. Wir sind die Kinder der Zone, in der alles neu aufgebaut werden musste,

---

24 Florian Illies, *Generation Golf. Eine Inspektion*, Frankfurt/M. 2001, hier S. 155. 25 Ebd., S. 177.

26 Ebd., S. 121 f.

27 Jana Hensel, *Zonenkinder*, Reinbek 2002.

28 Tom Kraushaar, *Die Zonenkinder und Wir. Geschichte eines Phänomens*, Reinbek 2004.

29 Hensel, *Zonenkinder* (Anm. 27), S. 166.



kein Stein auf dem anderen blieb und kaum ein Ziel erreicht worden ist [...]. Das einzige Kontinuum unseres Lebens aber mussten wir selbst erschaffen. Das ist unsere Generation.»<sup>30</sup>

Bezogen auf die Elterngeneration:

«Unsere gemeinsame Geschichte endete an dem Tag, als die Mauer fiel: Sie ängstigten sich um ihre Jobs, wir suchten uns das passende Gymnasium, büffelten dort die Sitzverteilung im Bundestag, lernten die Nationalhymne nun wieder mit Text und die Ereignisse des 17. Juni 1953 auswendig. Sie ließen sich scheiden, wir überlegten, ob wir das Austauschjahr in Amerika schon jetzt machen sollten oder erst im Studium. [...] Da gab es keine Gemeinsamkeiten. Sie redeten kaum über ihr Leben, wir gar nicht über das unsere. Ihre Erfahrungen schienen uns nutzlos geworden, nutzlos für uns jedenfalls, so dass wir gut darauf verzichten konnten.<sup>31</sup> [...] Unsere Eltern, so sehen wir es, sind müde und ein bisschen zu alt für die neue Zeit. Sie sind die Sitzenbleiber einer anderen Epoche, die sich gerade erledigt hat und aus der nur Carmen Nebel, das Ampelmännchen, Nordhäuser Doppelkorn, Plauener Spitze und die PDS übrig geblieben sind [...]. Und so sehen wir für uns keine andere Möglichkeit, als erfolgreich zu sein. Wenn wir uns in den nächsten zehn Jahren gut schlagen und einen anständigen Job bekommen, dann erhalten unsere Eltern immerhin im Nachhinein Recht und dürfen glauben, im Westen und in der DDR nicht alles falsch gemacht zu haben.»<sup>32</sup>

Auf den ersten Blick mag dieser Duktus einen verdrießlichen Unterton haben. Aber dies täuscht, denn Hensel steht der Zeit nach 1989 äußerst affirmativ gegenüber. Vielmehr ist eine Typik der Formalisierung ihrer Selbstbeobachtung zu betrachten. Diese zeigt sich auch darin, wenn Hensel, damals 26-jährig, an anderer Stelle sagt, ihre Generation sei verbunden durch zwei «halbe Leben». Gewissermaßen stellt sich hier das Problem, Geschichten «fertig erzählen» zu können. In die Erwartung einer konventionellen biografischen Fortschreibung schiebt sich ein (kollektiver) Kontinuitätsbruch dazwischen. Jeder Bruch ist aber von Verhinderung und Chance gleichzeitig getragen, das heißt in jeder Generation insgesamt stellt sich die Herausforderung neu her, Kohärenz in der eigenen Biografie herzustellen. Die spezielle Färbung in diesen Passagen besteht hingegen im dominierenden Eindruck, die Erfahrung dieses Bruchs nur mit ganz bestimmten Mitteln kompensieren zu können: Nämlich der alten, als tragisch deklarierten Welt

---

30 Ebd., S. 59 f.

31 Ebd., S. 76 f.

32 Ebd., S. 80 f.

der Eltern in jedem Falle entgehen zu müssen, hingegen mit besonderer Dringlichkeit den Erfolgsweg zu suchen, dem wenig Spielraum für Experimente überlassen wird.

In diesem Punkt verbinden sich deutlich beide bis 1989 regional geprägten Generationszusammenhänge. Denn während die »Generation Golf« in der Illies'schen Fassung in weiten Teilen klar einem westdeutschen Erfahrungszusammenhang zuzuordnen ist (im Sinne Mannheims damit eine Generationseinheit darstellt), sind die Versuche der Statussicherung angesichts des neuen sozioökonomischen, neoliberal geprägten Drucks, und seiner von den Einzelnen erahnten Fallstricke, in beiden Teilen eine dominante Handlungsorientierung. Daran ändert auch nichts der liberal-konservative Bias im Narrativ von Illies (hierzu Bebnowski: »Der fast ständische Wunsch nach elitärer Distinktion wirkt befremdlich«)<sup>33</sup>, sondern bestärkt dies womöglich:

»Für Jugendliche aus besser gestellten Elternhäusern hatte offenbar die hedonistisch-ironisch distanzierte Haltung einer »Generation Golf« (...) hohen Erkennungswert.«<sup>34</sup>

Verbindend sind die Reaktionen auf die mit den 90er eintretenden biografischen Verunsicherungen angesichts der raschen Abwertung der Handlungsfolien der vorangegangenen Generation: In Westdeutschland das ausgedehnte Selbstverwirklichungsmaxim der 68er und 78er, in Ostdeutschland die Einhegung der Lebenswege im sozialistischen Programm. Die Verunsicherungen angesichts der Verschärfung der ökonomischen Situation<sup>35</sup> erleben beide Teile schließlich im selben Staat.<sup>36</sup>

Insofern gehören Illies und Hensel (neben vielen hier nicht erwähnten Protagonisten) gewissermaßen zur popliterarischen Diskurselite<sup>37</sup> und sprechen nur für einen und womöglich kleineren Teil ihrer Generation. Aber es

33 Bebnowski, *Generation und Geltung* (Anm. 20), S. 169.

34 Mayer/Schulze, *Die Wendegeneration* (Anm. 14), S. 24.

35 Bebnowski, *Generation und Geltung* (Anm. 20), S. 175 ff.

36 Das derzeit populäre Etikett »Generation Praktikum« betrifft wiederum die jüngeren Jahrgänge etwa ab Ende der 1970er Jahre, ist stärker an die Folgen der ökonomischen Krise gebunden und besitzt größeren internationalen (in erster Linie europäischen) Stellenwert. Auch die Debatte um eine sog. »Netzgeneration« betrifft eher die Jahrgänge ab 1980, ebenso wie das Forum »3te Generation Ost« das Jahrgangszentrum bei jungen Ostdeutschen setzt, die lediglich noch ihre Kindheit in der DDR verbracht haben.

37 Die Bücher sind der Renaissance-Welle des Genres ab den 90er Jahren zuzuordnen. Vgl. auch Ulf Poschardt, 2009, <http://www.welt.de/kultur/article5524297/Die-Generation-Golf-macht-jetzt-Politik.html>.

ist gerade dieser nach außen getragene Snobismus, der die bis dahin etablierten Diskursführer so empfindlich getroffen hat, weil er die eingespielten Sprachcodes der 68er- und 78er-Generation am pointiertesten vorgeführt hat. Es zeigt zugleich auf, dass sich diese Generation mit den ironischen Fertigkeiten ein habituelles Merkmal mit besonderer Funktion zugelegt hat. Die Ironie ermöglicht einerseits stetes Abstandhalten, zugleich ist sie eine Ressource, rasche Umdeutung und schnelle Versetzung der Dinge in der Hinterhand zu behalten. Das ist einer der Gründe, die Corsten<sup>38</sup> dazu veranlassen, Generation auch als «kollektive Affinität für Diskursformen» zu bezeichnen – und daran zu fragen, ob sich in solchen Affinitäten zugleich das Selbstverständnis einer Generation artikuliert. Corsten geht davon aus, dass diese Jahrgänge mit dem Übergang in die 1990er Jahre einen relativ raschen Wechsel gesellschaftlich geforderter Haltungen erlebt haben. Mit dem für sie typischen «inversiven» Kommunikationsstil, so sein Argument, kann nun die Festschreibung auf eine eindeutige soziale Identität vermieden werden, da eindeutige soziale Zuschreibungen immer auch ein Risiko darstellen. Eben für das flexible Reagieren-können als Kennzeichen der Problemwahrnehmung dieser Generation ist. Ich komme im Fazit darauf zurück.

## VI. Fazit

Wie verhält sich nun das Generationskonzept zur Frage (welt-)geschichtlicher Zäsuren? Dies betrifft die grundsätzlichere Frage, von welchem Modus Entwicklungen in der modernen sozialen Welt getragen werden. Ist dieser Modus linear, wonach sich die Dinge in regelmäßigen Einheiten forttragen, oder gibt es bestimmte Rhythmen – in diesem Fall mit der Frage nach deren Verursachung? Oder ist von Perioden auszugehen, getragen von dann ebenso zu begründenden Intervallen?

Zunächst steht das Konzept der historischen Generation quer zu modernisierungstheoretischen Langfristtheorien. Es vertritt die Beobachtungsperspektive kurzfristiger Wandlungstendenzen, die sich gegen den Anspruch der Vorhersagbarkeit stellt. Die Stärke des Konzepts der historischen Generation liegt in mindestens zwei Aspekten: Zunächst in Mannheims Verdienst, das endogene Potential gesellschaftlicher Entwicklungen herausgestellt zu haben, und gerade in der historischen Phase seines Schaffens, damit gegen stark ideologisch aufgeladene Wissenschaftsmythologie-

---

38 Corsten, «Generationszusammenhänge» der Bundesrepublik Deutschland (Anm. 13), S. 478.

me seiner Zeit argumentieren zu können. Heute wird die These vertreten, dass die Selbstverortung in Generations-Bezügen zufolge der Erosion segmentärer Vergesellschaftung in modernen Gesellschaften generell zugenommen habe<sup>39</sup>. Nach der andauernden Ausarbeitung Mannheims Ansatz für die empirische Praxis, zeigt sich die Kraft einer wissenssoziologisch fundierten Generationssoziologie in der Gegenwart in der Verbindung von Lebensverlaufsperspektive und biografiethoretischer Perspektive. Womit auch die analytisch schon immer dünne Metapher der «Ereignisprägung» vermieden wird, die nicht die Verarbeitung von Ereignissen adressieren kann, sondern von vorneherein deterministisch angelegt ist. Zum anderen in Mannheims klarer konzeptioneller Anlage dafür, dieses endogene Potential aus kollektiven Erfahrungen und Weltauslegungen von Personen heraus erklären zu können, die etwa zur gleichen Zeit geboren sind – ohne miteinander bekannt, in gemeinsamer Diskussion oder gar Anhänger einer bestimmten Theorieausrichtung sein zu müssen.

Allerdings wird deutlich: An der Existenz der 89er-Generation bleibt etwas Vages, was auch Gloger<sup>40</sup> bedachtsam abwägen lässt, inwieweit es sich hierbei gar um eine «medial vermittelte Chimäre» handelt. Gemessen an plakativen Maßstäben der 68er, der vielleicht letzten «heroischen» Generation, erscheinen die 89er eher profillos<sup>41</sup>. Das war aber auch schon bei der von Helmut Schelsky aufgebrachten «skeptischen Generation» der Jahrgänge etwa 1930–1940 der Fall, die nicht wie die 68er, eine so stark auch nach außen getragene Selbstbezüglichkeit besaßen. Auch die Frage, ob die 89er als «nachholende 68er des Ostens» betrachtet werden können, ist vor allem eine Frage von Etikettierungen in der Gemengelage politischer Positionierungen und Konzepte zum Thema<sup>42</sup>. Auch revolutionär in einem emphatischen Sinne sind die 89er nicht, verglichen mit dem Mythos, der den 68ern heute anhaftet. Zur «Generation» wurden diese aber auch erst ab Ende der 1980er Jahre. Bis dahin wurde lediglich von «Studentenbewegung», «APO» und «Alt-68ern» gesprochen.

Wie ist es aber abseits der politischen Ereignisebene nun mit dem Generationszusammenhang der hier betrachteten Jahrgänge bestellt? Zeichnen sich hierbei zwei sehr große Generationseinheiten ab, gar zwei Regionalgenerationen? Genau deshalb, weil sie dies so unbestimmt lassen, scheinen aber die Labels «89er-Generation» und «Wendegeneration» bei den damit

39 Vgl. Bude, Die Biographische Relevanz der Generation (Anm. 22).

40 Gloger, Generation (Anm. 8), S. 9.

41 Vgl. Maase, Farbige Bescheidenheit (Anm. 22).

42 Vgl. Bürgel, die 89er-Generation (Anm. 9).

Bezeichneten nie jene Bindungs- und Resonanzkraft erreicht zu haben. Der Popliteratur ist dies in bemerkenswerter Weise gelungen. Sie hat scheinbar brauchbare Narrative angeboten, da diese eine ästhetische Signatur bedienen, die auch die populäre Kultur miteinschließt und sowohl auf den politischen Ernst verzichtet, den die Generationsbezeichnungen zuvor zuweilen mit sich führen. «89er»- und «Wendegeneration» sind zudem als Etiketten zwar griffig, suggerieren aber zu sehr die Identifikationskraft punktueller Ereignisse.

Statt einen statischen Begriff der Zäsur als direkten Schnitt zugrunde zu legen, moderiert der Ausdruck Problemhorizont (vgl. oben) weit günstiger, was das Generationelle eigentlich zum Ausdruck bringt. Es geht nämlich um das, was den Einzelnen nach Auslegen ihrer selbst erfahrenen historischen Situation am Ende als nicht mehr entziehbare Herausforderung gegenübersteht. Kollektiv, im umgrenzten Sinne der Generation, wechseln solche Problemhorizonte aber nicht vorhersehbar, vielmehr können sie sogar auch ausbleiben<sup>43</sup>. «Tektonische Verschiebungen» nennt Fietze<sup>44</sup> jedoch erkennbare Erscheinungen im Generationsgefüge und adressiert damit jene «Ungleichzeitigkeit des Gleichzeitigen» (Wilhelm Pinder) wonach in jeder historischen Zeit ein Ereignis zwar alle Anwesenden gleichzeitig trifft, sie davon aber unterschiedlich betroffen sind.

Vor diesem Hintergrund kann ein Ost- und Westbiografien verbindender, gemeinsamer Problemhorizont dieser Jahrgänge behauptet werden. Er hat aber weder eine politische Generation mit klar konturierter Zielartikulation hervorgebracht, noch wird er getragen von einem emphatischen «Wir». Vielmehr scheint für diese Jahrgänge folgendes Schema zu greifen: Erfahrung von Sicherheit und Orientierung in Kindheit und Jugend, und: Erosion dieser Sicherheit im jungen Erwachsenenalter. In Westdeutschland also Kindheit und Jugend im «Ausklang einer bemerkenswerten Wohlstandsphase»<sup>45</sup> und noch Nutznießer von Bildungsreformen und Bildungsexpansion. Bereits ab Ende der 1980er aber, beschleunigt nach 1989, die «zunehmende Verunsicherung über den Einkommens-, Status- und Karriereerwartung des gestiegenen Bildungserfolgs» sowie eine zum Normalfall verfestigte Sorge und «Desillusionierung über die eigenen Zukunftschancen»<sup>46</sup>.

---

43 Corsten, «Generationszusammenhänge» der Bundesrepublik Deutschland (Anm. 13), S. 417.

44 Beate Fietze, Historische Generationen. Über einen sozialen Mechanismus kulturellen Wandels und kollektiver Kreativität, Bielefeld 2009.

45 Mayer/Schulze, Die Wendegeneration (Anm. 14), S. 90.

46 Ebd., S. 90.

Die ostdeutschen Jahrgänge erleben zudem die Implosion eines ganzen politischen Systems und seiner ehemals angebotenen Lebensfolien. Die Entwertung der schulischen Welt und der Institutionen, Auf-sich-selbst-Verwiesenheit und Selbstsozialisation sind die Merkmale, mit denen Lindner<sup>47</sup> für die DDR eine 1961–1975 geborene und die Anpassungsleistungen von Eltern und Großeltern in Frage stellende «distanzierte Generation» sowie eine ab 1975 geborene «Generation der Unberatenen» konstellierte. Letztere steht hier quasi am Ende der Konstitutionsphase der «89er» (vgl. unten).<sup>48</sup> Ein adoleszentes Erfahrungsmuster kommt damit in ein Verwandtschaftsverhältnis, trotz unterschiedlicher gesellschaftlicher Herkunft: Die Umstellung von Sicherheits- und Orientierungsgewohnheiten, und zwar genau in jener sensiblen und generationskonstituierenden Phase, wo sich Bildungshoffnungen und Bildungsinvestitionen ausmünzen sollen, also an den Schwellen wichtiger Statuspassagen im Lebensverlauf. Der kritisch-reflexive, postmaterialistische Geist in Westdeutschland hilft nicht mehr dabei, eine Ausbildungsstelle oder eine unbefristete Beschäftigung zu erlangen; die ostdeutschen Eltern sind teils längere Zeit paralysiert angesichts des Gefühls eigener Entwertung oder mit beruflicher «Eigenrettung»<sup>49</sup> beschäftigt.

Gemeinsam ist jedoch die ähnlich beschaffene, wenn auch unterschiedlich kompensierte Herausforderung des Entwickelns biografischer Handlungsmuster, bei denen alte Rezepte nicht mehr taugen. Mit 1989 hat sich ein Bedarf solcher neuen Muster relativ rasch kollektiv gestellt und für junge Menschen in besonderer Weise. In privatem und öffentlichem Leben artikuliert sich das zwar mitunter äußerst heterogen. Die Verbindung kommt aber in einem zum Tragen: In der den Einzelnen gewahr werdenden Einsicht, sich hierzu kommunikativ nicht mehr entziehen zu können.<sup>50</sup>

In 1989 korrespondieren welthistorische Zäsur und Weltmedienereignis eng miteinander, wie dieser Band aufzeigt. 1989 als Einflussgröße für einen

47 Lindner, Kriterien für ein Modell der Jugendgenerationen der DDR (Anm. 4), S. 209 ff.

48 Auch rechtsextrem orientierte Generationseinheiten lassen sich als radikalisierte Ausdeutung der Lösung von Verunsicherung, von Entscheidungskontingenz und Entscheidungsdruck lesen; hier abgegeben an die Verheißung der klaren hierarchischen Ordnung und der extern regelnden Instanz.

49 Kemnitzer, Von Zonenkindern und der Generation (Anm. 23), S. 10.

50 Die von Kemnitzer (2007) aufgeworfene Darstellung, «dass das kulturelle Zusammengehörigkeitsgefühl dieser ›Wendegeneration‹ inzwischen stärker wirkt als Ost- und Westidentitäten [...]» klingt in diesem Zusammenhang einnehmend, bedarf jedoch stabiler empirischer Überprüfung.

Generationszusammenhang besitzt aber zunächst lokale Relevanz. Gleichwohl: Die Größe dieser lokalen Relevanz scheint nicht notwendig auf Biografien in der Bundesrepublik und der DDR beschränkt. Vielmehr müsste erst eine entsprechend angelegte Forschung zeigen, ob und inwiefern sich auch anderswo Strukturmuster, Bruchpunkte und Problemhorizonte niedergeschlagen haben, ganz besonders in Biografien anderer postsozialistischer Gesellschaften, die eng mit dem Ereignisfolgen von 1989 verwoben sind. Die in diesem Beitrag als prominente Referenz herangezogene «68er»-Generation sind hierzu selbst das beste Beispiel. Zum einen zeigt ihr Streit um die Redemokratisierung der bundesrepublikanischen Nachkriegsgeschichte nur die politische Facette ihrer Generationsgestalt. Tiefenschärfer ist es, an dieser Generation das Verlangen nach einer Neu-Arrangierung von Subjektivität zu verstehen, dessen Verhinderung seit dem Nationalsozialismus sie der Elterngeneration vorgeworfen hatten.<sup>51</sup> Zum anderen ist vielfach nachgezeichnet worden, wie zeitgleich in einer ganzen Reihe westlicher Gesellschaften Ende der 60er Jahre sehr ähnlich Konfliktmuster zu Tage traten und Bedarf nach kultureller Modernisierung artikulierten.

Zentraler Analysepunkt bleiben die auffindbaren Formen der Weltauslegung, und Auslegung heißt hier: Nicht alle handeln gleich oder legen die von ihnen interpretierten gesellschaftlichen Herausforderungen in genau gleicher Weise aus. Die Gestalt der Generation zeigt sich aber im Netz gemeinsamer Bezugspunkte, an dem zugleich die Bruchpunkte zum Netz vorangegangener Generationen erkennbar werden. Genau dies ist die Zäsur der Generation.

---

51 Ralph Turner, *The Real Self. From Institution to Impulse*, in: *American Journal of Sociology* 81 (1976), S. 986–1007. Vgl. Bude, *Die Biographische Relevanz der Generation* (Anm. 22).

## 89er-Generation – ein beladenes Etikett?

Kommentar zum Beitrag von Holger Herma

VOLKER SOMMER

Der Vortrag von Holger Herma zu *Selbstthematisierung und private Lebensführung im innerdeutschen Transformationsprozess* regt zum Diskurs an. Es werden Fragen eröffnet: Was ist Selbstthematisierung? Berührt Selbstthematisierung Arbeitsbereiche der Politikwissenschaft? Welche Auswirkungen auf gesellschaftliche Entwicklung hat Selbstthematisierung und wurde dadurch der innerdeutsche Transformationsprozess verändert? Und nicht zuletzt, welche Erwartungen stellen wir an die 89er-Generation und was bedeutet dieses Etikett?

Diese Fragen lassen sich sicherlich nicht in dieser knapp bemessenen Kommentierung klären, aber es ist mir ein Anliegen Denkanstöße aufzunehmen und weitere Anknüpfungspunkte zu einer vergleichenden zeitdiagnostischen Betrachtung anzubieten.

Ludwig von Friedeburg resümiert die Bereitschaft der Jugend in einer sich entwickelnden modernen Gesellschaft zur politischen Partizipation eher skeptisch:

«Überall erscheint die Welt ohne Alternativen, passt man sich den jeweiligen Gegebenheiten an, ohne sich zu engagieren, und sucht sein persönliches Glück in Familienleben und Berufskarriere. In der modernen Gesellschaft bilden Studenten kaum mehr ein Ferment produktiver Unruhe.»<sup>1</sup>

Welches Zeitfenster wird hier geöffnet? Für welche «Generation» gilt diese Beschreibung? Ist damit der gesellschaftliche Kontext der so genannten ‚Generation-Golf‘ gemeint, deren Basisprodukte Ikea, Golf und Playmobil sind, oder ist es gar der Lebensbereich der Generation 2015 – welches Label wir auch immer dieser dann aufbürden werden?<sup>2</sup>

Das vorgenannte Zitat von Ludwig von Friedeburg bezieht sich jedoch nicht auf die 89er-Generation, sondern soll – noch 1965 – die Jugend und Studierenden der dann nahenden 68er Bewegung charakterisieren. Das zugrundeliegende Potential produktiver Unruhe wurde somit noch nicht evident. Axel Schildt bezeichnet in seinem Beitrag *Vor der Revolte*:

---

1 Axel Schildt, *Vor der Revolte: Die Sechziger Jahre. Dossier: Die 68er-Bewegung*, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2008, S. 1–3.

2 Florian Illies, *Generation Golf. Eine Inspektion*. Berlin 2002.



Die Sechziger Jahre als die «eruptive Wucht der 1967 eskalierenden Protestbewegung»<sup>3</sup>, die selbst von «professionellen Beobachtern» nicht erahnt wurde. Genau dieser Generation hatte man noch kurz zuvor politisches Desinteresse attestiert. Eben diese Jugend wurde vielmehr als «konsumfiziert» und dadurch als «manipulierbar» abgestempelt.<sup>4</sup> Auf Grund eigener Beobachtungen bezeichnete der konservative Theologe Helmut Thielicke die Studierenden in Hamburg sogar als «schweigende Generation».<sup>5</sup> Aus heutiger Sicht wissen wir, dass diese Zuschreibungen anschließend deutlich korrigiert wurden, denn die als quasi unpolitisch bezeichnete 68er-Bewegung schien die Gestaltung der Zukunft schlagartig in die eigenen Hände nehmen zu wollen.

Zumindest im Ansatz möchte ich an dieser Stelle eine komparative Perspektive eröffnen, in Anlehnung an von Beymes Feststellung, dass der Vergleich die Methode der Politikwissenschaft ist.<sup>6</sup> Somit werden einige Ausführungen von Holger Herma zumindest im Ansatz abgleichend mit den Gegebenheiten der 68er-Generation kontrastiert.

Wir kennen alle die Charakterisierung des Zeitraums dieser Aufbruchstimmung und der so genannten «Rebellion» (vgl. Schneider 2008) der 68er. Notstandsgesetze wurden beschlossen und eine Opposition war für breite Teile der Bevölkerung im Bundestag nicht präsent. Das vorherrschende Drei-Parteiensystem (Wahlergebnis von 1965: CDU/CSU 47,6%, SPD 39,3%, FDP 9,5% und Sonstige 3,6%)<sup>7</sup> mündete in einer großen Koalition mit einer stabilen Mehrheit von annähernd 90%. Doch scheinbar bot die Regierung insbesondere der jüngeren Generation nicht hinreichend Raum für die sich entwickelnde heterogene politische Gesellschaft der Bundesrepublik. Dies implizierte Reaktionen des Aufbegehrens, letztlich auch die Bildung einer außerparlamentarischen Opposition. Zwischen Jugend und

---

3 Schildt, Vor der Revolte (Anm. 1), S. 1.

4 Hartmut M. Gries, «Jugend(sub)kultur(en)» – Facetten, Probleme und Diskurse, in: Jugendkulturen, Politik und Protest. Vom Widerstand zum Kommerz?, hrsg. von Roland Roth/Dieter Rucht, Opladen 2000, S. 37–47.

5 Thomas Kroll, Generationsverhältnisse und politischer Konflikt während der Studentenrevolte von 1968 in der Bundesrepublik Deutschland, in: Übergänge und Schnittmengen: Arbeit, Migration, Bevölkerung und Wissenschaftsgeschichte in Diskussion, hrsg. von Annemarie Steidl/Thomas Buchner/Werner Lausecker/Alexander Pinwinkler/Sigrid Wadauer/Hermann Zeitlhofer, Wien 2008.

6 Klaus von Beyme, Der Vergleich in der Politikwissenschaft, München 1988.

7 [http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere\\_bundestagswahlen/btw1965.html](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere_bundestagswahlen/btw1965.html).

Erwachsenen, die als zu ›bürgerlich‹ und damit spießig bezeichnet wurden, brachen Gräben auf, die eine Verständigung erschwerten. Die in der Nachkriegszeit begonnene und noch nicht abgeschlossene, jedoch zumindest als kritikwürdig einzuschätzende, Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, eröffnete einen weiteren Ausgangspunkt für diese Eskalation.

Als ein Beleg für die Reichweite der Diskussion kann sicherlich auch die Regierungserklärung des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt vom 28. Oktober 1969 mit der Kernaussage dienen: «Wir wollen mehr Demokratie wagen».<sup>8</sup> Zu diesem Zeitfenster finden wir Selbstthematierungen. So betitelt der Journalist Peter Schneider seine autobiographische Erzählung *Rebellion und Wahn* mit dem Zusatz *Mein '68*:

«An einem Herbsttag des Jahres 1967 standen fünf junge Männer in einem großen, fensterlosen Zimmer in Berlin-Schöneberg um einen mit Stößen von Flugblättern bedeckten Tisch herum und tranken sich Mut für ihre nächste politische Kampagne an: Es ging um nicht weniger als um die Enteignung Axel Cäsar Springers, des größten deutschen Zeitungsverlegers, der in Berlin siebzig Prozent des Pressemarktes beherrschte.»<sup>9</sup>

Kann dieses Vorhaben mit Überheblichkeit, mit einer Eingebung des Augenblicks erklärt werden oder glaubten diese fünf jungen Männer tatsächlich daran die Enteignung von Axel Springer forcieren zu können. Entscheidend ist, dass die Jugend die Möglichkeit ergreifen wollte die eigene Meinung zu äußern und somit letztlich auch Forderungen aufzustellen. Ermutigt wurden viele sicherlich auch durch die vorgenannte *Einsicht* des Bundeskanzlers *mehr Demokratie wagen zu wollen*, denn damit schienen die Befürchtungen der Jugend, in einer mit nicht hinnehmbaren Mängeln behafteten Demokratie zu leben, bestätigt worden zu sein:

«Die Straßen Berlins hallten wider von Sprechchören, die die Verbrechen der USA in Vietnam anklagten, auf den verfallenen Hausfassaden erschienen fast täglich neue Slogans, die den ›Sieg im Volkskrieg‹ ankündigten».<sup>10</sup>

Selbstthematisierung ist, auch in dieser zeitdiagnostischen Betrachtung, eingebettet in den unmittelbaren gesellschaftlichen Kontext und führt oft-

8 Klaus von Beyme (Hrsg.) Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt, München 1979, S. 251.

9 Peter Schneider, *Rebellion und Wahn. Mein '68*, Bonn 2008 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, 701), S. 7.

10 Ebd., S. 7.

mals zu Neubewertungen bzw. sogar Neuausrichtungen, die auch Annahme bzw. Verwerfen von Werthaltungen einschließen. Folgt daraus ein Handeln, so gewinnt es – insbesondere aus politikwissenschaftlicher Perspektive – zusätzlich an Relevanz, denn die freiwillige Teilnahme an Prozessen der Steuerung und Veränderung gesellschaftlichen Verhaltens wird als politische Partizipation verstanden und bewertet. Fraglich bleibt jedoch, ob jede Selbstthematisierung diese Ebene bzw. Dimension erreicht, denn Schneider hinterfragt die Reichweite der Handlungsoptionen bereits zu Beginn seiner autobiographischen Erzählung:

«Dass wir auch nur eine Sekunde lang an eine Entwicklung glauben konnten, die uns – selbstverständlich ganz unabhängig «von unserem persönlichen Wollen oder Streben» – dazu «zwingen» würde, die «Verantwortung» in der Stadt zu übernehmen?»<sup>11</sup>

Der Versuch diese gesellschaftliche Veränderungen im Sinne einer Abgrenzung vorzunehmen wurde von der Jugend selbst initiiert. Dies gilt für die 68er, die gemeinsam einen Umbruch erlebten, der ein Aufbegehren auslöste und sich gegen aus ihrer Sicht rückständige Einstellungen richtete, die zum Teil auch als Demokratie einschränkende Bevormundung erlebt wurde. Zu betonen ist, dass dies nicht nur für Deutschland gilt, denn die Auflehnung der Studierenden in Nanterre 1968 – als *ein* Ausgangspunkt der Studentenunruhen dann auch in Paris – begründete Demonstrationen für das Recht auf freie Meinungsäußerung und setzte Zeichen für das Aufbrechen traditioneller und als «verkrustet» bezeichneter Lebensgewohnheiten. Eine breite Solidarisierung mit großen Teilen der Arbeiterklasse erweiterte gerade in Frankreich die Bandbreite der Aktionen und steigerte sich bis hin zu einem Generalstreik, der sich allerdings nicht auf Deutschland ausweiten ließ.<sup>12</sup>

Die 89er-Generation erscheint nicht auf der politischen *Generationsbühne*. Warum können wir eine dynamische Partizipation der 89er-Generation in Zeiten eines Umbruchs in der Gesellschaft nicht erkennen? Ausgangspunkt der Beantwortung vorgenannter Frage ist der Generationenbegriff von Mannheim:

«Gleichzeitig aufwachsende Individuen erfahren in den Jahren der größten Aufnahmebereitschaft, aber auch später die selben leitenden Einwirkungen, sowohl von [S]eiten der sie beeindruckenden intellektuellen Kultur als auch

---

11 Ebd., S. 11.

12 Ingrid Gilcher-Holtey, *Die 68er Bewegung: Deutschland, Westeuropa, USA*, Frankfurt/M. 2005.

von [S]eiten der gesellschaftlich-politischen Zustände. Sie bilden eine Generation, eine Gleichzeitigkeit, weil diese Wirkungen einheitlich sind.»<sup>13</sup>

Betrachtet man die sogenannte 89er-Generation, so kann sicherlich festgestellt werden, dass sie sich mit derselben historisch-aktuellen Problematik – dem Fall der Mauer, dem *Zusammenwachsen, was zusammen gehört* und den wohlfahrtsstaatlichen Regulierungen – auseinandersetzen musste. Allerdings handelt es sich dabei scheinbar nicht um *dieselben leitenden Einwirkungen*, sondern wurden im Grunde die *gesellschaftlich-politischen Zustände* aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet.

Schließt man sich der Analyse von Joachim Kreis an, so hat sich – wohl im Gegensatz zur Bevölkerung in den neuen Bundesländern (zum Beispiel neues Rechtssystem) – die Lebenswelt der Bevölkerung in den alten Bundesländern nach 1990 nur unwesentlich geändert<sup>14</sup>. Mauerfall oder Deutsche Einheit können somit nicht allein als gemeinsame Ansatzpunkte «einer neuen politischen Generation unter Westdeutschen»<sup>15</sup> bezeichnet werden. Insbesondere nach 1993 richten sich die anschließenden sozialpolitischen Entscheidungen eher gegen Wirkungsweisen der sich ausprägenden Globalisierung der Ökonomie. Als verbindendes Element beider Jugendgenerationen begründet eher die Angst um einen Arbeitsplatz die prägende Generationserfahrung. Noch 2006 sehen Jugendliche das Problem ansteigender Armut, unter anderem ausgelöst durch die Angst vor Arbeitslosigkeit (69%), als einen «Brennpunkt ihrer Befürchtungen».<sup>16</sup> Die Auseinandersetzung mit dem sozialen Bundesstaat rückt insbesondere für die Jugendlichen in den alten Bundesländern in den Vordergrund – «manche sprachen von einer Zäsur».<sup>17</sup> Jedoch entsprechen weder die Auseinandersetzung mit dem Sozialstaat noch die sich erst entwickelnden Auswir-

13 Karl Mannheim, Das Problem der Generationen, in: Soziologie des Lebenslaufs, Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie 7 (1928/29), S. 163. Teilweiser Nachdruck in: Soziologie des Lebenslaufs, hrsg. von Martin Kohli, Darmstadt – Neuwied 1978, S. 33–53.

14 Joachim Kreis, Gesellschaftspolitische Einstellungen von West- und Ostdeutschen in der Region Berlin-Brandenburg von 2000 bis 2008. Ein Vergleich anhand verschiedener Definitionen für West- und Ostdeutsche, Berlin 2010 (Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, 17).

15 Ebd., S. 13.

16 Thomas Gensicke, Zeitgeist und Wertorientierungen, in: Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck, hrsg. von Shell Deutschland Holding, Bonn 2006.

17 Kreis, Gesellschaftspolitische Einstellungen (Anm. 14), S. 14.

kungen des Mauerfalls einer von den ost- bzw. westdeutschen Jugendlichen *empfundenen* Zäsur. Die bisher noch als «kooperativ» angesehene Sozialpolitik wandelt sich dagegen zu einer eher konfliktorientierten Sozialpolitik und impliziert Problemstellungen speziell für diese Jugend, die «als wohlfahrtsstaatliche Verlierergeneration bezeichnet» wird, «ohne dass ein direkter Bezug zur deutschen Einheit hergestellt würde».<sup>18</sup>

Betrachtet man die Entwicklungen in Deutschland und Europa, die Auflösungserscheinungen bipolarer Sicherheitspolitik und nicht zuletzt die globalen Einwirkungen einer am Weltmarkt orientierten Wirtschaftspolitik, so wurden diese gesellschaftlichen Veränderungen nicht von der 89er-Generation, also nicht von der damaligen Jugend oder den Studierenden, herbeigeführt. Die Jugend musste diese Entwicklung hinnehmen und Anpassungsstrategien entwerfen. Insbesondere die 89er-Generation in den neuen Bundesländern erkannte, dass sie größtenteils von den Erfahrungen der Eltern nicht mehr profitieren konnten. Die sich abzeichnende Chancenlosigkeit dieser Eltern am Arbeitsmarkt, da «erfolgreiche Requalifizierungen im mittleren und höheren Alter eher unwahrscheinlich»<sup>19</sup> waren, eröffnete sogar Freiräume für deren Kinder. Häufig wurde ein Berufseinstieg im Westen angestrebt und somit ein neuer und noch nicht vorgezeichneter Weg eingeschlagen. Mayer/Solga bezeichnen das als «Deklassierung und Neuprivilegierung durch Politik und Markt».<sup>20</sup> Martin Gloger sieht in der 89er-Generation sogar eine «zweifache Wohlfahrtsstaatsverlierergeneration»<sup>21</sup>, ausgedrückt in prekären Beschäftigungsverhältnissen und einer sich kaum als stabil zu bezeichnenden Entwicklung der Altersabsicherung. Zudem sehen sich insbesondere «die westdeutschen Jugendlichen [...] als »Finanziers der Einheit« belastet» und «die Gleichaltrigen im Osten» verweisen auf «den Verlust an beruflicher und sozialer Sicherheit».<sup>22</sup>

---

18 Ebd.

19 Karl Ulrich Mayer/Heike Solga, Lebensverläufe im deutsch-deutschen Vereinigungsprozess. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research, Berlin 2010, S. 3.

20 Ebd., S. 3.

21 Martin Gloger, Die soziologische Generationenforschung als Mythenjagd – Überlegungen zum Thema 89er-Generation als Forschungsgegenstand, in: Generationengerechtigkeit. Gesellschaftliche Generationen am Beispiel der 89er-Generation, Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG), Oberursel 2007, S. 8.

22 Thomas R. Hentschel, Jugend, in: Handbuch zur deutschen Einheit, hrsg. von Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte, Bonn 1996, S. 409–418.

Die Feststellung von Holger Herma, dass erst ab Ende der 90er Jahre, also zeitversetzt und zögerlich, die 89er-Generation über sich selbst zu schreiben beginnt, passt meines Erachtens genau in dieses Bild. Zugespitzt und vielleicht etwas provokant könnte man formulieren: Nachdem man sich im «neuen» System gefunden hat und Anpassungsstrategien fruchtbar waren, stellen sich «alte» Fragen: Da war doch noch mehr als Globalisierung und Angst um den Arbeitsplatz – da war doch noch der Fall der Mauer und die Einheit. Aber hat das zu gemeinsamen Orientierungen geführt? Zunächst nicht, denn bereits die angezeigten unterschiedlichen Wahrnehmungen und Orientierungen der jeweiligen Jugend in «Ost-» und «Westdeutschland» bestreiten dies und können als eine Erklärung dafür herangezogen werden, dass eine gemeinsame Selbstthematisierung kaum stattfindet. Nach Jureit und Wildt (2005) beschreibt die Wissenschaft eine 89er Generation, «die selbst keine Generation sein wolle».<sup>23</sup> Marko Martin (1995) bringt das fehlende Gemeinschaftsgefühl dieser Generation treffend mit der Feststellung auf den Punkt: «Wir sind alle anders».<sup>24</sup>

---

23 Martin Gloger, *Generation 1989? Zur Kritik einer populären Zeitdiagnose*, Bielefeld 2012.

24 Ebd., S. 10.



# **Zwischen Ermöglichungsäsur und Kontinuität**

## Deutsche Kriminal- und Polizeipolitik in Umbruchszeiten

ANDREAS PUDLAT

### **I. Über Zäsuren und Kontinuitäten**

**Z**äsuren kommt im historischen Denken ein besonderer Stellenwert zu, der eng mit dem Streben nach Periodisierung und damit der Bildung von in sich abgeschlossenen Sinneinheiten verbunden ist. Sie haben eine gleichsam «prominente Rolle» und sind «ebenso herausragende wie verschwommene Größe[n] der Verständigung über die Vergangenheit» (Martin Sabrow), ohne eine hinreichende begriffstheoretische Reflexion von Seiten der Geschichtswissenschaft erfahren zu haben.<sup>1</sup> Das Bedürfnis, über zeitlich klar voneinander abgrenzbare Abschnitte Orientierung bei der (Re-)Konstruktion vergangener Zeiten bzw. beim Austausch darüber zu erlangen, hat dabei durchaus auch Folgen für die Konstituierung historischer (Teil-)Disziplinen. Das gilt gerade für die Zeitgeschichte, die sich – lange am einschneidenden Jahr 1917 orientiert – der wissenschaftlichen Behandlung der «Epoche der Mitlebenden» (Rothfels) verschrieben<sup>2</sup> und gerade damit eine nicht unproblematische Variable als Definitionskriterium hat.<sup>3</sup> Der Rückgriff auf (neue) Zäsuren wird so einerseits zur zeitlichen Eingrenzung des historischen Forschungsinteresses der jeweiligen Gegenwart zwingend. Andererseits steht er in ungewissem Zusammenhang mit der subjektiven Wahrnehmung jener Mitlebenden. «Denn Zäsuren haben immer auch retrospektive Kraft, sie ordnen das Gewesene auf Fluchtpunkte zu, die den Zeitgenossen oft nur schwach oder gar nicht bewusst sind» bzw. nicht als solche empfunden werden können.<sup>4</sup> Umgekehrt können subjektiv

---

1 Martin Sabrow, Zäsuren in der Zeitgeschichte. Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 3.6.2013, URL: <http://docupedia.de/docupedia/images/1/12/Zaesuren.pdf>.

2 Hans Rothfels, Zeitgeschichte als Aufgabe, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1 (1953) 1, S. 1–8.

3 Ausführlicher und mit Literaturhinweisen dazu Michael Gehler, Zeitgeschichte, in: Lexikon der Geisteswissenschaften. Sachbegriffe – Disziplinen – Personen, hrsg. von Helmut Reinalter/Peter J. Brenner, Wien 2011, S. 1127–1133.

4 Martin Sabrow, 1990 – eine Epochenäsur?, in: 1990 – eine Epochenäsur?, hrsg. von ders., Leipzig 2006, S. 9–26, hier 12.



wie kollektiv akut als Einschnitt empfundene Ereignisse bei rückblickender bzw. wissenschaftlicher Betrachtung mitunter nicht dem Prädikat Zäsur gerecht werden. Insofern ist es geboten, zumindest aber berechtigt, auch vermeintlich eindeutige Brüche einer genaueren bzw. erneuten Betrachtung zu unterziehen und ggf. differenziert zu beurteilen. Das wird auch am Titel der Ringvorlesung «Weltgeschichtliche Zäsuren in Gesellschaft und Politik 1989 – 2001 – 2011» deutlich, die mit dem vorliegenden Band dokumentiert wird.<sup>5</sup>

Gespiegelt wird ein zeithistorisches Streben nach Identifikation und Behandlung tiefgreifender Veränderungen weltgeschichtlichen Ausmaßes, die in politischer und gesellschaftlicher Perspektive unstrittig zumindest in den Jahren 1989 (bis 1991) und 2001 auch festgestellt werden können. Der vorliegenden Beitrag strebt gleichwohl danach, die auf den ersten Blick uneindeutigen Zäsuren für den Bereich der Kriminal- und Polizeipolitik einer genaueren Prüfung zu unterziehen: Gab es auch hier tiefgreifende Einschnitte oder lassen sich vielmehr im Längsschnitt Kontinuitäten erkennen, die von den Fluchtpunkten unabhängig sind und diese überdauerten?

Das Jahr 2011 wird dabei bewusst ausgeklammert. Zum einen aufgrund der zeitlichen Nähe, durch die es sich einer geschichtswissenschaftlichen Bewertung weitgehend entzieht – insbesondere mit Blick auf seine potenzielle Einordnung als Zäsur. Zum anderen taugt das Jahr kaum als Fluchtpunkt kriminalpolitischer Entwicklungen. Zwar wurden ab November 2011 eine bundesweite Mordserie sowie weitere schwere Straftaten sukzessive aufgeklärt und erschütterten Gesellschaft und Politik, was auch über die deutschen Grenzen hinaus mediale Beachtung fand. Durch den erweiterten Suizid von Uwe Mundlos, der nach einem Bankraub im Rahmen polizeilicher Fahndungsmaßnahmen entdeckt wurde und seinen Komplizen Uwe Böhnhardt erschoss, bevor er sich selbst richtete, und die Festnahme Beate Zschäpes wurde die Existenz des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) öffentlich.<sup>6</sup> In der Folge kam es dann unter anderem auch zu Untersuchungsausschüssen von Bundestag und Landtagen<sup>7</sup> sowie zur Einrich-

5 Der vorliegende Beitrag bezieht sich damit auch auf einen Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung von 2013 und entspricht dem damaligen Stand ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben. Besonders relevante Ereignisse vor Drucklegung wurden gleichwohl aufgenommen.

6 Hierzu gibt es mittlerweile erste umfassende Rekonstruktionen, so unter anderem mit Blick auf die Rolle verschiedener Polizei- und Verfassungsschutzbehörden auf Bundes- und Landesebene von Stefan Aust, Dirk Laabs, Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU, München 2014.

7 Drucksache des Deutschen Bundestages 17/14600, Abschlussbericht 2. Untersu-

tung des Gemeinsamen Abwehrzentrums gegen Rechtsextremismus (GAR, Dezember 2011), das später im Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ, November 2012) aufging. Auch ein neues Verbotsverfahren gegen die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) wurde angestrengt (2013). Ob bzw. wie jedoch kriminalpolitische Entwicklungslinien nachhaltig verändert wurden, steht (noch) dahin. Hinzu kommt, dass die weltgeschichtliche Relevanz des Jahres sich auf den so genannten «Arabischen Frühling» zuspitzt. Auch hier sind die Folgen und Nachhaltigkeit noch nicht hinreichend sicher zu klären. Für Europa bedeuteten die Ereignisse neben einer veränderten terroristischen Gefährdungslage (unter anderem ISIS/IS) auch einen signifikanten Anstieg des Migrationsdrucks, der zu Beratungen und 2013 letztlich zu einer Einigung über eine ohnehin fällige Reform des Schengen-Besitzstandes<sup>8</sup> und seit September 2015 auch zur vorübergehenden Wiedereinführung von Grenzkontrollen unter anderen an den deutschen Binnengrenzen gem. Art. 23 Schengener Grenzkodex<sup>9</sup> führte. Kriminal- und Polizeipolitik im eigentlichen Sinne werden hier jedoch eher tangiert, als dass sie im Mittelpunkt stehen.

Dieser Beitrag konzentriert sich daher auf die Fluchtpunkte 1989 und 2001, wobei er folgende Thesen vertritt:

1. Waren die Ereignisse 1989/90 im Ganzen betrachtet eine Zäsur, so kriminal-/polizeipolitisch indes nur bedingt und perspektivenabhängig primär aus Ex-DDR-Sicht. Für die Bundesrepublik, zu der die

---

chungsausschuss, 17. Wahlperiode: «Nationalsozialistischer Untergrund», 22.8.2013. Drucksache des Bayerischen Landtages 16/17740, Abschlussbericht «Untersuchungsausschuss Rechtsterrorismus in Bayern», 10.7.2013. Drucksache des Bundestages 17/14600, Abschlussbericht 2. Untersuchungsausschuss, 17. Wahlperiode: «Nationalsozialistischer Untergrund», 22.8.2013. Drucksache des Thüringer Landtages 5/5810, Zwischenbericht des 1. Untersuchungsausschusses, 5. Wahlperiode: «NSU, Thüringer Heimatschutz», 07.3.2013. Der Deutsche Bundestag hat am 11. November 2015 unter dem Titel «Terrorgruppe NSU II» auf fraktionsübergreifenden Antrag hin (Drucksache des Deutschen Bundestags 18/6330 vom 14.10.2015: Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einsetzung des 3. Untersuchungsausschusses) einen weiteren Untersuchungsausschuss eingesetzt.

8 Andreas Pudlat, Grenze(n) im Wandel. Zum Grenzschutz und Grenzbewusstsein seit 1945, in: *zeitgeschichte* 41 (2014) 3, S. 136-149, hier 139 f.

9 Verordnung (EG) Nr. 562/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15.3.2006, ABl. Nr. L 105, S. 1, über einen Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex).

- DDR de jure beitrug, ging es hier eher um eine räumliche Ausweitung der entsprechenden Politiken. Für die Akteure gab es neue Ideologien, Strukturen, Phänomene und Erfahrungen, am Grundauftrag änderte sich wenig.
2. Der Umbruch 1989/90 kann kriminal-/polizeipolitisch insofern vielmehr als mehrfache Ermöglichungs- und Zäsur verstanden werden – nämlich bezogen auf die Ermöglichung
    - a) der Aufarbeitung von DDR-Unrecht,
    - b) neuer/spezifischer Kriminalitätsformen auf dem Gebiet der (ehemaligen) DDR,
    - c) eines Transfers von kriminal-/polizeipolitischen Paradigmen und Organisationsprinzipien.
  3. Auch die menschenverachtenden Anschläge vom 11. September 2001 lassen sich kriminal-/polizeipolitisch am ehesten als Ermöglichungs- und Zäsur beschreiben. «9/11» zog zwar eine Reihe von Maßnahmen nach sich, die aber in einen langen Trend der Repression, Europäisierung und Kustodialisierung einzuordnen sind.

## II. Kriminal- und Polizeipolitik

Um die Thesen zu belegen, bedarf es zunächst einer Definition von Kriminal- bzw. Polizeipolitik. Erstere näher zu fassen wird dabei insofern erschwert, als es schon allein unterschiedliche Kriminalitätsbegriffe gibt. Etymologisch ist es zwar eindeutig: Kriminalität leitet sich vom lateinischen Wort *crimen* – Verbrechen – ab und hat so Eingang in die deutsche Sprache gefunden. Im alltäglichen Sprachgebrauch und der Medienberichterstattung wird der Begriff aber relativ unreflektiert verwendet. Das mag daran liegen, dass Menschen in der absoluten Mehrzahl der Fälle wohl wissen oder zu wissen glauben, was kriminell ist und was nicht. Denn das Verbrechen, so hat es Josef Kürzinger mit Verweis auf die schriftlichen Quellen zur Menschheitsgeschichte formuliert, ist wohl ein «Urphänomen jeder uns bekannten Zeit und Gesellschaftsordnung» und gehört «zu den grundlegenden Bestandteilen jeder menschlichen Gesellung» – allerdings mit negativer Konnotation: Kriminalität haftet gleichermaßen die Allgegenwart wie das Außergewöhnliche und Gefährliche an.

«Außergewöhnlich und bedrohlich, weil dem Verbrechen weitgehend der Ruch des Nichtverstehbaren und Unnatürlichen anhaftet; allgegenwärtig, weil wir uns keine Gesellschaft vorstellen können, die ohne Verbrechen, für das wir dann unter Umständen eine andere Bezeichnung finden müssen, existierte.»<sup>10</sup>

---

10 Josef Kürzinger, Kriminologie. Eine Einführung in die Lehre vom Verbrechen,

Worauf indes dieses Wissen bzw. – treffender – eine Einschätzung über den Kriminalitätsgehalt von Handlungen basiert, bleibt diffus. In der Regel wird eine Exegese ergeben, dass ein «formelles» bzw. «natürliches» Verständnis für die Beurteilung eines menschlichen Handelns oder Unterlassens zugrunde gelegt wird. Im ersteren Falle ist «die Summe der strafrechtlich mißbilligten Handlungen» gemeint,<sup>11</sup> im zweiten wird ein Kernbestand der Kriminalität angenommen, der in sich jene Verhalten vereint, «die zu allen Zeiten und in allen Kulturen als verwerflich eingestuft und entsprechend bestraft werden: etwa Mord, Raub, Vergewaltigung, Diebstahl, also «*delicta mala per se*»».<sup>12</sup> Der materielle Kriminalitätsbegriff integriert letztlich den natürlichen wie auch den formellen, weitet ihn aber vor allem aus, indem er auch sozialschädliches und deviantes (normabweichendes) Verhalten berücksichtigt. Er wird vor allem von Vertretern des soziologischen Lagers vertreten, auch als soziologischer Kriminalitätsbegriff bezeichnet,<sup>13</sup> und orientiert sich an «Verhaltenserwartungen, die das soziale Miteinander ermöglichen. Die Bandbreite der Normen reicht von informellen bis hin zu positivierten Vorstellungen unterschiedlicher Verbindlichkeit».<sup>14</sup>

Entsprechend vielfältig stellt sich theoretisch das Handlungsfeld der Kriminalpolitik dar, die im engeren Sinne primär Strafrechtspolitik ist, sich entsprechend legislativ mit Neu-, De- bzw. Entkriminalisierungen sowie der Anpassung der Strafandrohungen befasst und sich in diesem Verständnis am formellen Kriminalitätsbegriff abarbeitet. De facto aber geht es um mehr. In einem weiteren Sinne ist Kriminalpolitik «die Gesamtheit aller staatlichen und außerstaatlichen Maßnahmen [...], die zum Schutz der Gesellschaft und des einzelnen Bürgers auf Verhütung und Bekämpfung von Kriminalität gerichtet sind»<sup>15</sup> – umfasst also nicht nur repressives, son-

---

Stuttgart <sup>2</sup>1996, S. 16.

11 Günther Kaiser, Kriminalität, in: Kleines Kriminologisches Wörterbuch, Heidelberg <sup>3</sup>1993, S. 238–246, hier 238.

12 Hans-Dieter Schwind, Kriminologie. Eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen, Heidelberg u. a. <sup>22</sup>2013, S. 4. Eine Orientierung an diesem Verständnis wurde bereits 1885 von dem italienischen Juristen Raffaele Garofalo (1851–1934) vorgeschlagen, der in seinem Werk «Criminologia» (Turin 1885) naturrechtlich mit einem Dualismus argumentiert: Den «*delicta mala per se*» stehen «*delicta mere prohibita*» gegenüber, also Handlungen, die nur aufgrund eines Verbots als verwerflich angesehen werden können.

13 Schwind, Kriminologie (Anm. 12), S. 5.

14 Klaus-Stephan von Danwitz, Examens-Repetitorium Kriminologie, Heidelberg 2004, S. 7.

15 Schwind, Kriminologie (Anm. 12), S. 18.

dern auch präventives politisches Handeln. Eben jenes Verständnis wird für den vorliegenden Beitrag zugrunde gelegt, zumal so auch Polizeipolitik gefasst werden kann als eben jener «Teil der Kriminalpolitik, der sich mit dem Polizeibegriff, der Organisation und den Eingriffsrechten der Polizei beschäftigt»,<sup>16</sup> aber auch «die personellen, finanziellen und materiellen Ausstattungsfragen, die Aus-, Fort- und Weiterbildung» berücksichtigt.<sup>17</sup> Polizeipolitik ist insofern neben der Strafrechts- und Justizpolitik eine von mehreren Dimensionen des Politikbereichs<sup>18</sup> und stellt auf die Durchsetzung des einschlägigen Rechts und die Umsetzung der darin formulierten Kernaufgaben der Polizeien ab, nämlich auf die Strafverfolgung auf Basis der Strafprozessordnung und die Abwehr von Gefahren auf Grundlage des entsprechenden Polizeirechts.<sup>19</sup>

### III. Aufarbeitung

Um nun zu prüfen, inwieweit die aus einer umfassenden Perspektive unstrittig als Einschnitt zu wertenden «Wendejahre» um 1989 auch kriminal-/polizeipolitisch diesem Prädikat gerecht werden, ist die Ausgangslage zumindest grob zu skizzieren. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der damit einhergehenden Zäsur (Besatzung, territoriale und administrative Neuordnung, «Zeitalter krisenhafter Erschütterung und ein[e] eben darin sehr wesentlich begründet[e] universal[e] Konstellation»<sup>20</sup>, Blockkonfrontation und «Kalter Krieg») kam es auch zu einer Re- bzw. Neuorganisation der formalen Strukturen sowie Neuausrichtung der Agendagegestaltung der Kriminal- und Polizeipolitik, die sich zum Teil sehr stark an jenen der Besatzungsmächte ausrichtete. Die Staaten des «Ostblocks» unterschieden

16 Karlhans Liebl, Kriminal- und Polizeipolitik in Deutschland, in: Politikwissenschaft. Studienbuch für die Polizei, hrsg. von Bernhard Frevel/Hans-Joachim Asmus/Carsten Dams/Hermann Groß/Karlhans Liebl, Hilden 2006, S. 124–144, hier 130.

17 Bernhard Frevel, Kriminalpolitik im institutionellen System der Bundesrepublik Deutschland, in: Kriminalpolitik, hrsg. von Hans-Jürgen Lange, Wiesbaden 2008, S. 103–120, hier 105.

18 Frevel, Kriminalpolitik im institutionellen System (Anm. 17), S. 105.

19 Zum Beispiel Gesetz über die Bundespolizei (Bundespolizeigesetz – BPolG), §§ 1 u. 2, das Hamburger Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (SOG), § 3, oder auch das Bremische Polizeigesetz (BremPolG), § 1.

20 Rothfels, Zeitgeschichte als Aufgabe, S. 5, der hier freilich nicht den Begriff Zäsur definiert, aber treffend und zeitlich entsprechend verhaftet (sein Aufsatz wurde 1953 veröffentlicht) die unmittelbare Nachkriegszeit charakterisiert.

sich dabei – soweit ist es ein Gemeinplatz – vor allem durch ihr Verständnis von Staat und Politik von denen des «Westens». Der Systemgegensatz, der über vier Jahrzehnte die Welt teilte und auch Deutschland in Ost und West trennte, wirkte sich letztlich auch auf die soziale Kontrolle und den Umgang mit deviantem bzw. strafrechtlich bewehrtem Verhalten sowie die Organisationsstrukturen und das Zusammenspiel der mit präventiver und repressiver Kriminalitätsbekämpfung befassten Akteure in den einzelnen Staaten aus.

Für die DDR zeigt sich dies besonders markant im – von der Forschung bislang ungeklärten – Fehlen eines Kriminalpolitik-Begriffs. Damit wird auch ein synchroner Vergleich mit der Bundesrepublik zumindest wesentlich erschwert, wenn nicht unmöglich. Die DDR wies jedenfalls einen «staatssozialistischen Mechanismus strafrechtlicher Kontrolle» auf, der weit mehr als die Strafrechtspolitik umfasste, auf die Kriminalpolitik häufig im eigentlichen Sinne bezogen wird und sich die strafrechtliche Aburteilung und der Justizvollzug durch entsprechende Gesetze beziehen kann. «Eine alle gesellschaftlichen Bereiche durchziehende Politik der Definition von Abweichung und der Organisation von Entscheidungsprozessen, an deren Ende eine integrierende oder ausgrenzende Reaktion (‘Freund-Feind-Strafrecht’) stand», und eine de facto damit wenigstens teilweise verbundene Aufhebung «des Gegensatzes zwischen Staat und Individuum» sowie «wesentlicher Freiheitsgrade von Pluralität und Toleranz» waren kennzeichnend für den ostdeutschen Staat, dessen Kriminalitätskontrolle mit Foucaults Konzept der Disziplinargesellschaft beschrieben und erklärt werden kann. Die disziplinierenden Institutionen waren indes an die zentralen Vorgaben des Politbüros und des Zentralkomitees der SED gebunden, die sie bürokratisch umsetzten und so zur eigenen Machtsicherung, vor allem aber zur weitgehenden Indoktrination und Einbindung der Menschen in die Institutionen beitrugen.<sup>21</sup>

Insofern kam es innerhalb der Volkspolizei auch zu einer «ausgeprägt einseitige[n] Kaderpolitik», die vor allem in den 1950er und 60er Jahren dazu führte, «zum Teil nur mäßig gebildetes Personal vermehrt einzustellen, insbesondere in die Ostberliner Schutzpolizei».<sup>22</sup> Die Grundlagen wurden dabei in der unmittelbaren Nachkriegszeit gelegt, in der die unterschiedli-

21 Uwe Ewald, Kriminalpolitik im institutionellen System der DDR, in: Kriminalpolitik, hrsg. von Hans-Jürgen, Wiesbaden 2008, S. 81–99, hier 81–83.

22 Bärbel Schönefeld, Die Volkspolizei. Von der Teilung zur Wiedervereinigung, in: Berliner Polizei. Von 1945 bis zur Gegenwart, hrsg. von v.-Hinckeldey-Stiftung, Berlin 1998, S. 184–193, hier 190.

che Entwicklung durch die Besatzungsmächte vorweg genommen wurde. Für die Sowjetische Besatzungszone bedeutete dies, dass Polizei und Justiz personell erneuert und «Instrumente der politischen Transformation zum Sozialismus stalinistischer Prägung wurden». Rechtsstaatliche Verfahrensgrundsätze sind dabei gegenüber als Feinde des Sozialismus aufgefassten Personen und Gruppierungen suspendiert worden. Das galt insbesondere für vermeintliche oder tatsächliche NS-Verbrecher und Oppositionelle.<sup>23</sup> In dieser Hinsicht bedeutete der Zusammenbruch des Regimes 1989 dann tatsächlich einen Einschnitt, der nicht nur zu Amnestien bzw. zur Aufhebung von Unrechtsurteilen führte, sondern begangenes Unrecht aufzuarbeiten ermöglichte.

Ein wesentlicher Beitrag war dabei die Schaffung des «Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik» (BStU) als Bundesoberbehörde. Sie «erfasst, verwahrt, verwaltet und verwendet die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes nach Maßgabe» des Stasi-Unterlagen-Gesetzes (StUG), das 1991 erlassen wurde, um

- «1. dem Einzelnen Zugang zu den vom Staatssicherheitsdienst zu seiner Person gespeicherten Informationen zu ermöglichen, damit er die Einflussnahme des Staatssicherheitsdienstes auf sein persönliches Schicksal aufklären kann,
2. den Einzelnen davor zu schützen, dass er durch den Umgang mit den vom Staatssicherheitsdienst zu seiner Person gespeicherten Informationen in seinem Persönlichkeitsrecht beeinträchtigt wird,
3. die historische, politische und juristische Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes zu gewährleisten und zu fördern,
4. öffentlichen und nicht öffentlichen Stellen die erforderlichen Informationen für die in diesem Gesetz genannten Zwecke zur Verfügung zu stellen.»<sup>24</sup>

Indes war der BStU kein genuin kriminal-, sondern vielmehr ein gesellschaftspolitisches Instrument – allerdings auch mit kriminalpolitischer Dimension, soweit die Behörde Zuarbeit bei entsprechenden Ermittlungs- und Strafverfahren leistete<sup>25</sup>. Diese wurden zwar erst mit dem Zusammen-

---

23 Stefan Noethen, Kriminalpolitische Vorgaben der alliierten Besatzungsmächte, in: Kriminalpolitik, hrsg. von Hans-Jürgen Lange, Wiesbaden 2008, S. 59–77, hier 75.

24 StUG, § 1 u.2.

25 So ist nach § 23, StUG, explizit die «Verwendung von Unterlagen für Zwecke der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr» vorgesehen – und zwar vor allem «zur Verfolgung von Straftaten im Zusammenhang mit dem Regime der ehema-

bruch ermöglicht, ein entsprechender Strafverfolgungsanspruch für in der DDR begangenes Unrecht in der Bundesrepublik allerdings schon weit vorher zementiert: Die 1961 eingerichtete Zentrale Erfassungsstelle (ZEST) Salzgitter etwa, die bis zum 3. Oktober 1990 arbeitete, hatte von der Justizministerkonferenz den Auftrag erhalten, «in Ost-Berlin und in der DDR begangen[e] Gewaltakte festzuhalten <und dafür Sorge zu tragen, dass sie zu gegebener Zeit gesühnt werden können>». Sie beschränkte sich als Vorermittlungsbehörde dabei nicht nur auf versuchte oder vollendete Tötungsdelikte an der innerdeutschen Grenze, sondern sicherte Beweise auch bei Verdacht auf Rechtsbeugung durch so genannte Unrechtsurteile oder körperliche Misshandlungen von Menschen in den Untersuchungshaft- und Strafvollzugsanstalten. Überdies wurde die ZEST bei «Handlungen, die den Verdacht einer Straftat nach § 234 a StGB (Verschleppung) und § 241 a StGB (politische Verdächtigung) begründen», tätig.<sup>26</sup>

Die jahrzehntelange Existenz bzw. Arbeit dieser Behörde ist damit nicht nur Beleg für eine kriminalpolitische Maßnahme repressiver Ausrichtung, die langfristig eine Ahndung in der DDR begangener Straftaten anvisierte und sich nach 1989 als wertvolle Grundlage in zahlreichen Ermittlungs-/Strafverfahren erwies. Vielmehr war ihr über Jahrzehnte auch die eingangs herausgearbeitete präventive Wirkung der Kriminalpolitik immanent, sollte die ZEST doch explizit «allein [durch] ihre Existenz die potentiellen Täter von weiterem Unrecht abschrecken, sie warnen und auf den Unrechtsgehalt ihres Handelns aufmerksam machen», wie mit Hans-Jürgen Grasemann der stellvertretender Leiter und Sprecher der ZEST (1988–94) betont.<sup>27</sup>

---

ligen Deutschen Demokratischen Republik, insbesondere Straftaten im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes, anderer Sicherheits-, Strafverfolgungs- und Strafvollzugsbehörden sowie der Gerichte». Aber auch Straftaten gegen das Leben, die persönliche Freiheit und gemeingefährliche Straftaten gehören zum Katalog jener Delikte, für deren Verfolgung ein Rückgriff auf «Stasi-Unterlagen» möglich ist, als da wären: «Verbrechen in den Fällen der §§ 211 [Mord], 212 [Totschlag], 239a [Erpresserischer Menschenraub], 239b [Geiselnahme], 306 bis 306c [vorsätzliche Brandstiftungen, auch mit Todesfolge], 307 bis 309 [Herbeiführen von Explosionen, Freisetzung ionisierender Strahlen], 313 [Herbeiführung einer Überschwemmung], 314 [Gemeingefährliche Vergiftung] und 316c [Angriffe auf den Luft- und Seeverkehr] des Strafgesetzbuches». Ebenso werden Völkermord, bestimmte Verstöße gegen das Waffengesetz, das Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen sowie das Betäubungsmittelgesetz und Straftaten im Zusammenhang mit dem nationalsozialistischen Regime aufgelistet.

26 Hans-Jürgen Grasemann, Die Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter. Entstehung, Arbeit, Abwicklung, in: Grenzen in Europa, hrsg. von Michael Gehler/Andreas Pudlat, Hildesheim – Zürich New York 2009, S. 185–194, hier 186.

27 Grasemann, Die Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter (Anm. 26), S. 186.



Mit dem Zusammenbruch des Regimes und dem Ende der Existenz der DDR waren entsprechende Vorermittlungs- und Präventionsarbeiten nicht mehr erforderlich. Vielmehr bestand nun die Option, die lange intendierte und damit faktisch auch weit vorher entschiedene strafrechtliche Aufarbeitung zu starten. «Voraussetzung für strafrechtliche Ermittlungen gegen DDR-Führungskräfte in den letzten Monaten des Staates war die politische Wende», konstatieren daher auch Marxen und Werle.<sup>28</sup> Sie betonen aber eben auch, dass es noch vor Inkrafttreten des Gesetzes zum 3. Oktober 1990<sup>29</sup> bereits entsprechende Verfahren von Seiten der DDR-Behörden gab. Dies verleitet zu dem berechtigten, aber eben verkürzenden Schluss, dass «[d]ie strafrechtliche Verfolgung des DDR-Unrechts [...] somit eine in die ersten Wochen der friedlichen Revolution zurückreichende Geschichte» habe.<sup>30</sup> 1989/90 stellte aber vielmehr eine Ermöglichungsäsur dar – und zwar insofern als politisch längst gewünschte und juristisch vorbereitete Strafverfahren nun durch die zuständigen Staatsanwaltschaften aufgegriffen und ggf. durch Gerichte abgeurteilt werden konnten. Dies zumal auch nicht bundesdeutsches Strafrecht ex post auf das Gebiet der ehemaligen DDR ausgedehnt und keine neuen Straftatbestände geschaffen wurden, sondern DDR-Strafrecht nun konsequent zur Anwendung kommen konnte.

#### IV. Herausforderungen

Die «Wende» ermöglichte aber nicht nur Verfahren zur Aufarbeitung von Unrecht, sondern auch neue bzw. spezifische Kriminalitätsformen auf dem Gebiet der (ehemaligen) DDR. Schon relativ früh zeichnete sich die Notwendigkeit einer Vielzahl von Ermittlungsverfahren ab, die sich auf Wirtschaftsstraftaten bezogen, die durch den Umbruch- und Einigungsprozess ermöglicht oder begünstigt wurden. Insbesondere für die Berliner Strafverfolgungsbehörden stellte sich hier eine erhebliche Herausforderung, da ihnen durch das Tatort- wie das Wohnortprinzip die örtliche Zuständigkeit oblag, waren doch neben der Partei- und Staatsführung, Massenorganisationen, der

28 Klaus Marxen/Gerhard Werle, Die strafrechtliche Aufarbeitung von DDR-Unrecht: Eine Bilanz, Berlin 1999, S. 148; sie fokussieren auf Führungskräfte gleichwohl de facto eine diesbezügliche Beschränkung freilich nicht gegeben war, wie etwa die so genannten Mauerschützen-Prozesse zeigen.

29 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag – vom 31. August 1990, in: BGBl. II, Nr. 35, vom 28.09.1990, S. 889 ff., zitiert als EinigVtr.

30 Marxen, Werle, Die strafrechtliche Aufarbeitung (Anm. 28), S. 150.

Bereich Kommerzielle Koordinierung und zahlreiche wichtige Unternehmen in Berlin ansässig und die Mehrzahl der Tatverdächtigen hier wohnhaft.<sup>31</sup> Über das Legalitätsprinzip hinaus, durch das sich bei Bekanntwerden (potenzieller) Straftaten ein Ermittlungs- und Verfolgungszwang – also ein Tätigwerden von Polizei und Staatsanwaltschaft – ergibt, gab es durchaus auch kriminal- und einigungspolitische Implikationen, die für eine dezidierte Kriminalitätsbekämpfung sprachen. So wurde «insbesondere die Bewältigung der Regierungskriminalität als gesamtdeutsche Aufgabe gesehen».<sup>32</sup>

Indes hatte sich die Justizministerkonferenz bereits im Frühjahr 1990 gegen die Schaffung besonderer Zuständigkeiten ausgesprochen. Die zunehmend massive Beanspruchung der Berliner Behörden führte dann zu einem Beschluss der Innenministerkonferenz über die Abordnung von polizeilichen Unterstützungskräften. Angedacht war auch eine Bündelung der Ermittlungen beim Bundeskriminalamt. Letztlich hatte dieses jedoch auch nicht genug Kräfte im Bereich Wirtschaftskriminalität, womit das Abordnungsmodell alternativlos war. Hinzu kommt die Deutung, «dass der Bund nicht das Risiko eines möglichen Misserfolges tragen wollte»,<sup>33</sup> weshalb letztlich eine der historischen Situation entsprechende polizeiliche Sonderbehörde geschaffen wurde: Am 1. September 1991 nahm die Zentrale Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität (ZERV) als «verhältnismäßig gut ausgestattete, funktionsfähige Behörde» (Bischoff/Wiepen)<sup>34</sup> beim Polizeipräsidenten in Berlin unter Leitung von Manfred Kittlaus (1937–2004) ihre Arbeit auf. Vorausgegangen waren mehrere intensive Besprechungen zwischen dem Berliner Innensenator und dem Polizeipräsidenten (1987–1992) Georg Schertz, die in der Bekämpfung der Straftaten «eine Aufgabe größter politischer Bedeutung, ja eine Aufgabe von nationaler Dimension» sahen.<sup>35</sup> In der Zeit ihres Bestehens bis zum

31 Marxen/Werle, Die strafrechtliche Aufarbeitung (Anm. 28), S. 157.

32 Barbara Bischoff/Thomas Wiepen, Formelle und informelle soziale Kontrolle im Zusammenhang mit der Privatisierung von DDR-Betrieben, in: Wirtschaftskriminalität und die Privatisierung der DDR-Betriebe, hrsg. von Klaus Boers/Ursula Nelles/Hans Theile, Baden-Baden 2010, S. 457–645, hier 500–548 [Kap. 9.3 «Strafrechtliche Kontrolle der Privatisierungsprozesse der DDR-Betriebe durch Polizei (ZERV) und Staatsanwaltschaft Berlin II» bearb. von Thomas Wiepen], S. 503, Zitat S. 518.

33 Bischoff/Wiepen, Formelle und informelle soziale Kontrolle (Anm. 32), S. 504.

34 Ebd., S. 517.

35 Georg Schertz, Auf dem Weg zu einer einheitlichen Polizei (1990–92), in: Berliner Polizei. Von 1945 bis zur Gegenwart, hrsg. von v.-Hinckeldey-Stiftung, Berlin 1998, S. 169–183, hier 181.

31. Dezember 2000 wurden insgesamt 20.327 Ermittlungsverfahren (davon 16.323 im Bereich Regierungs- und 4.004 im Bereich Wirtschaftskriminalität) bearbeitet.<sup>36</sup> Auch danach gab es noch Verfahren, die dann durch die sachlich zuständigen Stellen des Berliner Landeskriminalamtes fortgeführt wurden.<sup>37</sup>

Das fachlich sehr unterschiedlich qualifizierte Personal der ZERV rekrutierte sich dabei durch die erwähnten Abordnungen, wobei die Bundesländer ihrer diesbezüglichen Verpflichtung sehr ungleich nachkamen. Die Ursache kann in der angespannten Personalsituation (Nichtübernahme von Volkspolizisten, Abordnungen in die neuen Bundesländer, allgemein knappe Ressourcen) gesehen werden. Eine Herausforderung waren in der Anfangszeit die Ausstattung und die Personalfuktuation, vor allem aber die komplexe Thematik in Verbindung mit dem Einigungsvertrag und daraus erwachsenden neuen Rechtsgebieten. Gemeistert wurde sie durch «die außergewöhnlich hohe Motivation der Mitarbeiter».<sup>38</sup>

Auch die Zusammenarbeit mit der zum 1. Oktober 1994 nach Änderung von Bundes- und Landesrecht eigens gegründeten Staatsanwaltschaft (StA) II dürfte mitentscheidend für die insgesamt positive Bilanz sein. Vier Jahre zuvor war zunächst beim Kammergericht Berlin eine Arbeitsgruppe Regierungskriminalität eingerichtet worden<sup>39</sup> – in Zeiten absoluter Personalknappheit. Durch den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes war die Berliner Justiz nun für ein deutlich größeres Gebiet, mehr Bewohner und eben die Straftaten der DDR-Machthaber zuständig. Gleichzeitig wurden nach «einer intensiven Überprüfung ihrer politischen Vergangenheit [... nur] 43 der 286 ehemaligen DDR-Juristinnen und Juristen – dies entspricht einem Anteil von 15, % – in den Justizdienst des Landes Berlin übernommen».<sup>40</sup> Auch hier sollten daher Abordnungen aus anderen Bundesländern helfen, die jedoch wie im Polizeibereich nicht immer konsequent und absprachegemäß erfolgten. Die höchste Mitarbeiterzahl erreichte die Arbeitsgruppe im Juli 1992: Von 66 Mitarbeitern waren dabei 59 abgeordnet.<sup>41</sup> Auch sie kämpften zunächst mit mangelnder Ausstattung,

---

36 Heinz Jankowiak, Die Zentrale Ermittlungsstelle Regierungs- und Vereinigungskriminalität, Berliner Kriminalpolizei von 1945 bis zur Gegenwart, hrsg. vom Förderkreis Polizeihistorische Sammlung Berlin e. V., Berlin 2005, S. 209–216, hier 211.

37 Bischoff, Wiepen, Formelle und informelle soziale Kontrolle (Anm. 32), S. 505.

38 Ebd., S. 509–514, Zitat S. 513.

39 Marxen/Werle, Die strafrechtliche Aufarbeitung (Anm. 28), S. 157.

40 Bischoff/Wiepen, Formelle und informelle soziale Kontrolle (Anm. 32), S. 517 f.

41 Marxen/Werle, Die strafrechtliche Aufarbeitung (Anm. 28), S. 157.

die sich bis zur Gründung der StA II sukzessive verbesserte,<sup>42</sup> vor allem aber mit einer Fluktuation, die deutlich über der in der ZERV lag. Angesichts der oft komplexen und langwierigen Verfahren war dies verbunden mit der hohen Zahl an qualifizierten, aber nicht sehr erfahrenen Berufsanfängern eine nicht zu unterschätzende Problematik.<sup>43</sup> Wie im polizeilichen Bereich waren die Kapazitäten und Finanzen der Länder das Kernproblem. Die Kooperation mit der ZERV und den ihr zugeordneten Wirtschaftsreferenten wurde dadurch teilweise erschwert,<sup>44</sup> allerdings bemühten sich die Mitarbeiter beider Behörden um ausgleichende Strukturen auf der Arbeitsebene.

Waren ZERV und StA II «eigenständige und speziell auf die Verfolgung umbruchsbedingter Kriminalitätsphänomene ausgerichtete Behörden»,<sup>45</sup> so oblagen den Länderpolizeien die Bekämpfung von Straftaten bzw. Ermittlungen in Bereichen, die auf dem Gebiet der ehemaligen DDR bislang nicht, zumindest aber in der nun auftretenden Intensität kaum bekannt waren – etwa Sexarbeit, Raubstrafen zum Nachteil von Geldinstituten oder Formen der Organisierten Kriminalität (OK).

Obschon mit dem sozialistischen Selbstverständnis nicht vereinbar und unerwünscht, gab es freilich auch in der DDR Sexarbeit.<sup>46</sup> Nachdem zunächst die Angst vor sexuell übertragbaren Krankheiten Motiv für die Bekämpfung der Prostitution war, rückte sukzessive die politische Weltanschauung in den Vordergrund. Mit Einführung des Strafgesetzbuches 1968 wurde sie zum Vergehen und als «Gefährdung der öffentlichen Ordnung durch asoziales Verhalten», wie der einschlägige § 249 überschrieben war, strafrechtlich bewehrt. Damit wurde sie weiter aus der Öffentlichkeit verdrängt und begriffliche Unschärfen entstanden, die promiskuitive bzw. private Sexualkontakte mit gewerblichen gleichsetzten. In den 1970er Jahren befasste sich das Ministerium für Staatssicherheit mit der Prostitution, baute dabei Sexarbeiterinnen aber auch als Inoffizielle Mitarbeiter auf. Dahinter standen unter anderem die nicht unwesentlichen Kontakte zu ausländischen

42 Bischoff/Wiepen, Formelle und informelle soziale Kontrolle (Anm. 32), S. 524.

43 Marxen/Werle, Die strafrechtliche Aufarbeitung (Anm. 28), S. 158. Ausführlicher Bischoff/Wiepen, Strafrechtliche Kontrolle der Privatisierungsprozesse (Anm. 32), S. 525 ff., hier 539.

44 Bischoff/Wiepen, Formelle und informelle soziale Kontrolle (Anm. 32), S. 540. Dies., S. 538, weisen jedoch darauf hin, dass andererseits die gemeinsame Unterbringung der abgeordneten Kriminal- und Justizbeamten in Wohnheimen für einen guten Austausch sorgte.

45 Bischoff, Wiepen, Formelle und informelle soziale Kontrolle (Anm. 32), S. 546.

46 Ausführlich dazu Uta Falck, VEB Bordell. Geschichte der Prostitution in der DDR, Berlin 1998.

Reisenden – vor allem bei Messen.<sup>47</sup> Es war gerade die nichtöffentliche Ausübung der Prostitution, zu der es keine belastbaren Zahlen gibt, die dann nach der „Wende“ – einem materiellen/soziologischen Kriminalitätsbegriff folgend und auf den vermeintlich sozialschädlichen und devianten Charakter abstellend – einen Kontrast in der Wahrnehmung bewirkte, obschon die Sexarbeit nach bundesdeutschem Recht nicht von vornherein als Straftat, sondern bis zum Prostitutionsgesetz von 2001 (in Kraft 2002), mindestens aber bis zu einem Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin aus dem Jahre 2000 als sittenwidrig galt.<sup>48</sup> Entstehende «Straßenstrichs» bzw. Gebiete mit Wohnwagen zur Ausübung von Sexarbeit, zuweilen auch so genannte «Modellwohnungen», wurden als kriminalpolitisch relevantes Problem von der Bevölkerung wahrgenommen, obschon es mit dem 3. Oktober 1990 und der im Einigungsvertrag vorgesehenen Überleitung von Bundesrecht<sup>49</sup> hier in Teilen zu einer Ent- bzw. De-Kriminalisierung kam.

Noch weitaus eindrucksvoller waren Raub- und Erpressungsdelikte, insbesondere zum Nachteil von Geldinstituten. Banküberfälle waren ein neues Phänomen, das nach 1989, vor allem aber nach der Währungsunion (1. Juli 1990), massiv einsetzte, oft auch von Tätern aus den alten Bundesländern begangen und von der ungenügenden Sicherung der Banken und der diesbezüglich noch unerfahrenen Polizeikräfte auf dem Gebiet der (ehemaligen) DDR begünstigt wurde. Bislang in der Form unbekannt waren in diesem Zusammenhang auch Modi Operandi, die unter anderem durch den Einsatz von Schusswaffen gekennzeichnet waren.<sup>50</sup>

Durch die veränderten Rahmenbedingungen erhielt auch die OK Auftrieb, wobei insbesondere Berlin mit einer grundlegend veränderten Krimi-

---

47 Uta Falck, Das unsichtbare Treiben. Prostitution in der DDR, in: Sexarbeit. Prostitution – Lebenswelten und Mythen, hrsg. von Elisabeth von Dücker, Museum der Arbeit Hamburg, Bremen 2005, S. 92–94.

48 Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten (Prostitutionsgesetz – ProstG) vom 20. Dezember 2001, in: BGBl. I, Nr. 74, vom 27.12.2001, S. 3983 f. VG Berlin, 01.12.2000 – 35 A 570.99. Hintergrund war ein Verwaltungsrechtsstreit um den Entzug einer Gaststättenerlaubnis für einen Berliner Betrieb, in dem es auch zur Kontaktabbahnung mit Prostituierten kam. Siehe auch Elisabeth von Dücker, Ein Gericht soll möglichst richtige Entscheidungen treffen. Ein Gespräch mit Percy MacLean, in: Dücker, Museum der Arbeit Hamburg, Sexarbeit (Anm. 47), S. 238–240, in dem der zuständige Verwaltungsrichter interviewt wird.

49 Siehe insbesondere Art 8, EinigVtr. (Anm. 29).

50 <http://www.spiegel.de/video/vor-20-jahren-bankraeuber-im-osten-video-1059807.html> (1.11.2014).

nalitätslage konfrontiert war, wie der Polizeipräsident (1992–2001) Hagen Saberschinsky bei einem Vortrag 1996 feststellte:

«Nach eher insularer Randlage findet sich die Stadt jetzt als geographischer, politischer und wirtschaftlicher Mittelpunkt wieder. Dies vor allem im Hinblick auf die gewaltigen politischen Veränderungen in Osteuropa.»<sup>51</sup>

Die daraus resultierenden wirtschaftlichen und administrativen Veränderungen, die Verlagerung des Sitzes von Verfassungsorganen in die neue Hauptstadt<sup>52</sup>, der Ausbau der Infrastruktur sowie neue Investitions- und Anlagemöglichkeiten bewirkten nicht nur «eine erhebliche Sogwirkung für jegliche Art von Geschäften, legalen und illegalen», sondern «gewährleisten [zudem] eine hohe Mobilität auch von Straftätern».<sup>53</sup> Weitere Herausforderungen bei der Kriminalitätsbekämpfung waren die außerordentliche Gewaltbereitschaft, unter anderem zur Einschüchterung oder Durchsetzung von Forderungen (Raub, Erpressung), zum Teil ethnische Tätergruppierungen mit einem hohen Maß an Geschlossenheit und speziell nach der Einheit der Zigaretzenschmuggel als Fiskaldelikt. Dieser wurde, wie die Produktpiraterie, vorwiegend von hochgradig organisierten und hierarchisch aufgebauten vietnamesischen Gruppierungen betrieben, die auf Ebene des Groß- bzw. Zwischenhandels auch mit deutschen, polnischen, schweizerischen und russischen Staatsbürgern kooperierten.

«Parallel zu den Vertriebsstrukturen entwickelten sich [...] Erpresserbanden, die an den Gewinnen der illegalen Straßenhändler durch Raub, Erpressungen, Entführungen oder Morde partizipier[t]en.»<sup>54</sup>

Im Zuge von Konflikten in oder zwischen den Tätergruppierungen und dabei zum Teil äußerst gewalttätig geführten Macht-, Verteilungs- und Verdrängungskämpfen kam es zu zahlreichen Tötungsdelikten. Allein zwischen Dezember 1992 und 1996 wurden in Berlin 39 Vietnamesen ermordet, wobei sich der Aktionsradius der Täter auf nahezu alle «neuen» Bundesländer und das Ausland erstreckte.<sup>55</sup> Andernorts waren es organisierte Gruppierungen aus dem Balkangebiet, die bekämpft werden mussten. Auch deren

51 Hagen Saberschinsky, Die Bekämpfung des organisierten Verbrechens in der kriminalgeographischen Situation Berlin, in: Berliner Polizei. Von 1945 bis zur Gegenwart, hrsg. von v.-Hinckeldey-Stiftung, Berlin 1998, S. 236–243, hier 237.

52 Art. 2, Einigungsvertrag.

53 Saberschinsky, Die Bekämpfung (Anm. 51), S. 237.

54 Ebd., S. 239 f.

55 Ebd., S. 240.

Bildung und Aktionsradius war erst durch den Zerfall des «Ostblocks» möglich geworden und eine polizeipolitische wie kriminalstrategische und -taktische Herausforderung, der vor allem mit Besonderen Aufbauorganisationen (BAO) bzw. Sonderkommissionen (Sokos) begegnet wurde:

«Als eine Welle von Straftaten rumänischer Banden Sachsen heimsuchte, allein 1118 von Januar bis August 1995, wurde [daher] schnell die «Soko Bal-kan» gegründet.»<sup>56</sup>

Durch den Systemkollaps ebenfalls begünstigt wurde eine stärkere Manifestation von politisch motivierter Kriminalität rechts, die schon in den 1980er Jahren zunehmend als Problem wahrgenommen, zunächst aber nur zögerlich bekämpft wurde. Fragwürdige Höhepunkte waren der Überfall auf Konzertbesucher in der Zionskirche am 17. Oktober 1987, später die Ausschreitungen im sächsischen Hoyerswerda (September 1991) und in Rostock-Lichtenhagen (August 1992), die nicht zuletzt durch massive Fehler der Polizeiführung, aber im Vorfeld auch durch politische Fehlentscheidungen und die Vernachlässigung von Konflikten zwischen Anwohnern und Asylbewerbern begünstigt wurden. Dabei handelte es sich durchaus nicht um ein rein ostdeutsches Problem. Vielmehr war nach der «Wende» eine Kooperation mit führenden Rechtsextremisten aus dem bisherigen Bundesgebiet möglich geworden, die sich in logistischer, ideologischer und finanzieller Hinsicht bemerkbar machte.<sup>57</sup> In Sachsen wurde vor allem ab August 1991 ein Anstieg ausländerfeindlicher Straftaten registriert, der polizeipolitisch in der Aufstellung der durchaus respektablen «Soko Rex» mündete.<sup>58</sup>

---

56 Übertrieben positiv und zu unkritisch Wolfgang Geierhos, Die Polizei des Freistaates Sachsen – eine Erfolgsstory, in: Polizei gestern, heute und morgen. Aufgaben und Ausbildung. Festschrift für Rektor Prof. Dr. Wilfried Thewes zum 60. Geburtstag, hrsg. von Wolfgang Geierhos/Joachim Burgheim/Anton Sterbling, (Rothenburger Beiträge. Schriftenreihe der Fachhochschule für Polizei Sachsen, 11), Rothenburg/OL, S. 163–169, hier 166.

57 Aus Zeitzeugenperspektive mit Schilderung diverser Straftaten, Einblicke in Strukturen und die Kooperation mit Rechtsextremisten aus der Bundesrepublik Ingo Hasselbach/Winfried Bonengel, Die Abrechnung. Ein Neonazi steigt aus, Berlin 2002.

58 Geierhos, Die Polizei des Freistaates Sachsen (Anm. 56), S. 166.

## V. Transformation und Integration

Doch nicht nur dergleichen Kriminalitätsmanifestationen wurden durch die Ereignisse von 1989/90 ermöglicht bzw. begünstigt. Auch ein Transfer von kriminal-/polizeipolitischen Paradigmen und Organisationsprinzipien, der seinerseits in der Übergangsphase die Probleme selbst zuweilen verschärfte, war nun notwendig. Herausforderungen ergaben sich besonders im polizeipraktischen Bereich: Neben der Ausweitung (Berlin) bzw. der Neueta-blierung von Organisationsstrukturen, waren insbesondere Quantität und Qualität der zur Verfügung stehenden Führungs- und Einsatzmittel (unter anderem Fuhrpark, Telekommunikationssondernetze, Waffen, Munition, Funktechnik) nicht zeitgemäß bzw. kompatibel mit denen westlicher Länderpolizeien.<sup>59</sup> Zuweilen bestanden gar Sicherheitsdefizite. So berichtet für den Zuständigkeitsbereich seiner Behörde der Berliner Polizeipräsident (1987–1992) Georg Schertz nicht nur von schadstoffhaltiger Munition und sicherheitsbedenklichen Schusswaffen:

«Im Kraftfahrzeugwesen mußte ich schon unmittelbar nach der Übernahme der Polizeihoheit, angesichts der unübersehbaren Insassengefährdung, anordnen, dass die von der Volkspolizei übernommenen Pkws vom Typ Trabant, es handelte sich um etwa 140 Fahrzeuge, stillgelegt wurden.»<sup>60</sup>

Bezogen auf das Personal stellte sich die Frage der Qualifikation und, unter anderem mit Blick auf eine potenzielle politischen Belastung, der Eignung, die über eingesetzte Personalauswahlkommissionen und Fortbildungsmaßnahmen gesichert werden sollte. Allein in Berlin mussten 7.000 bis 8.000 Volkspolizisten über Grund-, Aufbau- und verwendungsspezifische Spezialseminare unter Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs geschult werden.<sup>61</sup> In Sachsen wurden zur Bewältigung der Problematik eine Zusammenarbeit mit Baden-Württemberg (Januar 1990) und Bayern (April 1990) vereinbart sowie 16.000 Mitarbeiter der Volkspolizei in die Landespolizei übernom-

59 Ebd., S. 165 f., verweist für Sachsen auf veranschlagte 40 Millionen DM für Funktechnik und im Jahre 1992 außerplanmäßig bereitgestellte 24 Millionen DM für Führungs- und Einsatzmittel, unter anderem Schutzausrüstung.

60 Georg Schertz, Auf dem Weg zu einer einheitlichen Polizei (1990–92), in: Berliner Polizei. Von 1945 bis zur Gegenwart, hrsg. von v.-Hinckel-dey-Stiftung, Berlin 1998, S. 169–183, hier 178 f. Angesichts der Feierlichkeiten zur deutschen Einheit übernahm die Westberliner Polizei bereits am 1. Oktober 1990, 13.00 Uhr, die Polizeihoheit über den Ostteil (Schertz, Auf dem Weg zu einer einheitlichen Polizei [Anm. 60], S. 175).

61 Schertz, Auf dem Weg zu einer einheitlichen Polizei (Anm. 60), S. 179.



men. Unterstützt wurden sie von ca. 150 Beamten aus den Partnerländern. Im Januar 1991 wurde dann ein Fortbildungsprogramm gestartet, um das mit dem SED-Regime eng verbundene berufliche Selbstverständnis neu auszurichten. Dabei kam der rechtlichen Ausbildung (Bundesrecht) wie auch der Politischen Bildung<sup>62</sup> besondere Bedeutung zu. Fachlehrer der Ausbildungseinrichtungen wurden entsprechend in Baden-Württemberg und Bayern vier Monate lang fortgebildet.<sup>63</sup>

Gerade mit Blick auf die Aus- und Fortbildung, Führungs- und Einsatzmittel und Allgemeine (AAO) wie Besondere Aufbauorganisationen (BAO) zeigt sich, wie perspektivenabhängig die Bewertung der Jahre 1989/90 ausfällt. Einerseits waren sie – über die bereits referierte Aufarbeitung von DDR-Unrecht und die Manifestation bzw. Intensivierung neuer/spezifischer Kriminalitätsformen auf dem Gebiet der (ehemaligen) DDR hinaus – insofern Ermöglichungsäsur, als die von den kriminal- und polizeipolitischen Paradigmen des Bundes und der («alten») Länder getragenen Strukturen, Strategien, Aus- und Fortbildungsgrundsätze sowie Führungs- und Einsatzmittel transferiert bzw. modifiziert übertragen wurden. Das ermöglichte den ehemaligen Volks- und frisch gebackenen Bundes- bzw. Landespolizisten Zugriff auf moderne Technik, aber auch Erfahrungen und Anforderungen, die bezogen auf neue Kriminalitätsphänomene als Herausforderung begriffen werden, aber eben auch negativ sein konnten. Andererseits musste sich gerade für das Selbst- und Funktionsverständnis

---

62 Wolfgang Geierhos, Soziale Kompetenz und Politische Bildung, in: Soziale Kompetenz als Schlüsselqualifikation des modernen Polizeiberufes. Fragen der Ausbildung und des Hochschulstudiums. Beiträge zum III. Hochschuldidaktischen Kolloquium an der Fachhochschule der Polizei Sachsen, hrsg. von Wilfried Thewes/Joachim Burgheim/Anton Sterbling, Rothenburg/OL. 2001 (Rothenburger Beiträge. Schriftenreihe der Fachhochschule für Polizei Sachsen, 9), S. 117–121, hier 117, betont in diesem Zusammenhang auf Ausgleich bedacht gerade die nachhaltige Frage der (überwundenen) deutschen Teilung: «Nun haben wir es aber durch die Geschichte des geteilten Deutschland und die Existenz der beiden deutschen Staaten mit ihren jeweiligen politischen und sozialen Ausprägungen mit besonderen Bedingungen zu tun, ohne deren Kenntnis und Berücksichtigung bei der Ausbildung kein Erfolg in Richtung soziale Kompetenz erzielt werden kann. Dazu zählt in erster Linie und vordergründig die Kenntnis der Urteile und Vorurteile über die Menschen im jeweiligen anderen deutschen Staat. Inzwischen hat sich gezeigt, dass es nicht nur um solche geht, die bis 1989 entstanden waren, sondern auch um diejenigen, die neu hervorgerufen und aus der konkreten Erfahrung entsprungen sind.»

63 Geierhos, Die Polizei des Freistaates Sachsen (Anm. 56), S. 162–165.

sowie die individuelle Laufbahn (mit Eignungsprüfung und ggf. veränderter Einstufung in der Hierarchie), die «Wende» über ihre historische und gesamtgesellschaftliche Bedeutung hinaus als einschneidendes Erlebnis und mithin jene Zäsur darstellen, wie sie sich in der Erinnerungskultur und weltgeschichtlichen Ansätzen manifestiert.

## VI. Sicherheitsproduktion im 21. Jahrhundert

Für den 11. September 2001 ist ein solcher Befund bei Betrachtung des Längsschnittes nur begrenzt haltbar. Zwar werden die Anschläge «von vielen Entscheidungsträgern und Kommentatoren als Wendepunkt in der Sicherheitspolitik – insbesondere der westlichen Welt – angesehen. Terrorismusbekämpfung ist [in diesem Zusammenhang] die begriffliche Einfassung für Sicherheitsinitiativen der Innen- und Außenpolitik wie für die Reaktion der USA mit kriegerischen Mitteln in Afghanistan und Irak».<sup>64</sup> Auch in Deutschland kam es in der Folge zu kriminal-/polizeipolitischen Maßnahmen, die gerade auch dem engeren, auf die Strafrechtspolitik abstellenden Kriminalpolitik-Begriff entsprechen: Mit dem Gesetz zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus (TerrorBekämpfungG), nach dem sich selbst als law and order-Mann profilierenden Innenminister Otto Schily (1998–2005; SPD) auch «Otto-Katalog» genannt, wurden unter anderem die Befugnisse der Nachrichtendienste und Bundespolizeibehörden erweitert, das Post- und Fernmeldegeheimnis eingeschränkt sowie das Vereins- und Ausländerrecht verschärft.<sup>65</sup> Außerdem wurde polizeipolitisch eine verstärkte europäische und internationale Zusammenarbeit propagiert,<sup>66</sup> wie sie sich

64 Patricia Bauer, Die politische Entgrenzung von Innerer und Äußerer Sicherheit nach dem 11. September 2001, in: Wachen, kontrollieren, patrouillieren – Kustodialisierung der Inneren Sicherheit, hrsg. von Gisbert von Elsbergen, Wiesbaden 2004, S. 49–73, hier 50.

65 Gesetz zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus (Terrorismusbekämpfungsgesetz) vom 9. Januar 2002, in: BGBl. I, Nr. 3, vom 11.01.2002, S. 361 ff.

66 «Globalisierung und Europäisierung haben die Polizeien der Nationalstaaten vor neue Anforderungen gestellt und werden dies auch zukünftig tun», so etwa der Berliner Polizeipräsident Dieter Glietsch, Grußwort des Berliner Polizeipräsidenten, in: Empirische Polizeiforschung X. Einflüsse von Globalisierung und Europäisierung auf die Polizei, hrsg. von Bernhard Frevel/Hans-Joachim Asmus, Frankfurt/M. 2008, S. 7–9, hier 7. Einer seiner Vorgänger, Hagen Saberschinsky, hat das ein Jahrzehnt eher auch schon betont und bezogen auf den OK-Bereich gefordert, dass die «internationalen Bemühungen zur verbesserten OK-Bekämpfung schneller zu pragmatischen Ergebnissen führen müssen» (Saberschinsky, Die Bekämpfung [Anm. 51], S. 242).

etwa im Oktober 2001 initiierten ATLAS-Verbund europäischer Spezialeinheiten<sup>67</sup> manifestiert, in dem Deutschland mit der GSG 9 und – stellvertretend für die Bundesländer – dem SEK Baden-Württemberg vertreten ist. Dabei sind aber weder ATLAS noch die Europäisierung und Internationalisierung ausschließlich eine unmittelbare Reaktion auf die Terroranschläge. Erste Ideen für einen Verbund der Spezialkräfte gehen auf 1996 zurück und auch weitere Beispiele für Formen der Zusammenarbeit gibt es in Hülle und Fülle. Zum Teil reichen sie bis ins 19. Jahrhundert.<sup>68</sup> Für das 20. Jahrhundert wären die IKPO-Interpol (seit 1923),<sup>69</sup> das Rechtshilfeabkommen in Strafsachen (1959, Europarat), die TREVI-Gruppe (1976), die Schengener Übereinkommen (1985, 1990)<sup>70</sup> bzw. der Schengener Grenzkodex (2006), CELAD (1989), die im Vertrag von Amsterdam fixierte PJZS (1997) und Europol (1999)/CEPOL (2000) zu nennen.

Sie korrespondieren mit veränderten Rahmenbedingungen für das Policing<sup>71</sup>, etwa den globalen wirtschaftlichen Verflechtungen, der «Revoluti-

67 Hierzu: Ulrich Hanke/Daniela Scholz, 10 Jahre ATLAS, in: Bundespolizei kompakt. Zeitschrift der Bundespolizei 39 (2012) 1, S. 10–13; R. Uwe Proll (Hrsg.) 40 Jahre GSG 9 1972–2012. 40 Jahre Kampf gegen Terror und schwerste Gewaltkriminalität, Berlin 2012.

68 Mit Beispielen Hartmut Aden, Polizeipolitik in Europa. Eine interdisziplinäre Studie über die Polizeiarbeit in Europa am Beispiel Deutschlands, Frankreichs und der Niederlande, Opladen/Wiesbaden 1998, S. 67 f. oder Georg W. Stiebler, Die Institutionalisierung der internationalen polizeilichen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verbrechensverhütung und -bekämpfung in der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation INTERPOL (IKPO – INTERPOL), Bochum 1981.

69 Zur Geschichte Stiebler, Die Institutionalisierung (Anm. 68).

70 Übereinkommen zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen – Bek. d. BMI v. 29. 1. 1986 – V II 2 – 125760 BEL/6, zit. n. GMBI Nr. 5 1986, S. 79–81. Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juli 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen, in: Bundesgesetzblatt, Teil II, Nr. 23, ausgegeben zu Bonn am 23. Juli 1993, S. 1013–1093.

71 Policing wird hier synonym mit Kriminalpolitik verwendet und mit Thomas Feltes, Polizeiwissenschaft in Deutschland. Überlegungen zum Profil einer (neuen) Wissenschaftsdisziplin, in: Polizei & Wissenschaft 4 (2007), S. 2–21, hier 5, verstanden als «das gesamte staatliche, private, ökonomische, von Verbänden und Bürgerinitiativen getragene Handeln [...], das auf Erreichung von Rechtsordnung und/oder (auch subjektiv empfundener) Rechtssicherheit zielt – und zwar

on» in der Kommunikationstechnologie, räumlichen Bevölkerungsbewegungen und einer gestiegenen Reisefreiheit, insbesondere nach dem «Fall» des «Eisernen Vorhangs» – also Phänomenen, die zum Teil bereits weit vor 2001 konstatierbar waren. Europäisierung und Globalisierung stellen besondere Anforderungen an die Polizeien, nicht nur durch Formen der grenzüberschreitenden, organisierten Kriminalität. Sie führen unter anderem notwendigerweise zum Policing transnationaler Proteste bzw. Großereignisse. Die Fußballweltmeisterschaft 2006, der G8-Gipfel 2008 von Heiligendamm oder der NATO-Gipfel 2009 in Baden-Baden seien aus deutscher Perspektive stellvertretend ebenso genannt wie die von Gewaltexzessen begleitete Eröffnung der EZB-Zentrale in Frankfurt am Main im März 2015. Zur Bewältigung solcher Herausforderungen ist in besonderem Maße eine transnationale Kooperation erforderlich. Insoweit sind im vergangenen Jahrzehnt geschlossene Kooperationen etwa im Zuge der Grenzschutzagentur Frontex (2004) oder des Vertrags von Prüm (2005)<sup>72</sup> bedeutsam. Und zwar auch dann, wenn man sich auf den Soziologen Ulrich Beck und seine ebenso vieldiskutierte These von der «Risikogesellschaft» bezieht. In der postmodernen Welt sind Risiken der Gegenwart im Vergleich zu frü-

---

durch Repression und Prävention.»

- 72 Die ursprüngliche Einladung zum Eintritt in die Verhandlungen über einen Schengen III genannten Vertrag erging nach den Terroranschlägen vom 11. März 2003 in Madrid vom damaligen bundesdeutschen Innenminister Otto Schily primär an die «Gründernationen» des Schengenraumes, jedoch konnte sich Frankreich verhandlungstechnisch aus rechtlichen Gründen nicht beteiligen. Daher wurde Österreich eine Beteiligung angeboten. Nach vier Expertentreffen, neun Verhandlungsrunden in Berlin und drei Ministertreffen war der Vertrag ausgehandelt. Im Mai 2005 erklärten dann Spanien und Frankreich ihre Absicht, diesem Vertrag beizutreten. Vgl. Waldemar Hummer, Der Vertrag von Prüm – «Schengen III»?; in: *Europarecht* 42 (2007) 4, S. 517–530, insbesondere 517–520. Hummer, Der Vertrag von Prüm (Anm. 72) auch näheres zum Ziel, zur Struktur und zum Inhalt des Vertrages. Siehe zudem Martin David, Die Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit, in: *Verschiedene europäische Wege im Vergleich. Österreich und die Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis zur Gegenwart*, hrsg. von Michael Gehler/Ingrid Böhler, Innsbruck 2007, S. 569–576. Zur datenschutzrechtlichen Einschätzung der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und Informationsfreiheit Peter Schaar, Datenaustausch und Datenschutz im Vertrag von Prüm, in: *Datenschutz und Datensicherheit* 30 (2006) 11, S. 691–693. Er attestiert einen hohen datenschutzrechtlichen Standard, rät allerdings zu einer Relevanzschwelle, einer Beschränkung des Zugriffs auf Fahrzeugregister bei der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten aus Gründen der Verhältnismäßigkeit und einer Vereinheitlichung der Auskunftsrechte der Betroffenen.

heren Zeiten weder zeitlich noch räumlich eingrenzbar. Als Beispiel dienen hier gerade der 11. September 2001 und seine sicherheitspolitischen Folgen.<sup>73</sup> Das mag populistisch anmuten und zudem wegen des extremen Charakters des in der Dimension bislang einzigartigen Ereignisses auch nicht unbedingt das stärkste Argument sein. Doch es rüttelt auf. Denn innere Sicherheit ist in einer wirtschaftlich über alle Grenzen verflochtenen Welt ein bedeutsamer Standortfaktor – gerade in der «Risikogesellschaft».

Ereignisse wie der 11. September forcieren und erleichtern aber eher kriminal- bzw. polizeipolitische Vorhaben statt sie hervorzurufen.<sup>74</sup> Bezogen auf grundrechtseinschränkende Gesetzesvorhaben, genährt von einer «intellektuellen Lust am antizipierten Ausnahmezustand» (Udo di Fabio) und einem «Geheimwissen» als «Grundlage wahrhaft apokalyptischer Schreckensszenarien» (Gerhard Baum),<sup>75</sup> erweisen sie sich schon seit RAF-Zeiten als Rechtfertigung, aber auch als Anlass Handlungsstärke zu demonstrieren.<sup>76</sup> «Diese unheimliche und unheilvolle Allianz unseres modernen Staates und seiner Gesellschaftsmitglieder, die für eine Idee von Sicherheit und damit eben eine Ideologie freigiebig all dasjenige wieder herzugeben bereit sind, was sie einst mühsam erkämpften, ist doch ein prägnantes Signum unserer Zeit», folgert insofern zutreffend der Strafrechtler und Kriminologe Hefendehl. In dieser Lesart sieht er auch die Steuerungswirkung des Strafrechts wieder an seinem Beginn im 18. Jahrhundert, das von Vergeltung statt Prävention getragen war.<sup>77</sup>

---

73 Claudia Rademacher, Sehen und gesehen werden. Zur akademischen Positionierung der Polizeiwissenschaft, in: Polizeiwissenschaft an der Polizei-Führungsakademie und der Deutschen Hochschule der Polizei. Eine Zwischenbilanz, hrsg. von Kuratorium der Deutschen Hochschule der Polizei, Dresden 2007 (Schriftenreihe der Deutschen Hochschule der Polizei, Sonderheft 2007), S. 46–71, hier 47.

74 Bauer, Die politische Entgrenzung (Anm. 64), S. 50, sieht sie denn auch «eher als Katalysator denn als Ursache für die konzeptionelle Neudefinition des Begriffes Sicherheit».

75 Gerhart Baum, Rettet die Grundrechte! Bürgerfreiheit contra Sicherheitswahn – Eine Streitschrift, Köln 2007, S. 27.

76 Bauer, Die politische Entgrenzung (Anm. 64), S. 50: «Risiko wird in den [...] einschlägigen Dokumenten zu militärischer Sicherheitsvorsorge als umfassend, und damit ubiquitär bezeichnet. Eine Konkretisierung der risikobekämpfenden Maßnahmen ist deshalb fall- und situationsabhängig und eröffnet einerseits, je nach neuer historischer Situation, die Möglichkeit, neue Feindbilder zu etablieren und andererseits eine Vielzahl von Maßnahmen, deren Legitimation für die Öffentlichkeit schwer zu überprüfen ist.»

77 Roland Hefendehl, Sicherheit und Sicherheitsideologie oder auch: Das Ende des

Der aufgeklärte moderne Staat nimmt politikphilosophisch gesehen spätestens seit damals eine Garantenstellung für individuelle Handlungsfreiheit ein.<sup>78</sup> Dadurch bedingt verfügt er über das alleinige Gewaltmonopol und auch die Legitimation zur Ausübung von Zwang. Als zentrale Akteure haben die westlichen Staaten Polizeien mit der Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich der inneren Sicherheit betraut. Eine Tatsache, die an Aktualität nichts verloren hat. Und dennoch hat sich schon im 20. Jahrhundert einiges geändert. Zahlreiche weitere Akteure aktiv – auch aus dem privaten, kommunalen und kommerziellen Bereich: So gibt es unter anderem «Neighbourhood-watch»-Programme, Bürgerwehren, Sicherheitswachen und unzählige private Sicherheitsdienste. Sie sind teils in Netzwerke eingebunden und leisten einen wichtigen Beitrag zur Produktion von Sicherheit.

Europäische und internationale Polizeinetzwerke wie Interpol, Europol oder CEPOL und – denkt man an die umstrittenen Assistenzsätze des österreichischen Bundesheeres zur Grenzsicherung ab 1990 – mancherorts auch in Europa gar das Militär treten hinzu. Für diese Entwicklung haben sich in der internationalen Polizeiwissenschaft unterschiedliche Begriffe herausgebildet, wie etwa *Pluralization of Policing*<sup>79</sup>, «Polizieren»<sup>80</sup> oder auch «Kustodialisierung»<sup>81</sup>. Allerdings bergen die Unterstützung und zugleich Konkurrenz, die die Polizeibehörden im Feld der Inneren Sicherheit erfahren, Konflikte in sich. Denn sie verdeutlichen nicht nur den Anspruch anderer Akteure, sondern die Grenzen, an die die Polizeien stoßen, wenn es darum geht, das Sicherheitsbedürfnis der Bürger zu befriedigen. Teilweise zu Recht wird hier von «Kustodialisierungs-Wahn» gesprochen.<sup>82</sup> Das mag drastisch anmuten, doch es beschreibt die verwirrende Diversität in der bundesdeutschen Sicherheitsarchitektur. Bei der Installation und der gezielten Einbindung der nichtstaatlichen Akteure wie auch ihrer Kont-

---

Relativen, in: *Neue Kriminologie* 1 (2013), S. 19–25, hier 21.

78 Vgl. ebd., S. 4 f.

79 Trevor Jones/Tim Newburn, *Understanding plural policing*, in: *Plural Policing. A comparative*, hrsg. von dens., London – New York 2006, S. 1–11.

80 Jo Reichertz, *Auf dem Weg zu den Polizeiwissenschaften? Bemerkungen aus soziologischer und kommunikationswissenschaftlicher Perspektive*, in: *Kriminologie im 21. Jahrhundert*, hrsg. von Karlhans Liebl, Wiesbaden 2007, S. 125–143, hier 130.

81 Gisbert van Elsbergen, *Das Konzept der Kustodialisierung – Innere Sicherheit zwischen staatlicher Kontrolle und Privatisierung*, in: *Wachen, kontrollieren, patrouillieren – Kustodialisierung der Inneren Sicherheit*, hrsg. von dens., Wiesbaden 2004, S. 13–29, vor allem und in Abgrenzung zum Policing S. 14 f.

82 Ebd., S. 27.

rolle sind das Engagement und die Möglichkeiten des Staates unterschiedlich stark ausgeprägt, wobei grundsätzlich klare Zuständigkeitsgrenzen inzwischen nicht mehr gezogen werden. Ein Trend, der ohne Frage auch in anderen Politikfeldern zu verzeichnen ist und zu einer Neudefinition des staatlichen Selbstverständnisses, zur Abnahme der staatlichen Steuerungsfähigkeit und zu einer Umverteilung staatlicher Sicherheitsaufgaben führt.<sup>83</sup> Ob hier tatsächlich ein «qualitativ andere[r] Vorgang» zu sehen ist als zum Beispiel im Bereich der Daseinsvorsorge<sup>84</sup>, darf bezweifelt werden.

Problematisch ist und bleibt dabei jedoch, eine Vielzahl von kriminal-/polizeipolitischen Maßnahmen, die im Zusammenhang mit Aufsehen erregenden Ereignissen gefordert bzw. nach längerer Planung politisch durchgesetzt werden, immer auch ein «grundsätzliches Misstrauen des Staats gegenüber seinen Bürgern»<sup>85</sup> spiegeln. Ein «Sicherheitswahn» (Baum) und eine affektive Kriminalpolitik ziehen sich eskalierend durch die Geschichte der Bundesrepublik und sind dabei nicht immer unumstritten oder gar verfassungskonform.

Mit dem so genannten «Polizeibrief» vom 14. April 1949 an den Präsidenten des Parlamentarischen Rates gestanden die Militärgouverneure der Bundesregierung die Einrichtung von Sicherheitsbehörden zu. Neben Bundespolizeibehörden, die 1951 über entsprechende Gesetze in Gestalt des Bundeskriminalamtes und des Bundesgrenzschutzes eingerichtet wurden, war es «[d]er Bundesregierung [...] ebenfalls gestattet, eine Stelle zur Sammlung und Verbreitung von Auskünften über umstürzlerische, gegen die Bundesregierung gerichtete Tätigkeiten einzurichten. Diese Stelle soll keine Polizeibefugnis haben».<sup>86</sup> Damit wurde ein Trennungsgebot implementiert,<sup>87</sup> dass sich in den in der Folge erlassenen Gesetzen über die

83 Henning van den Brink/André Kaiser, Kommunale Sicherheitspolitik zwischen Expansion, Delegation und Kooperation, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte APuZ* (2007) 12, S. 4–11, hier 5.

84 Ebd., S. 5.

85 Baum, *Rettet die Grundrechte!* (Anm. 75), S. 39.

86 Ernst Rudolf Huber, *Quellen zum Staatsrecht der Neuzeit*, Bd. 2: *Deutsche Verfassungsdokumente der Gegenwart (1919–1951)*, Tübingen 1951, S. 216.

87 Die Hintergründe sind umstritten. Vgl. den mit entsprechenden Literaturhinweisen versehenen Beitrag von Karsten Baumann, *Vernetzte Terrorismusbekämpfung oder Trennungsgebot? Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit von Polizei und Nachrichtendiensten*, in: *DVB1* 1. Juli 2005, S. 798–805, hier 799: «Während einige maßgeblich das Motiv betonen, die Bevölkerung vor dem Terror- und Willkürregime einer Geheimpolizei nach dem Muster der Gestapo zu schützen, betrachten andere die Anordnung [...] als bloßes Mittel zur

Gründung des Bundesamtes und der Landesämter für Verfassungsschutz entsprechend niederschlug. In Zeiten der Bedrohung durch internationalen wie auch nationalen Terrorismus wurde die Zusammenarbeit zwischen Nachrichtendiensten und Polizeien intensiviert und zum Teil auch neu organisiert, wie zunächst mit dem 2004 gegründeten Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) und 2012 zum ausgebauten Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ). Diese an der Bedrohungslage ausgerichteten Maßnahmen standen dabei wiederholt gerade mit Blick auf das Trennungsgebot und den Datenschutz ebenso in der Kritik wie etwa die Möglichkeiten der Verfassungsschutzbehörden bezüglich verdeckter Ermittlungen. «Die erheblich erweiterten Ermittlungsbefugnisse führen unweigerlich zu mehr und zu intensiveren Eingriffen.»<sup>88</sup> Indes scheinen sie angesichts der Bedrohungslage unausweichlich.

Die im § 14 des Luftsicherheitsgesetzes vorgesehene und erst 2006 vom Bundesverfassungsgericht kassierte Möglichkeit, auf Luftfahrzeuge mit Waffengewalt einzuwirken,<sup>89</sup> ist ein weiteres Beispiel. Und auch im Strafrecht gibt es, zwar verfassungskonforme, aber auf Härte zielenden Tendenzen. Mit der Großen Strafrechtsreform 1969 bis 1975, die auf die Vermeidung von Haftstrafen und den Schutz von Rechtsgütern abstellte und im Ansatz eine positive Spezialprävention anstrebte, ist längst gebrochen.<sup>90</sup> Gerade bei schweren Fällen der Gewaltkriminalität ist die kriminal-/polizeipolitische Reaktion häufig die Forderung nach einer Strafverschärfung oder mehr Befugnissen für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS).

---

Verhinderung einer von den Besatzungsmächten schwer zu kontrollierenden, starken Zentralgewalt auf dem Sicherheitssektor.» Überdies: Helmut Roewer, Trennung von Polizei und Verfassungsschutzbehörden, in: DVBl. 101 (1986) 5, vom 1. März 1986, S. 205–208; Christoph Streiß, Das Trennungsgebot zwischen Polizei und Nachrichtendiensten. Im Lichte aktueller Herausforderungen des Sicherheitsrechts, Frankfurt/M. 2011; Alexander Dorn, Das Trennungsgebot in verfassungshistorischer Perspektive: zur Aufnahme inlandsnachrichtendienstlicher Bundeskompetenzen in das Grundgesetz vom 23. Mai 1949, Berlin 2004; Kay Nehm, Das nachrichtendienstliche Trennungsgebot und die neue Sicherheitsarchitektur, in: NJW 2004, S. 3289–3295.

88 Charles Denkowski, Verfassungsschutz und Polizei in Zeiten der steten Erweiterung geheimdienstlicher Befugnisse, in: Neue Kriminologie 4 (2009), S. 122–125, hier 124.

89 Urteil vom 15. Februar 2006 – 1 BvR 357/05 – (BVerfGE 115, 118).

90 Sönke Gerhold, Die schleichende Ausweitung der konkreten Gefährdungsdelikte und die damit einhergehende Verschärfung der polizeilichen Pflichten bei hilflosen Personen, in: Neue Kriminologie 2 (2009), S. 69–79, hier 69.



## VII. Fazit

Insofern lassen sich in der Gesamtschau kriminal- und polizeipolitische Kontinuitäten auch bei zum Teil neuen Phänomen bzw. weltgeschichtlichen Umwälzungen erkennen, denen indes eher eine Katalysatorfunktion als ein genuiner Zäsurcharakter zukommt. Dabei können in der – perspektiven-abhängigen – Bewertung die Jahre 1989/90 vor allem als auch als Ermöglichungszäsur einer Aufarbeitungs-, Transformations- und Integrationsleistung gesehen werden. Die Manifestation neuer bzw. die quantitative wie qualitative Intensivierung bestimmter Kriminalitätsphänomene hingegen war die Kehrseite der Medaille. Das von Bernhard Frevel herausgearbeitete Themen- und Kräftefeld der Kriminalpolitik hat sich indes per se ebenso wenig wie deren formale Struktur im politischen System der Bundesrepublik (Montesquieusche, horizontale und vertikale Gewaltenteilung) gewandelt.<sup>91</sup> Sie wurden aber auf das Beitrittsgebiet übertragen. Hierin besteht die eigentliche Zäsur in einem doppelten Sinne. Einerseits als Herausforderung für die von bundesdeutscher Seite aus zuständigen bzw. eingesetzten Institutionen und Personen auf der politischen, vor allem aber der Handlungsebene im Sinne eines geänderten gesellschaftlichen Umfeldes («Wendezeit»). Dieses wiederum ermöglichte einen Anschluss an gefestigte ideologische Grundpositionen. Abstrakt im Sinne einer wertkartografischen Selbstüberhöhung (Mental Mapping), die auf diffuse mentale Grenzziehungen der Jahrhunderte aufbauend nach 1945 dem Osten, dem nun eben auch das Gebiet der SBZ/DDR zugerechnet wurde, auf politisch-moralischer Ebene eine Unterlegenheit zuschrieb<sup>92</sup> und nun scheinbar Bestätigung erfuhr. Andererseits und primär aber aus Sicht des Beitrittsgebietes. Hier mussten die anstehenden Herausforderungen und Transformationen bei gleichbleibendem Kriminalitätsverständnis (im Sinne des natürlichen wie auch materiellen/soziologischen Kriminalitätsbegriffs) zwangsläufig als zum Teil gravierend und einschneidend erlebt werden. Aus deutscher Perspektive war dies 2001 dann weniger der Fall. Gleichwohl ermöglichte das Ereignis Gedankenspiele, die vielleicht nicht zwingend apokalyptische Züge hatten, es gleichwohl aber erlaubten, bislang Unvorstellbares zu antizipieren und mindestens zum Gegenstand politischer Forderungen zu erheben. Die Brüche im Großen, sind im Kleinen mehr Katalysatoren. Das mag bezogen auf die Grundfeste unserer Verfassung, die freiheitlich-demokratische

---

91 Frevel, Kriminalpolitik im institutionellen System (Anm. 17).

92 Peter Bugge, «Land und Volk» – oder : Wo liegt Böhmen ?, in: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002) 3, S. 404–434, hier 433.

Grundordnung, gleichermaßen beruhigen wie ängstigen. Denn die langfristigen kriminal- und polizeipolitischen Trends sind primär repressiven Charakters – vielleicht kam der Publizist Ferdinand von Schirach deshalb zu dem Besorgnis erregenden Befund, die Würde des Menschen sei antastbar.<sup>93</sup> Beispiele lassen sich in den letzten Jahrzehnten durchaus finden. Eine der größten Gefahren droht aber nach wie vor durch den islamistischen Terrorismus. Dies belegen die Anschläge nach dem «11. September» auf europäischem Boden: unter anderem in Madrid 2004, London 2005, 2015 gleich zweimal in Paris und zuletzt im März 2016 in Brüssel. Sie fordern die Kriminal- und Polizeipolitik, vor allem aber die BOS jenseits aller tatsächlicher oder vermeintlicher Zäsuren bzw. Umbrüche kontinuierlich heraus.

---

93 Ferdinand von Schirach, Die Würde ist antastbar. Essays, München 2014. Schirach verweist unter anderem auf die Diskussion um «Rettungsfolter» (Fall Gäfgen) und indirekt den kassierten Art. 14 des Luftsicherheitsgesetzes.



# Der Transformationsprozess der Wendejahre

## Kommentar zum Beitrag von Andreas Pudlat

IRENE LESER

Die kriminal- und polizeipolitischen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland betrachtend, habe sich, so die Argumentation von Andreas Pudlat, trotz der weltgeschichtlichen Zäsuren in den Jahren 1989 und 2001<sup>1</sup> nur wenig verändert. Den historischen Ereignisse der politischen Umwälzung in den europäischen Ostblockstaaten (1989) wie die terroristisch motivierten Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon im September 2001, kämen für die Organisationseinheiten der Kriminal- und Polizeipolitik zwar eine Katalysatorfunktion zu,<sup>2</sup> sie entsprächen aber keiner genuinen Zäsur im Sinne der organisationalen Umwälzung. Dementsprechend könne man kriminal- und polizeipolitisch nur von «Ermöglichungs- zäsuren» sprechen.

Die Akteursperspektive der von den Umwälzungen Betroffenen thematisiert Pudlat in seiner Analyse nur am Rande. Genau diese Perspektive möchte ich am Beispiel des Volkspolizisten aus soziologischer Sicht vertiefen<sup>3</sup>, eine Vertiefung, die meinerseits sicherlich biographisch motiviert ist.

---

1 Eine Diagnose für das Jahr 2011 spart Pudlat aus zwei Gründen aus, a) weil es Historiker\*innen schwer falle, sich gerade im Vollzug befindliche Ereignisse geschichtlich einzuordnen und b) weil die Ereignisse 2011 thematisch «kaum als Fluchtpunkt kriminalpolitischer Entwicklungen» taugten (Pudlat in diesem Band).

2 Zum Beispiel bei der Verfolgung von Straftaten im Zusammenhang mit dem Regime der (ehemaligen) DDR oder der Bekämpfung terroristischer Organisationen und organisierter Kriminalität durch nationale und supra-nationale militärische, polizeiliche und geheimdienstliche Mittel.

3 Ob 9/11 für die deutsche Innen- und Sicherheitspolitik nur als «Ermöglichungs- zäsur» gesehen werden kann, wird in diesem Kommentar nur am Rande thematisiert. Für manche, wie den im Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz arbeitenden Wissenschaftler Abou-Taam, gilt das Ereignis durchaus als «Zäsur in der deutschen Innen- und Sicherheitspolitik» (Abou-Taam 2011, S. 9), eine Zäsur, die zahlreiche Gesetze und Neuregelungen hervorbrachte, die die individuelle Freiheit des Einzelnen einschränken. Für andere, wie Christopher Daase, einem der bekanntesten Politikwissenschaftler mit dem Schwerpunkt Sicherheitspolitik, ist 9/11 eines von vielen Ereignissen, die in den vergangenen fünfzig Jahren zu einem schleichenden «Wandel der Sicherheitskultur», «zu institutionellen Veränderungen und rechtlichen Verwerfungen in der Sicherheitspolitik» führten. Heute

Denn ich selbst habe meine Kindheit bis zum Alter von acht Jahren nicht auf dem Gebiet der Bundesrepublik, sondern in der ehemaligen DDR verbracht. Aufgewachsen bin ich in Suhl, in der Straße der Deutsch-Sowjetischen-Freundschaft. Im Zuge des Mauerfalls wurde die Straße in Anlehnung an unsere Partnerstadt in die Würzburger Straße umbenannt – ich werde noch darauf zurückkommen. Als Kind habe ich öfter ein Lied über einen Volkspolizisten gehört, der in dem Lied als Verkehrspolizist charakterisiert wird. Er wird als Helfer der Kinder ideologisiert. Er hilft beim Überqueren des Fahrdamms, hilft, wenn sich ein Kind verlaufen hat und ist ein Mann, der «es gut mit uns meint, er zeigt uns den Weg, er ist unser Freund». Das Lied endet mit der Strophe: «Und wenn ich mal groß bin, damit Ihr es wisst, dann werde ich auch so ein Volkspolizist. Wir helfen den Menschen. Ich bin mit dabei, beschütze die Kinder, als Volkspolizei.»

Auch heute wollen viele Grundschulkinder, v.a. Jungen noch Polizisten werden. In einer eigenen, 2012 durchgeführten Erhebung an zwei Berliner Grundschulen, habe ich 45 Erst- bis Drittklässler aus sogenannten JÜL-Klassen (das heißt jahrgangsübergreifenden Klassen) gefragt, was sie später einmal werden wollen. Drei Kinder haben hierzu keine Angaben gegeben. Drei andere haben keinen Berufswunsch, sondern andere Wünsche, geäußert. Alle anderen gaben ein bis sechs Berufswünsche an, so dass ich auf 55 Berufswunschennungen kam.

Absoluter Spitzenreiter, mit zwölf Nennungen, das heißt mit etwas mehr als 20% war der Polizist (neun Jungen und drei Mädchen gaben den Wunsch an – ein Mädchen davon möchte, um ganz genau zu sein, Polizistenchefin werden). Auf den Wunsch Polizist zu werden, folgte mit acht Nennungen der Fußballer, ein Wunsch, der nur von Jungen genannt wurde. Ich will die unterschiedlichen Berufswünsche nicht weiter mit Zahlen belegen. Sie reichen vom Lehrer, über die Ärztin, die Designerin, den Astronauten, der Pilotin, dem Erfinder, der Ingenieurin, der Tierpflegerin bzw. Zoowärterin, der Detektivin, dem Agenten, dem Schiedsrichter, dem Popstar und der Künstlerin bis hin zum Tischler, der Bäckerin, der Brillenoptikerin, der Kindergärtnerin oder Sprachtherapeutin.

Die Auszählung selbst soll nur zeigen, dass der Polizist als Berufswunsch bei Kindern, wie es in dem Kinderlied besungen wird, noch immer hoch im Kurs steht. Polizisten vermitteln für Kinder das Gefühl von Stärke, Schutz und Sicherheit. Jedoch ist und war die Berufsausübung für den Polizisten

---

entspräche die Sicherheitspolitik nicht mehr einer «Bedrohungsabwehr», wie sie noch zu Zeiten des Kalten Krieges typisch waren, sondern hätte sich zur «Risikovorsorge» entwickelt, welche die «staatliche[n] Sicherheitsorgane und internationalen Sicherheitsinstitutionen zu überfordern» beginnen. Vgl. Christopher Daase, Wandel der Sicherheitskultur, in: APuZ 50 (2010), S. 14 ff.

nicht überall gleich. Das Staats- und Rechtssystem, in dem Polizisten ihrem Dienst nachgehen und nachgegangen sind, hat entscheidenden Einfluss auf den Berufshabitus<sup>4</sup>.

Für den Volkspolizisten – um auf das eigentliche Thema wieder zurück zu kommen – ist die Wendezeit, ganz anders, als für den Polizisten in den alten Bundesländern, aufgrund seines zu DDR-Zeiten eingeübten Berufshabitus durchaus als Zäsur zu verstehen. Dies ist meine These, die ich im Folgenden belegen möchte und aus der Akteurs-Perspektive des Verkehrspolizisten beschreiben will. «Die Wendezeit» rief – so wunderbar beschrieben in einem 2007 erschienen Artikel vom Soziologen Hans-Joachim Asmus – durchaus «tiefgreifende Veränderungen [...] besonders bei den staatsnahen Berufsgruppen [wie Lehrkräften und Polizisten, Anm. IL] hervor.»<sup>5</sup> Die Volkspolizisten dienten bis zur Wendezeit in einem Staat mit einer vollkommen anderer Staatsauffassung und Rechtsordnung. Im Zuge der Transformationsprozesse wurde die bis dahin «zentral geführte Polizei nach Maßgaben der Länderpolizeien strukturiert». Es wurden «teils unterschiedliche Organisationsformen und Auffassungen von Polizeiaufgaben [aus den westdeutschen Bundesländern, Anm. IL] importiert.»<sup>6</sup> Und dies ist, ich habe versprochen noch einmal darauf zu verweisen, vergleichbar mit der Umbenennung meiner Wohnstraße, in der ich aufgewachsen bin, die, ich erinnere, von der Straße der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft in die Würzburger Straße umbenannt wurde.

Eine zuvor herrschaftssichernde und die Rechtskonformität kontrollierende Organisation, mit militärischen Strukturen, die von ihren Aufgaben hochgradig spezialisiert war, wurde in ihrer Organisationsform ab Oktober 1990 vollständig umgekrempelt. Über 50-jährige Polizisten, unter denen sich üblicherweise viele in Führungspositionen befanden, sollten nach dem Einigungsvertrag nicht mehr verbeamtet werden und schieden in der Mehrzahl aus dem Polizeidienst aus. Volkspolizisten, die Staatssicherheitsaufgaben, kurz Stasi-Aufgaben übernommen hatten, und damit gegen Prinzipien der Menschlichkeit oder demokratischen Rechtsstaatlichkeit verstoßen hatten, wurden selbstverständlich nicht übernommen.

Den noch verbliebenen Polizisten wurden leitende Beamte aus den alten Bundesländern vorangestellt. Die ehemaligen Volkspolizisten mussten sich,

4 Pierre Bourdieu, Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt/M. 1987.

5 Hans-Joachim Asmus, Die Funktion des beruflichen Selbstbildes in der Transformationsphase der Polizei in den neuen Bundesländern, in: Thomas Ohlemacher/Anja Mensching/Jochen-Thomas Werner (Hrsg.) Polizei im Wandel? Organisationskultur(en) und Organisationsreform. Empirische Polizeiforschung VIII, Frankfurt/M. 2007, S. 72.

6 Ebd., S. 72.

so Asmus, einer polizeilichen Haltung fügen, die ihnen fremd war. Sie sollten zu einer sogenannten bürgernahen Polizei – auch darüber kann man streiten – werden und waren bis dahin doch eher «machtpolitisch orientiert»<sup>7</sup>.

Vertraute Aufgaben, wie die Verkehrsregelung, die in dem Kinderlied besungen wird, entfielen fast völlig. Polizeiliche Aufgaben im Pass- und Meldewesen, im Strafvollzug, in der Transportpolizei, der Feuerwehr und im Betriebsschutz gehörten nicht mehr zum Aufgabengebiet der Volkspolizisten. Dafür mussten sich die Polizisten schnell in ihnen bis dato zum Teil unbekannte Bereiche einarbeiten: Wirtschaftskriminalität, organisierte Kriminalität und Menschenhandel, Zigarettenhandel, Kraftfahrzeugverschlebung, Drogenkriminalität, Falschgeldkriminalität, die Bekämpfung rechtsextremer Straftaten<sup>8</sup>. Die neuen Aufgaben und das zum großen Teil nicht vorhanden Wissen und Können erzeugten, so Asmus, ein Gefühl der Überforderung, welches durch sogenannte Anpassungslehrgänge, die zum Beispiel in Thüringen für den mittleren und den gehobenen Dienst jeweils acht Wochen dauerten, gemildert werden sollten.

Die Anpassungslehrgänge – die auch bei anderen Berufsgruppen, wie Kindergärtnerinnen oder Lehrkräften angeordnet wurden – haben die Polizisten vielleicht zu einem gewissen Grad auf ihre neu anstehenden Aufgaben vorbereitet, haben aber nicht wirklich viel geholfen. Auch Asmus beschreibt in seinem Artikel, dass sich der Berufshabitus der ehemaligen Volkspolizisten dadurch nicht grundlegend geändert hat.

Für Polizisten, die schon zu DDR-Zeit im Polizeidienst waren, waren die Wendejahre also durchaus eine Zäsur, die entweder durch die ihnen neu zugetragenen Aufgaben und die ihnen angetragene Rollenfunktion grundlegende Änderungen in sich trugen oder die Berufskarriere als Polizisten beendeten und damit einen grundlegenden Einschnitt in ihrem Berufsleben bedeutete.

Was will ich mit dem Ausflug in die Transformationsprozesse für ostdeutsche Polizisten und der damit einhergehenden Aufgabenänderungen sagen?

Es kommt immer auf den Standpunkt der Betrachtung an. Es ist etwas anderes, ob ich aus der Perspektive der Polizisten in den alten Bundeslän-

7 In seiner Dissertationsschrift lädt Carsten Dübbers dazu ein, über den in den 1990er angestoßenen Wandel der westdeutschen Polizeistruktur, von der Staats- zur Bürgerpolizei, nachzudenken. Im Rahmen einer quantitativ empirischen Studie in der Kölner Polizei zeigt die Arbeit auf, dass sich durch verschiedene gesellschaftliche Prozesse, unter anderem die Akademisierung der Polizei, die zentralen Werte der Polizeikultur verschieben. Vgl. Carsten Dübbers, Von der Staats- zur Bürgerpolizei? Empirische Studien zur Kultur der Polizei im Wandel, Frankfurt/M. 2015.

8 Ebd., S. 73, 76.

dern oder aus der Perspektive der ehemaligen Volkspolizisten spreche. Für die meisten Polizisten der Westländer und auch für die westdeutsche Sicherheitspolitik war die Wendezeit 1989/1990 sicherlich keine genuine Zäsur. Hier änderte sich nicht viel, außer dass etwa 16 Millionen Menschen mehr zu Deutschland zählten.

Und auch die Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon waren für die deutsche Bevölkerung – sofern man die daraus hervorgegangene verschärfte Sicherheitspolitik<sup>9</sup> und die aktive Kriegsbeteiligung im Irak und in Afghanistan ignoriert – keine einschneidende Zäsur. Für die US-amerikanischen Bürger und die Regierung aber schon. Ihre Vorstellung von einem Land, das bis dato auf eigenem Boden nie bedroht wurde, wurde am 9.11.2001 massiv angegriffen. Manch einer spricht im Zuge dessen gar von einer posttraumatischen Belastungsstörung des gesamten amerikanischen Volkes.<sup>10</sup>

Deutlich wird also, dass es immer auf den Standpunkt ankommt, aus dem wir auf Veränderungsprozesse blicken und es hat sicherlich seine Berechtigung regional begrenzt v.a. aus der institutionellen Perspektive auf organisationale Veränderungsprozesse zu schauen. Gewisse selbst gesetzte Grenzen lassen aber zum Teil massive Brüche, wie wir es am Beispiel des Volkspolizisten und dessen neuen Aufgaben im Zuge der Transformationsprozesse gesehen haben, in den Hintergrund treten.

Daher plädiere ich dafür, dass wir in unserer Debatte nicht nur die west-deutsche, die europäische oder vielleicht auch die an Amerika orientierte Perspektive einnehmen, sondern auch mal über unseren eigenen Tellerrand hinaus schauen und reflektieren, was – ganz im Sinne von Karl Mannheim – bestimmte politische und historische Ereignisse vor allem für bestimmte Generationen vor Ort bedeuten und wie sie ihr Leben verändern.<sup>11</sup>

---

9 Marwan Abou-Taam, Folgen des 11. September 2001 für die deutschen Sicherheitsgesetze, in: APuZ 27 (2011), S. 9–14.

10 Matthias Kettner/Robin Sturmeit, Posttraumatische Belastungsstörung als Gesellschaftsdiagnose? Wandel in der Sicherheitskultur nach Großschadensereignissen am Beispiel von 9/11, in: Dimensionen der Sicherheitskultur, hrsg. von Hans-Jürgen Lange/Michaela Wedekamm/Christian Endreß, Wiesbaden 2014, S. 59–77.

11 Karl Mannheim, Das Problem der Generation, in: ders., Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk, eingel. und hrsg. von Kurt H. Wolff, Neuwied <sup>2</sup>1970, S. 509–565.





**III.**

**2001 und 2011:  
Zäsuren oder Transformationsdynamik?**



## 9/11 – ein Anschlag aus dem Mittelalter?

Der Westen und die Kreuzfahrer, al-Qaida und die Assassinen,  
IS und das Kalifat

FELIX HINZ

### I. Einleitung

Die Anschläge vom 9/11 waren ein Schock für die westliche Welt. Abgesehen davon, dass symbolträchtige Orte getroffen wurden und unzählige digitale Aufnahmen den sich über mehrere Stunden hinziehenden Terrorakt zu einem medialen Großereignis werden ließen, nährte sich die dramatische Wucht des Eindrucks dadurch, dass mit einem Mal westliche Selbstgewissheiten erschüttert waren: Bisher galt den meisten Menschen des Westens die Geschichte als Fortschrittsgeschichte. Man wog sich im sicheren Glauben, in den besten Staaten zu leben, die es überhaupt je gegeben habe, dass zukünftig alles noch besser würde und letztlich die ganze Welt vom westlichen Vorbild profitiere. 9/11 machte in archaischer Brutalität deutlich, dass diese Einschätzung von mächtigen Gegnern nicht geteilt wurde, die aus einem längst überwundenen Zeitalter zu stammen schienen. Unerwartet wurde Gewalt wieder über Religion legitimiert, und alle westlichen Werte und Normen pauschal zu Teufelswerk erklärt. «Die Tatsache», bemerkt Terry Eagleton scharfsinnig, «dass die Vereinigten Staaten eine der letzten Nationen sind, die verstehen, warum sie gerade angegriffen werden, hängt eng mit der Tatsache zusammen, dass genau dies der Fall ist.»<sup>1</sup> Damit nicht genug nahmen die USA aus europäischer Warte erstaunlich schnell den «mittelalterlichen» Fehdehandschuh auf, um bereitwillig längst entschieden geglaubte Schlachten erneut zu schlagen.<sup>2</sup> Der US-Präsident sprach tatsächlich von der Notwendigkeit eines Kreuzzugs. – Wie war das bloß möglich?

---

1 Terry Eagleton, *Holy Terror*, Oxford 2005, S. 104.

2 Einen Vorgeschmack hatten bereits der Bosnienkonflikt und der Kosovo-Krieg geboten, der von den Europäern allerdings noch nicht als bedrohlich empfunden wurde. (Vgl. Tomaž Mastnak, *Europe and the Muslims: The Permanent Crusade?*, in: *The New Crusades. Constructing the Muslim Enemy*, hrsg. von Emran Qureshi/Michael A. Sells, New York 2003, S. 205–248, besonders S. 231–232 und *Der Westliche Kreuzzug. 41 Positionen zum Kosovo-Krieg*, hrsg. von Frank Schirrmacher, Stuttgart 1999).

Nicht faktische Geschichte wiederholt sich, wohl aber geschichtliche Sinngebung. Interpretation erfährt Geschichte bereits in der Verwendung spezieller Termini zur Verdeutlichung beziehungsweise zur Herstellung von Zusammenhängen, wofür ein besonders treffendes Beispiel die epochenübergreifende Verwendung des Kreuzzugsbegriffs ist.

## II. Die Kreuzzüge als epochenübergreifendes Phänomen

Was aber ist eigentlich ein Kreuzzug? Die Frage ist so alt wie das Nachdenken über dieses Phänomen selbst.<sup>3</sup> Der Streit zwischen Traditionalisten und Pluralisten in der Kreuzzugsforschung gründet letztlich darin, dass die ursprüngliche Kreuzzugsidee zwar eine zutiefst mittelalterliche ist, der Begriff jedoch erst in der Neuzeit geprägt wurde und damit bereits eine rückwirkende Deutung beinhaltet, wie ja überhaupt die Epoche des Mittelalters eine retrospektive Interpretation darstellt. Die übliche Lehrbuchdefinition besagt, dass es sich bei einem Kreuzzug um einen bewaffneten Pilgerzug handelte, der das Ziel hatte, die christliche Herrschaft über das Heilige Grab wiederherzustellen beziehungsweise zu sichern.

Doch während die realhistorischen mittelalterlichen Kreuzzüge eher einen stetig an- und abschwellenden Fluss denn einzelne, zählbare Züge darstellten und von den Zeitgenossen kein klarer Unterschied zwischen bewaffnetem und unbewaffneten Pilgerzügen gemacht wurde – waren die Zeiten doch unsicher genug, dass Gläubige schon lange vor den so genannten Kreuzzügen bewaffnet und auch in größeren Gruppen nach Jerusalem gezogen waren –, meint man, seit der europäischen Neuzeit landläufig eine klarere Vorstellung von jenen Vorgängen zu haben, um bestimmte dieser Pilgerzüge, Ketzer- und Heidenkriege als Kreuzzüge zu bezeichnen.<sup>4</sup> Dabei wird zudem eine recht künstliche Trennung zwischen den Vorgängen im Heiligen Land und jenen an anderen Grenzen der Lateinischen Christenheit unternommen, während die Akteure, die sich als Erben Roms verstan-

3 «Kreuzzug meinte unterschiedliche Dinge für unterschiedliche Menschen in der derselben und zu unterschiedlichen Zeiten.» (Christopher Tyerman, *The Invention of the Crusades*, Houndsmills 1998, S. 23.) Einen guten Einstieg in die mittelalterlichen Bedeutungsvielfalten bietet: Ludwig Schmugge, «Deus lo vult?» Zu den Wandlungen der Kreuzzugsidee im Mittelalter, in: *Heilige Kriege. Religiöse Begründungen militärischer Gewaltanwendung: Judentum, Christentum und Islam im Vergleich*, hrsg. von Klaus Schreiner, München 2008 (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien, 78), S. 93–108.

4 Die mittelalterlichen Quellen sprechen von *iter*, *expeditio*, *profectio*, *passagium*, *via*, *peregrinatio* etc.

den, beides als Rückeroberungsversuche oder legitime Ausdehnungsversuche ehemals römisch-christlicher Gebiete auffassen. Obwohl Jesus in der Bibel deutlich macht, dass sein Reich „nicht von dieser Welt“ sei,<sup>5</sup> sahen viele Christen in Anlehnung an Augustinus den Schutz, den das zunächst feindliche Römische Imperium seit der Konstantinischen Wende der Christianitas bot, als Chance für irdische christliche Herrschaft, die Gott gefügt haben musste.<sup>6</sup> (Die USA, zu denen wir gleich kommen, verstehen sich als Nachfolgerin dieses Imperiums.)

Nicht jeder mittelalterliche Pilger, der – bewaffnet oder nicht – ein Stoffkreuz trug, wusste sich als Kreuzfahrer, und nicht jeder Kreuzfahrer trug ein Stoffkreuz. Nicht jeder Kreuzfahrer kämpfte im Heiligen Land oder gegen Muslime. Es gab auch, um nur einige Beispiele zu nennen, Kreuzzüge gegen die Stedinger, gegen die Byzantiner, die Staufer, die Wenden, die Pruzen oder die Albigenser. Obwohl Kreuzzüge als vom Heiligen Stuhl legitimiert galten, gab es auch solche, die von charismatischen Wanderpredigern oder von Monarchen initiiert wurden, ohne dass der Papst daran entscheidenden Anteil hatte.<sup>7</sup>

Man sieht hier bereits deutlich den retrospektiv-normativen Charakter des Kreuzzugsbegriffs, der schon den vielschichtigen mittelalterlichen Manifestationen eine einseitige Bedeutung unterlegt, die ihnen im Grunde nicht gerecht wird.<sup>8</sup> Wie erst wird es sich mit dem Transfer derselben auf neuzeitliche und gar zeitgeschichtliche Phänomene verhalten?

Doch vorerst ist ein genauerer theoretischer Blick auf die Kreuzzugs-idee von Nöten. Um sich den hauptsächlichen Traditionslinien anzunähern, die möglicherweise über das Mittelalter hinausweisen, seien zunächst diejenigen Aspekte genannt, die sowohl für ihre Ursprünge als auch für heutige Konflikte gelten, auf die sie übertragen und angewendet werden.

Zu diesen gehört zunächst das allgemeine Charakteristikum, dass sich diejenige Partei, die nach eigenem Dafürhalten einen Kreuzzug führt, als im Dienst einer höheren Idee versteht. Während bei jedem Krieg gemeinhin beide Parteien für sich beanspruchen, im Recht zu sein (*bellum iustum*), ist

---

5 Joh 18, 36.

6 Heinz-Günther Stobbe, *Religion, Gewalt und Krieg*, Stuttgart 2010 (Theologie und Frieden, 40), S. 211–212.

7 Eine sehr gute Übersicht bietet: Jonathan Riley-Smith, *Wozu heilige Kriege? Anlässe und Motive der Kreuzzüge*, Berlin <sup>2</sup>2005, S. 147–157.

8 Vgl. auch: Ernst-Dieter Hehl, *Was ist eigentlich ein Kreuzzug?*, in: *Historische Zeitschrift* 259 (1994), S. 297–336 und Egon Flaig, *«Heiliger Krieg»*. Auf der Suche nach einer Typologie, in: *Historische Zeitschrift* 285 (2007), S. 265–302.

es für die Kreuzzugsidee darüber hinaus typisch, die eigene Sache im theologischen Sinn als das Gute zu betrachten, diejenige des zum Feind Erklärten hingegen als das Böse. Dies hat zur Folge, dass der Feind dämonisiert, das heißt entmenslicht und somit auch entrechtet wird. Für ihn gelten nicht dieselben Protektionsregeln, die man sonst bei Kriegsgefangenen beachtet. Schonung halten Kreuzfahrer ihren Zielen nur als hinderlich, denn einem Kreuzzug geht es nicht um räumlich und zeitlich begrenzte Kriegsziele, sondern vielmehr um einen ultimativen Sieg, ja in letzter Konsequenz um Erlösung. Jeder Kreuzzug beginnt daher mit dem Vorsatz, der letzte, alles entscheidende Krieg zu sein (der den ewigen Frieden begründet).

Sein Zweck heiligt die Mittel, weshalb ein Kreuzzug schon von der Idee her ein «totaler Krieg» und ein *bellum sacrum* ist.<sup>9</sup> Da es zu den obligatorischen Voraussetzungen eines Kreuzzugs gehört, dass seine Teilnehmer aus leidenschaftlicher Überzeugung daran teilnehmen, setzt er sich typischerweise aus einer Koalition von Freiwilligen zusammen. Dies wiederum impliziert, dass die Kreuzfahrer auch mit vollem Herzen bei der Sache sind, zur Not bereit, sich für die «gute Sache» zu opfern (*sacrificium* meint, dass das Geopferte geheiligt wird), so dass ein Kreuzzug vornehmlich und nicht zuletzt in prekären Situationen auch von einem irrationalen Angriffsgeist im Sinne einer Teufel-komm-raus-Mentalität geprägt ist.

Konkretisiert man diesen Befund auf die mittelalterlichen Orientkreuzzüge, ist zu konstatieren, dass sie als gottgewollt, wenn nicht gar als gottgeführt galten und (meistens) vom Papst legitimiert waren. Die religiöse Grundlegung schlug sich des Weiteren darin nieder, dass der Kreuzzug als Bußgang<sup>10</sup> und Pilgerfahrt in der *imitatio Christi* aufgefasst wurde, er also auch ein Kreuzweg, eine *via dolorosa*, war, an deren Ende Sündenvergebung stand.

Die mittelalterliche Kreuzzugsbewegung war darüber hinaus von einer aus heutiger europäischer Perspektive schwer nachfühlbaren apokalyptischen Grundstimmung getragen: Man verstand den Waffengang der Kreuzpilger als Auftakt des eschatologischen Kampfs gegen das Böse, weshalb die christliche Feindesliebe nicht galt und der im Neuen Testament betont friedlich auftretende Christus jetzt als gar nicht mehr friedlicher oberster Heerführer gedacht war. Die Kreuzzüge des Mittelalters strebten im Prinzip die Rückeroberung der gesamten untergegangenen römisch-christlichen

9 Elie Barnavi/Anthony Rowley, *Tuez-les-tous! La guerre de religion à travers l'histoire VIIe-XXIe siècle*, Paris 2006, S. 39.

10 Zur theologischen Frage, inwieweit das Töten im Krieg für den Christen als Sünde gesehen wurde und der Büßende keine Waffen tragen durfte vgl. Carl Erdmann, *Die Entstehung des Kreuzzugsgedankens*, Stuttgart 1935, S. 14–23.

Welt an, was den Kampf gegen den «Glaubensfeind», also den in dieses Gebiet expandierten Islam, implizierte. Geografisches Hauptziel war das Heilige Grab in Jerusalem, das in einem höheren Sinne verstanden wurde, nämlich als Konnex zum Himmlischen Jerusalem.

In der Neuzeit erfuhr die Kreuzzugs-idee, wenn man ihr Fortleben akzeptiert, eine Säkularisierung,<sup>11</sup> indem Werte und Ideologien an die Stelle der Religion traten, ohne dass diese aber gänzlich abgelöst wurde. Charakteristisch für eine neuzeitliche Kreuzzugshaltung ist die Anmaßung einer universalen Deutungshoheit über diese Werte und Ideologien (zum Beispiel Freiheit, Demokratie, Gleichberechtigung, Menschenrechte, Kommunismus etc.) und ein daraus erwachsener missionarischer Eifer, der für die Kreuzzugs-idee des Mittelalters eher untypisch war.<sup>12</sup> Neuzeitliche Ansätze geben sich besonders expansiv und verstehen ihr Wirkungsfeld prinzipiell global.

Die noch stark religiös geprägte Frühe Neuzeit beiseite lassend ist zur Säkularisierung der Kreuzzugs-idee Napoleons Ägyptische Expedition zu nennen, die er gleichsam auf den Spuren von Saint Louis, des kanonisierten französischen Kreuzzugskönigs, führte. Obwohl der berühmte Korse auf dem Weg nach Ägypten den letzten damals noch bestehenden Kreuzfahr-erstaat auflöste – den Ordensstaat der Malteserritter – und den Muslimen versicherte, dass er keinen Krieg gegen den Islam zu führen beabsichtige, stieß dies bei seinen Adressaten zu Recht auf Skepsis. Denn – und dies ist von fundamentaler Wichtigkeit – aus der Perspektive derjenigen, die Ziele von Kreuzzügen waren, also aus Sicht des Islams oder der griechischen Orthodoxie, ist ein Kreuzzug jenseits aller oben erläuterten Charakteristika schlicht eine Invasion von «Ungläubigen» in ihre Welt. Ob diese Ungläubigen nun Christen sind oder Juden oder revolutionäre Franzosen oder die US-Army, spielte und spielt aus der Perspektive der Angegriffenen dabei zunächst kaum eine Rolle. Es sind in jedem Fall «Ungläubige», die die Gemeinschaft der «Gläubigen» bedrohen.

Ein solcher Angriff muss keineswegs militärisch geschehen. Was man heute im Westen oft ahnungslos als Globalisierung bezeichnet, ist in der Wahrnehmung jener, die sich nicht zum Westen gehörig fühlen, nichts anderes als Verwestlichung. Während Tom Friedman, abgeklärter Chefkorrespondent der *New York Times* witzelte, dass Staaten, in denen es McDonalds gibt, keine Kriege gegeneinander führen<sup>13</sup>, wird die McDonaldisierung der

11 Tyerman, *The Invention* (Anm. 3), S. 101.

12 Ein Sonderfall war in dieser Hinsicht der «ewige Kreuzzug» des Deutschen Ordens im Baltikum.

13 Claus Kleber, *Amerikas Kreuzzüge. Wohin treibt die Weltmacht?*, München



Welt in nichtwestlichen Kulturen als bedrohliches Phänomen einer expansiv vorangetriebenen westlichen *New World Order* aufgefasst, zu der auch zum Beispiel die Emanzipation der Frau oder Religionsfreiheit zählen. Allein dies wird in der arabischen Welt vielfach als kultureller Kreuzzug verstanden.<sup>14</sup>

Wasser auf die Mühlen der späteren islamistischen Instrumentalisierung des Kreuzzugsbegriffs war jedoch vor allem der europäische Imperialismus des 19. Jahrhunderts. Erst hier liegt die eigentliche Ursache für das anhaltende muslimische Kreuzrittertrauma: Denn während die Kreuzfahrer des Mittelalters zwar Jerusalem, die drittheiligste Stadt des Islam, ansonsten aber nur einen schmalen Küstenstreifen erobert hatten, beherrschte der Westen im 19. Jahrhundert einen Großteil der islamischen Welt. Nach dem Sieg über das das Kalifat beanspruchende Osmanische Reich im Ersten Weltkrieg war die Demütigung komplett, die von einigen britischen und französischen Militärs weidlich ausgekostet wurde. Während General Allenby 1917 nach der Eroberung Jerusalems in sieben Sprachen verkündete: «Nach 730 Jahren sind die Kreuzritter zurückgekehrt!»,<sup>15</sup> soll General Gouraud 1918 nach seinem Einzug in Damaskus vor dem Grab des berühmtesten Gegners der mittelalterlichen Kreuzfahrer ausgerufen haben: «Hüte dich, Saladin, wir sind zurück!»<sup>16</sup> Einige Versionen berichten, er habe dabei dem Sarg noch einen Fußtritt gegeben.<sup>17</sup> Der Historiker Christopher Tyerman vermutet zwar arabische Nationalisten hinter dieser ungeheuerlichen Behauptung,<sup>18</sup> doch selbst wenn dies zutrifft, zeigt es zumindest, wie Gourauds Auftreten in Damaskus aufgenommen wurde.

Die hier zitierten Episoden sind keine Einzelfälle. Zahlreiche zeitgenössische Werke bezeichneten insbesondere Allenbys Palästinakrieg als *Crusade*.<sup>19</sup> Dabei muss berücksichtigt werden, dass die englische Tradition in

---

<sup>9</sup>2008, S. 62.

14 Bassam Tibi, *Kreuzzug und Dihad. Der Islam und die christliche Welt*, München 1999, S. 239; Norman Mailer, *Heiliger Krieg: Amerikas Kreuzzug*, Reinbek b. H. 2003, S. 32.

15 Gil Yaron, *Jerusalem. Ein historisch-politischer Stadtführer*, Bonn 2008, S. 94.

16 Jonathan Phillips, *Heiliger Krieg. Eine neue Geschichte der Kreuzzüge*, München 2011, S. 549.

17 Kristin Skottki, *Christen, Muslime und der Erste Kreuzzug. Die Macht der Beschreibung in der mittelalterlichen und der modernen Historiographie*, Münster – New York 2015 (*Cultural Encounters and the Discourse of Scholarship*, 7), S. 85.

18 Christopher Tyerman, *The Debate on the Crusades*, Manchester 2011, S. 148.

19 F. H. Cooper, *Khaki Crusaders. With the South African Artillery in Egypt and Palestine*, Kapstadt 1919; Ralph Adams, *The Modern Crusaders*, London 1920; Joseph Bowes, *The Aussie Crusaders. With Allenby in Palestine*, London 1920;

Richard Löwenherz einen Nationalhelden hat. Er war der erste englische König, der es auf die Weltbühne geschafft hat, weshalb sein Reiterstandbild noch heute vor dem *House of Commons* in London steht. Er gilt der angelsächsischen Memoria unverändert als tapfer, ruhmreich und vorbildlich.<sup>20</sup> So ist zu erklären, weshalb der englische Sprachraum ein positiveres Verhältnis zu den Kreuzzügen hat als der deutsche, dessen Kreuzzugsgeschichte einer Abfolge von heute als sinnlos betrachteten Katastrophen gleichkommt. Im Englischen bedeutet ein *Crusade* ein leidenschaftliches Engagement für eine gute Sache.<sup>21</sup> Daher kann man im Englischen von einem *Crusade for the children* oder einem *Crusade for a better health insurance* sprechen. Im Deutschen hingegen meint ein Kreuzzug eher eine fanatische Kampagne gegen den freiheitlichen Zeitgeist. Daher wird der Begriff in den beiden Sprachen in unterschiedlichem Sinne genutzt: So führt man im Deutschen oft Kreuzzüge gegen, im Englischen aber für etwas. Diese verschiedenen Kreuzzugsbegriffe gilt es beim vorliegenden Thema zu beachten, da sie die Ursache einiger fundamentaler Missverständnisse zwischen US-Amerikanern und Europäern und insbesondere deutschsprachigen Europäern darstellen.

### III. 9/11 und die Wiederbelebung der Kreuzzugs-idee

Wenn wir uns nun dem *War on Terror* zuwenden, gilt es, die Einstellung der konservativen Bevölkerungsteile der USA zum Kreuzzugsbegriff zu verdeutlichen: Denn den USA wird nicht zu Unrecht unterstellt, sie seien eine «Nation mit der Seele einer Kirche».<sup>22</sup> Das bedeutet nicht, dass die Trennung zwischen Kirche und Staat dort unbekannt wäre, sondern vielmehr, dass der Staat selbst kirchliche Züge trägt. Das Präsidentenamt, dies wird in den Inaugurationsreden vieler Amtsinhaber deutlich, trägt dabei

---

Vivian Gilbert, *The Romance of the Last Crusade. With Allenby to Jerusalem*, New York 1923; John N. More, *With Allenby's Crusaders*, London 1923; Eitan Bar-Yosef, *The Last Crusade? British Propaganda and the Palestine Campaign, 1917–18*, in: *Journal of Contemporary History* 36 (2001), S. 87–109; Elizabeth Siberry, *The New Crusaders. Images of the Crusades in the 19th and Early 20th Centuries*, Aldershot – Burlington USA u. a. 2000, S. 87–103.

20 Thomas Asbridge, *The Crusades. The War for the Holy Land*, London – New York – Sydney – Toronto 2010, S. 367 nennt ihn «einen der größten Krieger des Mittelalters». Jonathan Phillips: *Heiliger Krieg. Eine neue Geschichte der Kreuzzüge*, München 2011, S. 272 meint, dass er mehrmals bewiesen habe, «dass ihm ein Platz im Pantheon der großen Krieger gebühre».

21 Tyerman, *The Invention* (Anm. 3), S. 117.

22 Gilbert Keith Chesterton (1922), zitiert nach: Peter Scholl-Latour, *Weltmacht im Treibsand. Bush gegen die Ayatollahs*, Berlin 2004, S. 50.

Merkmale eines Hohepriestertums.<sup>23</sup> Diese religiösen Traditionen gehen bis auf die Pilgerväter zurück. Während im Sinne des *Manifest Destiny* auch die Indianerkriege als gottgewollt, ja – so Robert Jewett – als Heilige Kriege im Verständnis einer stark chiliastisch geprägten Kreuzzugsidee galten,<sup>24</sup> findet sich Kreuzzugsmetaphorik ebenso im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg oder später im Bürgerkrieg.<sup>25</sup> Die USA, *God's own country*, so wird insinuiert, sind selbst die biblische *Stadt auf dem Berg*, die der ganzen Welt ein leuchtendes Vorbild sein will. Die USA verstehen sich als die Erlösnation, als neues Israel, als neues auserwähltes Volk.<sup>26</sup> Mit «God bless America!» endet fast jede Präsidentenrede. Der Gott der USA ist ein christlicher, doch ihn näher zu spezifizieren, fällt schwer, denn er ist nicht kirchlich gebunden, was wiederum seine einigende Kraft für die US-amerikanische Identität bedingt. Heiligstes Gut dieses Staatskults ist seit Beginn der amerikanischen Geschichte die Freiheit (*liberty* und *freedom*), die theologisch verstanden mit dem Guten assoziiert wird. Ziehen die USA in einen Krieg, ist damit fast automatisch die offizielle Bezeichnung des Gegners als «böse» verbunden. So waren erst das kaiserliche Deutschland, dann (nachvollziehbarer Weise) das sogenannte «Dritte Reich», dann, zum Beispiel im Sprachgebrauch Ronald Reagans, die Sowjets das «Reich des Bösen». Wen wundert es da, wenn auch die Bush-Administration nach 9/11 die als Hauptgegner Definierten in einer «Achse des Bösen» zusammenfasst?<sup>27</sup> Wen wundert es, dass Bush, nachdem praktische alle von den USA geführten Kriege *auch* als Kreuzzug verstanden wurden,<sup>28</sup> den Krieg, in den er die USA 2001 zu führen gedachte, anfangs einen *Crusade* nannte? Die am 16. September 2001 in die Kameras gestammelten Worte des rhetorisch unsicheren Bush als regelrechten *Aufruf* zum Kreuzzug zu werten, ist sicherlich zu hoch gegriffen. Allerdings meinte er vermutlich immerhin, dass es nun

23 Magnus-Sebastian Kutz, Zivilreligion und politische Kultur, in: Außenpolitik der USA. Theorie – Prozess – Politikfelder – Regionen, hrsg. von Simon Koschut/Magnus-Sebastian Kutz, Opladen – Toronto 2012, S. 39–45, hier 42.

24 Robert Jewett/Ole Wangerin, Mission und Verführung. Amerikas religiöser Weg in vier Jahrhunderten, Göttingen 2008, S. 131.

25 Matthias Rüb, Gottes Hand in Gettysburg, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.7.2013, S. 7.

26 Ernest L. Tuveson, Redeemer Nation. The Idea of America's Millennial Role, Chicago – London 1968, S. 53.

27 Der Begriff geht auf David Frum zurück (Mailer, Heiliger Krieg [Anm.14], S. 72).

28 Vgl. zum Beispiel Dwight D. Eisenhower, Crusade in Europe, New York 1948; William Henry Chamberlin, America's Second Crusade, Chicago 1950 (dt. Amerikas zweiter Kreuzzug. Kriegspolitik und Fehlschlag Roosevelts, Bonn 1952).

wieder an der Zeit sei, das Gute in der Welt, also die Freiheit zu verteidigen – und als «wiedergeborener» Christ sicherlich auch, dass Gott seine schützende Hand über dieses Unternehmen halten werde.<sup>29</sup>

In europäischen Ohren klingt die Verwendung des Worts *Crusade* im Zusammenhang mit dem *War on Terror* haarsträubend naiv und brandstifterisch; in US-amerikanischen Ohren nicht unbedingt. Der Teufel wird von deutlich mehr US-Amerikanern als Europäern als real existent in der Welt betrachtet. Vor diesem Hintergrund versucht der amerikanische Publizist Norman Mailer, sich in Bushs evangelikale Assoziationen einzudenken, die ihn dazu gebracht haben könnten, seinen in Afghanistan begonnenen *Crusade* ausgerechnet gegen den Irak fortzuführen:

«So viele Verbrechen Saddam auch begangen hat, mit dem 11. September hatte er nichts zu tun, aber Bush sieht das philosophisch: Der 11. September war böse, Saddam ist böse, alles Böse hängt irgendwie zusammen. Also: der Irak.»<sup>30</sup>

Eine solche Assoziationskette wäre mittelalterlich-apokalyptisches Kreuzzugsdenken. Das geistige Rüstzeug für Bushs *Crusade* war 1992 von den *Neocons* – federführend Paul Wolfowitz<sup>31</sup> in seinem Papier «Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert» – bereitet worden. Nach einer Phase der relativen Zurückhaltung unter Clinton strebten die Falken in der amerikanischen Administration danach, Amerika nach außen wieder offensiv auftreten zu lassen. Es sei Zeit, dass sich der Westen wieder um die Fahne der USA schare, um dem angeblich unmodernen, angeblich freiheits- und demokratiefeindlichen, und daher angeblich gefährlichen Islam die Stirn bieten zu können.<sup>32</sup> Samuel Phillips Huntington hatte 1996 definitiv die neuen Fronten benannt:

«Weltweit scheint die Zivilisation in vieler Hinsicht der Barbarei zu weichen, und es entsteht die Vorstellung, daß über die Menschheit ein beispielloses Phänomen hereinbrechen könnte: ein diesmal weltweites [vom Islam ausge-

29 George W. Bush: «Die Freiheit, die wir schätzen, ist nicht Amerikas Geschenk an die Welt, sie ist das Geschenk Gottes an die Menschheit.» («Rede an die Nation von George W. Bush», 28. Januar 2003, in: Dokumente zur Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika, hrsg. von Herbert Schambeck, Berlin 2007, S. 823–828, hier 822.)

30 Mailer, Heiliger Krieg (Anm. 14), S. 58.

31 Ebd., S. 62.

32 Dieses Vorhaben konnte im seit den Türkenkriegen der Frühen Neuzeit virulenten Überheblichkeitsdünkel des Westens gegenüber der islamischen Welt gründen (Edward Said, Orientalismus, Frankfurt/M. 2010).

hendes] finsterstes Mittelalter. [...] Im Kampf der Kulturen werden Europa und Amerika vereint marschieren müssen oder sie werden getrennt geschlagen.»<sup>33</sup>

Der Irak stand am 9/11 längst auf der Liste der *Neocons*. In Bezug auf die Kreuzzugs-idee in diesem Feldzug urteilt der deutsche Journalist Claus Kleber, der Bush persönlich kennen lernte:

«Der Präsident, der ohne außenpolitisches Konzept ins Amt gekommen war, sah nun einen Weg vor sich: Er führte über ein demokratisches Bagdad zu einem befriedeten Jerusalem. Das war mehr als ein politisches Ziel, es war eine, seine historische Mission. Damit wurde aus dem Feldzug ein Kreuzzug.»<sup>34</sup>

Bush stand mit seinen Ansichten in den USA nicht allein da, was mediale Äußerungen wie die folgende aus dem protestantischen Nachrichtenblatt *The Philadelphia Trumpet* kurz nach Beginn des War on Terror belegen:

«Die meisten Leute denken, dass die Kreuzzüge nach Jerusalem eine Sache der Vergangenheit sind – für immer vorbei. Sie irren sich. Es werden jetzt Vorbereitungen getroffen für den finalen Kreuzzug, und es wird der blutigste überhaupt werden!»<sup>35</sup>

Die säkularen Elemente der neuzeitlich gewandelten Kreuzzugs-idee wurden also mit religiösen Grundtendenzen vermischt. Die Kreuzzugs-metapher soll hier der Mobilisierung dienen. Noch ein Jahr später schrieb James Pinkerton im *Newsday*:

«Und jetzt, im Jahr 2003, die Amerikaner, die Armee des zwölften Kreuzzugs.<sup>36</sup> Der Westen ist nicht mehr die ›Christenheit‹, aber wir, als die engsten Vettern der Europäer, halten am alten Glauben fest und bringen neue Formen des Idealismus wie Demokratie und Menschenrechte. Aber der Kreuzfahrer-geist ist noch immer da: Es geht immer noch darum, rückständigen Leuten Zivilisation und Erlösung zu bringen. Wie der wiedergeborene<sup>37</sup> George W. Bush sagt: ›Es geht um das Gute gegen das Böse.‹»<sup>38</sup>

33 Samuel P. Huntington, Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München – Wien <sup>10</sup>1998, S. 531.

34 Kleber, Amerikas Kreuzzüge (Anm. 13), S. 227.

35 «The Last Crusade», <http://www.thetrumpet.com/article/7654.21619.130.0/reli-gion/roman-catholicism/the-last-crusade> (abgerufen am 18.10.2015).

36 Die seit dem frühen 18. Jahrhundert üblichen sprachlich-nationalen Zählungen der Kreuzzüge differieren ab dem Fünften Kreuzzug.

37 Bush ist Anhänger der evangelikalen Erweckungsbewegung.

38 Century In, Century Out – It's Crusade Time, <http://www.newsday.com/colum>

Diese Töne aus den USA lösten in der arabischen Welt, wie vorauszusehen, einhellige Ablehnung aus; daher ist die Meinung, dass der Westen nach wie vor von einem Kreuzzugsgeist gegen die islamische Umma geprägt ist, nicht nur unter muslimischen Fundamentalisten anzutreffen.<sup>39</sup> Letztere freilich triumphierten: Nun hatte der US-Präsident, in ihrer Ideologie neben dem Papst der oberste «Kreuzfahrer», es selbst gesagt. Diese *pseudocrusading language*<sup>40</sup> war ganz in ihrem Sinne, denn wie bei Fundamentalisten üblich, wähten sie sich als Krieger in einem kosmischen Kampf. Die unbedachte Ausdrucksweise des Präsidenten erwies sich daher als Boomerang. Das eigentliche Opfer des Anschlags, die USA, stand plötzlich als Aggressor da. Den politischen Lapsus auskostend heißt es beispielsweise in einer Erklärung Osama bin Ladens vom 18. Oktober 2003 zum Irakkrieg:

«Wißt, daß dieser Krieg ein neuer Kreuzzug gegen die muslimische Welt ist und dass er entscheidend für die internationale muslimische Gemeinschaft sein wird. Er kann gefährliche Folgen und schädliche Auswirkungen auf den Islam und die Muslime in einem Ausmaß haben, das niemand kennt außer Gott.»<sup>41</sup>

Den Ideen Huntingtons pflichtete bin Laden ebenfalls bei: Auf die Frage des Al-Dschasira-Journalisten Taisir Aluni auf die Frage, ob es seiner Meinung nach einen *Clash of civilizations* gebe, gab bin Laden zur Antwort:

«Ohne jeden Zweifel. Das [heilige] Buch erwähnt ihn klar. Die Juden und Amerikaner haben das Lügenmärchen vom Frieden auf Erden erfunden. Das ist nur eine Mär für Kinder. Sie lullen die Muslime ein, während sie diese zur Schlachtbank führen. Und das Töten geht weiter. Wenn wir uns verteidigen, nennt man uns Terroristen.»<sup>42</sup>

---

nists/james-p-pinkerton/century-in-century-out-it-s-crusade-time-1.281113 (abgerufen am 1.1.2013). Vgl. auch Scholl-Latour, Weltmacht im Treibsand (Anm. 22), S. 51: Nach Ansicht der Regierung Bush falle es den USA zu, «eine neue Weltordnung zu schaffen, die Welt zu erlösen, die Voraussetzungen für das Tausendjährige Reich der Gerechtigkeit [sic!] zu schaffen».

39 Jonathan Riley-Smith, *The Crusades, Christianity, and Islam*. New York – Chichester 2008, S. 76.

40 Ebd., S. 77.

41 Osama bin Laden, «Zweiter Brief an die Muslime im Irak», in: Al-Qaida. Texte des Terrors, hrsg. von Gilles Kepel/Jean-Pierre Milelli, Zürich 2006, S. 119–124, hier 120.

42 Gilles Kepel, *Die neuen Kreuzzüge. Die arabische Welt und die Zukunft des Westens*, München 2005, S. 160.

In der Folge schien sich zu bestätigen, was viele Araber schon lange argwöhnten: Dass es eine gegen die Umma gerichtete Verschwörung der Juden und Amerikaner bzw. ‚Kreuzfahrer‘ gegen sie gebe.<sup>43</sup> – Eine solche Verbindung erscheint westlichen Historikern, die sich nicht speziell mit der Thematik befassten, zunächst absurd. Hatten die mittelalterlichen Kreuzfahrer etwa Juden nicht genauso massakriert wie Muslime? Doch die arabische Perspektive ist durch andere Erfahrungen geprägt. Hier treten Juden in Gestalt der Israelis nicht als Opfer in Erscheinung (wie vor allem in der durch den Holocaust determinierten deutschen Perspektive), sondern als Angreifer und Besatzer. Sie verhalten sich aus arabischer Sicht ähnlich, wie die Kreuzfahrer es im Mittelalter getan hatten. Hinzu kommt, dass im Koranischen Sprachgebrauch mit «Juden» nicht nur Juden, sondern ganz allgemein Ungläubige bezeichnet werden, also auch Christen. Zieht man zudem in Betracht, wie viele Juden in den USA leben, welchen Einfluss sie dort ausüben können<sup>44</sup> und wie eng ihre Verbindungen teilweise nach Israel sind, klingt die «Koalition der Juden und Kreuzfahrer», übersetzt als «Koalition ungläubiger Feinde der Umma», schon weniger absurd. In bin Ladens Weltsicht galten speziell New York und das *World Trade Center* als «jüdische» Ziele.<sup>45</sup>

Seine Wurzeln hat die muslimische Vorstellung einer «Koalition der Juden und Kreuzfahrer» in der Zeit der Gründung des Staates Israel und seiner vom Westen gedeckten Expansion. Vor allem gilt dies für den laut Bassam Tibi die arabische Welt mutwillig demütigenden<sup>46</sup> Triumph des Sechstagekriegs, der – und darin sieht der berühmte Kreuzzugshistoriker und Johanniterritter Jonathan Riley-Smith einen westlichen «Akt rachsüchtiger Häm»<sup>47</sup> – dazu führte, dass der Staat Israel erkennbar die ungefähren Grenzen des lateinischen Königreichs von Jerusalem einnahm. Der südliche Wüstensporn Israels nämlich dient strategisch genau wie zu Zeiten der Kreuzritter dazu, die arabische Welt zu teilen, ein Stachel im Fleisch zwischen Kairo, Bagdad und Damaskus zu sein. Verfechter der These von einer «Koalition der Juden und Kreuzfahrer» behaupten, dass die Besetzung Jerusalems durch die Israelis nur das Vorspiel einer Besetzung Mekkas und Medinas durch die USA sei.<sup>48</sup>

43 Kleber, Amerikas Kreuzzüge (Anm. 13), S. 210.

44 Paul Wolfowitz beispielsweise ist Jude.

45 Guido Knopp/Stefan Brauburger/Peter Arens, Der Heilige Krieg. Mohammed, die Kreuzritter und der 11. September, München 2011, S. 338.

46 Tibi, Kreuzzug und Dihad (Anm. 14), S. 244.

47 Riley-Smith, The Crusades (Anm. 39), S. 73 («an act of vengeful malice»).

48 Kepel, Die neuen Kreuzzüge (Anm. 42), S. 175.

Die USA und etliche westliche Regierungen stehen bis heute nahezu bedingungslos hinter Israel, das – ähnlich wie bereits die mittelalterlichen Kreuzfahrerstaaten – ohne eine solche Rückendeckung nicht existieren könnte. Al-Qaida nutzte dies propagandistisch aus. Bin Laden verkündete in einer «Erklärung der Internationalen Front für den Heiligen Krieg gegen die Juden und Kreuzfahrer» am 23. Februar 1998:

«Soweit die Kriegsziele der Amerikaner religiös und wirtschaftlich sind, nützen sie auch dem kleinen Staat der Juden und der Besetzung Jerusalems, ganz zu schweigen von den Morden an den Muslimen. Nichts zeigt das besser als ihr brennender Wunsch, den Irak zu vernichten, den mächtigsten Staat in der Region, und ihre Sorge, alle Staaten in der Region zu entmachten wie den Irak, Saudi Arabien, Ägypten und den Sudan, und daraus Papiertiger zu machen, die durch ihre Gespaltenheit und Schwäche das Überleben Israels garantieren und den Fortbestand der ungerechten Besetzung der Arabischen Halbinsel durch die Kreuzfahrer.»<sup>49</sup>

Zudem ist das Selbstverständnis unter US-Soldaten durchaus verbreitet, Christ in Uniform zu sein. Ein vielsagendes Beispiel ist, dass unter Obama das auch im arabischen Raum eingesetzte *Marine Fighter Attack Squadron 122*, das sich 1958–2008 *Crusaders* nannte, aus naheliegenden Gründen den unverfänglicheren Namen *Werewolves* annahm, 2012 wieder in *Crusaders* umbenannt wurde und wieder das rote Kreuz auf weißem Schild als Symbol trug.<sup>50</sup> Begründung: «Der Feind hat Allah in seinem Kampf. Wir brauchen unseren Herrn und Erlöser [daher ebenfalls] für unseren Kampf.»<sup>51</sup> Auch wenn die Fliegerstaffel aufgrund von Protesten mittlerweile wieder *Werewolves* heißt, wird doch deutlich, dass dies in einer europäischen Armee so nicht möglich gewesen wäre. In der US-Armee jedoch gibt es Feldprediger, die sagen: «The only solution to terrorism is to «kill Islam»».<sup>52</sup>

49 Osama bin Laden, «Erklärung der Internationalen Islamischen Front für den Heiligen Krieg gegen die Juden und Kreuzfahrer» (23.2.1998), in: Al-Qaida. Texte des Terrors, hrsg. von Gilles Kepel/Jean-Pierre Milelli, Zürich 2006, S. 85–89, hier 87.

50 <http://christianfighterpilot.com/blog/2012/04/17/marine-fighter-pilots-become-crusaders-once-again> (abgerufen am 18.10.2015).

51 Zitiert nach: Mazhar Ahmad Al-Zoby, Die USA und die arabische Welt – Moderne Kreuzzüge?, in: Kreuzzüge des Mittelalters und der Neuzeit. Realhistorie – Geschichtskultur – Didaktik, hrsg. von Felix Hinz, Hildesheim – Zürich – New York 2015 (Historische Europa-Studien, 15), S. 87–117, hier 116.

52 Jeff Sharlett, Jesus Killed Mohammed: The Crusade for a Christian Military, in: Harper's Magazine may (2009), S. 4.



Unter Obama hat sich inhaltlich wenig geändert. Schon längst spricht man nicht mehr vom *Crusade* oder vom *War on Terror*, schon gar nicht von der *axis of evil*. Präsidiale Kabinettsitzungen werden nicht mehr mit Bibellektüren eingeleitet, und Obama hat in Kairo am 4. Juni 2009 eine versöhnliche Grundsatzrede gehalten. Aber der zunehmend im Verborgenen geführte Cyber- und Drohnenkrieg<sup>53</sup> und nicht zuletzt die Vorgänge, die zum Tod Osama bin Ladens führten, zeigen, dass die von Bush eingeschlagenen Pfade heimlich, aber energisch weiterverfolgt werden.

#### IV. 9/11 und der neue Kult um Tempelritter und Assassinen in der Public History

Hinsichtlich der Person bin Ladens ist es nun angezeigt, zu den Assassinen zu kommen, jener historischen schiitischen Sekte, von der sich in nahezu jeder der Sprachen derjenigen, die an den mittelalterlichen Kreuzzügen beteiligt waren, das Wort für ermorden herleitet. Die Kreuzzüge sind ein Mythos,<sup>54</sup> der weitere Mythen in sich birgt: Der Mythos um den Heiligen Gral, derjenige um die Templer oder jener um die Assassinen gehören dazu. Angeführt durch Rašid ad-Dīn Sinān, den legendären ‹Alten vom Berge›, den in einem syrischen Felsennest residierenden Fürsten des Terrors, verstanden sie es, sowohl die Gefolgsleute Saladins als auch die Kreuzfahrer in Atem zu halten. Ob die Selbstmordattentäter der Assassinen nur durch Versprechungen des Paradieses als Märtyrerlohn oder zusätzlich durch Drogen zu willfährigen Todesboten wurden, ist ungeklärt, doch oft wird ihr Name *Haschischin* von Haschisch hergeleitet, was freilich auch schlicht ein Indiz dafür sein kann, wie ratlos die Gegner dem Phänomen ihrer absoluten Todesverachtung gegenüberstanden, die jene der Templer noch überstieg.

Die Assassinen arbeiteten bereits zum Teil ganz ähnlich wie heutige Islamisten: Sie bildeten Terrorzellen und schlugen dann unvorhersehbar zu. Ein berühmtes Beispiel ist die Ermordung Konrad von Montferrats 1192, des designierten Königs von Jerusalem. Zu seiner Krönung sollte es nicht kommen, denn seit Monaten befanden sich zwei angebliche Konvertiten in seiner großen Dienerschaft. Der Sekretär Saladins, Imād ad Dīn al-Kātib al-Isfahānī (1125–1201) überliefert mit schadenfroher Abscheu die Geschehnisse, die typisch für das Vorgehen der Assassinen waren:

53 Herfried Münkler, Kriegssplitter: Die Evolution der Gewalt im 20. und 21. Jahrhundert, Berlin 2015.

54 Vgl. zum Beispiel Nikolas Jaspert, Ein Polymythos: Die Kreuzzüge, in: Mythen der Geschichte, hrsg. von Helmut Altrichter/Klaus Herbes/Helmut Neuhaus, Freiburg/Br. 2004, S. 203–235.

«Dienstag, den 13. Rabī II [...] (28. April 1192), war er [Konrad] Gast beim Bischof von Tyrus und verzehrte sein letztes Mahl, denn sein letzter Tag war gekommen. Vor der Tür stand, wer seine Hoffnungen abschnitt. [...] Die Schergenengel errichteten schon den unreinen Sitz, ihn zu quälen, und die sieben Tore der Hölle hatten sich schon weit geöffnet, begierig ihn zu verschlingen. [...] Er aß und trank, sättigte sich und ließ sich's wohl sein, trat aus dem Haus und saß auf: da stürzten sich zwei Männer auf ihn, nein, zwei kahle Wölfe, hielten seine Bewegung mit ihren Messern auf und schlugen ihn nieder bei den Läden. Da floh einer der beiden und trat in die Kirche, nachdem er das gemeine Leben genommen hatte. Durchbohrt, aber noch mit einem Hauch Leben, sagte der Marquis: «Tragt mich zur Kirche!» und sie trugen ihn dorthin, denn sie meinten, ihn in Sicherheit zu haben, wenn sie ihn dorthin brächten. Als ihn aber der eine der beiden Messerstecher sah, warf er sich erneut auf ihn, um ihn zu töten, und versetzte ihm Hieb um Hieb, Wunde um Wunde. Die Franken ergriffen die beiden Genossen und fanden, daß es zwei Abtrünnige der Fidā i-Isma'iliten [Assassinen] waren. [...] Man erzählte von ihnen, sie seien sechs Monate vorher zum Christentum übergetreten, hätten ein reines und asketisches Leben begonnen, seien ständig zur Kirche gegangen und hätten sich strenger Frömmigkeit gewidmet. Der eine war in den Dienst Ibn Barzans getreten, der andere in den des Herrn von Sidon, um so dem Marquis nahe zu sein und durch ihre dauernde Gegenwart sein Vertrauen zu gewinnen. Dann hatten sie sich an seinen Sattelknopf geklammert und ihn ermordet. Sie erlitten den grausamsten Tod und wurden der ruchlosesten Behandlung ausgesetzt. Ein einzigartiges Beispiel: zwei Ungläubige vergießen das Blut von Ungläubigen, zwei Verbrecher ermorden einen Verbrecher!»<sup>55</sup>

Man erkennt deutlich, dass der strenggläubige Imād ad Dīn keineswegs ein Freund der Assassinen war. Diese Beispiele illustrieren allerdings auch einen wichtigen Unterschied im Vorgehen der Assassinen zu heutigen, aus dem Umfeld von al-Qaida stammenden Attentätern: Sie nahmen gezielt einflussreiche Einzelpersonen ins Visier. Obwohl der Vergleich also erheblich hinkt, wurde al-Qaida nach dem 9/11 unterschwellig gleichwohl immer wieder mit den Assassinen assoziiert.<sup>56</sup> Oberflächlich betrachtet lag es auch

55 Imād ad-Dīn, Ermordung Konrads von Montferrat, in: Die Kreuzzüge aus arabischer Sicht, aus den arabischen Quellen ausgewählt und übersetzt von Francesco Gabrieli, Zürich – München 1973, S. 297–298.

56 Zum Beispiel Beitrag von Radio Utopie am 22.4.2013: «Saudisches Terrorgefängnis: Assassinen-Paradies auf Erden», <http://www.radio-utopie.de/2013/04/22/saudisches-terrorgefängnis-assassinen-paradies-auf-erden/> (abgerufen am 12.11.2013).

nahe, den flüchtigen Osama bin Laden, der sich vor der von ihm so bezeichneten «Koalition der Juden und Kreuzfahrer» in den Bergen von Tora Bora versteckt hielt und von dort aus seine tödlichen Strippen zog, mit dem «Alten vom Berge» zu vergleichen.<sup>57</sup> Westliche Kommentatoren nannten ihn wiederholt «Terrorfürst»,<sup>58</sup> und immerhin hatte er auch das Weiße Haus und damit den Präsidenten der USA treffen wollen, und tatsächlich führte er den – gemessen an der geradezu hysterisch erscheinenden Reaktion der USA – erfolgreichsten Terrorakt der Geschichte durch. Aus Sicht al-Qaidas hingegen war der Umschwung auf Massenmord durchaus logisch. Er wollte die Machthaber treffen und für ihn stellten diese Machthaber in demokratischen Ländern das Volk dar, speziell die Finanzwelt. Aus Sicht al-Qaidas war keines der Opfer unschuldig.<sup>59</sup>

Wie wir es am obigen Beispiel der US-Fliegerstaffel *Crusaders* und im Fall des selbsternannten Templers Anders Behring Breivik auf erschütternde Weise bestätigt finden, gelten gemeinhin die Tempelritter als die robustesten Vorkämpfer des christlichen Abendlandes und damit auch als Hauptgegner der Assassinen – obwohl sie seit jeher ein fruchtbarer Nährboden für Verschwörungstheorien sind.<sup>60</sup>

An diesem Punkt sei ein kleiner Exkurs in die in demokratischen Staaten wirkmächtige Geschichtskultur, konkret in die Welt der Belletristik<sup>61</sup> und der PC-Spiele unternommen. In der Romantrilogie *Die Templerin* beschäftigt sich Wolfgang Hohlbein zwischen den Zeilen deutlich mit der moralischen Problematik der asymmetrischen Kriegsführung des Westens

57 Kepel, *Die neuen Kreuzzüge* (Anm. 42), S. 99–100.

58 Zum Beispiel <http://www.spiegel.de/politik/ausland/osama-bin-laden-der-terror-fuerst-a-571925.html>; [http://www.focus.de/politik/videos/primitive-huetten-und-geheimgaenge-bisher-unbekannte-bilder-so-lebte-terrorfuerst-osama-bin-laden-auf-der-flucht\\_id\\_4542641.html](http://www.focus.de/politik/videos/primitive-huetten-und-geheimgaenge-bisher-unbekannte-bilder-so-lebte-terrorfuerst-osama-bin-laden-auf-der-flucht_id_4542641.html); <http://www.welt.de/politik/ausland/article140806457/Wie-starb-Terrorfuerst-Osama-Bin-Laden-wirklich.html> (alle drei abgerufen am 18.10.2015).

59 Kepel, *Die neuen Kreuzzüge* (Anm. 42), S. 159.

60 Vgl. zum Beispiel Henry Lincoln/Michael Baigent/Richard Leigh, *Der Heilige Gral und seine Erben. Ursprung und Gegenwart eines geheimen Ordens, sein Wissen und seine Macht*, Bergisch Gladbach 2004.

61 Vgl. ausführlich: Felix Hinz, *Mythos Kreuzzüge. Selbst- und Fremdbilder in historischen Romanen 1786–2012*, Schwalbach/Ts. 2014. Bibliografien von deutsch-, englisch- und französischsprachiger Belletristik zu den Orientkreuzzügen vgl. *Kreuzzüge des Mittelalters und der Neuzeit. Realgeschichte – Geschichtskultur – Didaktik*, hrsg. von Felix Hinz, Hildesheim – Zürich – New York 2015 (*Historische Europa-Studien*, 15), S. 335–363.

im arabischen Raum. Im ersten Roman der Trilogie, *Die Templerin* (1999), erscheinen die Assassinen provozierend positiv. Die Sekte gilt als ein friedliebender «Stamm», der nicht versteht, warum er von den Kreuzfahrern angegriffen wird.<sup>62</sup> Um zu überleben, bedienen sich die Assassinen der Methoden, für die sie bekannt sind – und schließen ein geheimes Bündnis mit dem Templerorden, für das Salim, der Sohn des Alten vom Berge, die Geisel darstellt. Das Verhältnis von Salim und den Templern, die Hohlbein an anderer Stelle handfest «die Faust Gottes» nennt, bewegt sich dementsprechend spannungsreich zwischen Kameradschaft und Feindschaft, und der junge Assassine ist dreist genug, den Trägern der blütenweißen Mäntel immer wieder den Spiegel vorzuhalten und ihr makelloses Selbstbild in Frage zu stellen. Als die Templer unten im Tal ihre gefährlichsten, aber im Moment ahnungslosen Feinde vorüberziehen sehen, schlägt Salim pragmatisch vor, sie hinterrücks mit Pfeilen zu töten:

«Nein!» sagte Abbé scharf. «Wir sind Soldaten Gottes, keine Assassinen! Wir schießen unseren Feinden nicht in den Rücken!» «Das werde ich mir merken», sagte Salim. «Und wer weiß, eines Tages glaube ich es ja vielleicht sogar.»<sup>63</sup>

Hohlbein wirft durch Salim wiederholt die Frage auf, ob es nicht einfach die Moral des Stärkeren ist, einen Unterschied darin zu machen, einen Gegner durch Heimtücke oder durch haushohe technische Überlegenheit zu töten. Von einem fairen Kampf könne man in beiden Fällen nicht sprechen. Die eisengewappneten Ritter auf ihren schweren Schlachtrössern waren in den Heeren der Kreuzzüge gewissermaßen die Panzer des Mittelalters, denen die Araber im Frontalangriff wenig entgegenzusetzen hatten.<sup>64</sup> Konnte man es diesen also vorwerfen, wenn sie klug genug waren, sich den Rittern nicht direkt in den Weg zu stellen?

Auf die Gegenwart Hohlbeins übertragen, wäre die Frage, ob der Westen gegenüber den Anschlägen muslimischer Terroristen seine Hände in Unschuld waschen darf, wenn er etwa mittels übermächtiger Armeen oder auch nur einer einzelnen, unerreichbaren, anonymen Drohne eine Rakete auf seine Gegner schießt, denen dabei nicht die geringste Chance der Gegenwehr gelassen wird. Als Robin, Hauptfigur und Templerin, die einige Zeit unter den Assassinen gelebt hatte, sich im dritten Roman des Zyklus,

62 Wolfgang Hohlbein, *Die Templerin*, München 1999 (Templerin Tetralogie, 1), S. 216.

63 Ebd., S. 242.

64 Dass Hohlbein dies so sieht, zeigt eine Passage in einem seiner anderen Romane: Wolfgang Hohlbein, *Das Siegel*, Wien 1987, S. 222.

*Die Rückkehr der Templerin* (2004), im oben genannten Sinn gegenüber einem Ordensoberen der Templer äußert, merkt sie, dass sie an ein Tabuthema rührt:

«Der Alte vom Berge? Wir sprechen von demselben Mann? Dem Obersten der Assassinen? Dem Herrn der Meuchelmörder und Attentäter und Giftmischer?» Robin gemahnte sich zur Vorsicht, als sie den lauernden Unterton wahrnahm, der plötzlich in Horaces Stimme war. Zweifellos hatte Horace sogar Recht, von seinem Standpunkt aus – aber wo war letzten Endes der Unterschied, ob man einen Attentäter oder ein ganzes Heer aussandte, um seine Feinde zu töten? Als hätte er ihre Gedanken gelesen, sagte Horace: «Ich beginne mich zu fragen, ob du nicht vielleicht zu lange Zeit bei den Assassinen verbracht hast.» [... Robin:] «Wenn Sheik Sinan [der Alte vom Berge] etwas zutiefst verabscheut, dann ist es die Willkür des Starken dem Schwächeren gegenüber.»<sup>65</sup>

Genau so beliebte bin Laden sich zu stilisieren.<sup>66</sup>

Ein weiteres bedenkenswertes Beispiel für westliche Reflexionen über die Frage, ob an der These von einem Fortdauern der Kreuzzüge nicht doch ein Körnchen Wahrheit liegen könnte, ist *Assassin's Creed* von Ubisoft Entertainment,<sup>67</sup> eines der erfolgreichsten Videogames aller Zeiten, von dem mittlerweile (2015) fünf (autorisierte) Teile erschienen sind.

Der erste Teil spielt im Kontext des Dritten Kreuzzugs, und es gilt für den Spieler, den Frieden in der Rolle eines Assassinen durch gezieltes Töten ausgesuchter Kriegstreiber unter den Kreuzfahrern (vor allem Konrad von Montferrats!) wiederherzustellen. Schon hier meint man einen aktuellen politischen Bezug zu ahnen. Vollends deutlich wird dieser im dritten Teil des Spiels von 2012. Hier nun geht es nicht mehr gegen die mittelalterlichen Kreuzfahrer, sondern gegen die neuzeitlichen – die USA also. Während sich diese als Hort der Freiheit darstellen und vorgeben, für eben diese zu kämpfen, ist es im PC-Spiel so, dass ausgerechnet der Freiheitsheld George Washington die höchsten amerikanischen Ideale mit Füßen tritt, indem er sich zum Alleinherrscher aufwirft. Das Spiel ist dementsprechend betitelt

65 Wolfgang Hohlbein, *Die Rückkehr der Templerin*, München 2004 (Templerin Tetralogie, 3), S. 228–229.

66 Zum Beispiel in Osama bin Ladens «Botschaft an das amerikanische Volk» vom 30. Oktober 2004, in: Al-Qaida. Texte des Terrors, hrsg. von Gilles Kepel/Jean-Pierre Milelli, Zürich 2006, S. 129–136, besonders 131.

67 <http://assassinscreed.ubi.com/de-de/home/> (abgerufen am 18.10.2015). Vgl. auch Carl Heinze, *Mittelalter Computerspiele. Zur Darstellung und Modellierung von Geschichte im populären Computerspiel*, Bielefeld 2012, S. 155–183.

als *The Tyranny of King Washington – The Infamy*. Die Parallelen sind offenkundig: Gut republikanisch verstanden wäre George Washingtons fiktive Tat eine «Schande», Hochverrat am Heiligsten des Westens, der die Dolche von Harmodios und Aristogeiton beziehungsweise von Brutus und Cassius erforderte – oder, um das Gebaren der USA mit den mittelalterlichen Kreuzfahrern zu vergleichen, die Dolche der Assassinen.

Interessant ist zudem die Tatsache, dass der Assassine hier neben seiner typischen Waffe auch Pfeil und Bogen sowie einen Tomahawk nutzt, was ihn zusätzlich in die Tradition des Indianermythos stellt – hier gerade nicht verstanden als unzivilisiert und wild, sondern vielmehr als edel, tapfer und freiheitsliebend. Auf die Implikation, dass die Indianerkriege im Sinne des *Manifest Destiny* offiziell als gottgewollt galten, wurde bereits hingewiesen. Diese Auffassung wird im PC-Spiel indirekt als Heuchelei konterkariert.

Am 2. Mai 2012 schließlich wurde bin Laden in seinem Versteck, einem Haus im pakistanischen Abbotabat durch US-Soldaten getötet.<sup>68</sup> Der Codename für diese Operation lautete ausgerechnet «Geronimo»,<sup>69</sup> was bin Laden im Sprachgebrauch der US-Regierung in eine Reihe mit dem gleichnamigen legendären Apachenhäuptling (1829–1909) stellt, der den vordringenden Weißen jahrelang zähen Widerstand geleistet hatte.

Religiös verstanden ging es im apokalyptischen Sinn einmal mehr um einen Teil des «Endkampfes» gegen das Böse, gegen den «Alten vom Berge» der Neuzeit, den islamistischen Mörderfürsten, der kein Recht auf einen fairen Gerichtsprozess hatte, da er sich, so die neokonservative US-amerikanische Argumentation, mit seiner Tat selbst außerhalb der menschlichen Ordnung gestellt hat. Präsident Obama konstatierte kurz nach der Tötung Bin Ladens in einem TV-Statement: «Der Gerechtigkeit wurde Genüge getan.»<sup>70</sup> Doch die *Daily News* titelten unverblümt religiös: «Verrotte in der Hölle!»<sup>71</sup> Denn wie man es auch dreht: Nicht der Gerechtigkeit wurde (mit einem unabhängigen Gerichtsprozess) gedient, sondern es wurde (mit einem Tötungskommando) Rache geübt. Rache aber ist kein juristisches, sondern ein theologisches Konzept, und sie gebührt nicht den Menschen. – Oder ob auch Obama, wie sein Amtsvorgänger, für sich in Anspruch nahm, den Ratschluss Gottes zu kennen?

68 Mark Owen mit Kevin Maurer, Mission erfüllt: Navy Seals im Einsatz: Wie wir Osama bin Laden aufspürten und zur Strecke brachten, München 2012.

69 Chuck Pfarrer, Codewort Geronimo: Der Augenzeugenbericht zum Einsatz der Navy-SEALs gegen Osama bin Laden, Kulmbach 2012.

70 [http://www.youtube.com/watch?v=M\\_UqenH\\_ynU](http://www.youtube.com/watch?v=M_UqenH_ynU). (abgerufen am 18.10.2015).

71 <http://i.huffpost.com/gen/272693/OSAMA-BIN-LADEN-DEAD-NYDN.jpg> (abgerufen am 18.10.2015).

Je mehr sich die Idee des islamistischen Widerstands gegen die Vorherrschaft des Westens und seiner Werte institutionalisierte, als desto dringlicher erwies es sich, der Tatsache Rechnung zu tragen, dass sich die politischen Realitäten seit den mittelalterlichen Kreuzzügen erheblich verändert hatten. Vor allem gab es kein Islamisches Reich mehr, woran, wie oben erwähnt, dem Westen die Schuld gegeben wurde. Daher ist der Versuch, einen Islamischen Staat mit einem Kalifat neu zu begründen, das den Heiligen Krieg legitimieren konnte, im Grunde nur folgerichtig. Im Herrschaftsgebiet des derzeit bestehenden IS sind westliche Normen und Geschichtsdeutungen inklusive Epochendefinitionen außer Kraft gesetzt, denn Geschichte, verstanden als *historia rerum gestarum*, ist immer normativ. Der Kampf gegen den IS wiederum evoziert Kreuzzugsrhetorik – neuerdings bemerkenswerter Weise sogar von russisch-orthodoxer Seite.<sup>72</sup>

### V. Fazit

Wie anfangs gezeigt, war der Kreuzzugsbegriff in den verschiedenen Sprachen polyvalent und flexibel, aber gerade dadurch auch mobilisierend, so dass die Kreuzzugsidee sich immer schon dazu eignete, staatlich instrumentalisiert zu werden. Heute bietet sie ein sinnfälliges Beispiel dafür, wie Geschichte als politisches Argument genutzt werden kann.

Eine gewisse Kreuzzugsmentalität ist in Bezug auf die USA nicht von der Hand zu weisen, so dass die in den Medien und in der Geschichtskultur immer wieder auftauchenden Vergleiche nicht verwundern. Verhaltener, aber gleichwohl unterschwellig vorhanden, sind Gleichsetzungen von al-Qaida und den Assassinen. Allerdings ist hier festzustellen, dass in diesem Fall keine Selbstzuschreibung erfolgt, da die Assassinen, wie gezeigt, nicht als gute Muslime galten, al-Qaida und neuerdings der IS sich jedoch als edelste Blüte des Islams gerieren. Gleichwohl drückt sich die Kritik am heute meist technisch verdeckten (demokratisch unkontrollierbaren) Agieren der USA im Nahen Osten in der Geschichtskultur des Westens oft an einer provozierend positiven Darstellung der Assassinen aus.

Aus den dargestellten Aspekten ergibt sich, dass der 11. September 2001 nicht pauschal als Epochenzäsur im Sinne eines Beginns von etwas Neuem

72 «Der Kampf gegen den Terrorismus – das ist ein heiliger Kampf», rühmt Patriarch Kirill, Oberhaupt der Russischen Orthodoxen Kirche, den Einsatz der russischen Kampfflieger gegen Stellungen des IS (Frankfurter Allgemeine Zeitung 240, 16.10.2015, S. 2). – Russland und die erst durch Katharina die Große «importierte» Kreuzzugsidee wäre ein eigenes Thema, das hier zu weit führen würde. Vgl. unter anderem Orlando Figes, Krimkrieg: der letzte Kreuzzug, Berlin 2012.

gelten kann. Vielmehr ist er als ein Höhepunkt einer Entwicklung zu betrachten, die, je nach Standpunkt, wenn nicht bis 637 (Sassaniden erobern Jerusalem), so doch zumindest bis 1917 (Britten erobern Jerusalem), bis 1967 (Israelis erobern Jerusalem) oder zumindest bis Anfang der 1990er Jahre (Neocons planen New Order) zurück verfolgbar ist.

Die gängigen Epochen sind *invented traditions* des Westens. Mit außerwestlichen Sichtweisen haben sie wenig bis gar nicht zu tun. Im Sinne postkolonialer Ansätze ist es dringlich anzuerkennen, dass der Westen nicht einfach die Deutungshoheit über die Weltgeschichte beanspruchen darf. Wenn islamische Sichtweisen bezüglich westlicher Interventionen begrifflich keinen Bruch in der Geschichte des Mittelalters und der heutigen Zeit zu erkennen vermögen, sollte man dies im Westen nicht reflexhaft als grotesk abtun, sondern lieber selbstkritisch die Ursachen dafür hinterfragen. – Möglichst bevor es tatsächlich zu einem *clash of civilizations* kommt.





# Umbruch und Kontinuität in Nahost seit 2011\*

## Die Perspektivenfrage einer historischen Zäsur<sup>1</sup>

THOMAS DEMMELHUBER

### I. Einleitung und Fragestellung

Steht der Nahe Osten vor einem demokratischen Umbruch oder sogar vor einer Neukonfiguration der regionalen Ordnung mit Auswirkungen auf die internationale Politik? Mit dieser Fragestellung wäre ein Forschungsantrag noch im Jahre 2010 von Gutachtern als wenig relevant und gegenstandslos zurückgewiesen worden. Die Region stand nämlich in diesen Zeiten in erster Linie für Konflikte, religiösen Radikalismus, politische Stagnation samt struktureller Unterentwicklung (abgesehen von den reichen Golfmonarchien) und galt ferner als «schwarzes Loch» auf einer Weltkarte der Demokratie und der Gewährleistung unveränderlicher Freiheits- und Teilhaberechte. Ebenso war das Demokratiemodell für Versuche, die Beschaffenheit der Herrschaftsstrukturen in der Region analytisch zu erfassen, in der Dekade vor Beginn des Arabischen Frühlings kein passender konzeptioneller Rahmen aufgrund fehlenden empirischen Materials zu Demokratisierungsprozessen (mit Ausnahme der Türkei) oder einer konsolidierten Demokratie (mit Ausnahme Israels).<sup>2</sup> Einzig der von außen indizierte Regimewechsel im Irak 2003 im Zuge des «War on Terror» nach 9/11 mag hier als Ausnahme gelten, obgleich dieser ein Jahrzehnt nach Sturz Saddam Husseins noch nicht das erhoffte Ergebnis brachte: Der Prozess der Nationen- und Staatenbildung ist immer noch nicht abgeschlossen und Demokratisierungsbemühungen werden von einer Desintegration der politischen Landschaft und schwach ausgebildeter Staatlichkeit torpediert,

---

\* Die Niederschrift des Artikels erfolgte im Juli 2013 mit einer Aktualisierung 2015.

1 Der empirische Befund zum Arabischen Frühling inklusive seiner Verlaufsvielfalt basiert auf einem Beitrag des Autors bei unterschiedlicher Fragestellung und Argumentation, in: Thomas Demmelhuber, *Der Arabische Frühling seit 2011: Säkulare Revolten, islamische Demokratien und autoritäre Dauerhaftigkeit*, in: Oliver Hidalgo/Holger Zapf/Ahmet Cavuldak/Philipp Hildmann (Hrsg.) *Demokratie und Islam: Theoretische und empirische Studien*, Wiesbaden 2014, S. 255–273.

2 Thomas Demmelhuber, *Umbruch und Stagnation im Nahen Osten. Ist der «Herbst der Autokraten» gekommen?*, in: *Gesellschaft – Wirtschaft – Politik* 60 (2011) 2, S. 191–200.

was zu einem großen Maße den militärischen Erfolg des Islamischen Staates (IS) seit 2014 erklärt. Abgesehen von diesen drei Ausnahmen passten sich die autoritären Regime im Nahen Osten nach der weltgeschichtlichen Zäsur von 1989/90 mit dem Ende des Kalten Krieges und einer Neuordnung internationaler Politik erfolgreich an und ließen global zu verzeichnende Demokratisierungsprozesse abprallen.<sup>3</sup>

Mit Beginn der Massenproteste im Januar 2011 und der Flucht des tunesischen Präsidenten Ben Ali ins saudische Exil änderte sich aber die regionalpolitische «Großwetterlage» signifikant. Lange als stabil bezeichnete autoritäre Regime mitsamt ihren Polizei- und Sicherheitsapparaten brachen wie «Kartenhäuser» in sich zusammen. Noch ganz zu Beginn der Proteste in Tunesien war in einigen Hauptstädten Europas der Glaube an die Kontinuität der politischen Herrschaftsverhältnisse greifbar; auch aufgrund enger persönlicher Verflechtungen mit den Herrschaftsquellen der Region (allen voran Frankreich).<sup>4</sup> Innerhalb weniger Wochen wurde der Arabische Frühling 2011 dann auch für die Akteure der internationalen Politik zu einer entscheidenden Wegmarke, waren es doch Akteure wie die USA oder die Europäische Union (EU), die in den Jahren zuvor Förderer und Fordernde einer Demokratisierung in der Region waren und dennoch aus Stabilitäts- und sicherheitsrelevanten Gründen mit den Diktatoren der Region kooperierten. Als unmittelbare Reaktion auf die politische Neuordnung in der Region stehen seither vor allem seitens der Europäer sämtliche Instrumente und Strategien der Zusammenarbeit auf dem Prüfstand,<sup>5</sup> obgleich der politische Wille für eine substantielle Neuformulierung von Politik gegenüber der Region immer noch sehr rudimentär ausgeprägt ist und das trotz eines sich vor allem 2014 und 2015 verschärfenden Migrationsdrucks an den EU-Außengrenzen.<sup>6</sup>

3 Samuel P. Huntington, *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*, Norman 1991; Steven Heydemann, *Upgrading Authoritarianism in the Arab World*, in: *The Saban Center for Middle East Policy at the Brookings Institution*, Analysis Paper 13 (2007) Washington D. C.

4 Ohne VerfasserIn, *Tunisie: les propos «effrayants» d'Alliot-Marie suscitent la polémique*, in: *Le Monde*, 13.01.2011, [http://lemonde.fr/afrique/article/2011/01/13/tunisie-les-propos-effrayants-d-alliot-marie-suscitent-la-polemique\\_1465278\\_3212.html](http://lemonde.fr/afrique/article/2011/01/13/tunisie-les-propos-effrayants-d-alliot-marie-suscitent-la-polemique_1465278_3212.html).

5 Vgl. European Commission, *A New Response to a Changing Neighbourhood. A Review of European Neighbourhood Policy*, Brüssel 2011.

6 Unter anderem: Annette Jünemann, *Vorerst gescheitert: Perspektiven einer glaubwürdigen EU-Mittelmeerpolicy nach dem Arabischen Frühling*, in: *Der Bürger im Staat* 62 (2012) 1–2, S. 64–72; Thomas Demmelhuber/Andreas Mar-

Unabhängig von der im ersten Jahr nach Beginn der Massenproteste leidenschaftlich geführten Diskussion, ob es sich in den einzelnen Ländern in welchen der Arabische Frühling zu substantiellen politischen Veränderungen und einer Neukonfiguration der politischen Ordnung führte, um eine Revolution, Revolte oder einen Aufstand handelt,<sup>7</sup> steht in der gesellschaftlichen Wahrnehmung in der Region die revolutionäre Triebkraft der Protestbewegungen vor allem in den Ländern Tunesien und Ägypten außer Frage – in jenen Ländern also, in denen der Protest der Staatsbürger<sup>8</sup> in unterschiedlichen Geschwindigkeiten zu einem Regimewechsel<sup>9</sup> führte. Somit kann und darf in diesem Kontext auch zu Recht von einem «arabischen Mauerfall» in Analogie zum deutsch-deutschen Mauerfall 1989 die Rede sein, der vor allem für die jugendliche «Speerspitze» der Revolte zu einem kollektiven biographischen Orientierungspunkt geworden zu sein scheint. Ein weit verzweigter Repressionsapparat, der auf Angst und Einschüchterung basierte, konnte durch eine über Zuhilfenahme neuer Medien erreichte Massenmobilisierung,<sup>10</sup> die von einem massiven Frustra-

---

chetti, Die Union für das Mittelmeer: Ambitionen und Realität – eine ernüchternde Zwischenbilanz der französisch-ägyptischen Präsidentschaft, in: *integration* 34 (2011) 2, S. 132–147; herausragend in der Aufarbeitung und im Umfang des Untersuchungssamples: Andrea Teti, The EU's First Response to the «Arab Spring»: A Critical Discourse Analysis of the Partnership for Democracy and Shared Prosperity, in: *Mediterranean Politics* 17 (2012) 3, S. 266–284.

7 Peter Pawelka, Umbruch und Wandel in der arabischen Welt, in: *Der Bürger im Staat* 62 (2012) 1–2, S. 4–15; Christoph Schumann, Revolution oder Revolte? Arabischer Frühling jenseits des Autoritarismus- und Transitionsparadigmas, in: Holger Albrecht/Thomas Demmelhuber (Hrsg.) *Revolution und Regimewandel in Ägypten*, Baden-Baden 2013, S. 19–40.

8 Generische Maskulina schließen in diesem Beitrag stets auch Frauen mit ein. Für einen besseren Lesefluss wird auf eine Nennung verzichtet.

9 Dem «Regimebegriff» liegt dabei ein breiteres Verständnis zu Grunde; das heißt eine soziale Gruppe, welche zum Zwecke der Herrschaftssicherung über horizontale und vertikale Machtbeziehungen andere Akteurs- und Elitengruppen einbindet, kooptiert und/oder unterdrückt sowie darüber die Herausbildung paralleler Machtzentren zu unterbinden versucht. Der Prozess des Zusammenbruchs eines autoritären Regimes inklusive eines einhergehenden Regimewechsels ist synonym mit der «Durchbruchphase» in der Literatur zur Transformationsforschung zu verstehen (vgl. Thomas Carothers, The End of the Transition Paradigm, in: *Journal of Democracy* 13 [2002] 1, S. 5–21).

10 Für eine weiterführende Beschäftigung mit der Rolle neuer Medien (zum Beispiel Internet) im Zuge politischer Transformationsprozesse am Beispiel des Arabi-

tionspotenzial quer durch alle sozialen Schichten getragen wurde, durchbrochen werden.<sup>11</sup>

Handelt es sich deshalb aber auch um eine weltgeschichtliche Zäsur<sup>12</sup>, verstanden als ein Einschnitt, ein markanter Punkt von globaler Tragweite oder – in den Worten von Michael Corsten in diesem Band – um Änderungen in den Konstellationen der Weltgesellschaft, weil sich die Kräfteverhältnisse in Weltsystemen bzw. Kräfteverhältnisse zwischen den Weltfunktionssystemen ändern? In anderen Worten, ist der Arabische Frühling ein Einschnitt für die internationale Politik, für internationale Entscheidungsprozesse und für die in unterschiedlichen Ebenen und Institutionen organisierte Weltgesellschaft?

Um einer Beantwortung dieser Frage näher zu kommen, versucht dieser Beitrag in einem ersten Schritt eine empirische Ordnung in der komplexen «Gemengelage» des Arabischen Frühlings seit 2011 herzustellen, um in einem zweiten Schritt nach den Implikationen der politischen Veränderung und/oder Nicht-Veränderung für die Kräfteverhältnisse in der internationalen und regionalen Politik zu fragen. In einem dritten Schritt erlaubt der dann generierte Befund die Beantwortung der Ausgangsfrage, ob es sich beim Arabischen Frühling um eine weltgeschichtliche Zäsur handelt und welche Rolle die Frage der Perspektive in dieser Kategorisierung spielt.

## II. Fünf Verlaufsformen: Kontinuität und Wandel seit 2011

Auffallend ist zunächst, dass der im Dezember 2010 mit der Selbstverbrennung eines Gemüsehändlers in der tunesischen Provinz begonnene Protest, welcher durch einen präzedenzlosen Ansteckungseffekt (in Sachen Schnelligkeit und Lernprozesse über nationale Grenzen hinweg) zu einem regionalen Protest wurde und sich jeweils nationalen Rahmenbedingungen anpasste und diese befruchtete, in der Region höchst unterschiedlich verlief. Alleine der exemplarische Befund im regionalen Querschnitt, dass es in erster Linie die Republiken der Region waren, die von den Protes-

---

schen Frühlings, vgl. Marianne Kneuer/Thomas Demmelhuber, Die Bedeutung neuer Medien für die Demokratieentwicklung. Überlegungen am Beispiel des Arabischen Frühlings, in: Informationen zur Politischen Bildung 35, Innsbruck – Wien – Bozen 2012, S. 30–38.

11 Thomas Demmelhuber, Ägypten nach Mubarak – zum Militär und «Monopoly der Macht», in: Der Bürger im Staat 62 (2012) 1–2, S. 26–33.

12 Interessanterweise gibt es im Arabischen keine passgenaue Übersetzung für «historische Zäsur» sondern nur Wortkombinationen wie: historischer Wendepunkt (*nuqṭa al-taḥawwul al-tārīkhīyya*) oder historische Entscheidung (*tārīkh ḥāsim*).

ten betroffen waren, wohingegen die Monarchien Jordanien und Marokko nur von kleineren Protesten und die arabischen Golfmonarchien mit der Ausnahme der kleinen Inselmonarchie Bahrain<sup>13</sup> von keinen signifikanten Protesten betroffen waren, wirft zahlreiche Fragen nach den Hintergründen und Entwicklungsperspektiven der Länder des Nahen Ostens auf. So lassen sich aus Perspektive des Jahres 2015 mindestens fünf Verlaufslinien der politischen Veränderung und der Nicht-Veränderung identifizieren; ohne hierbei auf signifikante Ausstrahlungseffekte auf nicht-arabische Länder des Nahen Ostens wie Israel (Sozialproteste 2011/12) oder die Türkei (Massenproteste gegen AKP-Regierung 2013) einzugehen.

Regimewechsel: In Ägypten und Tunesien zeigen sich wirkmächtige politische Veränderungen, die zu Regimewechseln führten. Welches Endprodukt an Regimetypus dieser Regimewechsel mit sich bringt, ob autoritäre oder demokratische Transformation, bleibt abzuwarten. Gerade Ägypten befindet sich nach dem abermaligen, durch einen Militärputsch im Juli 2013 herbeigeführten Regimewechsel und der Wahl des ehemaligen Armeechefs al-Sisi zum Staatspräsidenten in einer restaurativen Phase der Autokratisierung. Tunesien hingegen hat mit der 2014 ratifizierten Verfassung und einen durch Wahlen herbeigeführten Regierungswechsel elementare Etappen eines Demokratisierungsprozesses durchlaufen. Fest steht aber, dass beide Länder einen sehr schnellen Veränderungsprozess durchliefen, gerechnet vom Beginn der Proteste bis zur Flucht von Ben Ali ins saudische Exil am 14. Januar 2011 bzw. bis zum Rücktritt von Hosni Mubarak am 11. Februar des gleichen Jahres. Beide Länder verbindet zudem ein ähnlicher Prozess in der Ausprägung der staatlichen Ordnung: Sowohl Tunesiens als auch Ägyptens Staatlichkeit gründet auf der Republik, mit der auch der Schritt in die faktische staatliche Unabhängigkeit in den 1950er Jahren nach Dekaden der imperialen Durchdringung vollzogen wurde. Mit diesem Prozess ging ein postkolonialer Modernisierungs- und Entwicklungsdiskurs einher, der Fortschritt, Wohlstand und ein Ende der Stagnation gegenüber vor allem

---

13 Wie zu zeigen sein wird, war es in erster Linie die Entsendung von Truppen und Polizeikräften aus Saudi-Arabien und weiteren Golfstaaten, die das Königshaus der Al Khalifa in Bahrain stützten. Allerdings ist der konfessionell bedingte Konflikt in Bahrain, der auf der jahrhundertelangen Unterdrückung der schiitischen Bevölkerungsmehrheit durch eine sunnitische Minderheit fußt, in eine Tradition des politischen Aktivismus/Protests einzuordnen. Der Konflikt wurde zwar durch die regionale Eigendynamik/Ansteckung 2011 ein weiteres Mal befeuert, aber dadurch nicht genuin zum Ausbruch gebracht (vgl. Michael Schmidmayr, Politische Opposition in Bahrain. Stabilität und Wandel in einem autoritären Regime, Baden-Baden 2011).

Europas Fortschritt versprach, und hierbei unterschiedlichste staatszentrierte Modelle, bzw. später auf Privatunternehmertum fußende Modelle, implementierte (Bourghiba in Tunesien, 1957–1987; Gamal Abdel Nasser in Ägypten, 1952/4–1970). In beiden Post-2011-Verläufen zeigt sich indes, dass das herrschaftspolitische Vakuum durch Sturz und Rücktritt der Vorgänger zunächst von den hochorganisierten und in der Gesellschaft verankerten Kräften des politischen Islam gefüllt werden konnte, die bei den ersten freien Urnengängen auch einfache bis absolute Mehrheiten erreichen konnten (vor allem: *hizb/ḥaraka al-naḥḍa*, Partei/Bewegung der Wiedererweckung in Tunesien und Freiheits- und Gerechtigkeitspartei, *hizb al-ḥurriyya wa-l-'adāla*, sowie die salafistische Partei des Lichts, *hizb al-nūr*, in Ägypten). Daran anknüpfend konnten diese Akteure auch eine ausreichende Mobilisierung zur Zustimmung für eine neue Verfassung erreichen.<sup>14</sup> Der erneute Militärputsch im Juli 2013 durch das ägyptische Militär annullierte dieses mühsam ausgehandelte und im Ansatz auch demokratisch legitimierte post-revolutionäre Institutionengefüge.<sup>15</sup> Analog wie in Ägypten entzündete sich auch in Tunesien an der Frage der kulturellen Identität entlang säkular-religiöser Trennlinien ein Konflikt über die Grundparameter einer neu zu formulierenden normativen Ordnung, der in Tunesien mit der neuen Verfassung 2014 nach jahrelanger Debatte zu einem tragfähigen Konsensus gebracht werden konnte. Hingegen wurde in Ägypten die 2012 von religiösen Kräften während der Präsidentschaft Mursi durchgepeitschte Verfassung durch das abermalige Eingreifen des ägyptischen Militärs wieder suspendiert und durch eine neue Verfassung ersetzt.

*Regimewandel mit Staatszerfall:* Die Proteste in Ägypten und Tunesien entwickelten Anfang 2011 auch auf den Jemen eine Strahlkraft, obgleich diese Proteste einen im Vergleich zu Ägypten und Tunesien unterschiedlichen Verlauf nahmen und in erster Linie über nationale Sonderfaktoren zu erklären sind. Gerade das jemenitische Institutionengefüge, das zuvor erst auf der Verknüpfung politischer Institutionen mit der heterogenen Stammeskonstellation basiert,<sup>16</sup> legte die Grundlage für einen alternativen

14 The Economist, Egypt and Tunisia. New Constitutions Take Shape, London 27.10.2012, <http://www.economist.com/printedition/2012-10-27>; The Economist, Egypt's Choice. The Founding Brothers, London 15.12.2012 (online, <http://www.economist.com/printedition/2012-12-15>).

15 Vgl. Thomas Demmelhuber, Putsch 2.0 – Staatszerfall in Ägypten, in: Qantara.de, 5.7.2013, <http://de.qantara.de/Putsch-20-Staatszerfall-in-Aegypten/21264c23837i1p8/index.html>.

16 Entlang konfessioneller Trennlinien und territorialer Konflikte im Kontext von Sezessionsbestrebungen im Südjemen (seit der Wiedervereinigung 1990).

Verlauf der Proteste.<sup>17</sup> Am Rande des Bürgerkriegs und des Staatszerfalls führte erst der mehrmalige Vermittlungsversuch des Golf-Kooperationsrats (GKR) zu einer Lösung mit dem Abtreten des seit 1978 regierenden Präsidenten Ali Abdullah Salih (bei gleichzeitiger Gewährung von Immunität) und der Übergabe der exekutiven Machtkompetenzen von Salih an seinen Stellvertreter Mansour Hadi, der im Februar 2012 offiziell in einem Referendum (Hadi war der einzige Kandidat) im Amt bestätigt wurde.<sup>18</sup> Damit ging aber nur ein sehr schleppender Wechsel des unmittelbaren Berater- und Klientelstabs von Salih (inklusive seiner Söhne, die im Militär hohe Positionen inne hatten) einher. 2015 beschleunigte sich der Staatszerfall entlang zentrifugaler Kräfte aufgrund von Allianzbildungen und externer Einflussnahmen, die 2015 auch eine militärische Intervention Saudi-Arabiens zugunsten des aus dem Jemen vertriebenen Präsidenten Hadi mit sich brachte.

*Externe Intervention mit Staatszerfall:* Ebenso lassen sich aufgrund der durch den Arabischen Frühling befeuerten politischen Veränderungsdynamik Bürgerkriege einhergehend mit einem Zusammenbruch der staatlichen Ordnung verzeichnen, die durch formale und informelle Interventionen der regionalen und internationalen Staatengemeinschaft nachhaltig beeinflusst wurden. Im Falle von Libyen war es die UNO-Sicherheitsratsresolution 1973, welche eine Flugverbotszone über Libyen beschloss und Waffengewalt für deren Durchsetzung zuließ («[...] all necessary measures»<sup>19</sup>). Syrien ist ein Beispiel für den Einfluss über formale und informelle Modi, wobei sowohl die internationale als auch die regionale Staatengemeinschaft zu keinem Konsens kommt und jeweils konkurrierende Partikularinteressen verfolgt. Dementsprechend komplex ist die Einbettung des syrischen Akteursgefüges in regionale Netzwerke, Allianzen und Konflikte, welche das Land zu einem Stellvertreter-Schauplatz regionaler Konfliktlinien machen. Vor allem Syriens enge Bindung zum iranischen Regime determiniert hier das Handeln der arabischen Golfmonarchien in ihrem Bestreben, die zersplitterte syrische Opposition gegen das Assad-Regime nicht nur verbal und politisch, sondern auch mit Waffenlieferungen und Logistik zu unter-

17 Nadwa Al-Dawsari, Tribal Governance and Stability in Yemen, in: Carnegie Endowment for International Peace, The Carnegie Papers, April 2012.

18 BBC News, Yemen's President Ali Abdullah Saleh Cedes Power, London 27.2. 2012, <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-17177720>.

19 United Nations Security Council, Security Council approves no-fly-zone over Libya, authorizing all necessary measures to protect civilians, by vote of 10 in favor with 5 abstentions, SC/10200, 6498th meeting, Resolution 1973, New York 2011.



stützen.<sup>20</sup> Umgekehrtes gilt für die mit dem Iran verbündete und durch den Iran unterstützte schiitische Miliz und libanesische Partei *Hizbullah*, welche seit 2013 auf Seiten der Assad-Streitkräfte in Syrien kämpft.<sup>21</sup> In diesem Raum von Staatslosigkeit konnte vor allem seit 2014 der Islamische Staat (IS) vordringen und große Territorialgewinne verzeichnen mit welchen die territorialen Ordnungen im Dreiländereck von Syrien, der Türkei und dem Irak Makulatur geworden sind.

*Status quo in Republiken:* Neben diesen obigen Beispielen vielfältigster politischer Veränderung fällt eine offenkundige Kontinuität und Stabilität in einzelnen Republiken auf, die in ihrem jeweiligen Vergleich zu Ägypten und Tunesien in Bezug auf sozioökonomische und politische Ausgangsbedingungen gar nicht so unähnlich wären. Gerade Algerien sticht mit seiner auf das Militär fußenden Staatsklasse und autoritären Herrschaftsform bei dieser Überlegung heraus.<sup>22</sup> Dennoch scheint sich hier der Bürgerkrieg der 1990er Jahre – nach einem vom Militär beendeten demokratischen Intermezzo zwischen 1988 und 1991 – im kollektiven Gedächtnis der algerischen Gesellschaft verfestigt zu haben und ein Hemmnis für eine analoge breitenwirksame und generationenübergreifende Massenmobilisierung in urbanen sowie ruralen Räumen zu sein. Zudem war gerade mit Beginn der Proteste in den anderen Ländern im Falle Algeriens eine sehr viel aufmerksamere und strategisch «besser» vorbereitete Planung seitens staatlicher Sicherheitskräfte zu beobachten; im scharfen Gegensatz zum ägyptischen Beispiel, wo sich der damals amtierende Innenminister Adly noch am Tag vor Beginn der Proteste höchst despektierlich über die Protestierenden äußerte. Dieses Argument von Gewalt im kollektiven Gedächtnis einer Nation oder Gesellschaft lässt sich auch für die anderen, nicht von Massenprotesten betroffenen Republiken verwenden: Den Libanon, den Irak oder den Sudan eint ein Bürgerkriegstrauma aufgrund konfessioneller Konflikte (Libanon, 1975–90), externer Intervention (Irak, 2003) oder Sezessionsbestrebungen (Sudan, 1983–2005).

20 Michael Stephens, What is Qatar doing in Syria?, in: Guardian Comment Network, 08.8.2012, <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2012/aug/08/qatar-syria-opposition>; Nadine Scharfenort, Herrschaftswechsel in Katar – gleicher Kurs oder neue Wege, in: GIGA Focus 1 (2013) Hamburg, [http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?id=/content/publikationen/pdf/gf\\_nahost\\_1307.pdf](http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?id=/content/publikationen/pdf/gf_nahost_1307.pdf).

21 BBC News, Hezbollah Facing Growing Syria Backlash, London 22.7.2013 (<http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-23381447>).

22 Rachid Ouassa, Staatsklasse als Entscheidungsakteur in den Ländern der Dritten Welt. Struktur, Entwicklung und Aufbau der Staatsklasse am Beispiel Algerien, Münster 2005.

*Stabilität in Monarchien:* Eine derartige «Dauerhaftigkeit» beschränkt sich nicht nur auf die Republiken, sondern zeigt sich umso offenkundiger in den Monarchien auf der arabischen Halbinsel, aber auch in Jordanien und Marokko. Salopp formuliert, ließe sich hier also von einer Mobilisierungslücke mit einer signifikanten Häufung von Protest in den Republiken sprechen, welche selbstredend nach Begründungsmustern verlangt. Mit der Ausnahme von Bahrain gab es in den Monarchien der Region<sup>23</sup> keinen Massenprotest und auch keinen substantiellen politischen Wandel. Die Literatur verweist auf zahlreiche strukturalistische Erklärungsfaktoren für diese politische Nicht-Veränderung, allen voran auf die in den Golfmonarchien vorliegenden Einnahmen aus dem Ressourcenreichtum, welche durch Umverteilung eine politische Exklusion der Staatsbürgerpopulation erkaufen lässt (Rentierstaatsparadigma<sup>24</sup>). Daneben werden zahlreiche andere Faktoren genannt, wie zum Beispiel (1) unterschiedliche Geschichtsläufe der Staatenbildung, (2) ethnische und konfessionelle Homogenität, (3) externe Unterstützung (vor allem durch die USA), (4) familiendynastische Herrschaft oder (5) auf tradierte, tribale Herrschafts- und Interaktionsmodi fußende politische Ordnungen.<sup>25</sup> Im Kontext vorliegender Fragestellung nach der «Zäsurhaftigkeit» des Arabischen Frühlings ist nicht ausreichend Platz für eine tiefergreifende Analyse dieser empirischen «Protest-Lücke» zwischen den nahöstlichen Ländern in Abhängigkeit ihrer jeweiligen Staatsform. Analoges gilt für die Suche nach Erklärungsfaktoren der Proteste im Kontext variierender Legitimitätskrisen in den einzelnen Staaten.

So sollen an dieser Stelle die politischen Verlaufslinien einen für die Fragestellung in diesem Beitrag zentralen Aspekt unterstreichen: Die Region ist im Begriff einer umfassenden Veränderung und in einem Prozess der Emanzipation von «unten nach oben», aber sie folgt keinem «one-size-fits-all-model». Die Region ist heterogener geworden. Dennoch bleibt die Frage, einerseits, welche Implikationen diese Verlaufsvielfalt in der dadurch eigentlich schon falsifizierten Sammelkategorie «Arabischer Frühling» für die internationale und regionale Ordnung hat und, andererseits, ob sich

23 Emirate, Sultanate werden aufgrund ihres dynastischen Charakters ebenso zu der Gruppe der Monarchien gezählt.

24 Hezam Beblawi/Giacomo Luciano (Hrsg.) *The Rentier State*, London 1987.

25 Vgl. u. a. André Bank/Thomas Richter/Anna Sunik, *Long-Term Monarchical Survival in the Middle East: A Configurational Comparison, 1945–2012*, in: GIGA Working Paper 215 (Februar 2013), Hamburg, [http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?id=/content/publikationen/pdf/wp215\\_bank-richter-sunik.pdf](http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?id=/content/publikationen/pdf/wp215_bank-richter-sunik.pdf).

trotz der Heterogenität der Veränderung und Nicht-Veränderung ein «gemeinsamer Nenner» des Wandels in der Region identifizieren lässt.

### III. Regionales Staatensystem im Wandel: vor und nach 2011

Proteste, Rebellionen und Revolten sind nichts Fremdes für die Region des Nahen Ostens, wie zum Beispiel in Ägypten die vom Armeeoberst Ahmad 'Urabi initiierte Revolte in den frühen 80er Jahren des 19. Jahrhunderts, die Unabhängigkeitsbewegung nach dem Ende des Ersten Weltkriegs unter Saad Zaghloul oder die Revolution der «freien Offiziere» in den 1950er Jahren zeigen. Das einigende Narrativ dieser Proteste, Staatsstriche und Revolten in Ägypten und der Region war zuvorderst die Frage nach der Verfasstheit der Gesellschaft, die Forderung nach voller Unabhängigkeit des Landes gegenüber externen Mächten und – ganz zentral – die Frage nach nationaler Identität im Spannungsfeld von arabischer Herkunft, zum Teil vorliegenden proto-nationaler Sonderfaktoren und religiöser Identität.<sup>26</sup> Dies stand im scharfen Gegensatz zu den Beschneidungen von nationaler Souveränität während der Zwischenkriegszeit, während der Mandatszeit und danach durch europäische Mächte oder spätere Einschränkungen durch analog perzipierte Abhängigkeiten einer sich globalisierenden Weltwirtschaft.

In diesem Prozess der Staaten- und Nationenbildung im 20. Jahrhundert war die Frage nach nationaler Identität entscheidend, verfügten doch nur die wenigsten der jungen und entstehenden Staaten über eine (proto-)nationale Identität; ein Problem, dem viele Staaten bis heute gegenüberstehen und dementsprechend eifrig an der Konstruktion von Narrativen einer gemeinsamen nationalen Herkunft arbeiten (zum Beispiel Golfmonarchien). Einzig Ägypten ragt hier bis dato mit seiner territorialen Geschlossenheit des Niltals und einer eigenen Geschichtsschreibung bis in die Pharaonenzeit heraus (zuzüglich ökonomischer Verdichtung durch Monokulturen wie Baumwollhandel vor allem im 19. Jahrhundert). Und so waren und sind bis heute in der ganzen Region Fragen der nationalen Herkunft und Zusammengehörigkeit zentrale diskursive Gravitationszentren mit unterschiedlichsten Referenzpunkten, wie vor allem Religion, Ethnie, Herkunft oder Sprache.<sup>27</sup> Was im 19. Jahrhundert graduell im Kontext europäischer kolonialer Durchdringung begann und Gamal Abdel Nasser, der spätere ägyptische Staatspräsident, in den 1950er Jahren mit dem Sturz der pro-britischen Monarchie gewissermaßen zu einem vorläufigen Ende zu bringen schien, war somit die Herausbildung eines regionalen Staatensystems, das

26 David Fromkin, *A Peace to End All Peace*, New York 1989.

27 Israel Gershoni/James Jankowski (Hrsg.) *Rethinking Nationalism in the Arab Middle East*, New York 1997.

zwar nicht von innen heraus entstanden ist (willkürliche Grenzziehungen der Europäer), aber bis vor kurzem trotz anfänglicher panarabischer Rhetorik eine erstaunliche «normative Kraft des Faktischen»<sup>28</sup> entfaltete. Versuche der Änderung der Grenzziehung durch Invasion – wie zum Beispiel 1990 durch irakische Truppen auf kuwaitischem Territorium – waren eher die Ausnahme als die Regel.

Erst in jüngster Zeit scheint diese normative Kraft des regionalen Staatensystems Risse zu bekommen und die Frage der nationalen Identität wieder im Zentrum gesellschaftlicher Auseinandersetzung angekommen zu sein. Territorialität – im Sinne der territorialen Parzellierung der Region, also der territorialen Ordnung des Staatensystems – scheint fluider geworden zu sein. Nicht nur die arabischen Revolten seit 2011 zeigen das auf prominente Weise. Der Blick sei beispielsweise in die Peripherie der Arabischen Welt, in den Sudan gerichtet, in welchem zum ersten Mal seit Herausbildung des nahöstlichen Staatensystems kolonial gezogene Grenzen nach einem jahrelangen Abnutzungskonflikt aufgebrochen wurden, und der Staat Südsudan 2011 in die Unabhängigkeit entlassen wurde. Syrien ist ein aktuelles Beispiel dafür, wie fluide Territorialität im Nahen Osten geworden ist, im Kontext einer erst seit dem Erstarken des IS diskutierten Kurdenfrage im Dreiländereck Türkei, Irak und Syrien. Diese hat im Schatten der Auseinandersetzung zwischen dem Assad-Regime, den Rebellen und vor allem dem IS eine neue Eigendynamik erfahren, was schließlich die territoriale Integrität Syriens und die territoriale Ordnung der Levante und der Anrainerstaaten (vor allem Irak und Türkei) in letzter Konsequenz herausfordert oder in Frage stellt.<sup>29</sup> Die Frage nach nationaler Selbstbestimmung wird indes von Seiten – vor allem der irakischen Kurden – gestellt werden, sofern es der irakischen Zentralregierung in Bagdad nicht gelingt, den «Geiste» der föderalen Verfassung in die Politikformulierung zu übersetzen.

Ebenso steht die Territorialität Libyens vor dem Hintergrund zentrifugaler Kräfte in den Provinzen vor massiven Belastungsproben.<sup>30</sup> In diesen

28 Ursprünglich zurückgehend auf den österreichischen Staatsrechtler Georg Jellinek, 1851–1911, vgl. dazu: Andreas Anter (Hrsg.) *Die normative Kraft des Faktischen. Das Staatsverständnis Georg Jellineks*, Baden-Baden 2004.

29 Vgl. Titel der Zenith-Ausgabe (Juli/August 2013): «Ist dieses Land noch zu verhindern?» In dieser Ausgabe siehe auch: Udo Steinbach, *Der Weg nach Kurdistan. Besiegelt das Jahr 2013 die alte Staatenordnung im Nahen Osten?*, in: *Zenith – Zeitschrift für den Orient*, Juli/August (2013), S. 18–19.

30 Wolfram Lacher, *Libyen nach Qaddafi. Staatszerfall oder Staatsbildung?*, in: *SWP-Aktuell* 12 (2011) Berlin.

Ländern steht nicht nur wie in Ägypten oder Tunesien der Regimetypus, samt Ausprägung, Ordnung und Organisation politischer Herrschaft inklusive der formalen und informellen Machtbeziehungen sowie vertikal und horizontal vernetzten Elitengruppen, zur Debatte. Hier steht noch viel grundsätzlicher die staatliche Ordnung als Quelle politischer Normativität und Grundsatzentscheidung über Art und Weise politischer Existenz innerhalb einer territorialen Geschlossenheit in Frage (Staatsform, Symbolik und Verfassungsprinzipien). So lagen in Libyen und Syrien beide genannten Ordnungsmodi<sup>31</sup> nicht getrennt voneinander vor, sondern waren aufs engste miteinander verwoben.<sup>32</sup> In anderen Worten: In Fällen wie Libyen impliziert ein Regimewechsel quasi automatisch einen Zusammenbruch der Ordnung, welche nach obiger Differenzierung die staatliche Ordnung mit einschließt.<sup>33</sup> In diesem Vakuum der Neuordnung schließen sich automatisch wieder verstärkt grundlegende Fragen nationaler Identität an: Welche Rolle soll/muss/darf die Religion in der Formulierung einer neuen normativen Ordnung spielen? Wie werden nationale, konfessionelle und/oder ethnische Minderheiten in einer neuen Ordnung eingebunden? Vordergründig einfach zu identifizierende Konfliktlinien zwischen «säkular» und «religiös» fragmentieren sich dabei nachhaltig aus und wirken wie zentrifugale Kräfte im Versuch einer neuen politischen Artikulation der Gesellschaft. Externe Einflussnahme in diesem Aushandlungsprozess wird dabei quer durch alle politischen Lager scharf abgelehnt.<sup>34</sup>

Der Grund hierfür liegt ebenso in der von externen Mächten beeinflussten Staatenbildung in der Region und bis heute greifbaren neokolonialen Ressentiments. Der zentrale Referenzpunkt in der Herausbildung des Staatensystems war unstrittig die Einflussnahme externer kolonialer/imperialer Mächte, die es mit Beginn der Dekolonisierung gegen Mitte des

---

31 Vereinfacht: Regime und Staat, vgl. auch: Schumann 2013 (Anm. 7), S. 35.

32 Zum Beispiel: libyscher «Volksmassenstaat» (arabisch: *ġamāhīriyya*) unter Revolutionsführer Ghaddafi.

33 Für eine unterschiedliche Kategorienbildung von politischer Ordnung als «normative und symbolische Verfasstheit der Gesellschaft», vgl. Schumann 2013 (Anm. 7), S. 35.

34 Dieser Sachverhalt zeigt sich anschaulich an dem Vorgehen der ägyptischen Justiz gegen NGOs und Multiplikatoren internationaler Entwicklungszusammenarbeit seit 2012 (darunter auch das Länderbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kairo). Unabhängig (offenkundig) innenpolitisch-motivierter Einflussnahme auf juristische Entscheidungen, ist quer durch alle politische Lager kein politischer Wille für eine schnelle Einigung zu verzeichnen.

20. Jahrhunderts abzuschütteln galt. Dieser Dekolonisierungsdiskurs findet sich im Mantel der Verweigerung einer internationalen Einmischung auch im Arabischen Frühling wieder. Eine Region will sich von einer Fremdbestimmung befreien, die sie allerspätstens seit dem Ende des Osmanischen Reichs 1918 erlebt. Gestürzt wurden mit Mubarak, Ghaddafi und ihren «Freunden im autoritären Geiste» zwar einheimische Diktatoren, die aber auch perzipierte Handlanger externer Mächte waren. In diesem Punkt setzten die arabischen Revolten daher die gescheiterten, säkularen Revolutionen der 1950er Jahre als Korrektiv fort. Es geht zweifelsohne um Mitbestimmung im Inneren aber auch um Selbstbestimmung als Ägypter, Tunesier und als Araber, also um Souveränität, die – so gaben die «säkularen» Republiken immer vor – de jure beim Volk lag, aber die durch den auf Machterhalt getrimmten autoritären Machtapparat ad absurdum geführt wurde. So waren die Proteste, die in Tunesien begannen und eine phänomenale Strahlkraft auf die Region entfalteten, Proteste gegen die autoritären Regime, welche an ihrem postkolonialen, säkularen Modernisierungs- und Demokratisierungsversprechen der 1950er Jahre gescheitert sind, bzw. daran zweifelsohne noch scheitern werden (vgl. Syrien).<sup>35</sup> Dementsprechend richteten sich die Proteste in Ägypten oder Tunesien auch gegen jedwede internationale Einmischung und gegen die Einbindung der Länder in eine als ungerecht empfundene Wirtschaftsordnung, die seit den frühen 1990er Jahren trotz Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung in Form des vielzitierten «Washington Consensus» (geprägt durch Weltbank und Internationalen Währungsfonds, IWF) nur wenigen Leuten Reichtum bescherte und die Mehrheit der Gesellschaft auf der sozialen Leiter nach unten in Armut abrutschen ließ.<sup>36</sup> Der Protest gegen Mubarak und Co. war damit auch ein Protest gegen Raffgier, Benachteiligung und Korruption einer Gruppe von Wirtschaftsoligarchen, die mit Deregulierung und Privatisierung der heimischen Märkte ab den 1990er Jahren zum Zwecke der eigenen Profitmaximierung den de jure demokratischen Charakter der Verfassung noch weiter aushebelten – sei es über Militärgerichtsbarkeit, Verfassungsänderungen oder andere ausgeklügelte Ideen zum Zwecke der autoritären Herrschaftssicherung.<sup>37</sup> Der Protest war demzufolge auch ein Protest ge-

35 Zur postkolonialen Bourgeoisie, vgl. Kritik bei Frantz Fanon, *Les Damnés de la Terre*, Paris 1961.

36 Thomas Demmelhuber, *Der Pharao, das Regime und der Staat. Regime- und Elitenwandel nach Mubarak*, in: Holger Albrecht/Thomas Demmelhuber (Hrsg.) *Revolution und Regimewandel in Ägypten*, Baden-Baden 2013, S. 54.

37 Vgl. dazu auch: Schumann 2013 (Anm. 7), S. 31.

gen wahrgenommene post-koloniale Abhängigkeitsstrukturen, welche die revolutionären Regime der 1950er Jahre lautstark und medienwirksam abzuschütteln versuchten, die sich in jüngeren Jahren nun aber in einem anderen Gewand in der gesellschaftlichen Wahrnehmung zu manifestieren schienen und die Legitimitätskrise der republikanischen Regime ungleich verstärkten.<sup>38</sup>

Diese Fluidität der regionalen Ordnung spiegelt sich auch auf Ebene regionaler Organisationen mit einer versuchten Neuordnung von «alten» und «neuen» Akteuren wider. Während nach der Präsidentenwahl im Juni 2012 das damalige ägyptische Staatsoberhaupt Mursi auf Ebene der Arabischen Liga selbstbewusst die traditionelle Führungsrolle Ägyptens in der Region einforderte und verbal den Beginn einer proaktiven ägyptischen Außenpolitik ankündigte<sup>39</sup>, waren vor allem die Monarchien auf der arabischen Halbinsel bemüht, ihre regionalpolitische Rolle weiter auszubauen, indem sie vor allem ihre ökonomische und fiskalpolitische Stärke in politischen Einfluss übersetzten (Transferzahlungen, günstige Kredite und gezielte Unterstützung politischer Gruppierungen).<sup>40</sup> Und so impliziert die bis dato erfolgreiche Unterbindung eines Übergreifens von Massenprotesten auf die arabische Halbinsel (bzw. die erfolgreiche Niederschlagung in Bahrain mit Hilfe Saudi-Arabiens) zwei Modi der Neuordnung: Einerseits ist seit 2011 eine weitere ökonomische, politische und strategische Stärkung des Golf-Kooperationsrats (GKR) zu beobachten, dessen monarchische Schnittmenge offenkundig noch verstärkt werden soll, nachdem den beiden Monarchien Jordanien und Marokko die Mitgliedschaft angeboten wurde.<sup>41</sup> Die inzwischen gescheiterte Vermittlung im Jemen zeugt dennoch von der gewachsenen Gestaltungsmacht des GKR mit Saudi-Arabien als de facto Führungsakteur. Andererseits sind es vor allem die Staaten Saudi-Arabien und Katar, die das akteurspolitische Vakuum in der Arabischen Liga füllen, nachdem traditionelle Vorreiter wie Syrien, Irak oder Ägypten aufgrund innenpolitischer Desintegration, Probleme oder makroökono-

38 Vgl. Demmelhuber 2013 (Anm. 36), S. 54.

39 Thomas Demmelhuber, Mursi auf Reisen. Alte Seilschaften, neue Netzwerke, in: Inamo – Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten 73 (2013), S. 30–33.

40 James Drummond, Saudi Arabia lends Egypt \$4bn, in: Financial Times, 22.05.2011, <http://www.ft.com/cms/s/0/c3fa0976-8465-11e0-afcb-00144feabdc0.html#axzz2aQxmYeM2>; Scharfenort 2013 (Anm. 20), S. 4.

41 Sara Hamdan, Gulf Council Reaches Out to Morocco and Jordan, in: The New York Times, 25.05.2011, <http://www.nytimes.com/2011/05/26/world/middleeast/26iht-M26-GCC.html>.

mischer Schwäche nicht mehr in der Lage sind, ihren aus der Geschichte abgeleiteten Anspruch auf Akteursqualität mit Inhalt zu füllen.

#### IV. Fazit: 2011 eine weltgeschichtliche Zäsur?

Basierend auf dem erarbeiteten empirischen Befund ist es zum Zeitpunkt der Niederschrift dieses Beitrags<sup>42</sup> schwierig das Jahr 2011 mit seinen fortdauernden Implikationen für die Region und darüber hinaus für die Weltpolitik als weltgeschichtliche Zäsur zu bezeichnen. Tatsächlich haben sich die regionalen Kräfteverhältnisse – also in Anlehnung an die eingangs formulierte Definition, die regionalen Funktionssysteme – verändert, aber es fehlen Hinweise auf ein verändertes Kräfteverhältnis des «nahöstlichen Funktionssystems» im Zusammenspiel mit anderen Weltfunktionssystemen. Trotzdem ist aus der Perspektive der nahöstlichen Gesellschaften der Arabische Frühling – unabhängig des jeweiligen Landes – sehr wohl eine Zäsur, welche die Verwundbarkeit autoritärer Herrschaft offenbarte. Aus Perspektive des Nahen Ostens ist es auch ein «arabischer Mauerfall», da die «Mauer der Angst» innerhalb der Funktions- und Ordnungsmodi autoritärer Regime durchbrochen werden konnte. Dieses «Durchbrechen» wurde massiv durch die Errungenschaften der Informations- und Kommunikationstechnologie erleichtert, da durch diese neue virtuelle Räume, welche sich der potenziellen Kontrolle durch das Regime entziehen und Räume der Debatte, des Streits und der Emanzipation als Staatsbürger schaffen, entstehen. Das autoritäre Regime ist quasi per se in eine Defensive geraten – unabhängig davon, wie es mit den durch Neue Medien entstandenen herrschaftspolitischen Dilemmas umgeht und für eigene Zwecke einsetzt (zum Beispiel zum Teil Selbstinszenierung). Vorher geschlossene nationale Medienlandschaften sind nun durchlässiger geworden und beschleunigen eine «Entterritorialisierung der Medienlandschaften». Das determiniert eine irreversible Veränderung der Identitätszuschreibung als Staatsbürger, eine Veränderung der Staats-Gesellschafts-Beziehungen und eine Veränderung von Öffentlichkeit.<sup>43</sup> All das impliziert am Ende zwar nicht, dass politische Veränderung einer «normativen Einbahnstraße» folgt oder das Internet eine «Befreiungstechnologie»<sup>44</sup> ist. Dennoch, autoritäre Herrschaft sieht sich im Kontext dieser Rahmenbedingungen massiven Stressfaktoren ausgesetzt.

42 Juli 2013 mit Aktualisierung 2015.

43 Vgl. dazu Diskussion bei Habermas selbst: Jürgen Habermas, Ach, Europa, in: Kleine politische Schriften, Bd. 11, Frankfurt/M. 2008.

44 Larry Diamond, Liberation Technology, in: Journal of Democracy 21 (2010) 3, S. 69–83.



Parallel beschleunigte der Arabische Frühling eine bereits vor 2011 zu verzeichnende geopolitische und geoökonomische Verschiebung zugunsten der arabischen Halbinsel, das heißt der Länder des Golf-Kooperationsrats (GKR). Auch diese spiegelt sich in regionalen Ordnungsmustern wider: einerseits in den Versuchen, den GKR mit der Einladung an die Monarchien Marokko und Jordanien zu einem «Club autoritärer Monarchien» zu machen und andererseits in einem nachhaltig veränderten Machtgefüge in der Arabischen Liga – wiederum zugunsten der reichen Golfmonarchien wie Katar oder Saudi-Arabien. Diese nachhaltige Veränderung der regionalen Ordnung hat in der Tat ansatzweise Einfluss auf das Zusammenspiel der Weltfunktionssysteme (Saudi-Arabien zum Beispiel einziges arabisches Mitglied in den G20-Treffen im Zuge der weltweiten Finanzkrise seit 2008).<sup>45</sup> Diese Verschiebungen sind jedoch früheren Datums, wurden nicht durch das Jahr 2011 determiniert sondern durch diese Ereignisse nur beschleunigt.<sup>46</sup>

Summa summarum, durch das Prisma der internationalen Politik ist der Arabische Frühling eine politische Neuordnung, eine Wegmarke und ein Einschnitt *innerhalb* einer strategisch bedeutsamen Weltregion. Durch das Prisma der nahöstlichen Gesellschaften ist der Arabische Frühling zweifelsohne eine Zäsur, ein «historischer Wendepunkt» (aus dem Arabischen, vergleiche Fußnote 12), welche(r) die Staats-Gesellschafts-Beziehungen fundamental aufbrach, Fragen der Identität neu stellte und neue Antworten auf alte Fragen entwickeln wird. Eine weltgeschichtliche Zäsur lässt sich daraus aber nicht ableiten.

---

45 Sven Behrendt, The G20 and Saudi-Arabia's Changing Foreign Policy Agenda, Carnegie Endowment for International Peace, 21.9.2009, <http://carnegieendowment.org/2009/09/21/g20-and-saudi-arabia-s-changing-foreign-policy-agenda/2a41>.

46 Vgl. das Szenario für das Jahr 2020 aus der Perspektive des Jahres 2010 inklusive der Beschreibung der fortlaufenden geostrategischen und geoökonomischen Verschiebung auf die arabische Halbinsel: Thomas Demmelhuber, Proche-Orient: une relation stratégique à développer, in: Louis-Marie Clouet/Andreas Marchetti (Hrsg.) *L'Europe et le monde en 2020. Visions prospectives franco-allemande*, Paris 2011, S. 173–181.

## Demografie und Revolution

### Zur Rolle von youth bulges im Arabischen Frühling Kommentar zum Beitrag von Thomas Demmelhuber

CHRISTIAN SEIPEL

Im Beitrag von Thomas Demmelhuber wird die Frage erörtert, ob der Nahe Osten vor einem demokratischen Umbruch steht. Dabei werden die Ereignisse als «arabischer Mauerfall» bezeichnet. In der kenntnisreichen Analyse kommt Demmelhuber zu dem Ergebnis, dass der arabische Frühling innerhalb dieser bedeutsamen Weltregion ein «historischer Wendepunkt»/eine Zäsur darstellt. Eine Veränderung der Weltfunktionssysteme hinsichtlich einer Verschiebung von Kräfteverhältnissen lasse sich aber aus der Sicht des Jahres 2013 nicht ableiten und deshalb lasse sich auch nicht von einer weltgeschichtlichen Zäsur sprechen. Demmelhuber ordnet den Revolten in der Region fünf Verlaufsformen zu (Regimewechsel, Regimewandel, externe Intervention, Status quo in Republiken, Stabilität in Monarchien). Dabei werden die Ergebnisse der Revolten idealtypisch kategorisiert und es wird auf mögliche Ursachen hingewiesen. So weist Demmelhuber zum Beispiel für den Jemen auf die «Verknüpfung politischer Institutionen mit der heterogenen Stammeskonstellation», in Syrien auf den Stellvertreter-Schauplatz, im Libanon, im Irak und im Sudan auf die Bürgerkriegstraumata als Hindernis für Revolten oder in den Monarchien der Region auf das Rentierstaatsparadigma hin. Explizit weist Demmelhuber darauf hin, dass es aus seiner Sicht kein «one-size-fits-all-model» gibt. Diese Schlussfolgerung nimmt Demmelhuber aber im gleichen Absatz wieder zurück, wenn er explizit danach fragt, ob sich trotz der Heterogenität der Veränderung und Nichtveränderung ein «gemeinsamer Nenner» des Wandels in der Region identifizieren lässt. Diesen Nenner sieht Demmelhuber in der zentralen Frage der nationalen Identität aufscheinen, die er im Zusammenhang mit dem empirisch zu beobachteten Phänomen einer instabiler werdenden «territorialen Ordnung des Staatensystems» verortet (als Beispiel für den Kampf um territoriale Grenzen werden der Sudan und die Kurdenfrage benannt). Man könnte behaupten, dass Demmelhuber die kulturellen Aspekte stärker in den Mittelpunkt der Betrachtung stellt, wenn er danach fragt «welche Rolle soll/muss/darf die Religion in der Formulierung einer neuen normativen Ordnung spielen». Neben der Religion wird der Dekolonisierungsdiskurs als wichtige weitere Variable gesehen und Demmelhuber

sieht in den Protesten insbesondere einen «Protest gegen wahrgenommene post-koloniale Abhängigkeitsstrukturen». Zieht man die Systematisierung der Erklärungsansätze für den Arabischen Frühling von Beck und Hüser heran<sup>1</sup>, dann bezieht sich Demmelhuber insbesondere auf das erodierende System der Rentiersysteme (was bei Beck und Hülser als vierter Erklärungsansatz mit dem Titel «Ökonomische Liberalisierung ohne politische Reformen» versehen ist). Die drei anderen Erklärungsansätze werden dagegen nicht (die Rolle der Würde [Karama] und der demografische Wandel) oder nur am Rande erwähnt (Social media). Bei Demmelhuber bleibt unklar, ob ein gemeinsames erklärendes Modell formuliert werden kann und welche unabhängigen Variablen darin enthalten sein sollten oder ob man für jedes Land des Arabischen Frühlings oder für Gruppen von Staaten (Republiken oder Monarchien oder autoritäre instabile Regime oder konsolidierte Transformationsländer) je eine eigene Theorie entwickeln muss. Aus der Sicht einer erklärenden sozialwissenschaftlichen Perspektive wäre es ein lohnendes Unterfangen ein mehr oder minder komplexes allgemeines Modell zu entwickeln, in dem die unabhängigen Variablen für alle Länder gleich sind, die jeweiligen Ausprägungen der Variablen durch je spezifische regionale-politische-kulturelle Unterschiede zustande kommen und dadurch die unterschiedliche Gewichtung der gemeinsamen aber dann unterschiedlich stark ausgeprägten Erklärungsfaktoren identifiziert werden könnten. Die Überlegungen von Demmelhuber zur Rolle der kulturellen Faktoren (nationale Identität) stellen dabei einen Ausgangspunkt dar, sie sind aber noch weit von einer ausformulierten und kohärenten sowie komplexen Theorie entfernt. Es ist hier nicht der Platz einen Vorschlag für ein solches umfassendes komplexes Theoriemodell zu entwickeln. Deshalb soll an dieser Stelle nur ein kurzer Verweis auf einen weiteren wichtigen erklärenden Faktor erfolgen, der bei Demmelhuber unberücksichtigt bleibt: der demografische Wandel.

Während in der sozialwissenschaftlichen Literatur häufig politische und ökonomische Faktoren herangezogen werden um Aufstände, Revolten und Revolutionen zu erklären, spielen demografische Faktoren eine eher untergeordnete Rolle. Gesellschaftliche Konflikte seien eher auf die unzulängliche Produktion und Verteilung von Gütern in der (kapitalistischen) Gesellschaftsordnung zurückführen. Demgegenüber wird unter anderem von

---

1 Martin Beck/Simone Hüser, Politischer Wandel im Nahen Osten. Versuch einer Analyse des «Arabischen Frühlings», in: Arabellions. Zur Vielfalt von Protest und Revolte im Nahen Osten und Nordafrika, hrsg. von Annette Jünemann/Anja Zorob, Wiesbaden 2013, S. 197–227.

Heinsohn (2003) und Kröhnert (2006) die These stark gemacht, dass auch demografische Faktoren eine Rolle spielen.<sup>2</sup> Dabei wird insbesondere dem Anteil der 15- bis 30-Jährigen an der Bevölkerung Bedeutung zugemessen. Erreicht die relative Größe dieser Altersgruppe eine kritische Grenze von 20% an der Gesamtbevölkerung (youth bulge), sei der Ausbruch von Gewalt und Krieg sehr wahrscheinlich. Beide Autoren führen empirische Studien an, die zumindest diese Korrelation auch belegen. Warum ist das so? Dazu muss ein weiterer Faktor in die Überlegungen einbezogen werden: das Wirtschaftssystem. Wenn die Positionsstruktur des Wirtschaftssystems nicht in der Lage ist, den Überschuss an jungen Menschen zu integrieren, dann stelle dieser Positionenmangel und die sich daraus ergebende Konkurrenzsituation die wichtigste strukturelle Bedingung für gewaltsame Ausbrüche dar. Die begrenzte Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes als zentraler Grund für die Gewaltbereitschaft unter jungen Erwachsenen entfalte zwei Folgen. Zum einen reduziere sich durch die Beschäftigungslosigkeit die soziale Kontrolle durch die Gesellschaft und zum anderen suchen junge Erwachsene Alternativen zu Armut und Erwerbslosigkeit und finden deshalb eher den Weg in gewaltsame Konflikte, da sie auf diesem Wege Einkommen (Beute, Sold) generieren können. Übergroße Jugendkohorten treffen überall in einer Gesellschaft auf Knappheiten, denn die vorhandenen attraktiven sozialen Positionen in einer Gesellschaft werden bereits durch Ältere in Anspruch genommen. Die Wünsche der jungen Generation nach Macht- und Einflusspositionen bleiben deshalb häufig unerfüllt. Der Bremer Soziologe Heinsohn formuliert sehr zugespitzt: «Je erfolgreicher jedoch der Kampf gegen Hunger und Analphabetentum verläuft, desto kampfeslustiger werden die nach oben strebenden jungen Männer». Heinsohn formuliert einen möglichen positiven Zusammenhang zwischen sozioökonomischer Entwicklung und Konfliktwahrscheinlichkeit unter den Bedingungen übergroßer Jugendanteile<sup>3</sup>. Auch Kröhnert geht davon

2 Gunnar Heinsohn, *Söhne und Weltmacht: Terror im Aufstieg und Fall der Nationen*, Zürich 2003; Steffen Kröhnert, *Demografische Faktoren bei der Entstehung gewaltsamer Konflikte. Eine empirische Untersuchung für den Zeitraum 1950 bis 2000*, in: *Zeitschrift für Soziologie* 35 (2006) 2, S. 120–143.

3 Heinsohn, *Söhne und Weltmacht* (Anm. 2), S. 19. Heinsohn wendet sich explizit gegen die Vorstellung, dass die Hungerbekämpfung als Friedensstifter fungieren kann, denn die Dynamik eines youth bulges – so betont Heinsohn immer wieder – resultiert nicht aus Nahrungsmangel sondern aus dem Verhältnis der zugänglich werdenden Positionen zu der Positionsmenge, die die nachrückenden Söhne einfordern. «Ein jüngerer Bruder, der als Knecht des Erbsohnes durchaus satt und vielleicht sogar dick werden kann, sucht nicht nach Lebensmitteln, son-

aus, dass die am wenigsten entwickelten Länder nicht am anfälligsten für Konflikte sind – vielmehr gehe politischen Unruhen häufig eine Bildungsexpansion in der jüngeren Generation voraus<sup>4</sup>. Da Bildungszertifikate auf der einen Seite den Wert der Arbeitskraft aber auf der anderen Seite auch die Erwartungen hinsichtlich adäquater sozialer Positionen steigern, finden sich häufig Studenten oder junge Akademiker an der Spitze politischer Revolten. Dieser Zustand relativer Deprivation zeichnet sich dadurch aus, dass die Lücke zwischen Erwartungen und Chancen für gebildete junge Erwachsene unter schwierigen ökonomischen Bedingungen besonders groß geworden ist. Wenn ein immer größer werdender Anteil an jungen gut ausgebildeten Menschen die Schulen und Universitäten verlässt, ohne einen der jeweiligen Ausbildung angemessenen oder den Lebensunterhalt sichernden Arbeitsplatz zu bekommen, dann können die Opportunitätskosten der höher Gebildeten, die sie bei Erhalt des politischen und gesellschaftlichen Status quo zahlen müssen, dafür sorgen, dass sie sich eher in gewaltsamen Konflikten engagieren als gering Gebildete. Dieses Engagement kann auch in der ideologischen Untermauerung einer gewaltsamen Bewegung zum Tragen kommen. Durch die organisatorische und ideologische Unterstützung dieser gebildeten jungen Erwachsenen wird mitunter aus einem schwelenden, latenten erst ein offener, gewaltsamer Konflikt. Auf einen Aspekt sei abschließend noch hingewiesen. Speziell der Gruppe junger Männer wird die konfliktfördernde Wirkung hoher Jugendanteile häufig zugeschrieben. Im Vergleich zu Frauen oder älteren Personen, tendieren junge Männer, häufiger zu aggressivem Verhalten und Männer begehen deutlich häufiger als Frauen Straftaten. Nach Hirschi und Gottfredson liegt das Alter des häufigsten Auftretens von antisozialem, gewalttätigem Verhalten zwischen 15 und 35 Jahren<sup>5</sup>.

Das müsste nun für die Länder der arabischen Revolution im Einzelnen untersucht werden. Das kann hier nicht geleistet werden. Es gibt aber einige Anknüpfungspunkte und Autoren, die auch den demografischen Faktor berücksichtigen<sup>6</sup>, die allerdings nicht auf die hier zitierte Literatur (Heinsohn,

---

dern nach einer Position, die Ansehen, Einfluß und Würde verbürgen soll. Nicht Untergewichtige, sondern potentielle Verlierer oder Deklassierte drängen nach vorne.» (Anm. 2).

4 Vgl. Krönert, Demografische Faktoren (Anm. 2), S. 123 f.

5 Travis Hirschi/Michael R. Gottfredson, Age and the Explanation of Crime, in: American Journal of Sociology 89 (1983), S. 552–584.

6 Volker Perthes, Der Aufstand. Die arabische Revolution und ihre Folgen, München 2011; Anja Zorob, Der Zusammenbruch des autoritären Gesellschaftsver-

Krönert) hinweisen. Gestützt unter Anderem auf Daten der Weltbank und des Arab Human Development Report fasst Perthes<sup>7</sup> die demografischen Verhältnisse in den arabischen Ländern zusammen. Danach weisen die Länder der arabischen Revolution ein erstaunliches Bevölkerungswachstum auf. Die Gruppe der 20- bis 35-Jährigen, der zwischen 1975 und 1990 Geborenen also, macht dabei in allen arabischen Ländern mehr als 30% der Gesamtbevölkerung aus – also deutlich mehr als der in der Literatur angegebene kritische Schwellenwert von 20%. Das sind die Baby-Boomer der arabischen Welt, die im Vergleich zu vorhergehenden Generationen auch vom Ausbau des Bildungswesens profitiert haben. In den letzten zwei Jahrzehnten ist der Anteil der Jugendlichen, die Zugang zu weiterführenden Schulen und Hochschulen erhalten, enorm gewachsen. Zudem fand eine immer größer werdende Zahl von Schul- und Hochschulabsolventen anschließend keine Beschäftigung. Mit dem Ausbau der Universitäten, gaben Mitte der neunziger Jahre fast alle arabischen Staaten ihre frühere Praxis auf, Hochschulabsolventen eine Beschäftigung im Staatssektor zu garantieren. So fanden viele gut ausgebildete junge Menschen keine Arbeit. Die vorhandenen Positionen waren durch die kaum sehr viel älteren Jahrgänge blockiert. Arbeitslosigkeit war in dieser Generation konzentriert. In Ägypten waren in 2010 beispielsweise neunzig (90)% aller Arbeitslosen jünger als 30 Jahre<sup>8</sup>. So ist es nicht verwunderlich, dass die Mitglieder dieser Generation die wesentlichen Träger der Revolte in den arabischen Ländern waren<sup>9</sup>. Und hier zeigt sich eine wichtige Aufgabe der soziologischen Analyse, in der es darum geht, makrosoziale Tatbestände zu verstehen und zu erklären und dabei insbesondere auch die unintendierten Folgen absichtsvollen Handelns zu untersuchen. Als die Machthaber in den arabischen Ländern damit begannen das Bildungssystem auszubauen, dachten sie sicher nicht daran, dass sie damit die Grundlagen für die Abschaffung ihrer autokratischen Herrschaft legen.

---

trags. Sozio-ökonomische Hintergründe der arabischen Proteste, in: Jünemann, Zorob (Hg.), *Arabellions* (Anm. 1), S. 229–256.

7 Perthes, *Der Aufstand* (Anm. 6), S. 30 f.

8 Perthes, *Der Aufstand* (Anm. 6), S. 30 f. Vgl. zur Arbeitslosigkeit junger Menschen im Nahen Osten auch Tabelle 2 in Zorob, *Der Zusammenbruch*, (Anm. 6), S. 237.

9 Man könnte diesen Erklärungsansatz nun noch genauer und weiter spezifizieren. Die Analyse der Trägerschichten verweist ja bereits darauf, dass es sich bei den Aufständen in der arabischen Welt um den Kampf bestimmter Klassen der Gesellschaft handelt, die ihre Position verbessern wollen, vgl. dazu Rachid Ouassa, *Blockierte Mittelschichten als Motor der Veränderungen in der arabischen Welt?*, in: Jünemann, Zorob (Hg.), *Arabellions* (Anm. 1), S. 257–277.

Abschließend ein Gedanke dazu, inwieweit die dargestellten Umwälzungen eine Zäsur darstellen. Der Begriff der Zäsur trennt in ein Vorher und ein Nachher – allzu oft, so scheint mir, wird bei der Beschreibung dieses Nachher implizit eine wertende Sichtweise eingenommen, die sich am Leitbild der westlich geprägten Demokratie orientiert. Es sollte in diesem Zusammenhang darüber nachgedacht werden, welche «Erfolgskriterien» wir an die arabische Revolution anlegen. Sollen und müssen wir nicht davon ausgehen, – so die These von Steinkamp – dass der Westen im 21. Jahrhundert seine hegemoniale Stellung verlieren wird und es eher eine Reihe von gleichrangigen Mächten geben wird. Wenn dem so ist, dann kann der «Imperialismus des Universellen» nicht mehr länger der Maßstab für die Beurteilung von nicht-westlichen Gesellschaften sein<sup>10</sup>. Der einseitige Fokus aus einer westlichen Brille birgt die Gefahren eines ethnozentrischen Blicks<sup>11</sup> und vielleicht gibt es ja mehrere Wege zur Moderne, wobei dann wieder festgelegt werden müsste, was diese Vielfalt der Moderne denn auszeichnet bzw., was den Kern der Moderne ausmacht<sup>12</sup>. Zudem sollte man nicht nur fragen, ob die arabische Revolution eine weltgeschichtliche Zäsur darstellt, sondern genauer analysieren, was das für die betroffenen Menschen bedeutet, die sich als politische Subjekte konstituieren, und die eine eigene Wirkmächtigkeit entfalten. Wir sollten in Europa darüber nachdenken, was wir von den arabischen Ländern lernen können und jeder von uns sollte sich fragen: Was habe ich heute für die Revolution getan?

---

10 Vgl. Volker Steinkamp, *The West and the Rest*, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.10.2013. Unter dem Imperialismus des Universellen versteht Steinkamp, dass die Prämissen der westlichen Welt – die Anerkennung und Verwirklichung der unveräußerlichen Menschenrechte sowie der Prinzipien der Volkssouveränität, der Rechtsstaatlichkeit und der Gewaltentrennung – obwohl sie im Kontext der westlichen Welt entwickelt wurden auch auf alle anderen nicht-westlichen Gesellschaften übertragen werden sollten, mithin also eine über die eigenen Grenzen hinausgehende Geltung beanspruchen.

11 Vgl. zum Kulturvergleich: Christian Seipel/Susanne Rippl, *Grundlegende Probleme des empirischen Kulturvergleichs. Ein problemorientierter Überblick über aktuelle Diskussionen*, in: *Berliner Journal für Soziologie* 23 (2013), S. 257–286.

12 Zur Diskussion vgl. Johannes Berger, *Die Einheit der Moderne*, in: *Die Vielfalt und Einheit der Moderne. Kultur- und strukturvergleichende Analysen*, hrsg. von Thomas Schwinn, Wiesbaden 2006, S. 201–226; Thomas Schwinn, *Multiple Modernities. Konkurrierende Thesen und offene Fragen*, in: *Zeitschrift für Soziologie* 38 (2009), S. 454–476; Volker H. Schmidt, *Die ostasiatische Moderne – eine Moderne «eigener» Art?*, in: *Berliner Journal für Soziologie* 20 (2010), S. 123–152.

# **Die arabische Nation und ihr «Frühling»**

## **Kommentar zum Beitrag von Thomas Demmelhuber**

FELIX HINZ

«**A**rabellion und 9/11 – Der Nahe Osten zwischen Kontinuität und Wandel» hat Thomas Demmelhuber seinen Vortrag genannt und die Zusammenhänge dieser beiden eigentlich sehr verschiedenen Ereignisse sowie die Entwicklungen der arabischen Länder zwischen 2001 und 2011 sehr schön herausgearbeitet.

Um das ausgeführte Tableau um das erstmals von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung 2011 mit dem Neologismus der «Arabellion» bezeichneten Phänomen aus historischer Sicht etwas zu erweitern, erlaube ich mir, hier noch einen weiteren Vergleich anzuführen: nämlich denjenigen mit der Arabischen Revolte von 1916–18.<sup>1</sup> Denn ähnlich wie seit 2011 hatten die Araber auch zu Beginn des 20. Jahrhunderts große Hoffnungen, eine grundlegende Veränderung ihrer politischen Situation herbeiführen zu können.

Des einen Frühling ist des anderen Dämmerung: Und während es heute die säkularen, oft diktatorisch regierenden Staatschefs der arabischen Länder sind, die Ziel der Aufstände sind, waren es 1916 die Osmanen, die damals fast die gesamte arabische Welt beherrschten. Die Araber waren den Türken zu jener Zeit politisch nicht gleichgestellt.

Nun speiste sich der «arabische Frühling» von 2011 aus einer Massenbewegung vor allem junger Menschen, die für sich demokratische Rechte einfordern. Das war zu Beginn des 20. Jahrhunderts anders. Hier ging es nicht um Demokratie, sondern zunächst einmal um staatliche Autonomie. Die beteiligten arabischen Nationalisten strebten nach einem neuen arabischen Großreich.

Die ersten Impulse gingen – und dies ist eine interessante Parallele zu 2011 – einerseits von Studenten, andererseits von Offizieren aus. Anlass war eine auf die Jungtürken zurückgehende verschärfte Turkisierungspolitik, die die Rechte der Araber weiter zu beeinträchtigen drohte.

1911 wurde daher in Paris die Studentenvereinigung al-Fatāṭ gegründet, deren Hauptziel darin bestand, die Araber von jeglicher Fremdherrschaft zu befreien und die 1914 immerhin 200 führende Mitglieder zählte.

---

<sup>1</sup> Vgl. allg. David Murphy, *The Arab Revolt 1916–18 Lawrence Sets Arabia Ablaze*, London 2008.



Die zweite bedeutende Gruppe nannte sich al-ʿAhd und setzte sich aus arabischen Militärs innerhalb der osmanischen Armee zusammen. Gründer dieses Bündnisses war der Ägypter ʿAzis ʿAlī al-Masrī.

Al-ʿAhd forderte ursprünglich keine vollständige Autonomie, sondern konnte sich noch vorstellen, innerhalb des Osmanischen Reichsverbands zu verbleiben. Allerdings schwebte der Gruppe dabei ein Modell ähnlich demjenigen der Österreichisch-Ungarischen Doppelmonarchie vor mit einem türkischen und einem arabischen Zentrum.<sup>2</sup>

Vielleicht wäre es bei friedlichen Proklamationen und Petitionen geblieben, wenn nicht der Erste Weltkrieg ausgebrochen wäre. Das Osmanische Reich hatte längst seine innere Festigkeit verloren (‹kranker Mann am Bosphorus›) und der arabische Raum, immerhin gut zwei Drittel der Reichsfläche, war sein verwundbarster Punkt.

Daher wurden die Araber von Beginn des Krieges an sowohl von der Entente als auch von den Mittelmächten umworben. Während die Briten und Franzosen die Idee des arabischen Nationalismus nach Kräften zu stärken suchten, um die Araber zum Aufstand gegen die Osmanen zu bewegen, drängten die Deutschen, an deren Tropf das Osmanische Reich hing, den Sultan-Kalifen Abdulhamid II. dazu, den Dschihad aller Muslime (also auch der Araber) gegen die britische Herrschaft im islamischen Raum auszurufen – was dieser auch tat. Die Deutschen bauten den Türken Eisenbahnen und schickten Truppen.<sup>3</sup>

So erlebte Jerusalem 1914 den denkwürdigen Auftritt eines bayerischen Adligen, der im Namen Allahs in den Krieg zog. Major Friedrich Freiherr Kress von Kressenstein, einer der deutschen Offiziere, die die türkischen Militäroperationen leiteten, ritt neben der geweihten Fahne aus Mekka in feierlichem Umzug durch die Stadt. Das Banner des Propheten war eigens zu diesem Anlass auf Befehl Istanbuls geholt worden.<sup>4</sup>

Während Wilhelm Wassmuss<sup>5</sup> versuchte, den Emir von Afghanistan zum Aufstand gegen die Briten aufzuwiegeln, sind Alois Musil<sup>6</sup> (ein Vetter

2 Tonia Schüller, Die Entstehungsgeschichte der Arabischen Revolte, in: Lawrence von Arabien, Begleitband der Sonderausstellung «Lawrence von Arabien», hrsg. von Frank Both u. a., Oldenburg 2010, S. 155–162, hier 158.

3 Gregor Schöllgen, Der Traum der Deutschen vom Orient, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 164, 19.7.2010, S. 7.

4 Guido Knopp/Stefan Brauburger/Peter Arens, Der Heilige Krieg. Mohammed, die Kreuzritter und der 11. September, München 2011, S. 253.

5 Christopher Sykes, Wassmuss – «The German Lawrence», New York 1936.

6 Erich Feigl, Musil von Arabien. Vorkämpfer der islamischen Welt, Wien – München 1985.

von Robert Musil!) und Max von Oppenheim<sup>7</sup> im Werben um die Gunst des haschimitischen Prinzen Faisal und seines Vaters Scherif Husain als direkte Gegenspieler des Briten T. E. Lawrence («Lawrence von Arabien»)<sup>8</sup> anzusprechen.

Husain war Herr der Heiligen Stätten in Mekka und Medina, wodurch ihm im arabischen Raum das Ansehen erwuchs, das ihm im Falle eines autonomen arabischen Reiches in diesem den Thron gesichert hätte. Das machte ihn gleichsam automatisch zum Haupt einer arabischen Revolte, wenn diese denn kommen sollte. Doch er zögerte und hörte sich zunächst einmal an, was Deutsche und Briten ihm zu bieten hatten.

Bis 1914 war der Scherif der Hedschas loyaler osmanischer Untertan. Als jedoch die Deutschen sich anschickten, die Hedschas-Bahn zu bauen, die Mekka mit Istanbul verband, sah er dies als Gefährdung seiner eigenen Machtstellung, die bislang eine quasi-autonome gewesen war. Dazu muss man bedenken, dass die Bahn das osmanische Heer befähigte, in kurzer Zeit große Truppenmassen zu bewegen. Das ganze System der Bagdadbahn und ihrer Nebenstrecken bedeutete eine merkliche Zentralisierung der türkischen Herrschaft.

Also nicht, weil er sich als Araber gefühlt hätte – wie dies für seine beiden Söhne Abdallah und Faisal belegt ist – oder weil er sich auch nur die Ideen der arabischen Nationalisten zu eigen gemacht hätte, sondern weil er um einen persönlichen Machtverlust fürchtete, stellte sich Husain schließlich an die Spitze der Bewegung und rief 1916 die Arabische Revolte aus, die in der Folge dazu führte, dass die deutsch-osmanische Macht von Briten und Arabern bis ins heutige türkische Staatsgebiet zurückgedrängt wurde.

Husain hatte eingesehen, dass er bei einem Stillhalten nach Kriegsende entweder einer autoritärer auftretenden türkisch-deutschen oder aber einer imperialistisch agierenden britisch-französischen Partei hilflos gegenüberstehen würde. Auch daher entschied er sich, aktive Partei zu sein.

Doch Briten und Franzosen hatten trotz all ihrer gegenteiligen Beteuerungen gegenüber den Arabern keineswegs die Absicht, einen neuen arabischen Staat zuzulassen, der alle arabischen Gebiete östlich von Ägypten mit Ausnahme von Aden umfasst hätte – wie es im so genannten «Damas-kusprotokoll» schriftlich fixiert war, das die Basis der Kooperation von den revoltierenden Arabern mit den Briten bildete.

Im geheimen Sykes-Picot Abkommen von 1916 war der entsprechende Raum längst unter Franzosen und Briten in Einflusszonen aufgeteilt.

---

7 Stefan M. Kreutzer, *Dschihad für den deutschen Kaiser. Max von Oppenheim und die Neuordnung des Orients (1914–1918)*, Graz 2012.

8 T. E. Lawrence, *Seven Pillars of Wisdom*, London 1926.

Dies sind die Grundlagen, auf denen die jeweiligen Mandatsgebiete und heutigen Staaten Syrien, Libanon, Jordanien sowie Irak entstanden. Die Grenzen entsprachen vornehmlich europäischen Großmachtwünschen, so begründeten die Franzosen ihren Anspruch auf Syrien mit der mittelalterlichen Kreuzzugsgeschichte. Das Abkommen stand in klarem Widerspruch zu den Zusagen, die Scherif Husain vom britischen Vertreter in Kairo Sir Henry Mc Mahon wiederholt bekommen hatte. Trotz der Eroberung von Damaskus 1918 durch arabische Truppen gelangte der gesamte Nahe Osten nach dem Ersten Weltkrieg unter direkte britische-französische Kontrolle.

Der erste «arabische Frühling», wenn man ihn so nennen möchte, geriet somit zu einer Demütigung erst der Türken und dann der Araber.

Die Mittelmächte waren von der Ausbeutung des Nahen Ostens genauso ausgeschlossen wie Russland, das sich aufgrund der bolschewistischen Revolution ebenfalls um seinen Anteil betrogen sah. Die russische Politik, die bereits im Krimkrieg versucht hatte, ihren Einfluss in den türkischen Raum und in die Levante auszudehnen, hat diese Zurückweisung nicht vergessen, wie man bis heute am russischen Verhalten in Bezug auf Syrien sieht, das ansonsten genauso wie der Libanon nach wie vor auch zum unausgesprochenen französischen Interessengebiet gehört.

1916–1920 instrumentalisierte der Westen die arabische Nationalbewegung für seine imperialistisch-revanchistischen Ambitionen – mit den fatalen politischen Folgen, die einen «arabischen Frühling» 2011 erst möglich werden ließen. Die aktuelle zögerliche Haltung des Westens in Bezug auf eine dortige Intervention erklärt sich zum Teil aus den Erfahrungen mit der Geschichte. Aber Wegschauen entbindet nicht von der Verantwortung für das, was war und was wird.

In jedem Fall bleibt der Nahe Osten eine Region, die westlicher Politik nicht gleichgültig ist. Gemessen daran, wie sehr der Nahe Osten beachtet wird, ist er ein Weltreich.

Damals wie heute ist der arabische Kulturraum zudem ein äußerst heterogener, in dem verschiedene religiöse Strömungen und politische Zentren miteinander konkurrieren, so dass es gewagt erscheint, überhaupt von einer arabischen Nation auszugehen. Kann es so etwas wie einen einheitlichen «arabischen Frühling» also überhaupt jemals geben?





#### **IV.**

### **Global-politische Verschiebungen**



## 9/11 und danach

### Auswirkungen auf die transatlantischen Beziehungen

GODELIEVE QUISTHOUDT-ROWOHL

#### I. Einleitung

9/11 war für uns Europäer ein Schock, für die US-Amerikaner aber fast der Weltuntergang. Bei 9/11 handelte sich um einen kompletten Paradigmen-Wechsel: Aus einer Nation, welche der Freiheit den Vorrang gab, mit aus unserer Sicht fast übertriebenen Regelungen einer grenzenlosen Meinungsfreiheit (wie Antikriegs-Parolen bei Begräbnisgottesdiensten von gefallenen Soldaten<sup>1</sup>), wurde eine Nation, die sich einigelte und zunehmend Freiheitsrechte einschränkte. Das ist ein Bruch, der künftige Historiker intensiv beschäftigen wird. Hier wird eine erste Analyse gewagt. Dieser Bruch hat mindestens drei Aspekte:

Erstens einen globalen Aspekt: Der Krieg, den die USA in fernen Weltgegenden gegen die Verantwortlichen des Terrors begann, war der Teil, den wir Europäer zuerst spürten. Das ist ein Bruch, denn George W. Bush war bei seinem Amtsantritt kaum an Außenpolitik und noch weniger an Interventionen interessiert.

Zweitens einen isolationistischen Aspekt: Eine Maßnahme, die auf 9/11 folgte, waren Einreise- und Visa-Bestimmungen, die es Privatleuten fast unmöglich machen, in die USA zu reisen. Aus europäischer Sicht waren das übertriebene Reaktionen – aber man muss sich dazu vor Augen halten, dass 9/11 für die US-Amerikaner seit vielen Generationen die erste kriegsgerichtete Handlung auf amerikanischem Boden seit dem zweiten Unabhängigkeitskrieg 1814 war, als britische Truppen kurzzeitig Washington D. C. besetzten, die Hauptstadt der damaligen Bauernrepublik. Die große und im Jahr 2001 einzige Supermacht unseres Planeten war plötzlich verwundbar und hilflos. Das hat die US-amerikanische Politik ebenso wie die Gesellschaft innerlich tief getroffen. Deshalb ist es für mich kein Wunder, dass diese Vereinigten Staaten von Amerika schnell und massiv reagiert haben.

---

1 <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2011/03/03/AR2011030304124.html>; [http://www.nbcnews.com/id/41868004/ns/politics-more\\_politics/t/supreme-court-anti-gay-funeral-protests-ok/#.UcyDYpWonD8](http://www.nbcnews.com/id/41868004/ns/politics-more_politics/t/supreme-court-anti-gay-funeral-protests-ok/#.UcyDYpWonD8) (Zugriff 10.10.2013).



Was aus unserer europäischen Perspektive als «Überreaktion» erschien, erschien aus US-amerikanischer Sicht zwingend notwendig – etwa die Schaffung eines Ministeriums zum Schutz der inneren Sicherheit.

Und drittens: einen bürgerliche Freiheiten einschränkenden Aspekt: Die USA haben nach 9/11 viele Freiheiten ihrer Bürger eingeschränkt, um mehr Sicherheit zu erlangen. Sie haben damit oft Entscheidungen getroffen, die in diametralem Gegensatz zu unseren Grundsätzen des Datenschutzes stehen.

So ist es keine Überraschung, dass die USA aus zeithistorischer Sicht in diesem Zusammenhang fast immer als Agierende und die Europäer fast immer als Reagierende erscheinen. Aus amerikanischer Sicht sind die Europäer diejenigen, die den Ernst der Situation damals und vermutlich auch heute nicht erkannt haben. Aus europäischer Sicht übertreiben die Amerikaner.

## **II. Die Zusammenarbeit zwischen den USA und der EU nach den Anschlägen**

Die EU-Mitgliedsstaaten haben den USA unverzüglich ihre politische Unterstützung zugesichert, ja sogar die uneingeschränkte Loyalität. Die Mitgliedsstaaten, die Mitglied der NATO sind, taten dies sogar im Hinblick auf die militärische Unterstützung. Der Angriff al Quidas auf das World Trade Center und das Pentagon wurde als erster und bislang einziger Bündnisfall der NATO deklariert. Terrorabwehr wurde auch für die EU ein konkretes, eigenes Politikziel; die EU emanzipierte sich in internationaler Sicherheitspolitik und wurde zum eigenverantwortlichen Akteur.

Im Juni 2003 wird zwischen den USA und der EU ein Abkommen zur gemeinsamen Terrorismusbekämpfung geschlossen. Auch die Errichtung gemeinsamer Ermittlungsgruppen und ein ständiger Informationsaustausch, auch über eventuell auffällige Bankverbindungen, sind Teil dieser Vereinbarung. Fünf Jahre nach 9/11 wird ein Interimsabkommen zur Übermittlung von Fluggastdaten an US-Behörden vom Rat der EU genehmigt und vom Parlament verabschiedet. Sechs Jahre später ernennt die EU einen EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung. Ebenfalls schließen Europol und das US-amerikanische Postal Inspection Service (USPIS) ein Abkommen zur Zusammenarbeit.

Im Folgenden wird kurz skizziert, welche Strategien die Europäische Union nach 9/11 im Einzelnen ergriffen hat.

## 1. Die EU und die Terrorismusbekämpfung

Bereits am Tag nach den Anschlägen trafen sich die Außenminister der EU-Staaten zu einem Dringlichkeitstreffen. Chris Patten, der EU-Kommissar für Außenbeziehungen, nannte die Anschläge das «Werk von Wahnsinnigen».

Um die Bürger der EU und die Infrastruktur vor Terroranschlägen zu schützen und die Angreifbarkeit zu minimieren, beschloss die EU eine Vielzahl von Maßnahmen, um Grenzen, Verkehr und kritische Infrastruktur verstärkt zu sichern.

Dazu gehörte vor allem die Einrichtung der «Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen» (Frontex, 2004) und der «European Agency for the Management of Operational Cooperation at the External Borders». Frontex koordiniert die operative Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten im Bereich des Schutzes der Außengrenzen. Frontex, vor allem an den Grenzen der EU im Süden aktiv, war aber schnell überlastet. Das EU-Parlament bewilligte deshalb am 13. September 2011 mit großer Mehrheit mehr Befugnisse und Ressourcen für die europäische Grenzschutzagentur Frontex. Die Agentur kann seither eigene Grenzschrützer anfordern sowie eigene Ausrüstungen wie Hubschrauber und Fahrzeuge anschaffen. Damit ist sie nicht mehr so stark von den Zuweisungen der EU-Mitgliedsstaaten abhängig. Weil es Kritik von Menschenrechtsorganisationen gab, wurde daraufhin ein Menschenrechtsbeauftragter eingesetzt, der bei Einsätzen darauf achtet, dass die Menschenrechte nach EU-Maßstäben eingehalten werden, auch außerhalb des EU-Territoriums (wie zum Beispiel auf dem Mittelmeer).

Mit dem Visa-Informationssystem (2009) können sich die Mitgliedstaaten im Schengenraum über dort ausgestellte Kurzzeitvisa gegenseitig informieren.

Die «Verordnung über Normen für Sicherheitsmerkmale und biometrische Daten in von den Mitgliedstaaten ausgestellten Pässen und Reisedokumenten» (2009) und der Aufbau des «Schengen Information System II» (SIS II) (2009), das im April 2013 in Kraft trat, verstärkt die Sicherheit der Grenzen der EU-Staaten und macht eine grenzüberschreitende Personenfahndung in der EU möglich.

## 2. Die EU und die Verfolgung von Terroristen

Sind potentielle Gewalttäter identifiziert worden, so können sie jetzt innerhalb und außerhalb der EU verfolgt, aufgespürt und rechtlich verant-

wortlich gemacht werden. Damit soll erreicht werden, dass terroristische Netzwerke, Kommunikationskanäle und Finanzströme zerschlagen werden können. Wichtig dafür war die Einführung des Europäischen Haftbefehls (2002), der das komplizierte Auslieferungssystem der Vergangenheit abgelöst hat. Seither ist die Auslieferung von Straftätern bzw. Verdächtigen vereinfacht und verkürzt, da das um Auslieferung ersuchte EU-Land die Rechtmäßigkeit des Haftbefehls, der in einem anderen Mitgliedsstaat ergangen ist, nicht mehr nachprüfen darf. Die gesuchte Person muss festgenommen und zwecks Strafverfolgung oder Vollstreckung ausgeliefert werden, selbst wenn es sich um eigene Staatsbürger handelt. Allerdings kann der betreffende EU-Mitgliedstaat darauf bestehen, die gegen seinen Bürger in einem anderen EU-Staat verhängten Strafen selbst zu vollstrecken.

Mit einer neuen Geldwäscherichtlinie (2005) wurden nationale Kontrollorgane und die Sorgfaltpflicht verschärft, so dass auch dies Maßnahmen gegen die Terrorismusfinanzierung waren. Dazu zählen auch die Verordnung über Geldkuriere (2005) und die Verordnung über die Übermittlung von Angaben zum Auftraggeber bei Geldtransfers (2006).

Hier ist auch das SWIFT-Abkommen (2010) wichtig, mit dem weltweit die Daten verdächtiger Finanzgeschäfte erkannt werden können, denn für die Vorbereitung von Terroranschlägen benötigen die Terroristen Überweisungen. Das durch den Lissabon-Vertrag gestärkte Europäische Parlament lehnte diesen Entwurf der Kommission zunächst ab und konnte so Neuverhandlungen und einen stärkeren Datenschutz erzwingen.

Dieser Erfolg des Europäischen Parlaments hat deutliche Differenzen zwischen Parlament und Rat bei der inneren Sicherheit offen gelegt.

### 3. Prävention

Die EU beschloss ebenfalls militärische und zivile Einsätze, um Krisengebiete, insbesondere im Nahen Osten zu stabilisieren. Dazu gehört etwa die zivile Mission «European Union Border Assistance Mission Rafah» (EUBAM Rafah), bei der seit November 2005 der palästinensisch-ägyptische Grenzübergang in Rafah (Gazastreifen) kontrolliert wird, sowie seit 2006 die Polizeimission in Palästina (EU Police Mission in the Palestinian Territories – EUPOL COPPS), deren Ziel es ist, den Aufbau einer funktionierenden palästinensischen Polizei und eines rechtsstaatlichen Justizsystems zu unterstützen. Schließlich existiert seit 2007 ebenfalls eine Polizeimission in Afghanistan (EUPOL Afghanistan).

### III. Ausblick

Vierzehn Jahre nach den Anschlägen von 2001 müssen wir konstatieren, dass die USA, und damit meine ich die Administration, den Kongress und die ganze US-amerikanische Gesellschaft, sich in wichtigen Eckpunkten fundamental von der Europäischen Union entfernt haben: Wir haben nicht (mehr) die gleiche Sicherheits-Philosophie und wir haben heute ein sehr verschiedenes Verständnis von privaten Freiheitsrechten und Datenschutz. Das ist in dramatischer Weise im Kontext der NSA-Abhöraffaire zu Tage getreten.

Besonders deutlich wird dies zudem bei der staatlichen Kontrolle von Kommunikationsinhalten und von Finanzdaten. Die Bürger der USA haben ihrer Regierung erlaubt, erhebliche Freiheitsgrade gegen die Hoffnung auf mehr Sicherheit vor terroristischen Anschlägen einzutauschen.

Dies ist eine Politik, die wir Europäer, zumindest wir Deutsche, nicht akzeptieren – und dies zeigt sich beispielsweise in den Verhandlungen um die amerikanisch-europäische Freihandelszone eklatant: Die Datenschutzstandards ist eines der schwierigsten Kapitel! Dass die USA (und ihre britischen Verbündeten) mit «Prisma» und «Tempora» in riesigen Mengen Kommunikationsdaten im Internet abgesaugt und analysiert haben, ist mit EU-Recht zu Datenschutz und Privatsphäre völlig unvereinbar.

Bisher hatten wir Europa-Abgeordnete das Gefühl, dass die USA im politischen Ringen letztlich durchsetzungsfähiger sind, vielleicht auch deshalb, weil sie im Gegensatz zu den Europäern mit einer Stimme sprechen. Mein Eindruck ist, dass sich dies in den letzten Jahren geändert hat und dass Europa in dieser wichtigen Frage eine europäische Position der Freiheitsrechte gegen die USA zu verteidigen bereit ist.

#### 1. Stand 2013: Versuch einer Skizzierung

- a) Seitens der EU-Ebene müssen wir feststellen – wie schon am Anfang erwähnt: Die USA agieren, die EU reagiert! Das Gleichgewicht zwischen «Sicherheit» und «Privatsphäre» hat sich deutlich verschoben, die US-amerikanische Bevölkerung scheint dies widerspruchslos akzeptiert zu haben – während wir Europäer dem derzeit noch ziemlich sprachlos gegenüber stehen. Der Kampf zwischen den EU-Institutionen um das SWIFT-Abkommen (breite Zustimmung im Rat, Ablehnung im Parlament) hat die Machtverhältnisse zwischen den beiden gesetzgeberischen Organen verändert, und entspricht damit auch dem Vertrag von Lissabon. Das gibt mir Hoffnung!

- b) Den Terrorismus kann man nur noch international bekämpfen, nicht mehr auf regionaler Ebene, sei es auf Ebene der Union oder der Vereinigten Staaten. Man muss sich deutlich machen, dass die Terroranschläge damals die Geheimdienste überrascht haben. Die «asymmetrische» Kriegsführung der Terroristen, die nichts mehr mit herkömmlicher Strategie zu tun hat, erschwert stark eine Enttarnung von Terror-Vorbereitungen. Es hat vor 2001 in den «offenen Gesellschaften» der westlichen Welt keine entsprechenden Warnsignale gegeben. Natürlich hatte es auffallen können: vielleicht – sogar müssen, dass junge Männer sich nur für den Start und das Steuern von großen Passagierflugzeugen ausbilden ließen, aber nicht für die Landung. Doch dies fiel in kein Gefährdungsraster, weil die dann folgenden Anschläge ohne Vorbild waren und die Phantasie auch von Politikern sprengten.

Seither ist vieles anders geworden – zum Beispiel wird jetzt der gesamte Email- und Postverkehr gescannt, der den Nachrichtendiensten verdächtig vorkommt. Das ist sehr viel – und entsprechend eingeschränkt sind die Bürger- und Freiheitsrechte. In den USA stört das wiederum niemanden, wie die Debatte um die NSA gezeigt hat, aber auch vorher schon, nach dem Attentat von Boston, als die Polizei eine ganze Universitätsstadt unter Ausgangssperre stellte fanden alle Betroffenen das angemessen. In Deutschland betrachtet man diese Fragen ganz anders. Ob es nach einem vergleichbar schweren Terroranschlag noch so bleiben würde, ist eine interessante Frage!

- c) Bei der Bekämpfung der Feinde zeigten sich die USA wenig zimperlich. Sie identifizierten konkret Osama bin Laden und Saddam Hussein als Feinde der Nation. Beide wurden erbarmungslos gejagt und ausgeschaltet, Osama bin Laden erst nach mehr als zehn Jahren und unter Einsatz wirklich aller technologischen Mittel, die der Weltmacht USA zur Verfügung standen (Abfangen des gesamten Email- und Mobilfunkverkehrs aus Ost-Pakistan) und unter Einsatz von Verhörmethoden, die wir in Deutschland als unethisch ablehnen. Im dritten Irak-Krieg ließen sich die USA nicht von der Zögerlichkeit der Vereinten Nationen bremsen und beriefen eine «Koalition der Willigen», in Afghanistan wurden die Einsätze völkerrechtlich von zwei verschiedenen (abgestuften) UN-Sicherheitsrats-Resolutionen legitimiert, die es auch Deutschland erlaubten, sich bescheiden zu engagieren. Der Einsatz in Ost-Pakistan, auch die Tötung Osama bin Ladens, waren aber wohl nicht von UN-Resolutionen abgedeckt.

d) Über den Irak kann ein ehrliches Urteil derzeit noch nicht gefällt werden. Doch in Afghanistan befindet sich der Einsatz in einer Sackgasse, und Amerikaner wie Europäer ziehen sich allmählich zurück. Die USA haben zwar die furchtbare Diktatur der Taliban beendet, diese und ihre pakistanischen Verbündeten weitgehend militärisch vernichtet und damit die Bedrohung sehr stark reduziert. Wer von den «Terroristen» dort oder in anderen arabischen Ländern noch lebt und gegen die USA arbeitet, läuft konkrete Gefahr, bald von einer jenseits des Atlantiks gesteuerten Kampfdrohne getötet zu werden. Die militärische Intervention hat insbesondere vielen Frauen wieder ein würdiges Leben ermöglicht. Aber die USA und ihre Verbündeten, also auch wir Deutschen, haben insgesamt versagt, eine vernünftige Nachkriegsordnung zu etablieren.

Frustriert hat US-Präsident Obama für den Sommer 2014 die noch letzten verbliebenen Truppen zurückbeordert, weil eine Übereinkunft mit dem formalen afghanischen Präsidenten Karsai sich nicht finden ließ. Auch die Bundeswehr wird Afghanistan bald verlassen haben. Karsai ist eher eine Marionette der verschiedenen regionalen Herrscher oder Warlords. «Demokratie» oder westliche «Rechtsstaatlichkeit» herrscht noch immer nicht - und daher wird man die Aktivitäten der westlichen Armeen und Entwicklungshelfer dort sehr skeptisch beurteilen müssen – aber das ist ein sehr komplexes Thema und wäre in einer anderen Ringvorlesung gut aufgehoben!



## Europa und die USA:

Eine Wertegemeinschaft mit Neuorientierung?<sup>1</sup>

Kommentar zum Beitrag von Godelieve Quisthoudt-Rowohl

MICHAEL GEHLER

Die Allianz habe schwere Zeiten durchgemacht, meinte Pentagon-Chef Rumsfeld 2005. Es sei aber immer gelungen, aufgrund gemeinsamer Werte für schwierigste Probleme Lösungen zu finden. Zitiert wurde «der unerschütterliche Glaube an die Demokratie». Die NATO verbinde mehr als das bloße Bündnis, nämlich «Blutsbande» und Ziele wie der Auftrag, «uns der Gewalt der Extremisten entgegenzustellen – und sie zu bezwingen».<sup>2</sup> Zurückhaltend reagierte Bundeskanzler Schröder auf den Versöhnungsversuch nach dem Zerwürfnis in der Irakfrage. Er forderte multilaterales Zusammenwirken, eine Stärkung der UNO, zivile Konfliktprävention und den Dialog, bevor Entscheidungen getroffen würden. Die NATO sei «nicht mehr der primäre Ort, an dem die transatlantischen Partner ihre strategischen Vorstellungen koordinieren» wie auch die neuen Herausforderungen «primär keine militärischen Antworten erfordern».<sup>3</sup> Die Urteile differierten. Der Wettstreit um den Vorzug der Vorstellungen über die Gestaltung der zukünftigen Weltordnung war bereits entbrannt. Jahrzehnte zuvor gestaltete sich das noch anders: Die US-ausgerichtete Bonner Republik, «America's Germany», war als «besetzter Verbündeter» der verlässlichste Partner, den die USA im Westeuropa des Kalten Krieges hatten. Die EWG mit der Bundesrepublik als wirtschaftsstärkstem Mitglied diente den geostrategischen Interessen der Eisenhower-Kennedy-Administrationen als Bollwerk gegen den Kommunismus. De Gaulle demonstrierte dagegen europäische Führung, als er den Briten als trojanisches Pferd der USA gleich zweimal (1963/67) die Aufnahme in die Europäischen Gemein-

---

1 Eingehender zur Thematik mit ausgewählter Literatur siehe auch Michael Gehler, From accidental disagreement to structural antagonism. The US and Europe: old and new conflicts of interest, identities, and values, 1945–2005, in: The European Economy in an American Mirror, ed. Barry Eichengreen/Michael Landesmann/Dieter Stiefel, Routledge Abingdon GB 2008, S. 458–499.

2 D. H. Rumsfeld, Es lebe die gute, alte Allianz!, in: Der Standard, 21.2.2005, 27; aus Project Syndicate 2005, [www.project-syndicate.org](http://www.project-syndicate.org) (abgerufen 1.3.2005).

3 Ebd.



schaften verweigerte, weil London nicht bereit war, die «special relationship» zu Washington aufzugeben und eine französische Beteiligung an der so gedachten trilateralen Atomstreitkraft zu gestatten. Sollte die Nuklearpolitik keine transatlantische Basis ermöglichen, so bildete die Sicherheitspolitik eine gemeinsame Klammer. Die NATO betrieb der UdSSR gegenüber eine Politik der Abschreckung, die mit der von den Europäern gewünschten Entspannungspolitik verbunden war. Nach der sowjetischen Afghanistan-Intervention 1979 konnte mit der Nachrüstung 1982 ein spezifischer Konsens gefunden werden – innenpolitisch in Europa jedoch höchst umstritten. In der Währungspolitik war bereits ein Ablösungsprozess mit der Schaffung eines Europäischen Währungssystems 1979 als erstem Versuch im Gange, sich von der Dominanz des Dollars zu emanzipieren. Mit dem Euro war 1999 schon als Buchgeld ein Einschnitt gegeben und die Vorherrschaft der US-Währung in Frage gestellt. Das führt mich zur ersten These: Der Bruch im transatlantischen Verhältnis deutete sich schon vor «9/11» und der Irakkrise an.

Hinzu kamen Differenzen im sicherheitspolitischen Bereich: Während Washington auf die Steigerung seines Militärhaushalts und weitere Anhäufung von Massenvernichtungswaffen setzte, verließ sich die EU mehr und mehr auf soft power-Strategien (Diplomatie, Entwicklungshilfe, Handels- und Wirtschaftssanktionen sowie kulturellen Dialog). Das angesichts der Verweigerung des Irak-Unternehmens gesprochene Rumsfeld-Wort vom «old Europe» 2003, welches Frankreichs Staatspräsident Chirac als Ausdruck von Mangel an Bildung bezeichnete, war ein verbaler Höhepunkt der transatlantischen Beziehungskrise. Schien den Europäern nach «9/11» militärisches Eingreifen gegen das Taliban-Regime in Afghanistan noch gerechtfertigt, so eine Militärintervention im Irak schon weit weniger, ging es doch nun offenbar unter anderem mehr um Öl als um Terroristenbekämpfung. Konnte während der Kosovokrise und dem Krieg gegen Serbien 1998/99 der Riss im Bündnis gerade noch übertüncht werden, so führte die Irakkrise 2002/03 sowohl zur Spaltung der EU als auch zur Bedeutungslosigkeit der NATO, die keinen großen Identifikationswert mehr besaß. In Afghanistan stellte die Bundesrepublik nach den USA zwar eines der größten Kontingente, die «mission impossible» war aber schon abzusehen. Das Ende des Kalten Kriegs in Europa mit dem russischen Truppenabzug aus Berlin und Ostdeutschland zog weltweite Umgruppierungen der US-Einheiten im Sinne flexibler, kleinerer Truppenteile und Spezialeinheiten angesichts der «Gefahr des Terrorismus» in Richtung asiatischer Krisenherde nach sich, vor allem in die ressourceträchtige Schwarzmeer- und Kauka-

sus-Region. Die NATO-Osterweiterungen (1999, 2004) als krönender Abschluss der US-Politik im Kalten Krieg in Europa sind derweil an Grenzen gestoßen, wie die Georgien-Krise 2008, die Annexion der Krim 2014 und der Krieg in der Ostukraine 2015 verdeutlichten.

Das Verhältnis Europas zu den USA hat sich seit Obamas Regierung nur atmosphärisch verbessert. Die Auffassungsdivergenzen sind geblieben. Mit der «Luftbrücke» konnten die USA die Berlin-Blockade Stalins 1948/49 aufbrechen. Kennedys Ausspruch «Ich bin ein Berliner» wurde 1963 stellvertretend für das «freie Europa» gefeiert. Reagan versetzte die Welt ins Staunen, als er in seiner Rede 1987 Gorbatschow zur Öffnung des Brandenburger Tors und zum Niederreißen der Berliner Mauer aufforderte. Obama fehlten zuletzt historische oder zukunftsverheißende Worte für den Kontinent. Atomare Abrüstung und Klimaschutz sind keine neuen Anliegen. Nur vor ausgesuchtem Publikum sprach der US-Präsident 2013 in Berlin, hinter einer kugelsicheren Glaswand, begleitet von überdimensionalem Polizeiaufgebot und mitgereisten Sicherheitsbeamten sowie Scharfschützen auf den Dächern. Das führt mich zur zweiten These: Unterschiedliche realpolitische Interessen erklären die transatlantische Kluft allein nicht, vielmehr sind kultur- und mentalitätsgeschichtliche Erklärungen gefragt.

Die beiderseitigen Vorstellungen von «Demokratie», «Freiheit», «Markt» und «Menschenrechten» sind nur oberflächlich betrachtet identisch. In der Praxis gibt es viele Unterschiede, angefangen beim «gerechten» Krieg als Mittel der Politik über die Anwendung der Todesstrafe in einzelnen US-Bundesstaaten bis hin zur Unschuldsvermutung, die immer noch in Europa gilt. Drohnenangriffe, Folter auf Guantanamo, Waffenlieferungen an Rebellen in Syrien und die Überwachung Prism der NSA sind neue Konfliktthemen. Das Ende des Kalten Kriegs mit seinen angeblichen gemeinsamen Werten, die vor allem in der Abwehr des Kommunismus bestanden, und die Frage nach den Konsequenzen aus «9/11» haben eine ungeahnte Kluft von Gegensätzen verdeutlicht. Das führt mich zu dritten These: Das stärkere Zusammenwachsen der EU zwang nicht erst seit den «Rettungsschirm» und dem «Europäischen Stabilitätsmechanismus» (ESM) zu mehr Solidarität untereinander, sondern erzeugte auch schon zuvor mit dem Unionsvertrag von Maastricht und der «Wirtschafts- und Währungsunion» einen Solidaritätskonflikt mit den USA. Ob das abschließend zu verhandelnde transatlantische Freihandelsabkommen bzw. die Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) ein Ausweg ist, bleibt abzuwarten. Die Filmbranche, Gentechnik und Datensammler waren nur erste Stolpersteine auf dem beschwerlichen Weg zu einem angeblichen Superimperium zweier tatsächlich verschiedener Welten.

Durch die Ausführungen von Godelieve Quisthoudt-Rowohl kann sich ein Historiker mit einer Tiefenanalyse bestätigt sehen. Die US-amerikanische Nation ist, wie zutreffend ausgeführt, durch «9/11» schwer getroffen worden. Ein kleines Häuflein von «Gotteskriegern» hat die scheinbar unbezwingbare und stärkste Nation der Welt politisch aus den Angeln gehoben und aus dem seelischen Gleichgewicht gebracht. Reagiert wurde wenig rational, sondern mehr emotional. «9/11» war auch der erfolgreichste Anschlag in der Geschichte des Terrorismus. Zuzustimmen ist auch Quisthoudt-Rowohl, dass sich seither die Balance von Sicherheit und Freiheit stark zugunsten der ersten Kategorie verschoben hat. Zu bezweifeln ist jedoch ihre Behauptung, dass die USA «historisch gesehen kaum an Interventionen interessiert» gewesen seien. Allein der Erste und der Zweite Weltkrieg lehnen das Gegenteil. Es gibt kaum einen US-amerikanischen Präsidenten, der nicht in seiner Amtszeit einen kleinen «pretty» Krieg geführt hätte.

Die sich aus «9/11» ergebenden sicherheitspolitischen Maßnahmen auf beiden Seiten des Atlantiks sprechen für das zäsurhafte Ereignis der Anschläge von New York und Washington. Die Angriffe auf das World Trade Center und das Pentagon haben die westliche Welt so erschüttert, dass auch von «uneingeschränkter Solidarität» die Rede war – also weit mehr als nur von «uneingeschränkter Loyalität», von der die Referentin gesprochen hat. Gerhard Schröder hat genau davon gesprochen und schon im folgenden Jahr nicht mehr viel davon wissen wollen. Dass das SWIFT-Abkommen dennoch zustande kam und durch das Europäische Parlament seine Zustimmung fand, war schon ein bemerkenswerter Vorgang, der nähere Erklärung erheischt. Die Verhandlungen über die gemeinsame Free Trade Area bzw. das TTIP erscheinen durch Datenschnüffeleien in den europäischen Staatskanzleien und Ministerien sowie im Europäischen Parlament negativ präjudiziert. Als Historiker tendiere ich zur Auffassung, dass die gemeinsamen Interessen im Kalten Krieg eine Klammer bildeten, die inzwischen längst wegfallen ist, so dass die Werteunterschiede nach 1990/91 immer deutlicher zutage traten. «9/11» hat nur etwas aufgezeigt, was schon schwelte und längst vorhanden war. Ohne einen gemeinsamen transatlantischen Rechtsbestand («*acquis communautaire*») als Wertekonsens wird TTIP auch kein tragendes Fundament haben.





V.

**Schlusskommentare**



**1989 – 2001 – 2011**

**Zäsuren der Weltgeschichte in demokratiepolitischer und  
weltgesellschaftlicher Perspektive  
Versuch eines Schlusskommentars**

MICHAEL GEHLER

**Vorbemerkung**

Auf die Frage an den chinesischen Ministerpräsidenten Tschou en Lai, was er über die Französische Revolution von 1789 denke, soll er geantwortet haben, dass es noch zu früh sei, um sich ein Urteil zu bilden. Diese Anekdote sei vorangestellt, wenn es jetzt darum gehen soll, tatsächliche oder vermeintliche Zäsuren der Weltgeschichte auszumachen, die gerade mal ein paar oder 25 Jahre zurückliegen und diese mit allzu viel Bestimmtheit, Gewissheit und Zielsicherheit begründet werden sollen.

**I. Fragen zu Demokratie-Entwicklungen  
im Zeichen weltgeschichtlicher Zäsurjahre**

Das Wort «Zäsur» kommt aus dem Lateinischen «caesura» und bedeutet Bruch, Einschnitt oder Hieb. Es meint etwas Abruptes, Plötzliches, Punktuelles, eben etwas Umbruch-, Umsturz- und Schlagartiges. Dagegen erscheint Wende eher als eine Kurskorrektur so etwas wie eine Umkehr – möglicherweise weniger blitzartig, rasant und mehr im Sinne eines allmählichen Übergangs und eines langsam einsetzenden Wandels.

Der amerikanische Politikwissenschaftler und frühere stellvertretende Direktor des Politischen Planungsstabs im State Department, Francis Fukuyama hatte im Umbruchjahr 1989 in einem legendär gewordenen Artikel die Frage aufgeworfen, ob jetzt das «Ende der Geschichte» erreicht sei.<sup>1</sup> Drei Jahre später folgte sein viel zitiertes Buch mit dem gleichnamigen Titel – allerdings ohne Fragezeichen dahinter.<sup>2</sup> Der Titel war mißverständlich. Gemeint war das verkündete Ende der Ideologien, aber auch diese Ansage war kaum zutreffender.

---

1 Francis Fukuyama, Das Ende der Geschichte? in: Europäische Rundschau 17 (1989) 4, S. 3–25; Ders., Als der Eiserne Vorhang fiel. Texte aus dem «Wiener Journal» und der Europäischen Rundschau aus dem annus mirabilis 1989, Wien 2009.

2 Francis Fukuyama, The End of History and the Last Man, New York – Toronto – New York – Oxford – Singapore – Sidney 1992, S. 287–327.



Fukuyama stellte darin den Verlauf der Geschichte – zwar methodisch ähnlich und vergleichbar, aber nicht inhaltlich wie der Historische Materialismus (HISTOMAT) argumentierte – als eine gesetzesmäßige, quasi teleologische Entwicklung dar: Dieser war Fukuyamas' Interpretation zufolge keine zusammenhangslose Vielzahl von Ereignissen und Zufälligkeiten wie der Hannoveraner Kulturphilosoph Theodor Lessing die Geschichte bzw. die Geschichtswissenschaft einmal auch als ständige «Sinngebung des Sinnlosen» und im Gegensatz zur Naturwissenschaft als «Willenschaft» bezeichnet sowie dessen Konstruktionscharakter kritisiert hatte.<sup>3</sup>

Im Unterschied zu Lessing argumentierte Fukuyama ausgehend von der Dialektik Georg Friedrich Wilhelm Hegels mit der These des Liberalismus, der hierzu gehörigen Antithese des Totalitarismus und der abschließenden Synthese der liberalen Demokratie, dass 1945 mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bzw. mit 1989, der Öffnung des Eisernen Vorhangs und dem Ende der Berliner Mauer der Nationalsozialismus bzw. der Kommunismus gescheitert seien und die Entwicklung der Herrschafts- und Politiksysteme nunmehr in eine Finalphase eingetreten sei. Der Totalitarismus in Form autoritär-diktatorisch-faschistischer Herrschaft oder des real-existierenden Sozialismus seien an eklatanten Legitimationsdefiziten und inhärenten Widersprüchen zugrunde gegangen, zumal sie nicht mehr in der Lage gewesen seien, die Grundbedürfnisse der Bevölkerungen zu befriedigen. Entscheidend versagt hätten sie vor allem darin, den Menschen Individualrechte, Selbstachtung und Wertschätzung angedeihen zu lassen. Die diktatorischen und totalitären Systeme seien daher an ihrem Ende angelangt und würden keine realistische Zukunftsoptionen mehr sein, geschweige denn erstrebenswerte Alternativen bieten. Somit wäre laut Fukuyama nicht der «klassenlose Endkommunismus», wie Karl Marx und Friedrich Engels es verheißen hatten, sondern die liberale Demokratie als das Endstadium der Geschichte zu begreifen.<sup>4</sup>

Fukuyama wurde mit dieser Lehre zum Kündler des Endes demokratiefeindlicher Ideologien und des Durchbruchs eines weltweiten Liberalismus. Grund- und Menschenrechte, Rechtsstaat und freie Marktwirtschaft sah er als die tragenden Elemente der liberalen Demokratie, der er einen Siegeszug ohnegleichen prophezeite. Seine Vorhersage war allerdings mehr eine geschichtsphilosophische und volkspädagogische als eine empirisch fun-

3 Theodor Lessing, *Geschichte als Sinngebung des Sinnlosen*, Leipzig 1919, 1927, Nachdruck München 1983, S. 24–25, S. 191.

4 Fukuyama, *The End of History and the Last Man* (Anm. 2), S. 287–339; siehe auch Robert Alan Dahl, *On Democracy*, New Haven – London 2000.

dierte geschichtswissenschaftliche Analyse, womit wir schon bei methodisch-theoretischen Fragen angelangt wären, die noch im vorletzten Teil dieses Schlusskommentars aufgeworfen und diskutiert werden.

Seit Ende der 1980er Jahre ist die Idee der liberalen Demokratie auch Programm politischer Entscheidungsträger geworden, wobei für dieses «Denken in Zeit» der Gebrauch von Geschichte unablässig erschien.<sup>5</sup>

Seit «11/9» 1989 ist zweifellos mit dem Abbau der ideologisch-politischen Blockgrenzen und dem Abbau der Mauer die Welt nicht nur eingeebnet und flacher,<sup>6</sup> sondern auch breiter, größer und zugänglicher geworden, was der Idee der Demokratie weiter Bahn zu brechen schien. Damit sind wir bei den Ausführungen von Marianne Kneuer, die in ihrer Darstellung zu den Zäsuren für der Demokratieentwicklung aufgezeigt hat, dass sich Demokratie als Idee und Norm zu einem globalen Akzeptanzmuster herausgebildet hat. Ihre Beobachtungen gehen von zwei Kriterien aus, die sie als argumentative Grundlage deutlich macht: Zum einen von den Diskursen zur internationalen Normbildung und zum anderen von den praktischen Aktivitäten der Demokratieförderung durch maßgebliche Demokratieförderer (Vereinigte Staaten von Amerika und die Europäische Union). In Folge werden die Jahre 1989, 2001 und 2011 auf dem Hintergrund ihrer Relevanz für Demokratisierung betrachtet, wobei zwei Maßstäbe angelegt werden: «zum einen die normative Strahlkraft von Demokratie, ablesbar an der Normbildung in internationalen Foren; zum anderen die außenpolitische Strategieentwicklung maßgeblicher Akteure, ablesbar an Stellenwert und Praxis der Demokratieförderung», so weit Kneuer. Dabei geht sie vergleichend gegenüberstellend vor. Das erscheint ratsam, denn der Demokratieindex des Economist zeigte schon für 2012 an:

«Democracy is at a standstill in the sense that there was neither significant progress nor regression in democracy in that year. Average regional scores in 2012 were very similar to scores in 2011. Free and fair elections and civil liberties are necessary conditions for democracy, but they are unlikely to be sufficient for a full and consolidated democracy if unaccompanied by transparent and at least minimally efficient government, sufficient political participation and a supportive democratic political culture. It is not easy to build

---

5 Richard E. Neustadt/Ernest R. May, *Thinking in Time. The Uses of History for Decision Makers*, New York – London 1988.

6 Thomas L. Friedmann, *The World is flat. A Brief History of the Twentieth-First History*, New York 2005, S. 48–55, deutsch: Ders., *Die Welt ist flach. Eine kurze Geschichte des 21. Jahrhunderts*, Frankfurt/M. 2006.

a sturdy democracy. Even in long-established ones, democracy can corrode if not nurtured and protected.»<sup>7</sup>

Dieser Befund bestätigt die Thesen von Kneuer: Das Jahr 1989 wird von ihr aus einer Demokratie-Entwicklungsperspektive als «Aufwind» und 2001 mit «9/11» schon als «Abwind» gesehen. Für 2011 war dann zu fragen, ob es nur noch ein «laues Lüftchen», wenn nicht sogar eine «Flaute» gewesen ist. So betrachtet befand sich Demokratie im erstgenannten Jahr in der Offensive, während sie 2001 schon in die Defensive geraten war. Bei diesen bildhaft gewählten Beschreibungen mag sich freilich der Eindruck aufdrängen, dass es sich mehr um Konjunkturmetaphern als um Zäsurdefinitionen und -erklärungen handelt, zumal sich drei grundsätzliche Fragen erheben, nämlich wie sich die Zeitgeschichtsforschung zu Zäsurfragen verhält und wie die mit den drei Jahren verbundenen Geschehnisse historisch gesehen eigentlich zusammenhängen:

1. Bedeuteten möglicherweise die Ergebnisse der Entwicklungen nach 1989 – um in den Metaphern Kneuers weiter zu sprechen – im Zeichen von revolutionärer Wirkungsgeschichte bzw. von Revolutionsfolgenforschung – den Rückenwind für die Geschehnisse des Jahres 2011 im Sinne von: «Wer Wind sät, wird Sturm ernten»?
2. War 2011 auch eine Reaktion auf 2001?
3. War 2011 nicht doch zunächst ein heftiger Sturm für die Demokratie (freilich mit ausbleibenden bzw. kontraproduktiven Konsequenzen) als nur ein «laues Lüftchen»?

Aus einem Scheitern kann auch ein wirkmächtiger Mythos mit Folgewirkungen erwachsen.

Bemerkenswert ist der Befund, dass die Politikwissenschaft von Demokratie im Sinne von *Machtausübung* als konkreter «Herrschaftsform» spricht, während dieser Begriff nicht nur ausgehend von den Kerncurricula für den Geschichtsunterricht, sondern von Historikern/innen auch im Sinne von *Partizipation* als politische Mitbeteiligungs- und Mitentscheidungsform begriffen wird.

---

7 [https://www.eiu.com/public/topical\\_report.aspx?campaignid=DemocracyIndex12](https://www.eiu.com/public/topical_report.aspx?campaignid=DemocracyIndex12) (abgerufen 10.7.2015).

## II. Demokratie im Vormarsch? Trends und Gegentrends einer Entwicklung

Im Lichte des skeptischen Urteils über das Jahr 2011 fragt sich für den zurückblickenden Geschichtswissenschaftler, ob die Euphorie über den in Anführungszeichen gesetzten «Sieg der Demokratie» im Jahre 1989, verbunden mit der Hoffnung auf ihre weltweite Verbreitung, nicht letztlich auch eine Illusion geblieben ist. Wie lange hielt die Begeisterung von der Öffnung des Eisernen Vorhangs und vom Ende der Berliner Mauer an? Zehn Langzeit-historische Befunde bzw. Kurzzeit-historische Tendenzen lassen sich finden und festhalten, die mehr oder weniger gegen die Demokratie-Entwicklung, -Euphorie und -Konjunktur nach 1989 sprechen würden:

1. Demokratie hat zwar historisch betrachtet als Idee, Ideal und Norm ausgehend von der Antike (Griechenland, Rom) bis in die Jetztzeit eine lange Dauer,<sup>8</sup> die Entwicklung verlief aber nicht linear und bruchlos, sondern war – demokratiepolitisch betrachtet – geradezu von dramatischen, ja katastrophalen Rückschlägen gekennzeichnet. In der Praxis und Realität hatte die Demokratie eine sehr fragile, schwer gebrochene und insgesamt nur relativ kurzlebige Geschichte. Selbst für Europa reifte sie als parlamentarische, rechtsstaatliche und auf den Grundrechten und der Menschenwürde basierende Herrschafts- und Partizipationsform erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts heran. Man denke nur daran, wie viele – wenngleich parlamentarische – Monarchien es noch heute auf dem Kontinent gibt.

Dieser Befund markiert bereits einen Unterschied der Geschichtsforschung – auch jenseits der Zeithistoriographie – zur Politikwissenschaft und Soziologie. Die Berücksichtigung der wirkmächtigen *longue durée* der Geschichte beispielsweise durch die Annales-Schule (unter anderem vertreten durch Marc Bloch, Fernand Braudel, Lucien Févbre) im Sinne einer epochenübergreifenden Identitäts-, Kultur-, Mentalitäts- und Strukturgeschichte spielt für die Beurteilung und Interpretation von

---

8 Grundlegend hinsichtlich der Demokratiebegrifflichkeit von der Antike bis in die Moderne mit relevanter historischer Literatur immer noch heranziehenswert: Werner Conze/Reinhart Koselleck/Hans Maier/Christian Meier/Hans Leo Reimann, *Demokratie*, in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, hrsg. von Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 821–899; politikwissenschaftlich zuletzt: Maria Kreiner, *Demokratie als Idee. Eine Einführung*, Konstanz – München 2013.

Zäsurjahren des 20. und 21. Jahrhunderts eine größere Rolle, als es die Politikwissenschaft an rezenteren und aktuellen Systemanalysen und die Soziologie an Hand von gesellschaftlichen Momentaufnahmen und Stichproben im zeithistorischen Längsschnitt zu zeigen vermögen. Historische Grundlagenforschung sichert diese Anliegen, quellengestützt basierend auf Archivrecherchen, für Langzeitperioden aus verschiedenen Epochen, während Politikwissenschaft und Soziologie diesbezüglich zu kurz greifen. «1989» wird daher auch im Lichte von «1918», «1848», «1789», «1688» etc. zu betrachten und einzuordnen sein, das heißt mit «ambivalenten Revolutionen» assoziiert sowie ganz verschiedenen nationalen Hintergründen und unterschiedlichen Konsequenzen gesehen.<sup>9</sup>

2. Neuere Forschungen zeigen, dass die Grenzöffnungen 1989 identitäts- und mentalitätsgeschichtlich nicht automatisch, geschweige denn folgerichtig, unbedingt und zwingend im Sinne von Demokratieeuphorie und «Freiheitsrevolution» gefallene und offene Grenzen bedeuteten.<sup>10</sup>
3. Der Wirtschaftshistoriker Ivan Berend spricht aus ökonomischer Sicht für die Transformationsländer von «anni miserabiles», die dem «annus mirabilis» 1989 gefolgt seien.<sup>11</sup> Die sozial- und wohlfahrtstaatlichen Versprechen konnten nur zum Teil oder nicht erfüllt werden. Das ging mit Parteienmüdigkeit und Politikverdrossenheit sowie Demokratieablehnung Hand in Hand.
4. Antisemitismus, Rassismus und Xenophobien im Sinne ihrer langen historischen Dauer waren schon weit vor 1989, nämlich vor dem Ersten Weltkrieg, stark ausgeprägt, brachen in Mitteleuropa mit dem «Wendehjahr» wieder auf und leben bis heute weiter fort. Im Falle Österreichs war der Antislawismus so stark, dass der Identitäts-, Sozial- und Wirtschafts-

---

9 Michael Gehler, 1989: Ambivalent Revolutions with Different Backgrounds and Consequences, in: The Revolutions of 1989. A Handbook, hrsg. von dems./Wolfgang Mueller/Arnold Suppan, Wien 2015 (Österreichische Akademie der Wissenschaften, Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung, Internationale Geschichte/International History, 2), S. 587–604.

10 Andrea Brait/Michael Gehler, Grenzöffnung – offene Grenzen? Zum Buch und Auswertung einer Umfrage, in: Grenzöffnung 1989. Innen- und Außenperspektiven und die Folgen für Österreich, hrsg. von dems., Wien – Köln – Weimar 2014 (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien des Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg, 49), S. 9–44.

11 Ivan T. Berend, Central and Eastern Europe, 1944–1993. Detour from the periphery to the periphery, Cambridge 1996, S. 341–343.

historiker Ernst Bruckmüller die These vertrat, dass für viele Zeitgenossen des Wien im Jahre 1989 Prag weiter weg als New York war.<sup>12</sup>

5. Wenn man an den Einsatz von politischer Gewalt, bewussten Foltermaßnahmen, genozidartigem Massenmord und systematischer Vergewaltigung im Zeichen der Kriege am Balkan der 1990er Jahre<sup>13</sup> denkt, wird rasch erkennbar, nicht nur wie dünn der Decke der Humanität der sozialistischen Volksdemokratien, sondern wie hilflos die demokratische Zivilisation selbst war und wie wenig wirksam die westlich-parlamentarischen Demokratien auf diesen Konfrontations- und Kriegsraum deeskalierend und konfliktlösend einwirken konnten. Spätestens mit dem Bosnienkrieg, dem sechsten Balkankrieg nach 1912, 1913, 1914, 1941–1945 und 1991, wurde der Zweite Weltkrieg noch einmal ausgetragen – so nahe und fern von Demokratie in Europa: einem ohnmächtigen demokratischen Europa ohne Durchsetzungskraft.
6. Allein ein Blick auf die Weltkarte von heute zeigt, dass maximal ein Drittel der Erdkugel mit Demokratien – wohlgernekt in unserem westlichen parlamentarisch-rechtsstaatlichen Verständnis – belegt ist. Nordamerika mit Kanada und den USA, Europa, Australien und Teile Afrikas, Asiens und Lateinamerikas können das für sich beanspruchen. Beim überwiegenden Teil der Welt handelt es sich aber nicht um Demokratien im westlichen Sinne mit einer ausgeprägten und funktionierenden Rechts- und Verfassungsstaatlichkeit, sondern wenn dann nur um Nenn-Demokratien oder defekte Demokratien.
7. Wie sieht es mit den ehemaligen Supermächten des Kalten Kriegs von 1945 bis 1990 und ihrem Verständnis von Demokratie aus? In den USA finden wir eine präsidentielle Demokratie mit eingeschränkten Individualrechten (Sicherheit rangiert vor Freiheit) vor, während in Russland eine autoritäre, wenn nicht autokratische Demokratie mit repressiven Apparaten vorherrschend ist. Ein weitere Frage stellt sich für den kritischen Historiker: Können die USA seit George W. Bush noch als maßgebliche Demokratieförderer bezeichnet werden? Die EU mit größerer Wahrscheinlichkeit und Russland sicherlich nicht.

---

12 Ernst Bruckmüller, Prag ist weiter weg als New York. Anmerkungen zum österreichischen Antislawismus, in: Brait/Gehler, Grenzöffnung (Anm. 10), S. 45–63.

13 Zu Sarajewo, Europas jugoslawische Katastrophe und Srebrenica: Andreas Wirsching, Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, München 2012, S. 121–152.

8. Die Putinisierung der Politik und ihrer Kultur wirkt nicht nur in EU-Europa und an ihren Rändern (erinnert sei an die Regierungen von Silvio Berlusconi in Italien, Viktor Orbán in Ungarn, Petro Poroschenko in der Ukraine, Alexander Lukaschenko in Weißrussland und Erdoğan in der Türkei), sondern auch weit über Europa hinaus (zum Beispiel Tea-Party in den USA). Im Falle der ungarischen Regierung Orbán und den von ihr abgesetzten Gesetzen fragt sich schon seit Jahren, wie weit es sich hierbei um eine mit den EU-Werten kompatible Demokratie handelt – in gewissen Bereichen wie der Presse- und Meinungsfreiheit nicht.
9. Inwieweit durch den Abbau des Eisernen Vorhangs, die Öffnung des Ostens und die EU-«Osterweiterung», das heißt durch den Zutritt der mittel- und osteuropäischen Länder zur Union, ein Demokratiezugewinn für die EU und den Westen Europas zu verzeichnen war, erscheint ebenso diskussionswürdig. Die neuen erst einzuübenden Demokratien etablierten sich im Laufe der 1990er Jahre<sup>14</sup> im Zeichen der Wiedererstehung des Nationalstaats und der Renationalisierung seiner Politik. Die ehemaligen Kandidatenländer der Europäischen Union aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa wurden verpflichtet, sich an die von der EU verkündeten Kopenhagener Kriterien von 1993 zur Einhaltung demokratiepolitischer und rechtsstaatlicher Prinzipien auszurichten, um erst im Zuge von 1989 nach einer 15-jährigen Transformations- und Verhandlungsphase Mitglieder der EU zu werden – und bis heute ist durch das Vorhandensein von Ämterpatronage, Korruption, Privilegienritterei und Rechtsbeugung von realen funktionsfähigen Demokratien nicht eigentlich zu sprechen. Das hängt auch mit den nicht stattgehabten, tatsächlich gekauften, gestohlenen, konfiszierten, korrumpierten und unvollendeten Revolutionen von 1989 wie – musterbeispielhaft zu zeigen – in Bulgarien und Rumänien zusammen.
10. Vor diesem Hintergrund besehen fragt sich weiter, ob überhaupt weltweiter Konsens über Demokratieherstellung und Demokratieförderung besteht. Internationale Organisationen wie die OSZE und die UNO, die sich als Förder-, Kontroll- und Überwachungsinstanzen für demokratisch-freiheitlich-rechtsstaatliche Verhältnisse begreifen und definieren, sind durch ihre Mitgliedsstaaten finanziell, institutionell, personell und

---

14 Zum östlichen Europa in den 1990er Jahren siehe Wirsching, *Der Preis der Freiheit* (Anm. 13), S. 78–121 und zuvor Anne Sophie Krossa, *Kollektive Identitäten in Ostmitteleuropa: Polen, Tschechien und Ungarn und die Integration der Europäischen Union*, Berlin 2005, S. 202–210.

strukturell zu schwach aufgestellt, um ihre Ziele durchzusetzen, abgesehen davon, dass sie für sich selbst einen nicht geringen demokratiepolitischen Reform- und Repräsentanzbedarf haben.<sup>15</sup>

Ein Zwischenfazit lautet: Demokratie als politische Partizipations- und Herrschaftsform ist weltweit noch kein Mehrheitsprogramm, sondern in einigen Erdteilen eine Minderheitenveranstaltung. Trotz dieser bedrückend und pessimistisch klingenden Befunde macht Kneuer deutlich, dass die Anzahl der Länder, die sich formell und nominell als Demokratien begriffen haben und begreifen, in den Jahren von 1974 über 1989 bis 1998 signifikant zugenommen hat. Es handelt sich dabei nicht nur um einen europäischen, sondern auch um einen globalen Trend, was für sich betrachtet schon bemerkenswert ist. Rein zahlenmäßig und statistisch betrachtet, kann man daraus gewisse Zuversicht ableiten?

### **III. Historische Anmerkungen zu den Zäsurjahren 1989, 2001 und 2011 in demokratiepolitischer und weltgesellschaftlicher Perspektive**

Nicht zu Unrecht wird gesagt, dass das Interesse des Historikers dem Detail und der Empirie gilt. Umso mehr ist zu fragen, um welche Demokratien es sich handelt, die einen solchen Aufschwung genommen haben: direkte, halbe, indirekte, repräsentative, semi-autoritäre etc.? Das müsste noch genau an der historisch-politischen Praxis untersucht werden.

Marianne Kneuer macht jedenfalls klar, dass die Folgen von «9/11» einen Rückschlag für den Demokratisierungsprozess der Welt bedeuteten, ein Trend, der paradoxerweise stark von den USA als dem viel zitierten «Hüter der Demokratie» und «Land der unbegrenzten Freiheit» ausgegangen bzw. zugelassen worden ist.

Grundsätzlich stellt sich für den Historiker dabei die Frage, wie weit die politikwissenschaftliche Forschung zur Demokratieentwicklung und Demokratieförderung über Demoskopie, Herrschaftssysteme, Repräsentationsformen und Wahlforschung hinaus auch Erkenntnisse der Geschichte zu Fragen der Finanzen, des Handels, der Kultur, der Mentalität und der Wirtschaft miteinbezieht, von denen die Substanz einer Demokratie gerade lebt. Letztlich ist der Gehalt der Demokratie auch eine Ressourcenfrage und zwar nicht nur in ideeller und geistiger, sondern auch in finanzieller, materieller und ökonomischer Hinsicht.

Mit 2011 fragt sich Kneuer, ob eine demokratiepolitische «Flaute» gegeben sei. Die Flamme der Euphorie kam nur kurz auf, um dann zu erlischen:

---

<sup>15</sup> Optimistisch: Paul Kennedy, *Parlament der Menschheit. Die Vereinten Nationen und der Weg zur Weltregierung*, München 2007.



Ist das ist aber nicht eben zum Teil auch bereits für 1989 zu bemerken gewesen, wie wir schon festgestellt haben? Was Kneuers Hypothese geschichtlich untermauern würde, wäre die historische Dimension des politischen bzw. politisierten und radikalisierten Islam, wobei wir hier zeithistorisch mindestens auf das Jahr 1979 zurückgreifen müssen – mit der weltpolitischen Niederlage der USA im Iran. Mit dem Sturz des US-gefügigen Schah-Regimes in Persien und dem Siegeszug der Ayatollahs war – verstärkt durch eine neue Welle der (Re-)Islamisierung – nicht nur eine Schwächung des südlichen Herrschaftsbereichs der Sowjetunion, sondern auch im Sinne des islamistischen Imperialismus<sup>16</sup> ein Rückschlag für die weltweite Demokratieentwicklung und bis heute eine anhaltende Herausforderung für die westliche Welt verbunden, die bedingt durch den Grundsatz der Trennung von Kirche und Staat als Kennzeichen ihrer Demokratien mit Theokratien gänzlich unvereinbar ist.

Zuzustimmen ist Kneuer jedenfalls in ihrem Befund, dass die Widerstände von Autokratien und Diktaturen gegen Demokratie und ihre Förderung nicht nachgelassen, sondern sich durch die Umbrüche von 2001 und 2011 eher noch verstärkt haben. China und Russland, ihre autoritär-monokratischen Herrschaftsstrukturen mit geringen direkten Partizipationschancen, ihre gelenkten Medien, ihr Umgang mit intellektueller und politischer Opposition sowie ihr Verhältnis zu den sozialen Kommunikationsformen sind signifikante Beispiele dafür.

Für die Politikwissenschaft wie für die Zeitgeschichtsforschung sind die Jahre 1989 und 2001 hinsichtlich der Beförderung und Stimulierung bzw. Blockierung und Verhinderung von Demokratie gewiss als Zäsuren zu begreifen. Die «Arabellion» von 2011 mündete inzwischen in neue autoritäre Regierungsformen und Militärregime ein, wie Thomas Demmelhuber in seinem Beitrag zeigt.

Was allerdings auch – jenseits der Demokratieentwicklung – für 2011 als Zäsurjahr spricht, ist eine Reihe von schon feststehenden zeitgeschichtlichen Befunden und sich abzeichnenden Ergebnissen: Jahrzehntelang von starken Diktatoren und Einzelherrschen geführte Systeme wie von Husni Mubarak in Ägypten und Muammar-al-Gaddafi in Libyen sind beseitigt worden. Ihr Sturz führte zu einer Destabilisierung der politischen Lage und zu einer geopolitischen Machtverschiebung im Nahen und Mittleren Osten. Die USA warteten nur mehr ab und hielten sich merklich zurück, während die Türkei unter Recep Tayip Erdoğan schon seit dem Georgienkonflikt 2008 wie auch in Zeiten der «Arabellion» die Rolle einer Balan-

---

16 Efraim Karsh, *Islamic Imperialism. A History*, New Haven – London 2006.

cemacht und eines Mittlers in den Auseinandersetzungen eingenommen hatte. Inzwischen ist sie durch Kriege wie in Syrien in der unmittelbaren Nachbarschaft selbst ein Front- und Interventionsstaat im Nahen und Mittleren Osten geworden. Sie befindet sich mit einer demokratiegefährdenden Innenpolitik den politisch aktiven kurdischen Bevölkerungsteilen gegenüber am Rande eines Bürgerkriegs. Als EU-Beitrittskandidat hat die Türkei aufgrund der Demokratierückschritte der letzten Jahre auf unabsehbare Zeit kaum noch eine reelle Chance, ganz abgesehen von der Problematik der EU, selbst überhaupt noch aufnahmefähig zu sein.

Im Konflikt- und Spannungsfeld des Atomstreits im Zusammenhang mit den Herausforderungen durch den Iran, der instabilen Lage in Ägypten, der Distanzierung Ankaras von Tel Aviv durch die Türkei und ihres schwächelnden Protektors USA ist die Position Israels (das selbst keine Demokratie im westlich-rechtsstaatlichen Sinne ist) gefährdeter denn je.

Letztlich macht die Betrachtung des Jahres 2011 auch deutlich, dass das postkoloniale Zeitalter ausgeklungen sein dürfte. Die traditionellen Demokratien Frankreichs mit Nicolas Sarkozy an der Spitze und das Großbritannien von David Cameron, aber auch Italien unter dem bonapartistischen Medienmogul und Massenmanipulator Silvio Berlusconi hatten auf die Geschehnisse im Maghreb- und Maschrik-Raum 2011 keinen entscheidenden Einfluss mehr. Sie verschliefen die Entwicklung, konnten deshalb auch im Ansatz nicht mit Blick auf Demokratieförderung (wie realistisch diese auch immer gewesen sein mochte) agieren und eine entsprechende Politik gestalten, sondern nur mehr noch reagieren und schließlich den Rückzug antreten. Das Jahr 2011 war praktisch ein zweites Suez 1956 ohne Russland und die USA mit einer Neuauflage der Demonstration einmaliger Schwäche und des Versagens der ehemaligen Kolonialmächte UK und Frankreich. Damit dürfte der Prozess der Dekolonisierung des Postkolonialismus verstärkt und möglicherweise auch unumgänglich geworden sein. Wie weit diese Befunde auch zur Demokratieförderung beigetragen haben, ist wohl mehr als zweifelhaft. Dass 2011 ein Zäsurjahr wie 1989 gewesen ist, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden. Dazu fehlt dem Historiker einfach der größere Abstand zum Geschehen und eine entsprechende Folgenabschätzung.

Fragt sich nun noch mit Blick auf 1989, 2001 und 2011 jenseits der Demokratieentwicklung wie sich die Gesellschaften der Länder Europas und der verschiedenen Kontinente hinsichtlich weltgesellschaftlicher Transformation verändert haben, wie das der Soziologe Michael Corsten argumentiert. Das sich hier tiefgreifende Wandlungsprozesse vollzogen haben, dürfte weitgehend außer Zweifel sein. Es stellt sich dabei eine Reihe von Fragen

nach der Definition und dem Begriff von Gesellschaft und seiner Bedeutung und an welchen Kriterien sich hierbei eine vergleichend arbeitende gesellschaftshistorische Transformationsforschung orientiert, um festzustellen, ob sich denn diese Prozesse gleichförmig, gleichartig und zeitgleich vollzogen und vor allem wirklich zu einer Verbesserung der Lebensverhältnisse beigetragen haben. Versuchen wir an Hand von fünf gesellschaftshistorischen Kategorien «Weltgesellschaft» zu fassen:

1. Arbeitsplatzsicherheit und Beschäftigungsmöglichkeiten;
2. Bildungs-, Informations- und Wissenserwerb;
3. Partizipation und politische Willensbildung;
4. Modernisierung und Säkularisierung;
5. Vermögensverteilung und Risikobereitschaft.

Die genannten Kriterien können im Rahmen eines Schlusskommentars nur andeutungsweise angesprochen, also nicht mehr genauer ausgeführt werden.

Zweifelsohne ist die Frage des Beschäftigungsmaßes und der Erwerbstätigkeit (1) ein relevantes Kriterium für gesellschaftliche Integration und Stabilität. Es deutet viel daraufhin, dass sich in diesem Bereich die Verhältnisse (Heim-, Kurz-, Teilzeitarbeit etc.) stark verändert haben, ob jedoch mehr Menschen mehr sicherere Arbeitsplätze als vor 2011, 2001 und 1989 haben, dürfte infolge fortgesetzter Automatisierung und Computerisierung der Arbeitswelt, Deregulierung der Finanzmärkte, Globalisierung der Wirtschaft, Liberalisierung des Handels und Outsourcing der Arbeitsmärkte eher fraglich sein.

Im weiteren Bereich (2) dürfte hingegen außer Zweifel sein, dass noch nie so viele Menschen wie heute nahezu an jedem Ort der Welt und rund um die Uhr so rasant, vielfältig und relativ zuverlässig elektronisch gestützt Zugriffsmöglichkeiten auf Bildung, Information und Wissen haben. Diese Entwicklung wurde durch eine Kommunikationsrevolution via E-Mail und Internet seit Beginn der 1990er Jahre angestoßen und im Wege der neuen sozialen Medien weiter befeuert. Diese Entwicklung scheint bis 2011 erhebliche Steigerungen erfahren zu haben.

Fragt man, wie weit diese signifikanten Veränderungen Einfluss auf politische Partizipation und Willensbildung (3) in vergleichender weltgesellschaftlicher Hinsicht hatten, so wird das Urteil weit weniger optimistisch ausfallen. Die Strukturen der politischen Entscheidungsfindung und -trägerschaften (zum Beispiel Staats- und Regierungschefs) haben sich nicht grundsätzlich verändert, gleichwohl sie durch eine weitere Zunahme von politischen und sozialen Netzwerken sowie Nicht-Regierungsorganisati-

onen eine Diversifizierung insofern erfahren haben, dass es sowohl mehr Pressure groups in einer Art weltpolitischen Kultur als auch mehr Öffentlichkeitsdruck auf die Politik gibt. Ob es dadurch eine stärkere gesellschaftliche Einbindung in die politischen Entscheidungsprozesse gegeben hat, scheint eher zweifelhaft. Nach wie vor entscheiden überschaubare politische Eliten – mitunter hinter den Kulissen und verschlossenen Türen, so dass sich wiederholt die Legitimations- und Transparenzfrage stellte. Die Parlamente auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene scheinen auch nicht als Gewinner der Entwicklung seit 1989, 2001 und 2011. Der Trend scheint mit Blick auf die existierenden Demokratien weltweit eher in Richtung indirekte, repräsentative und präsidentielle Varianten zu gehen – trotz massenmedialen Drucks und weltweiter Nutzung der elektronischen Medien.

Modernisierung und Säkularisierung (4) als wesentliche Elemente von Gesellschaften können seit 1989, 2001 und 2011 nicht als Selbstläufer auf vergleichender weltgesellschaftlicher Ebene bezeichnet werden – im Gegenteil: die Rückkehr der Religionen (Buddhismus, Hinduismus, Islam) in die Politik und ihre Politisierung – auch in ihren radikalisierten und radikalsten Varianten («Islamischer Staat») – bzw. politische Religiosität scheinen gerade für die außereuropäische Welt (Afrika, Asien, USA) bemerkenswert in Zunahme begriffen, während das Europa vor wie nach 1989 auf dem Weg der Säkularisierung voranschreitet (Agnostizismus, Atheismus mit Multi-Religiosität lediglich bedingt durch Zuwanderung). Hier haben wir es offensichtlich insgesamt mit einem Mischungsverhältnis zu tun.

Eine zentrale gesellschaftliche Frage ist die der Verteilungsgerechtigkeit (5). Die Eigentumsverhältnisse und Vermögensanlagen scheinen sich weltweit dergestalt entwickelt zu haben, dass die Kluft zwischen (wenigen) Reichen, immer Reicheren und Superreichen im Gegensatz zu den immer mehr Armen und Ärmeren in den jeweiligen Gesellschaften immer tiefer wurde – ganz abgesehen vom anhaltenden Nord-Süd-Konflikt, dem reichen Norden und dem armen Süden.<sup>17</sup> OECD-Daten geben darüber Aufschluss. Das bedeutet sicherlich keine Wende zum Besseren, sondern spricht für zunehmende Desintegrationserscheinungen innerhalb der verschiedenen Gesellschaften – von einer integrierten Weltgesellschaft ganz zu schweigen – und hat schwerwiegende Folgen: Vermögensarme Gesellschaften zeigen signifikant weniger Risikobereitschaft beim Investitionsverhalten, was sich zum Beispiel am «schwarzen Kontinent» auf dramatische Weise offenbart.

---

17 Timothy Garton Ash, Freie Welt. Europa, Amerika und die Chance der Krise, Bonn 2004, S. 200–211.

Zwischenfazit: Es ist außer Frage, dass sich gesellschaftlich seit den Jahren 1989, 2001 und 2011 beachtliche Veränderungen auf globaler Ebene ergeben haben, die jedoch bei weitem nicht in allen genannten Punkten (1–5) unter «Fortschritt für die Menschheit» und «Verbesserung der Lebenschancen» verbucht werden können. Dafür spricht nur die gewachsene Bildungs-, Informations- und Wissenschaftsgesellschaft, die jedoch auch nicht frei von Schattenseiten wie ihren Manipulationsmöglichkeiten und real-existierenden Ungleichheiten mit Blick auf Verwendung und Zugang ist.

#### **IV. Zeitgeschichte – Politikwissenschaft – Soziologie** **Befunde und Erkenntnisse aus einer interdisziplinären Ringvorlesung**

Zeitgeschichte ist sowohl historisches Geschehen jüngerer Vergangenheit, als auch Teildisziplin der Geschichtswissenschaft und im deutschsprachigen Raum spätestens seit 1945 etablierter Fachgegenstand im Lehr-, Studien- und Universitätsbetrieb. Konsens über ihre zeitliche Abgrenzung, inhaltlichen Profile und methodischen Grundlagen besteht jedoch bis heute nicht. Hans Rothfels charakterisierte Zeitgeschichte noch 1953 als «Epoche der Mitlebenden und ihre wissenschaftliche Behandlung».<sup>18</sup> Seine Überlegungen, Zeitgeschichte als «Epochenbegriff» zu verstehen, wie auch der terminologie-historische Zusammenhang zur Neuzeit blieben jedoch zumeist unreflektiert.<sup>19</sup>

Periodisierungsfragen beschäftigten hingegen wiederholt die Zeitgeschichtsforschung, wobei bisher methodisch-theoretische Reflexionen der Zusammenhänge zwischen verschiedenen Entscheidungs- bzw. Zäsurjahren wie zum Beispiel 1918, 1945 und 1989 unterblieben sind. Umso schwerer fällt es noch, Unterschiede und Zusammenhänge zwischen 1989, 2001 und 2011 auszumachen und herstellen.

Mit dem Jahr 1917 sah Rothfels jedenfalls «eine neue universalgeschichtliche Epoche» der Zeitgeschichte eintreten. Die Beginndatierung mit der so genannten «Oktoberrevolution» (die eigentlich ein Putsch der Bolschewiki war) in Russland und dem Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg erfuhr durch den Zusammenbruch der UdSSR 1991 gleichsam Abrundung und Ende quasi wie eine Bestätigung dessen, verwies aber auch auf inhärente Ambivalenzen und implizite Widersprüche mit Blick auf weitere Einteilungsversuche.

18 Hans Rothfels, *Zeitgeschichte als Aufgabe*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 1 (1953), S. 1–8.

19 Thomas Angerer, *Gegenwärtiges Zeitalter – gegenwärtiges Menschenalter. Neuzeit und Zeitgeschichte im begriffsgeschichtlichen Zusammenhang*, in: *Wiener Zeitschrift zur Geschichte der Neuzeit* 1 (2001), S. 114–133.

Durch die Ablösungen der Zeitzeugen-Generationen verschiebt sich Zeitgeschichte ständig. Holger Herma hat in seinem Beitrag die Frage der «89er»-Generation aufgeworfen, die sich auch noch nicht so eindeutig beantworten lässt. Wie schwierig mag es daher sein, diese für 2001 und 2011 zu beantworten?

Die Zeitgeschichte wächst also «nach vorne», während ihre Anfänge verschwimmen und strittig werden, weil sie mit den abtretenden Generationen auch allmählich verloren gehen. Das ist für den Ersten Weltkrieg bereits längst der Fall – trotz des hype-artigen Erinnerungsjahres 1914–2014 und eines Bestsellers wie «Die Schlafwandler» von Christopher Clark – und dieser Abfall droht auch für den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg, weil die Betroffenheit, die Zeitzeugen und damit auch das mediale Interesse mit der Zeit zwangsläufig schwinden werden.

Für Deutschland wurde seit 1989/90 schon von einer «dritten deutschen Zeitgeschichte» gesprochen: 1. Weimar, 2. Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg sowie 3. Bundesrepublik und DDR (Hans Günter Hockerts).<sup>20</sup>

Eine allgemein akzeptierte Zeiteinteilung von Zeitgeschichte existiert nicht. Ihr Beginn wurde schon vor geraumer Zeit ausgehend vom britischen *Journal of Contemporary History* mit dem Zweiten Weltkrieg und seinem Ende (1945) angesetzt.<sup>21</sup> Das ist nun fast schon 20 Jahre her und eine Entscheidung, die gleichzeitig die Frage nach Bedeutung und Gewichtung der «Vorgeschichte» aufwirft. Von der «neuesten Zeitgeschichte» wurde schon 2003 seit der «globalen Zäsur der frühen neunziger Jahre» für jene Großräume gesprochen, die vom Ost-West-Konflikt betroffen waren, also 1989–91 (Hans-Peter Schwarz).<sup>22</sup>

Erschwerend für eine genaue Definition von Zeitgeschichte sind folgende Kennzeichen und dies macht auch ein Zusammenwirken mit anderen Disziplinen wie der Politikwissenschaft und Soziologie reiz- und sinnvoll:

1. der beschleunigte Wandel der Inhalte und Wesenszüge der Untersuchungsgegenstände;
2. die Vielzahl und das Übermaß an Quellen bei gleichzeitiger Zugangsbeschränkung und Sperrfristen für amtliches und staatliches Archivgut;

20 Hans Günther Hockerts, *Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage 29–30 (1993), S. 3–19.

21 Peter Catterall, *What (if anything) is Distinctive about Contemporary History?*, in: *Journal of Contemporary History* 32 (1997), S. 441–452.

22 Hans-Peter Schwarz, *Die neueste Zeitgeschichte*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 51 (2003), S. 5–28.

3. die schwierige zeitliche Abgrenzung zur Neueren Geschichte und «älterer Zeitgeschichte»;
4. die Unabgeschlossenheit der zu analysierenden Geschehnisse und daraus resultierend
5. die Vorläufigkeit und Unabwägbarkeit der Interpretationen, besonders durch den «Einbruch des Unerwarteten» (Schwarz).

Aufgrund neuer Massenquellen durch elektronische Datenverarbeitung (EDV), kommunikationstechnologische Innovationen (E-Mail, Internet, Mobilfunk, SMS, Twitter, Facebook, Youtube, What's app) verbunden mit unterschiedlichen Anwendungs- und Erlebnisgenerationen sowie mit sehr abweichenden Erfahrungen sind verschiedene gesellschafts-, kultur-, mentalitäts- und zeitgeschichtliche Phasen erst abzugrenzen, zu bestimmen und zu definieren. Es erscheint daher viel nahe liegender und sinnvoller, von Phasen als von einer Ära oder gar einer «Epoche der Zeitgeschichte» zu sprechen, einmal abgesehen davon, dass der Begriff der «Zeitgeschichte» an sich eine Tautologie darstellt, um nicht zu sagen Nonsense ist, denn jede Geschichte hat mit Zeit zu tun!

Trotz aller Probleme mit Begriffsbestimmung und Periodisierung sind sich ähnelnde oder gleich bleibende Wesenszüge der Zeitgeschichte mit anderen geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern erkennbar.

Zeitgeschichte resultiert aus staatlichen Systembrüchen und nationalgeschichtlichen und internationalen Zäsuren. Aus Krisen und Katastrophen wie Revolutionsjahren und Umbruchszeiten bezieht sie ihre Existenzberechtigung und Legitimation. Die mittel-osteuropäische und russische Zeitgeschichte war inhomogen und nationalstaatlich durchbrochen auch und gerade mit Blick auf das Jahr 1989 und seine Vorgeschichte. Eine einheitliche und geschlossene Erinnerung an die sowjetkommunistische Diktatur existiert nicht, sondern nur eine Reihe nationaler «Sonderwege», vorrevolutionärer Erfahrungen und Umsturzzenarien (1953, 1956, 1968, 1981, 1989, 1991).

Die Zeitgeschichte war lange und ist immer noch wie die Geschichtswissenschaft vorwiegend national konstituiert und institutionalisiert. Narrative (das heißt auch qualitative) und quantifizierende Forschungsmethoden werden auch von der Politik- und den Sozialwissenschaften angewendet sowie die Oral History bzw. Expertenbefragung ebenso. Die Zeitgeschichte teilt einige ihrer Herausforderungen und Kennzeichen mit der Politikwissenschaft und der Soziologie:

1. ein hoher Grad an Aktualität und Gegenwärtigkeit;
2. ein gewisses Maß an politischer Brisanz der Themen;
3. die Offenheit für Interpretationen angesichts teils noch nicht absehbarer Folgen, teils noch nicht abgeschlossener Entwicklungen;
4. die Anwesenheit und Interventionsmöglichkeit von Experten und Zeitzeugen, die durch ihre Aussagen und Einsprüche sowohl zur Herstellung neuer Informationen, das heißt zur eigenen Quellenproduktion beitragen, als auch untereinander Streitgespräche austragen sowie
5. eine multimediale Didaktik unter direkter Beteiligung von Miterlebenden auf Bild- und Tonträgern oder durch Film- bzw. Videoaufnahmen erfasste Zeitzeugen, audiovisuelles Material sowie die neuen Medien (E-Mail, Internet etc.) sind unter anderem ihre Quellen.

Das «historisch-politische Interesse als dominantes Antriebsmoment» in einem spezifischen Mischungsverhältnis und Zeitgeschichte als «Faktor der historisch-politischen Bildung» (Matthias Peter)<sup>23</sup> werden einerseits als «wissenschaftliche Aufklärung» (Christoph Klessmann)<sup>24</sup> und Entmythologisierung verstanden, sind andererseits aber aufgrund fehlender Distanz zum Untersuchungsgegenstand angesichts der Nähe zum politischen Geschehen, einer latenten Ideologiefälligkeit und persönlicher wie kollektiver «Betroffenheit», aber auch mit Einseitigkeiten, Tendenzen und Tabus verbunden, die nur mittels Perspektivenerweiterung und größerem Abstand überwunden und aufgelöst werden können. Die Problematik der Objektivität ist eine besondere Herausforderung für alle drei Disziplinen: die Zeitgeschichte, die Politikwissenschaft und die Soziologie.

Im nationalen und gesellschaftspolitisch-ideologischen Kontext war dort eine verzögerte Institutionalisierung der Zeitgeschichte gegeben, wo Denkmuster des Historismus, des Konservatismus und der Tradition ihre Wirkungen entfalteten. Die größte Herausforderung zur Auseinandersetzung mit der Zeitgeschichte stellte sich in den jungen Demokratien nach 1945. Sie war hier integraler Bestandteil einer sich allmählich entwickelnden demokratischen Geschichtskultur. In den älteren Demokratien hingegen gewann die Zeitgeschichte früher ein eigenständiges Profil. Die bundesdeutsche

---

23 Matthias Peter, Was ist Zeitgeschichte? Begriff, Periodisierung, Aufgaben, in: Einführung in das Studium der Zeitgeschichte, hrsg. von dems./Hans-Jürgen Schröder, Paderborn – München – Wien – Zürich 1994, S. 15–40.

24 Christoph Klessmann, Zeitgeschichte als wissenschaftliche Aufklärung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage 51–52 (2002), S. 23–35.



Zeitgeschichtsforschung setzte zum Beispiel alsbald ein, war aber lange und vornehmlich auf die ›Bewältigung‹ der NS-Herrschaft festgelegt. Das ist zum gewissen Teil noch immer so. Nur zögerlich erfolgte hier eine Historisierung (1980er und 1990er Jahre). Die Zeitgeschichtsschreibung orientierte sich erst allmählich und sehr langsam zu einer vergleichend europäischen und globalisierten Zeitgeschichte, das heißt weg vom Paradigma einer deutschen Nationalhistorie hin zum westlich integrierten Teilstaat.

Mit dem Zusammenbruch des «Ostblocks» verlor eine Zeitgeschichtsinterpretation an Bedeutung, die von der Sowjetunion als permanent aggressivem und expansionistischem Bedrohungspotential ausgegangen war, die systemimmanenten Strukturdefizite und andere Gefahren wie ethnisch motivierten Nationalismus und religiösen Fundamentalismus (Islamismus, Re-Islamisierung) unbeachtet gelassen hatte.

Zeitgeschichtsschreibung ist mitunter ebenso abhängig und geprägt von den Zeitumständen wie die Politikwissenschaft und die Soziologie. Der Kalte Krieg hatte viele Tabus (Gesinnungszwänge, Souveränitätsfragen, Überwachungsstrukturen,<sup>25</sup> das Verhältnis zu Israel) erzeugt und ›heiße‹ Themen eingefroren. Das eine lebte fort, das andere brach erst mit 1989 auf. Erst sein Ende mit der weitgehenden Offenbarung der Dimension der kommunistischen Verbrechen sowie raumübergreifende und Länder vergleichende Europäisierungstendenzen der Forschung ermöglichten Erosionsprozesse gegenüber den klassisch-traditionell nationalen zeitgeschichtlichen Deutungsmustern und eine Perspektivenerweiterung im Sinne von Europäisierung, Globalisierung und Internationalisierung.

Als ›Sieger-Historiographie‹ saß die bundesrepublikanische Historiker-Zunft nach 1989/90 über Vertreter der DDR-Geschichtsschreibung zu Gericht, ein einmaliger Vorgang in den europäischen Zeitgeschichtskulturen, der in der Begriffsschöpfung der ›Abwicklung‹ von Lehrpersonal an den Universitäten seinen spezifischen Ausdruck fand. Inzwischen hat man das Geschehen kritisch reflektiert und gibt offen zu, dass dieser Vorgang alles anderes als unproblematisch war.<sup>26</sup>

Weitere Probleme teilt die Zeitgeschichtsforschung mit der Politikwissenschaft und der Soziologie: Das jenseits der öffentlichen Wahrnehmung

25 Zur Überwachungspraxis der Deutschen in den Jahren von 1968 bis 1989: Josef Foschepoth, *Überwachtes Deutschland. Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik*, Göttingen 2012, S. 213–261.

26 So Kultusministerin Wanka, in: Joachim Göres, «Man hätte manches anders machen können». 25 Jahre nach dem Umbau des DDR-Wissenschaftssystems ziehen Forscher und Wissenschaftspolitiker eine kritische Bilanz, in: *Hildesheimer Allgemeine Zeitung*, 10.7.2015, S. 8.

mit einem spezifischen Wissenschaftsjargon zu schreiben einerseits und das Dilemma, in der Konfrontation mit dem nationalen Gedächtnis «den Kürzeren» zu ziehen, andererseits. Diese Probleme verweisen auf die Unzulänglichkeit der Erfüllung des viel beschworenen «gesellschaftspolitischen Auftrags» der Zeitgeschichte.

Die Kontroverse, ob Zeitgeschichte auch (Volks-)Pädagogik sein oder sich nur auf wissenschaftlichen Anliegen konzentrieren soll, ist unentschieden. Die traditionell national konstituierten und staatlich institutionalisierten Zeitgeschichten nehmen sich trotz neuer Kommunikationsmedien im europäischen und globalen Rahmen nur wenig wahr, was womöglich auch für die Politikwissenschaft und Soziologie gelten mag.

Was Zeitgeschichte bedeutet, bleibt stets neu zu diskutieren, was am Beispiel der «Epochen-» bzw. «Zäsur»-Jahre 1989, 2001 und 2011 erkennbar geworden ist. Deutlich wurde zuletzt auch, dass der Vergleich – lange Zeit auch tabuisiert – mehr denn je eine Erkenntnis förderliche Methode ist. Damit sind auch eine Rückzugsbewegung des Nationalen und eine Hinwendung zu vergleichenden, transnationalen, europäischen und globalen Fragestellungen verbunden.

Die Ereignisse und Entwicklungen der Jahre 1989, 2001 und 2011 zu vergleichen und dann auch komparativ darzustellen, verweist auf einen Auftrag: Eine integrativ ausgerichtete, d.h. interdependente, interdisziplinäre und zugleich komparative internationale Zeitgeschichte gemeinsam mit der Politikwissenschaft und der Soziologie im fruchtbaren Austausch und koordinierten Verbund stehen auf der Forschungsagenda des 21. Jahrhunderts.

## V. Fazit

Unzweifelhaft haben alle drei behandelten Jahre (1989, 2001, 2011) weltgeschichtliche, weltgesellschaftliche und weltpolitische Bedeutung. Was die Bewertung und Gewichtung dieser Jahre als Zäsuren angeht, wird noch mit gewisser Vorsicht und nötigem Abstand zu handeln sein. Feststeht: Revolutionäre Ereignisse und Situationen waren es allemal. Die Gesellschaften öffneten sich und entwickelten sich als Informations-, Konsum- und Wissensgesellschaften weiter, was Emanzipationsprozesse von traditionellen Herrschaftspraktiken und klassischen Legitimationsmustern eröffnete. Nichts ist seither mehr heilig.

Die Landkarte Europas hat sich seit dem Jahr 1989 verändert und die der Welt ist in dessen Gefolge auch in Bewegung geraten. Grenzen fielen. Die politischen Systeme wurden heftig durchgeschüttelt und neue Formen der politischen Artikulation, Partizipation und Willensbildung jenseits der

Parteien, Regierungen und Staaten manifestierten sich. Neue Allianzen haben sich gebildet. Die beiden Supermächte als ordnungsstiftende Faktoren existieren nicht mehr. Das scheint der markanteste Unterschied zwischen 1989 und 2011.

## **VI. Rück- und Ausblick**

### **Öffnung und Schließung von Grenzen – das Jahr 2015 und das Ende von 1989**

Für Historiker/innen ist 1989, wie gesagt, ein unstrittiges weltgeschichtliches Epochenjahr. Am 19. Januar dieses Jahres sagte DDR-Staatsratsvorsitzender Honecker, die Mauer würde in 50 wie auch noch in 100 Jahren bestehen und zwar so lange, bis die Ursachen beseitigt seien, die zu ihrer Errichtung geführt hätten. Mauer, Sperrgebiete und Stacheldrähte sollten Massenflucht aus dem «Arbeiter- und Bauern-Staat» verhindern. Am 27. Juni durchschnitten Außenminister Alois Mock und sein ungarischer Amtskollege Gyula Horn letzte Reste des Eisernen Vorhangs, der ihre Länder getrennt hatte, was alle Welt den schon seit 2. Mai begonnenen ungarischen Abbau der Grenzanlagen symbolisch verdeutlichte. Am 19. August fand das legendäre «Paneuropäische Picknick» im Grenzraum nahe Šopron (Ödenburg) statt. Das für wenige Stunden geöffnete Grenztor durchschritten über 600 DDRler, die in Ungarn urlaubten. Am 30. August wurden an der deutsch-österreichischen Grenze Zeltstädte als Auffanglager für Flüchtlinge errichtet. Am 11. September gestattete Ungarn Ostdeutschen freie Ausreise ohne Reisedokumente über die ungarisch-österreichische Grenze. Die Grenzöffnung führte zur Massenflucht. Das war der erste Riß in der Mauer, wie ihn Andreas Opatka<sup>27</sup> treffend genannt hat. Am 9. November erfolgte die Öffnung des Grenzübergangs an der Bornholmerstraße in Berlin. Die Mauer sollte erst in den folgenden Wochen und Monaten fallen. Am 17. Dezember durchschnitten bei Laa an der Thaya Mock und der tschechoslowakische Außenminister Jiří Dienstbier den Stacheldrahtzaun, der ihre Staaten Jahrzehnte lang separiert hatte.

Schon 1985 trafen im Moseldorf Schengen Belgien, die Niederlande, Luxemburg, die Bundesrepublik und Frankreich ein Übereinkommen zum schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen. Der Schengen-Prozess hatte durch das Grenzöffnungsjahr 1989 einen erheblichen Verstärkereffekt erfahren. Im Zeichen der sich abzeichnen-

---

<sup>27</sup> Andreas Opatka, Der erste Riss in der Mauer. September 1989 – Ungarn öffnet seine Grenze, Wien 2009.

den EU-Osterweiterung rückte nach dem Abbau der Kontrollen an den EU-Binnengrenzen die Frage ihrer Verlagerung an die EU-Außengrenzen in den Vordergrund. Zusätzliche Vereinbarungen sollten die Behandlung von Asyl-Ansuchen und die Zusammenarbeit zwischen den einzelstaatlichen Polizeibehörden regeln. Die Schengen-Staaten führten eine gemeinsame Visum-Politik ein. Vor- und Nachgeschichte hat Andreas Pudlat exakt nachgezeichnet und dabei verdeutlicht, dass das vermittelte Bild vom «grenzenlosen Kontinent» so gar nicht stimmte. Staatsrechtlich bestanden alle Grenzen in Europa weiter fort. Nicht sie wurden abgebaut, sondern lediglich ihre Kontrollen. Der Unionsvertrag von Amsterdam (1997, in Kraft 1999) integrierte dann die Schengen-Vereinbarungen in Gemeinschaftsrecht. Der Schengen-Raum erweiterte sich ausgehend von den fünf Gründerstaaten auf fast alle Mitglieder der 28er-Europäischen Union, so dass schon von einer Erfolgsgeschichte die Rede war. Seit den 1980er-Jahren äußerten jedoch auch Bürger- und Menschenrechtsinitiativen Kritik an den Maßnahmen und ihren Folgen. Der Wegfall der inneren Grenzkontrollen ging mit der Verpflichtung einher, die Außengrenzen zum Zwecke der Fluchtabwehr und der Bekämpfung illegaler Einwanderung zu sichern.<sup>28</sup> Bis zum polnischen EU-Beitritt 2004 war beispielsweise die Ostgrenze Deutschlands, die zu Zeiten des Kalten Krieges zwischen DDR und Polen sehr scharf bewachte Oder-Neiße-Linie, eine verstärkt gesicherte Grenze. Wer sie selbst nach Ende des Ost-West-Konflikts überwinden wollte, nahm teure und kriminelle Schleuser-Unternehmen in Anspruch oder riskierte beim Grenzübertritt sogar sein Leben. Die deutsche und polnische Regierungschefin stimmten in der Bereitschaft zur Flüchtlingsaufnahme nicht überein. Der Wiener Historiker David Schriffl, ein Experte für die österreichisch-slowakische Grenze (die bis zum Prager Frühling 1968 weniger tote Grenze war, sondern für eine relativ lebendige Nachbarschaft stand<sup>29</sup>), vertritt die These, dass die heutige Trennlinie in der Flüchtlingsfrage zwischen West- und Mittel-Osteuropa mit dem alten Verlauf des Eisernen Vorhangs quasi identisch sei. Die nicht ohne Zufall inzwischen in Warschau angesiedelte EU-Grenzschutzagentur FRONTEX ist durch ihre sehr problematische Zurückdrängungsmaßnahmen von Flüchtlingsbooten auf hoher See in Verruf. Sie soll jetzt in einer neuen Mission die Grenze zwischen Griechenland, Mazedonien, Albanien und Serbien besser absichern. Der «ara-

28 Andreas Pudlat, Schengen. Zur Manifestation von Grenze und Grenzschutz in Europa, Hildesheim – Zürich – New York 2013 (Historische Europastudien, 7).

29 David Schriffl, Tote Grenze oder lebendige Nachbarschaft? Österreichisch-Slowakische Beziehungen 1945–1968 (Zentraleuropastudien, 17), Wien 2012.

bische Frühling» im Jahre 2011, dem kein Sommer folgte, und der Krieg in Syrien beschleunigten die Fluchtbewegungen aus Nordafrika und dem Nahen Osten. Mittelmeer und Balkanrouten dienten als Fluchträume gut organisierter Schlepperbanden. Die italienische Insel Lampedusa ist bereits zuvor ein negativer Gedächtnisort für ein Europa geworden, das versagt hat und an seinen Außengrenzen zur Eindämmung der Flüchtlingsströme außer Stande ist. Am EU-Sondergipfel am 25. Oktober 2015 in Brüssel warnte Sloweniens Regierungschef Cerar: «Europa steht auf dem Spiel, wenn wir nicht alles tun, was in unserer Macht steht, um gemeinsam eine Lösung zu finden.»<sup>30</sup> Von einer «Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik» war man seitens der EU-Staaten jedoch einmal mehr meilenweit entfernt. Die Aufrufe von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zur besseren Zusammenarbeit der EU-Staaten hatten kaum verfangen. Neuankömmlinge in EU-Staaten sollten nun biometrisch registriert und Flüchtlinge, die keinen internationalen Schutz benötigen, so schnell wie möglich in ihr Heimatland abgeschoben werden. An Rückführungsabkommen wurde fieberhaft gearbeitet. Die Türkei sollte dafür sorgen, den Zustrom von Flüchtlingen aus verschiedenen Herkunftsstaaten nach Europa zu verringern, hatte aber indes bereits zum Teil ihre Grenzen geschlossen. Angestoßen von Österreich, war die Einführung von «Obergrenzen» für die Aufnahme von Flüchtlingen in Europa ein Thema. Die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 gestattet jedoch keine solche Regelung, selbst wenn der Aufnahmestaat Flüchtlinge nicht mehr unterbringen, versorgen oder schützen kann. Alternativ wurde daher bereits daran gedacht, nach Erreichen eines solchen Limits zwar Aufnahmen zu gewährleisten, aber die Asylantragsbearbeitung zu sistieren, um Familiennachzug zu verhindern. Direkte Abweisungen an den Grenzen oder deren weitere Absperrungen waren Teil einer hektisch und überforderten Politik der europäischen Nationalstaaten, die der EU keine weiteren Kompetenzen abtreten wollen. Für Historiker/innen dürfte mit 2015 eine Zäsur gegeben sein: Die Antwort auf die Flüchtlingskrise mit neuen Stacheldrahtzäunen läutete das Ende einer Entwicklung ein, die mit 1989 für offene Grenzen stand.

---

30 Verzweifelte Suche nach Lösungen, in: Die Welt, 25.10.2015.

## 1989 – 2001 – 2011:

### Folgerungen für den Begriff der weltgeschichtlichen Zäsur

MICHAEL CORSTEN

**W**er in der Soziologie die Frage nach geschichtlichen Zäsuren stellt, ist auf der Suche nach Lösungen für das Problem, gesellschaftliche Entwicklung zu beschreiben. Genauer geht sie oder er davon aus, dass sich mit der Feststellung einer geschichtlichen Zäsur ein Hinweis auf gesellschaftlichen Strukturwandel gemeldet hat. Damit wird der soziologischen Theorie jedoch die Aufgabe zugerechnet, wenn nicht gar zugemutet, Gesellschaften als Makroformationen zu unterscheiden, und das bedeutet letztlich, von gesellschaftlichen Gesamtstrukturen zu reden.

Dies ist auf der einen Seite aus mehreren (und verschiedenartigen) Gründen schwierig, und führt auf der anderen Seite gerade in den Einschätzungen der Gesellschaftsanalyse durch andere Disziplinen (wie der Politik- oder Geschichtswissenschaft) zu Missverständnissen.

Daher möchte ich im Lichte der vorliegenden Beiträge nochmals verdeutlichen, worin ein soziologischer Zugang zur Problematik historischer, insbesondere weltgeschichtlicher Zäsuren bestehen könnte und dabei einerseits die Unterschiede zu den Zugängen über die Konzepte der Revolution und der Demokratisierung herausarbeiten und andererseits die hier versammelten empirischen Befunde in Beziehung setzen zu dem in meinem Eingangsbeitrag skizzierten Theorem der weltgesellschaftlichen Strukturtransformation.

Die wesentliche Differenz des Begriffs der weltgesellschaftlichen Strukturtransformation zu den hier alternativ erörterten Konzepten der Revolution oder der Demokratisierung besteht darin, dass Revolutionen oder Demokratiewandel gesellschaftliche Strukturtransformationen bedeuten können, aber nicht müssen. Gesellschaftliche Strukturtransformation ist somit abstrakter und hinsichtlich der möglichen Erscheinungsformen umfassender gedacht. Revolutionen und Demokratisierungsprozesse können scheitern und deshalb keinen Strukturwandel hervorrufen, sie können sogar gelingen, aber damit gerade für eine Strukturreproduktion bzw. eine Fortsetzung weltgesellschaftlicher Konstellationen sorgen. Daran zeigt sich auch sofort, dass Demokratisierung und Revolution tendenziell lokal – für eine bestimmte Region, für ein Territorium gedacht ist. Die Frage der gesellschaftlichen Strukturtransformation und damit einhergehend

die Bestimmung von historischen Zäsuren kann aber für die moderne oder spätmoderne Gesellschaft nur noch weltgesellschaftlich behandelt werden. Über verschiedene soziologische Theorieansätze hinweg wird die mit Neuzeit (etwa Renaissance) einsetzende moderne Gesellschaft an der Ausdifferenzierung funktionaler Teilsysteme bestimmt. Diese Teilsysteme, wie die Wirtschaft, das Rechtssystem, die Politik, die Wissenschaft bis hin zur massenmedialen Öffentlichkeit bilden eigene Logiken (Regelmechanismen) aus. Und diese Regelmechanismen gelten eben nicht nur territorial begrenzt, sondern diffundieren über nationale Grenzen hinweg und wirken weltgesellschaftlich. Die Funktionssysteme der modernen Gesellschaft universalisieren sich: Weltwirtschaft, Weltpolitik, Weltöffentlichkeit, Weltrecht, Weltkultur, und so fort. Genau das bedingt die Schwierigkeit weltgesellschaftliche Veränderungsprozesse als Gleichzeitigkeit von Dynamiken der Differenzierung und des wechselseitigen Zusammenspiels zu erfassen. Weltgesellschaft meint dann eine (vorübergehend) andauernde Konstellation des Zusammenspiels der differenzierten Kräfte der Weltwirtschaft, des Weltrechts, der Weltpolitik oder des Weltrechts und deren Dynamiken. Revolutionen können dann krisenhafte Übergänge, Demokratisierungen weltpolitische Strukturänderungen innerhalb von weltgesellschaftlichen Konstellationen bedeuten. Der Begriff weltgesellschaftliche Konstellation beschreibt daher so etwas wie den Wirkungsbereich einer Gravitation, in dem unterschiedliche Elemente (Staaten, Organisationen, Bewegungen, Unternehmen, Erwerbspersonen, und so fort) in verschiedenen Dimensionen (Wirtschaft, Politiksystem, Recht, Öffentlichkeit) aufeinander einwirken. Wenn somit vom Zeitraum 1945 bis 1990 gesagt wird, dass es sich um die Zeit der Konkurrenz der Blockmächte gehandelt hat, so bedeutet dies, dass die differenzierten weltgesellschaftlichen Dynamiken durch die Konkurrenz der Blöcke über ein Orientierungszentrum verfügten, auf das sich alle beziehen konnten, wenn auch auf je unterschiedliche und eigene Weise.

Weil aber die weltgesellschaftlichen Funktionssysteme sich in wechselseitiger Interdependenz befinden, kann ein an einer Stelle der Konstellation, womöglich auch noch ein an einem kleinkarierten Ort unbedacht gestammelter Satz (zum Beispiel «Nach meiner Kenntnis gilt [...] ist das [...] sofort [...] unverzüglich») trotz seines lokal begrenzten Ursprungs und seiner scheinbaren Beiläufigkeit eine weltgesellschaftliche Zäsur einläuten, weil er aufgrund einer spezifischen Qualität rhizomartig in die in sich differenzierte Konstellation der Weltgesellschaft hineinwuchert und sie von innen auf unterschiedlichen Ebenen angreift und vielfältige Prozesse auslöst, die die Konstellation in ihrem Zusammenspiel implodieren lässt.

Daher wird die Soziologie an der Frage festhalten, was Kandidaten weltgesellschaftlicher Zäsuren, wie 1989, 2001 oder 2011, jenseits ihres möglichen Charakters als Revolution oder Demokratisierung an gesellschaftlichen Strukturtransformationen herbeigeführt haben. Und dabei teilt die soziologische Betrachtung vordergründig die Befunde der Geschichts- und Politikwissenschaft: 1989 – unbestrittene Zäsur; 2001 und 2011 mit Fragezeichen. Aber die Soziologie leitet solche Befunde auf andere Weise her; und sie relativiert sie auf je spezifische Art. Dabei fühlt sie sich durch die konkreten empirischen Anhaltspunkte, auch von denen, die hier in den einzelnen Beiträgen versammelt wurden, bestätigt.

Die Jahre zwischen 1989 und 1991 markieren eine welthistorische Zäsur, weil in diesem Zeitraum revolutionäre Strömungen (insbesondere in Mittel- und Osteuropa, aber auch in China) auf die weltgesellschaftliche Konstellation einwirkten und Demokratisierungsprozesse auslösten. Aber dies allein hätte weder eine Zäsur noch eine Strukturtransformation in der weltgesellschaftlichen Konstellation ausgelöst, die sich zwischen 1945 und 1985 etabliert hatte. Denn: Bereits die mit Gorbatschow angestoßenen Reformen in der Sowjetunion (Glasnost, Perestroika) können als Ansätze der Demokratisierung verstanden werden, und diese gingen einher mit durchaus revolutionären Bewegungen in einigen mittel- und osteuropäischen Ländern, die teils zuvor (Polen, Ungarn, CSSR), teils im Anschluss an den Versuch einer inneren Demokratisierung des Sowjetsystems erfolgten.

Aus soziologischer, genauer gesellschaftstheoretischer Sicht entscheidend ist aber die strukturelle Änderung, die durch den Zusammenbruch des Sowjetsystems in der weltgesellschaftlichen Konstellation entstanden ist. Und diese bewegte sich nicht nur auf der politischen Ebene. Das heißt: sie bewirkte nicht nur einen (politischen) Machtverlust des sozialistischen Einparteien-Zentralismus, sondern dieser ging einher mit strukturellen Wandlungen im Wirtschaftssystem (Ende der Zentralverwaltungswirtschaft), im Rechtssystem (Ausdifferenzierung formaler Rechtsstaatlichkeit und unabhängiger Verfassungsorgane) und in der Öffentlichkeit. Die strukturelle Transformation bestand somit darin, dass innerhalb eines kurzen Zeitraums den funktional ausdifferenzierten Systemen «westlichen» Musters die systemisch konkurrierenden Pendanten verloren gegangen sind, und zwar auf nahezu allen Ebenen. Und dies bedeutete nicht nur eine territoriale Ausdehnung ausdifferenzierter Funktionssysteme auf Osteuropa, sondern den systematischen Wegfall von ökonomischen, rechtlichen, öffentlichen, politischen und kulturellen Alternativstrukturen in der Weltgesellschaft. Der aus dem Kalten Krieg hervorgegangene Dualismus der Systemkonkurrenz hatte sich (quasi von selbst) aufgelöst.



Fundiert wurde diese weltgesellschaftliche Strukturtransformation vor allem in der Änderung der konstitutionellen (oder konstitutiven) Grundlagen des Wirtschaftens, des Rechts, der Politik und der kulturellen Öffentlichkeit (Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, freie Meinungsäußerung). Auf der Ebene der beobachtbaren Demokratisierungsprozesse, wie Marianne Kneuer sie feststellt, zeigt sich dies in Form einer merklichen Verschiebung ehemals sozialistischer Einparteien-Diktaturen in Richtung formell demokratisch verfasster Gesellschaften. Diese Verschiebungen sind (jedoch bis heute) nicht in allen ehemaligen sozialistischen Staaten angekommen, vor allem nicht in den Folgestaaten der Sowjetunion und auch in Russland selbst.

Aber auch wenn es nicht zu einem völligen Gestaltwandel in sämtlichen postsozialistischen Gesellschaften gekommen ist, so ändert dies nichts an der grundlegenden Strukturtransformation der weltgesellschaftlichen Konstellation. Es bedeutet lediglich, dass der Wegfall der Systemkonkurrenz nicht notwendigerweise politische Demokratisierung, ökonomische Liberalisierung und kulturelle wie zivilgesellschaftliche Modernisierung in allen postsozialistischen Gesellschaften nach sich zieht. Soziologisch interessant daran ist vor allem die Persistenz von strukturellen Residuen der sozialistischen Gesellschaftsformation, wie sie sich etwa im Überleben alter Organisationsstrukturen in Unternehmen, in den politischen Mentalitäten oder in den Formen der Rekrutierung (insbesondere der Eliten) zeigen. Bemerkenswert ist, wie Holger Herma in diesem Band am Beispiel der 1989er zeigt, dass die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse nach dem Systemumbruch keine signifikanten neuen Generationen hervorgebracht haben, vor allem nicht in den postsozialistischen Gesellschaften. Dort lässt sich eher ein Abarbeiten an den Generationen der alten Systemopposition (der Dissidentenkultur) beobachten. Die «Mentalitäten» sind insofern durch residuale Strukturelemente gekennzeichnet als Leitdifferenzen der politischen Kultur und der alten Positionierungssysteme nach wie vor in den «Köpfen» der Gesellschaft stecken. Auf einer anderen Seite können die postsozialistischen Gesellschaften jedoch auch auf sehr unterschiedliche Weise an Traditionen vor dem Sozialismus anknüpfen, und differieren daher durchaus in institutioneller Hinsicht. Das macht die weltgesellschaftliche Konstellation nach dem Fall des Eisernen Vorhangs vor allem mit Blick auf das Territorium Mittel- und Osteuropa unübersichtlich, wenn nicht sogar schwer berechenbar. Aber auch deshalb befinden wir uns seit 1989 in einer weltgesellschaftlich neuen Konstellation. Und genau das macht 1989 zur historischen Zäsur.

An den Jahren 2001 und 2011 veranschaulicht sich – auch aus soziologischer Sicht – etwas anderes. Wir beobachten die Widerstandsfähigkeit

einer durch religiöse Radikalisierung gestützten Gegenbewegung zu den kulturellen, ökonomischen, politischen und rechtlichen Hegemoniebestrebungen der funktional ausdifferenzierten Weltgesellschaft. 2001 markiert dabei ein kollektives Trauma der ‹westlich interpretierten› Weltgesellschaft, 2011 die Formierung öffentlichen Protestes, der durchaus paramilitärische, revolutionäre Bewegungen hervorgerufen hat, deren je spezifische Ausrichtung und Ursachen ähnlich unübersichtlich bleiben wie die persistenten Residuen postsozialistischer Gesellschaften.

Daher kann aus der hier eingenommenen soziologischen Perspektive Marianne Kneuers und Michael Gehlers Bestandsaufnahmen insofern Recht gegeben werden, als 1989 zwar eine historische Zäsur gewesen ist, aber wir danach keine lineare geschichtliche Entwicklungen beobachten können hin zu einer zunehmenden Verwestlichung der Gesellschaften oder zu einer ansteigenden Demokratisierung der politischen Systeme auf globaler Ebene. Die neue weltgesellschaftliche Konstellation ist somit zunächst vor allem durch eine Leerstelle gekennzeichnet, die von der Implosion des Sowjetsozialismus und seiner Satelliten, nicht zuletzt auch in arabischen Gesellschaften Nordafrikas und des Nahen Ostens, ausgegangen ist. Bemerkenswert ist dabei, dass auch wirkmächtige weltpolitische Beschreibungen eher negative Bestimmungen der globalen Konstellationen vorlegt haben, wie etwa Samuel Huntington mit seiner Diagnose des ‹Clash of Civilizations›. Die politischen Prognostiker der USA als führender Weltmacht fühlten sich bereits Mitte der 1990er Jahre beunruhigt angesichts einer unübersichtlicher werdenden und neu zu bestimmenden Weltlage. Und diese Unruhe bewahrheitete sich gewissermaßen mit 9/11 als erste kollektiv-traumatische Erfahrung der Verwundbarkeit einer Weltmacht, die seitdem die Sicherheit im Zentrum des eigenen Territoriums in Frage stellt. Die mit 9/11 verbundene Gefahr eines transnationalen Terrorismus hat alle westlichen Gesellschaften aufgerüttelt und die Leitorientierungen der Sicherheitspolitik und die Strukturen der Sicherheitsmaßnahmen erheblich verändert. Dies zeigt auch der Beitrag von Quisthoudt-Rowohl und der diesbezügliche Kommentar von Gehler. Aber weder waren in Bezug auf 9/11 die Reaktionen des Westens eindeutig und einheitlich, noch resultierte daraus eine stabil neu formierte Konstellation der Weltgesellschaft. Eher umgekehrt hat 9/11 zu einer weiteren Unübersichtlichkeit und neue Ungewissenszonen in den gesellschaftlichen Verhältnissen geführt.



# Von Strukturen und Prozessen, Revolutionen und Transformationen

## Ein fiktives sokratisches Gespräch

MARIANNE KNEUER

**R**evolutionen können Zäsuren sein, müssen es aber nicht. Zäsuren können Medienereignisse sein, müssen es aber nicht. Schließlich: In ihrem Ausmaß veritable weltgeschichtliche Zäsuren können die Entwicklung von Demokratie beeinflussen, müssen es aber nicht. Die hier versammelten Beiträge sind daher als Annäherungen zu verstehen, die unter *einem* Gesichtspunkt mögliche Zäsuren bewerten: die Revolution, die mediale Aufbereitung und die Demokratieentwicklung.

Und freilich sprechen hier nicht *die* Geschichtswissenschaft, Soziologie oder Politikwissenschaft, denn in diesem Falle müssten wir uns statt der Frage der Zäsuren eher der Diskussion widmen, ob es eben *die* Politikwissenschaft etc. überhaupt gibt. Da dürften Zweifel angebracht sein. Sozialwissenschaftliche Ansätze streben danach, über die Beschreibung von Phänomenen hinaus Erklärungen zu finden – für Strukturen, Prozesse und Inhalte, deren Entstehung, Funktionieren und Veränderung. Je nach theoretischer Basis gleichwohl können diese Erklärungsansätze auch innerhalb der Disziplinen sehr unterschiedlich ausfallen. Der *structure-agency*-Gegensatz stellt hier nur einen groben Antagonismus dar, der sich differenziert auffächert. Dies gilt bereits, wenn man nur den deutschen Kulturkreis betrachtet. Nimmt man eine breitere Perspektive ein, so lässt sich zumindest für die Politikwissenschaft feststellen, dass unterschiedliche Kulturräume durchaus in ihrem Verständnis von Politik differieren. So war die deutsche Politikwissenschaft lange eher institutionenorientiert, während etwa die us-amerikanische Disziplin eine stärker prozessual ausgerichtete Rationale spiegelt. Dies könnte man für weitere Regionen fortsetzen.

Für die Politikwissenschaft wird allein die Definition ihres Gegenstandes zu einem Abenteuer im Längsschnitt, denn Alles beginnt mit den Urahnen Platon und Aristoteles. Inspiriert, wenngleich nicht geleitet von Platon, werde ich mich deshalb mit Michael Corsten und Michael Gehler in ein fiktives Gespräch im – ursprünglich! – sokratischen Sinne begeben.<sup>1</sup> Am Anfang steht noch der reelle Platon mit der Sentenz 14: «Die größte Veränderung im Lauf der Welt und ihre Folgen».<sup>2</sup>

---

1 Dazu verwende ich natürlich Originalstellen aus den Texten dieses Bandes.

2 Platon, Sämtliche Werke, Bd. 5: Politikos, Philebos, Timaios, Kritias, Hamburg 1983, S. 26 f.

FREMDER: Daß nämlich die Bewegung des Ganzen bisweilen nach der Seite, wohin es sich jetzt dreht, sich bewegt, bisweilen nach der entgegengesetzten.

SOKRATES D. J.: Wie doch eigentlich?

FREMDER: Diese Veränderung muss man von allen Umwendungen, welche sich am Himmel ereignen, für die größte und vollständigste halten.

SOKRATES D. J.: Das scheint allerdings.

FREMDER: Das ist auch zu glauben, daß alsdann die größten Veränderungen entstehen für uns, die wir innerhalb desselben wohnen.

SOKRATES D. J.: Auch das ist wahrscheinlich.

FREMDER: Viele wichtige und mannigfaltige Veränderungen aber, welche zusammentreffen, wissen wir nicht, dass die Natur der Lebenden diese nicht leicht erträgt?

SOKRATES D. J.: Wie sollen wir das nicht?

FREMDER: [...] dieses aber ist das größte und begleitet die Umwälzungen des Ganzen notwendig alsdann, wenn die der bisher bestehenden entgegengesetzte Richtung eintritt.

*1989, Revolutionen und Demokratie (im Dialog mit Michael Gehler)*

KNEUER: Mir scheint, du hältst es mit Aristoteles, der meinte, Revolutionen setzten eine mangelhafte Ordnung an die Stelle der anderen. Seine Theorie der Revolution, die mache lange Zeit für die einzige vollentwickelte hielten, zielt darauf, die richtigen Mittel und Wege zu finden, um Veränderung zu verhindern. Deswegen suchte er nach der am wenigsten unausgeglichenen Ordnung, um den status quo aufrecht zu erhalten.

GEHLER: 1989 bedeutete Freiheitserringung [...] nicht automatisch Demokratiesicherung und Rechtsstaatsgarantie. So ergaben sich neue Spannungsfelder: einerseits die Diskrepanz zwischen politischer Veränderung und wirtschaftlicher Neugestaltung, andererseits das Dilemma zwischen rascher institutioneller Reform im staatlichen Bereich und zäher Demokratisierung des politischen Lebens.

KNEUER: Was kritisierst du? Dass die Menschen auf die Straßen gegangen sind, um sich gegen repressive Regime aufzulehnen? Oder kritisierst du die Eliten, die nach der Revolution die politischen Geschicke in die Hand nahmen? Was ist deine Analyseebene? Sind es die politischen Eliten oder die protestierende Bevölkerung? Differenzierung tut not.

GEHLER: (*Die Folgen*) Nach Ausbleiben rascher Freiheitserfolge mündete vieles in die ebenfalls nicht schnell einlösbare Gleichheitsforderung. Diese doppelte Enttäuschung führte viele Menschen in den postkom-

munistischen Gesellschaften zu neuer politischer Gleichgültigkeit und Agonie sowie zur Wiederentdeckung der Nische des Privaten oder sozialistischer Nostalgie («*Ostalgie*»).

KNEUER: Zunächst muss man feststellen, dass es sehr wohl Freiheitserfolge gab, die nicht klein geredet werden sollten: Nach dem Freiheitsindex von Freedom House erhöhte sich der Anteil der freien Länder von 1988 (36%) auf heute 46%. Polity IV misst sogar 57% Demokratien. Von den dreißig Staaten des ehemaligen realsozialistischen Bereichs können nach dem Freedom House Index fünfzehn als frei bezeichnet werden können, acht als teilweise frei (*partly free*) und sieben als nicht frei. Freiheitserfolge sollten schon allein deswegen nicht niedrig eingeschätzt werden, da sie den Bürgern erlauben, ohne Repression und Einschränkungen ihrer Freiheitsrechte zu leben.

GEHLER: Die in der Fritteuse erfolgte Demokratisierung der postkommunistischen Gesellschaften reichte nicht aus, um die im real existierenden Sozialismus entstandenen Gewohnheiten und Mentalitäten zu überwinden, die Legitimation neuer Institutionen zu gewährleisten und die konstitutionelle Balance zu halten. Die Demokratisierungsfritteuse zerschellte an den Mentalitätsklippen. Daraus resultierten Stabilisierungs-, Konsolidierungs- und Identitätskrisen.

KNEUER: Das Bild von der Fritteuse geht fehl. Die überwiegende Mehrheit der Bürger in den ehemals realsozialistischen Staaten – so der World Value Survey – befürwortet Demokratie und gibt an, dass es ihnen wichtig ist, dass ihr Land demokratisch regiert wird/regiert würde. Der Wunsch nach demokratischen Zuständen ist ungebrochen. Richtig ist freilich auch, dass viele Bürger von ihren konkreten Regierungen enttäuscht sind, aber das deutet wiederum auf die problematische Rolle politischer Eliten hin – nach der Revolution von 1989.

Von der Fritteuse zur Transformationsforschung: Die Konsolidierung neu etablierter Demokratien ist ein langfristiger Prozess, bei dem demokratische Werte, Verhalten und Verfahren erfahren, eingeübt und internalisiert werden müssen. Das braucht Zeit. In der Bundesrepublik haben wir diese Erfahrung nach 1945 ebenfalls gemacht. Die Verfestigung demokratischer Einstellungen dauerte, manchmal auch mehr als eine Generation, zumal im Vergleich zur nationalsozialistischen Indoktrination die realsozialistischen Regime erheblich länger bestanden.

Aber nochmals zurück auf 1989: Handelt es sich um eine Zäsur?

GEHLER: Es steht zweifelsfrei fest, dass das Jahr 1989 eine Zäsur darstellt, wenn man einmal von den naheliegenden unmittelbaren revolutionären

Ereignissen des Zusammenbruchs des real existierenden Sozialismus in Mittel-, Ost- und Südosteuropa absieht. [...] Das Jahr 1989 ist in jedem Fall ein europäisches Epochen- und Zäsurjahr, welches auch weltpolitische Konsequenzen nach sich zog, weil es das Ende der bipolaren Welt und den Ausgangspunkt für eine multipolare Welt signalisiert.

KNEUER: Ist das Jahr 1989 aus deiner Sicht nun eine Zäsur, weil es eine Revolution gab oder trotz der Tatsache, dass es eine Revolution gab? Welchen Stellenwert hat die Revolution für die Einordnung als Zäsur? Was können wir dazu aus der Geschichtswissenschaft lernen?

Die Einordnung weltgeschichtlicher Zäsuren geht letztlich immer auf die Ausgangsfrage zurück: Was ist eine Zäsur? Die Beantwortung dieser Frage wiederum hängt von den Kriterien und Merkmalszuschreibungen ab, die dem Konzept Zäsur inhärent gedacht werden. Das Interpretationsangebot, das Michael Gehler macht, ist stark ereignisorientiert. Die Revolution als Kristallisationspunkt einer Zäsur taugt dabei durchaus. Ihre Bedeutungsmächtigkeit – Michael Gehler hat Recht, wenn er vor einer Mythologisierung von Revolutionen warnt – kann auch ein lokal begrenztes Ereignis zu einer weltgeschichtlichen Zäsur machen – das gilt für 1789 wie für 1989.

*Medien, Weltereignisse und Zäsuren (im Dialog mit Michael Corsten)*

KNEUER: Und wie sieht es mit deiner These aus, Weltereignisse seinen Weltmedienereignisse? Wir haben gehört, dass man verschiedene Ereignistypen von Weltereignisse unterscheiden kann: natürliche Weltereignisse, welthistorische Ereignisse, geplante Weltereignisse und Medienereignisse. Das zentrale Kriterium dafür, dass ein Ereignis Weltbedeutsamkeit erlangt, sei die mediale Verbreitung an potentiell alle Weltbewohner sowie deren Empfinden eines Neuheitswerts. In deiner Darstellung wird deutlich, dass du nicht durchweg zufrieden bist mit dieser Klassifizierung, die auf Rudolf Stichweh zurückgeht. Und dieser Einschätzung würde ich folgen. Die vier Typen ordnen auf den ersten Blick recht gut, was ein Weltereignis sein kann, lassen aber auch Fragen offen. So sind Olympiaden zweifelsohne geplante Weltereignisse; es fragt sich aber, warum manche Olympiaden stärker im globalen Gedächtnis bleiben, also damit mehr Weltbedeutung erlangen, als andere. So etwa die Olympiade von 1936 in Berlin oder die von 1980 in Moskau. Offensichtlich gibt es zusätzliche, sozusagen qualitative Unterscheidungsmerkmale, und diese lassen sich nicht allein auf die mediale Verbreitung zurückführen, denn diese war 1936 eindeutig in geringerem Maße gegeben als 1980 oder heute. Mediale Verbreitung, darüber dürfte Konsens bestehen, ist sicherlich eine notwendige Bedingung zur Konstruktion eines Welter-

eignisses, aber weitere Faktoren müssen eine Rolle spielen. Also lass zu den Zäsuren kommen.

CORSTEN: Die Anwendung des Begriffs Zäsur auf 1989 kann als unstrittig angesehen werden. Interessanterweise trifft auf 1989 aber auch der Begriff des Weltmedienereignisses sensu Morgner zu. Erstens handelt es sich bei 1989 (teils auch für 1991) um den Sachverhalt der doppelten Unterbrechung. 1989 unterbricht nicht nur im Sinne einer Zäsur den Lauf der Weltgeschichte, sondern wurde auch in den Medien als Unterbrechung des Laufs der Medienkommunikation kommuniziert. Die Medien unterbrachen das Programm nicht nur, um direkt das Geschehen an den innerdeutschen Grenzen «live» zu zeigen, sondern begleitend dazu wurden die Reaktionen (Befindlichkeiten) aus bedeutenden Hauptstädten der Welt (London, Paris, Moskau, New York) zugeschaltet und kommentiert. [...] Das Datum 1989 ließe sich somit auch als enge Verknüpfung von welthistorischer Zäsur und Weltmedienereignis interpretieren. [...]

Was für den 11. September 2001 sicherlich zutrifft, ist sein Charakter als Weltmedienereignis – womöglich sogar das Weltmedienereignis in der bisherigen Geschichte überhaupt. Kaum ein anderes Ereignis zuvor hat wie dieses die Routinen der gesellschaftlichen Normalitätsfiktion und den Lauf der Medien auf so eindrückliche Weise unterbrochen. [...] Umstritten ist dagegen, ob vom Alleinstellungsmerkmal als Weltmedienereignis tatsächlich auch welthistorische Bedeutung ausgegangen ist.

KNEUER: Bei 1989 und 2011 sind wir uns einig. Bei 2001 hast du allerdings Zweifel. 2001 sei auf jeden Fall ein Weltmedienereignis, aber es gebe wenig Anzeichen für eine Zäsur. Es lägen nur gewisse Veränderungen vor, aber keine strukturellen. Hier möchte ich widersprechen. Ich sehe mehr als «gewisse Veränderungen». Worin bestehen diese? Zunächst ist zu konstatieren, dass die US-amerikanische Außenpolitik nach 2001 einen signifikanten Wechsel durchlaufen hat. Während das erste Jahrzehnt nach 1989 von der – teils etwas orientierungslosen – Suche nach der «Neuen Weltordnung» geprägt war, von der für die USA klar war, dass sie sie zu entwerfen hätten, war diese Phase der strategischen Ungewissheit und der weltpolitischen Unübersichtlichkeit 2001 beendet. Mit dem Kampf gegen den Terrorismus konnten die USA das übersichtliche Schwarz-Weiß-Schema von Gut und Böse wieder errichten. Die manichäische Falle, so der USA-Historiker Detlef Junker, schnappte wieder zu.<sup>3</sup> Die Regierung unterteilte die Welt in die Koalition der Willigen und die Achse der Bösen. Zugleich hatte diese Politik der USA und der westlichen Welt erhebliche Implikationen für die nicht-westliche Welt – sie-

---

3 Vgl. Junker, *Power and Mission: was Amerika antreibt*, Freiburg im Breisgau 2003.



he Afghanistan, Iran und die Wirkung auf den arabischen Raum. Aber nicht nur das: Nachdem im ersten Jahrzehnt nach 1989 der Enthusiasmus über den Siegenzug der Demokratie geherrscht hatte, wurde – sehr wahrscheinlich auch als Reaktion auf die Interventionen der USA – ein Erstarren autoritärer Systeme erkennbar.

Eine weitere signifikante Veränderung bewirkte 2001 auf kulturell-gesellschaftlicher Ebene: nämlich eine kulturell-religiöse Aufladung. Man kann über die Thesen, die Samuel Huntington in seinem Aufsatz von 1993 – ausführlicher in seinem Buch von 1996<sup>4</sup> dargelegt – freilich streiten. Seine Hypothese lautete, dass die künftigen Konflikte nicht ideologischer oder wirtschaftlicher, sondern kultureller Natur sein würden. Die Kampflinien der Zukunft, so Huntington, verliefen zwischen Zivilisationen. Über diese Thesen ist in der Politikwissenschaft ebenso wie in der Politik intensiv und kontrovers diskutiert worden. Nichtsdestotrotz ist zweifelsohne seit 2001 eine zunehmende religiös-kulturelle Aufladung zu beobachten, die in der westlichen Welt neue Fragen aufgeworfen hat im Hinblick auf den Umgang mit Aspekten wie Meinungsfreiheit, Medienfreiheit, Religionsfreiheit und dem Schutz menschlicher Würde – also *nota bene* – fundamentale Grundrechten. Die Priorisierung dieser Grundrechte wird – das ist offensichtlich – in verschiedenen Orten und Regionen der Welt nicht nur unterschiedlich interpretiert, sondern diese unterschiedlichen Interpretationen werden konfliktiv ausgetragen, polarisieren die «Weltgesellschaft». All dies ist, Grund genug zu sagen, dass 2001 nicht nur politisch, sondern auch gesellschaftlich-kulturell eine signifikante Veränderung herbeigeführt hat.

CORSTEN: Die wesentliche Differenz des Begriffs der weltgesellschaftlichen Strukturtransformation zu den hier alternativ erörterten Konzepten der Revolution oder der Demokratisierung besteht darin, dass Revolutionen oder Demokratiewandel gesellschaftliche Strukturtransformationen bedeuten können, aber nicht müssen.

Kneuer: Du hast recht: Revolutionen und Demokratisierungsprozesse können scheitern und deshalb keinen Strukturwandel hervorrufen, ebenso können sie gelingen und damit gerade für eine Strukturreproduktion bzw. eine Fortsetzung weltgesellschaftlicher Konstellationen sorgen. Das ist eine Begründung dafür, dass die Zeitmarke 1989 als Zäsur für die Demokratieentwicklung eingeordnet werden kann, 2011 dagegen nicht. Fraglich ist jedoch deine Annahme, dass Demokratisierung und Revolution tendenziell lokal – für eine bestimmte Region, für ein Territorium

---

4 Samuel Huntington, *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*, London – Sydney 1996.

gedacht ist. Das kann – muss aber nicht – auf Revolutionen zutreffen. Die demokratische Revolution von 1989 war gleichwohl zweifelsohne mehr als ein lokales Phänomen, sondern eben eines, das auf der globalen Ebene wirkte: und zwar nicht nur bei der Etablierung von Demokratie als Herrschaftsform, sondern eben auch in der Diffusion demokratischer Werte und Normen, also der Idee der Demokratie.

Was dein Argument entlang der Strukturtransformation angeht, kann dieses mich vollends überzeugen. Es müssen strukturelle Änderungen stattgefunden haben, damit an von einer Zäsur sprechen kann. Wie lassen sich dann aber die von dir ebenfalls identifizierten Prozesslogiken einordnen? Wie passen in einen strukturalistischen Erklärungsansatz Prozesse? Zugespitzt könnte man fragen: Was ist es nun: Struktur oder Prozess? Und wenn man die Prozessebene einbezieht: Wo bleiben dann konkret die Akteure? Ich vermute, dass du Struktur und Prozess bzw. Akteure zusammen denkst, es aber nicht theoretisch explizit machst. Für die Theoriebildung plädiere ich – und dies gilt nicht nur für die Demokratisierungs- oder Transformationsforschung, sondern generell für die sozialwissenschaftliche Theoriebildung – für eine Überwindung jenes Antagonismus, also für einen integrierenden Ansatz, bei dem beide – Struktur und Akteur – ihre Erklärungskraft entfalten können.

CORSTEN: Zäsuren verweisen auf Neujustierungen von Kräfteverhältnissen in der Weltgesellschaft, und zwar einerseits innerhalb der Systeme Weltwirtschaft, der Weltpolitik, des Weltrechts und der Weltkultur sowie andererseits einer spezifischen Formation von strukturellen Kopplungen zwischen diesen Weltsystemen. Zäsuren sind dann im starken Sinn Grenzmarkierungen weltgeschichtlicher Periodisierung.

KNEUER: Neujustierung von Kräfteverhältnissen ist eine zutreffende definitorische Beschreibung von Zäsuren und damit eine befriedigende Antwort auf unsere Leitfrage nach der Natur von Zäsuren. Damit wir von einer Zäsur sprechen können, bedarf es einer Neujustierung von Kräfteverhältnissen, welche einwirkt auf die verschiedenen und miteinander gekoppelten Systeme von Weltgesellschaft, Weltpolitik, Weltwirtschaft, Weltkultur und Weltrecht. Eine Hierarchisierung oder Sequenzierung in Bezug auf die Wirkung auf die Systeme würde dem Konzept der Zäsur zuwiderlaufen.



**In der Reihe «Hildesheimer Universitätsschriften»  
erschieden bisher folgende Bände:**

**Band 1**

Das Dritte Reich im Gespräch: Zeitzeugen berichten, Studierende fragen,  
hrsg. von Philipp Heine, Stefan Oyen, Manfred Overesch und Marcus Thom  
*Hildesheim: Universitätsbibliothek, 1997. – 108 S.*

*ISBN 3-9805754-0-3*

*Preis: € 7,-*

**Band 2**

Begriff und Wirklichkeit der kleinen Universität. Positionen und Reflexionen.  
Ein Kolloquium des Instituts für Philosophie der Universität Hildesheim,  
hrsg. von Tilman Borsche, Christian Strub, Hans-Friedrich Bartig und  
Johannes Köhler

*Hildesheim: Universitätsbibliothek, 1998. – 194 S.*

*ISBN 3-9805754-3-8*

*Preis: € 12,-*

**Band 3**

Zeitenumbruch in Ostafrika. Sansibar, Kenia und Uganda (1894–1913).  
Erinnerungen des Kaufmanns R. F. Paul Huebner, hrsg. von Herward Sieberg  
*Hildesheim: Universitätsbibliothek, 1998. – 315 S.*

*ISBN 3-9805754-1-1*

*Preis: € 15,-*

**Band 4**

Reiner Arntz: Das vielsprachige Europa: eine Herausforderung für Sprachpolitik  
und Sprachplanung

*Hildesheim: Universitätsbibliothek, 1998. – 188 S.*

*ISBN 3-9805754-4-6*

*Preis: € 12,-*

**Band 5**

Francis Jarman: The perception of Asia. Japan and the West

*Hildesheim: Universitätsbibliothek, 1998. – 240 S.*

*ISBN 3-9805754-5-4*

*Preis: € 13,-*

**Band 6**

Anke Eberwein: Konzertpädagogik. Konzeptionen von Konzerten für Kinder und  
Jugendliche

*Hildesheim: Universitätsbibliothek, 1998. – 148 S.*

*ISBN 3-9805754-6-2*

*Preis: € 10,-*

**Band 7**

«Ich bin völlig Africaner und hier wie zu Hause ...». F. K. Hornemann (1772–1801).

Begegnungen mit West- und Zentralafrika im Wandel der Zeit. Hildesheimer

Symposium, 25.–26.9.1998, hrsg. von Herward Sieberg und Jos Schnurer

*Hildesheim: Universitätsbibliothek, 1999. – 204 S.*

ISBN 3-9805754-7-0

Preis: € 14,-

**Band 8**

Mechthild Raabe: Hans Egon Holthusen. Bibliographie 1931–1997

(zugleich Veröffentlichungen aus dem Nachlass Holthusen, Band 1)

*Hildesheim: Universitätsbibliothek, 2000. – 225 S.*

ISBN 3-9805754-8-9

Preis: € 15,-

**Band 9**

Bildung als engagierte Aufklärung. Ernst Cloer zum 60. Geburtstag,

hrsg. von Dorle Klika, Hubertus Kunert und Volker Schubert

*Hildesheim: Universitätsbibliothek, 2000. – 227 S.*

ISBN 3-9805754-9-7

Preis: € 15,-

**Band 10**

Reiner Arntz und Jos Wilmots: Kontrastsprache Niederländisch.

Ein neuer Weg zum Leseverstehen

*Hildesheim: Universitätsbibliothek, 2002. – 171 S.*

ISBN 3-934105-01-7

Preis: € 15,-

**Band 11**

Friedrich Konrad Hornemann in Siwa. 200 Jahre Afrikaforschung,

hrsg. von Gerhard Meier-Hilbert und Jos Schnurer

*Hildesheim: Universitätsbibliothek, 2002. – 212 S.*

ISBN 3-934105-02-5

Preis: € 13,-

**Band 12**

Schulen im Hildesheimer Land. Ein historisches Portrait zur Eröffnung des Schul-

museums an der Universität Hildesheim, hrsg. von Rudolf W. Keck und

Hartmut Schröder

*Hildesheim: Universitätsbibliothek, 2003. – 102 S.*

ISBN 3-934105-03-3

Preis: € 8,-

**Band 13**

Begegnungen im Tschad – Gestern und Heute. Drittes Hildesheimer Horne-  
mann-Symposium, hrsg. von Gerhard Meier-Hilbert und Jos Schnurer

*Hildesheim: Universitätsbibliothek, 2003. – 182 S.*

*ISBN 3-934105-04-1*

*Preis: € 13,-*

**Band 14**

Schul- und Hochschulmanagement: 100 aktuelle Begriffe.

Ein vergleichendes Wörterbuch in deutscher und russischer Sprache,

hrsg. von Olga Graumann, Rudolf W. Keck, Michail Pewner,

Anatoli Rakhkockhine und Alexander Schirin

*Hildesheim: Universitätsverlag, 2004. – 246 S.*

*ISBN 3-934105-07-6*

*Preis: € 14,-*

**Band 15**

Interkulturalität in Wissenschaft und Praxis, hrsg. von Jürgen Beneke und  
Francis Jarman

*Hildesheim: Universitätsbibliothek, 2005. – 273 S.*

*ISBN 3-934105-08-4*

*Preis: € 14,-*

**Band 16**

Literarische Orte – Orte der Literatur, hrsg. von Hans Herbert Wintgens und  
Gerard Oppermann

*Hildesheim: Universitätsbibliothek, 2005. – 270 S.*

*ISBN 3-934105-09-2*

*Preis: € 15,-*

**Band 17**

1933. Verbrannte Bücher – Verbannte Autoren, hrsg. von Hans Herbert Wintgens  
und Gerard Oppermann

*Hildesheim: Universitätsbibliothek, 2006. – 274 S.*

*ISBN 3-934105-12-2*

*Preis: € 15,-*

**Band 18**

In der Werkstatt der Lektoren. 10 Gespräche, hrsg. von Martin Bruch und  
Johannes Schneider. Mit einem Nachwort von Hanns-Josef Ortheil

*Hildesheim: Universitätsverlag, 2007. – 203 S.*

*ISBN 978-934105-15-7*

*Preis: € 11,-*

**Band 19**

Literarische Figuren. Spiegelungen des Lebens, hrsg. von Hans-Herbert Wintgens und Gerard Oppermann. Mit einem Nachwort von Hanns-Josef Ortheil

*Hildesheim: Universitätsverlag, 2007. – 291 S.*

*ISBN 978-934105-16-4*

*Preis: € 15,-*

**Band 20**

Weltliteratur I: Von Homer bis Dante, hrsg. von Hanns-Josef Ortheil, Paul Brodowsky und Thomas Klupp

*Hildesheim: Universitätsverlag, 2008. – 279 S.*

*ISBN 978-3-934105-27-0*

*Preis: € 15,-*

**Band 21**

Weltliteratur II: Vom Mittelalter zur Aufklärung, hrsg. von Hanns-Josef Ortheil, Paul Brodowsky und Thomas Klupp

*Hildesheim: Universitätsverlag, 2009. – 293 S.*

*ISBN 978-3-934105-51-5*

*Preis: € 15,-*

**Band 22**

Weltliteratur III: Von Goethe bis Fontane, hrsg. von Hanns-Josef Ortheil, Thomas Klupp und Alina Herbing

*Hildesheim: Universitätsverlag, 2010. – 309 S.*

*ISBN 978-3-934105-34-8*

*Preis: € 15,-*

**Band 23**

Kulturelle Bildung braucht Kulturpolitik. Hilmar Hoffmanns «Kultur für alle» reloaded, hrsg. von Wolfgang Schneider

*Hildesheim: Universitätsverlag, 2010. – 282 S.*

*ISBN 978-3-934105-35-5*

*Preis: € 15,-*

**Band 24**

Weltliteratur IV: Das zwanzigste Jahrhundert, hrsg. von Hanns-Josef Ortheil, Thomas Klupp und Alina Herbing

*Hildesheim: Universitätsverlag, 2011. – 304 S.*

*ISBN 978-3-934105-37-9*

*Preis: € 15,-*

**Band 25**

Literatur und Religion, hrsg. von Toni Tholen, Burkhard Moennighoff und Wiebke von Bernstorff

*Hildesheim: Universitätsverlag, 2012. – 293 S.*

*ISBN 978-3-934105-39-3*

*Preis: € 15,-*

**Band 26**

Gender- und Diversity-Kompetenzen in Hochschullehre und Beratung.

Institutionelle, konzeptionelle und praktische Perspektiven,

hrsg. von Corinna Tomberger

*Hildesheim: Universitätsbibliothek, 2013. – 109 S.*

*ISBN 978-3-934105-40-9*

*Preis: € 10,-*

**Band 27**

Aspekte von Bildung aus osteuropäischer Sicht. Beiträge von Nachwuchswissenschaftlern und Absolventen osteuropäischer Universitäten verfasst im Rahmen des EU Projektes Tempus IV, hrsg. von Olga Graumann, Irena Diel und Ecaterina Barancic

*Hildesheim: Universitätsverlag, 2013. – 197 S.*

*ISBN 978-3-934105-41-6*

*Preis: € 12,-*

**Band 28**

Literatur und Reise, hrsg. von Burkhard Moennighoff, Wiebke von Bernstorff und Toni Tholen

*Hildesheim: Universitätsverlag, 2013. – 267 S.*

*ISBN 978-3-934105-42-3*

*Preis: € 15,-*

**Band 29**

Weißbuch Breitenkultur. Kulturpolitische Kartografie eines gesellschaftlichen

Phänomens am Beispiel des Landes Niedersachsen, hrsg. von Wolfgang Schneider

*Hildesheim: Universitätsverlag, 2014. – 213 S.*

*ISBN 978-3-934105-43-0*

*Preis: € 13,-*

**Band 30**

Literatur und die anderen Künste, hrsg. von Wiebke von Bernstorff, Toni Tholen und Burkhard Moennighoff

*Hildesheim: Universitätsverlag, 2014. – 271 S.*

*ISBN 978-3-934105-45-4*

*Preis: € 15,-*



Wie lassen sich Zäsuren der Weltgeschichte, der Weltpolitik und Einschnitte für die Weltgesellschaft fassen? Und stellen die Jahre 1989, 2001 und 2011 solche Zäsuren dar? Diesen Fragen widmet sich dieser Band aus der Sicht und im «Trialog» dreier Disziplinen: der Geschichtswissenschaft, der Politikwissenschaft und der Soziologie. Dabei kommen die einzelnen Beiträge zu ähnlichen, wenn auch nicht gänzlich übereinstimmenden Ergebnissen.